

Protokoll

22. Parteitag der CDU Deutschlands

1. – 2. Dezember 2008 | Messe Stuttgart



CDU

Protokoll

**22. Parteitag der CDU Deutschlands
1. – 2. Dezember 2008, Stuttgart**

INHALT	Seite
Eröffnung: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands	7
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Beschlussfassung über die Tagesordnung	12
Bestätigung der Antragskommission	13
Wahl der Mandatsprüfungskommission	13
Wahl der Stimmzählkommission	13
Grußworte	13
■ Günther H. Oettinger MdL, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg	14
■ Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart	17
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	20
Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden	39
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Die Mitte. Deutschlands Stärke.“	71
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	78
Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Eckhart von Klaeden MdB	91
Bericht der Rechnungsprüfer	93
Bericht der Mandatsprüfungskommission	94
Entlastung des Bundesvorstandes	95
Wahl des Bundesvorstandes	96
Wahl des Vorsitzenden	96
Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden	98
Wahl des Bundesschatzmeisters	99

Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums	101
Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes	105
Beratung und Beschlussfassung zum Antrag des Bundesvorstandes „Die Mitte. Deutschlands Stärke.“	123
Grußwort des Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens MdEP	124
Wahl der CDU-Mitglieder und Stellvertreter für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)	126
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die EVP-Kongresse	127
Wahl des Bundesparteigerichts der CDU	127
Sonstige Anträge	
– Beratung und Beschlussfassung –	132
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB	145
Grußwort des Stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Dr. Peter Ramsauer MdB	159
Antrag des Bundesvorstandes „Schöpfung bewahren: Klima-, Umwelt-, Verbraucherschutz.“	
– Beratung und Beschlussfassung –	166
Antrag des Bundesvorstandes „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands.“	
– Beratung und Beschlussfassung –	189
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB	203
ANHANG	
Beschlussprotokoll	207
Rednerverzeichnis	278

Montag, 1. Dezember 2008

Erste Plenarsitzung

(Beginn: 10.40 Uhr)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

ERÖFFNUNG UND BEGRÜßUNG

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 22. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und begrüße Sie alle ganz herzlich hier in Stuttgart,

(Beifall)

verbunden mit der Bitte, dass wir den Test machen, ob jeder einen Stuhl hat. Jeder sollte sich hinsetzen und schauen, ob es reicht.

Mein Gruß gilt selbstverständlich zuerst Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts- und Kreisverbänden unserer Partei aus ganz Deutschland. Sie stehen für viele Hunderttausende unserer Mitglieder. Herzlich willkommen zu diesem Parteitag!

(Beifall)

Ganz herzlich begrüße ich den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Dr. Wolfgang Schuster, der gleich ein Grußwort aus der Stadt, in der wir tagen, sprechen wird. Herzlich willkommen, lieber Wolfgang Schuster!

(Beifall)

Es werden sich nicht mehr viele daran erinnern: Wir waren zuletzt vor 24 Jahren, 1984, in Stuttgart und davor 1956, also unter Helmut Kohl und Konrad Adenauer. Der Stadt Stuttgart möchte ich ganz herzlich zu dem neuen, großzügigen Messegelände gratulieren, ein Zeichen für die besondere Vitalität dieser Stadt. Ich bin mir schon jetzt sicher: ein hervorragender Tagungsort für diesen Parteitag.

(Vereinzelt Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, unseren Freund, Ministerpräsidenten Günther Oettinger.

(Beifall)

Wir sind gerne nach Baden-Württemberg gekommen, in ein Land, das unter dem Ministerpräsidenten Günther Oettinger weiterhin auf Erfolgskurs ist. Lassen Sie mich an dieser

Stelle ganz herzlich und besonders Lothar Späth und Erwin Teufel begrüßen. Als ehemalige Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg haben sich beide um unser Land verdient gemacht.

(Beifall)

Für unsere bayerische Schwesterpartei begrüße ich an diesem Morgen ganz herzlich den neuen Generalsekretär Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg. Viel Glück und Erfolg und herzlich willkommen bei uns hier in Stuttgart!

(Beifall)

Liebe Freunde, Horst Seehofer wäre als CSU-Vorsitzender sehr gerne zu unserem Parteitag gekommen. Landespolitische Entscheidungen halten ihn aber in München fest. Ich möchte ihn ganz herzlich in unser aller Namen von hier aus grüßen. Herzliche Grüße an Horst Seehofer und auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Wir freuen uns, dass Peter Ramsauer es übernommen hat, heute Morgen als stellvertretender Vorsitzender der CSU das Grußwort der bayerischen Schwesterpartei zu sprechen.

Unter den vielen ausländischen Gästen, die unserem Parteitag die Ehre geben, begrüße ich unseren langjährigen Freund, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens, ganz besonders herzlich.

(Beifall)

Sei uns willkommen! Wir freuen uns auf dein Grußwort.

Weiter möchte ich den Außenminister der Republik Albanien, Lulzim Basha, den Oberbürgermeister der Stadt Sofia, Boyko Borrisov, sowie die Parteivorsitzende Dr. Ibolya David aus Ungarn begrüßen. Herzlich willkommen! Das sind stellvertretende Grüße an die vielen ausländischen Teilnehmer, die uns die Ehre geben. Wir freuen uns darüber.

(Beifall)

Für die Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen möchte ich ganz herzlich Prälat Karl Jüsten und Stephan Reimers wieder als unsere Gäste begrüßen, genauso wie den Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor Hans-Joachim Meyer.

(Beifall)

Ich möchte Sie bitten, in unserem Namen Bischof Gebhard Fürst und Landesbischof Frank Otfried July sowie Prälat Michael Brock zu danken, die den ökumenischen Gottesdienst zu

Beginn unseres Parteitags so wunderbar in der Domkirche Sankt Eberhard zu Stuttgart, einer beeindruckenden Kirche, gestaltet haben.

(Beifall)

Ich begrüße die zahlreichen Vertreter von Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden. Stellvertretend möchte ich ganz herzlich den Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dieter Hundt, sowie den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, begleitet von seiner Stellvertreterin Ingrid Sehrbrock, begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Außerdem begrüße ich ganz herzlich Klaus-Dieter Kottnick, den Präsidenten des Diakonischen Werkes, sowie Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen.

(Beifall)

Mit besonderer Freude begrüße ich die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Sie können von unserem Parteitag sicherlich viel Interessantes und hoffentlich sehr viel Gutes berichten. Wir haben uns schon auf dem Presseabend vorbereitet. Herzlich willkommen! Ich hoffe, Sie haben hier bei uns gute Arbeitsbedingungen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem Parteitag in Hannover 2007 von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Lassen Sie mich mit Irmgard Karwatzki beginnen, geboren am 15. Dezember 1940, gestorben am 9. Dezember 2007.

Seit 1965 war Irmgard Karwatzki Mitglied der CDU. Von 1981 bis 1998 war sie zunächst stellvertretende Landesvorsitzende des damaligen Landesverbandes Rheinland und anschließend des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Von 1991 bis 1999 hatte sie den Vorsitz der Frauen Union Nordrhein-Westfalen inne. Von 1975 bis 1977 und von 1979 bis 1990 gehörte sie dem Rat der Stadt Duisburg an, davon von 1979 bis 1983 als Bürgermeisterin. Von 1976 bis 2005 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages, darunter mehr als ein Jahrzehnt Parlamentarische Staatssekretärin im Familien-, Bildungs- und Finanzministerium.

Ich nenne Wieland Rose, geboren am 17. Mai 1959, gestorben am 30. Dezember 2007. Er war seit 1999 Mitglied der CDU. Seit 2005 gehörte er dem Vorstand des Saale-Holzland-Kreises an. Als Bürgermeister von Crossen seit 1997 war er seit 1999 zugleich Mitglied des Kreistages Saale-Holzland-Kreis und seit 2004 Mitglied des Landtages Thüringen.

Ich erinnere an Dietrich-Wilhelm Rollmann, geboren am 23. Januar 1932, gestorben am 14. Januar 2008. Er war seit 1953 Mitglied der CDU. Von 1956 bis 1963 war er Vorsitzender der Jungen Union Hamburg und von 1957 bis 1977 Vorsitzender des Kreisverbandes Hamburg-Mitte. Von 1968 bis 1974 hatte er den Landesvorsitz in Hamburg inne. Von 1957 bis 1960 gehörte er der Hamburger Bürgerschaft an und von 1960 bis 1976 dem Deutschen Bundestag.

Ich denke an Josef Stecker, geboren am 7. Dezember 1916, gestorben am 24. Januar 2008. Er war seit 1955 Mitglied der CDU. Von 1962 bis 1970 war er Vorsitzender des Bezirksverbandes Osnabrück/Emsland und von 1967 bis 1968 Vorsitzender des Landesverbandes Hannover sowie danach bis 1970 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen. Von 1957 bis 1969 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Klaus H. Scheufelen, geboren am 30. Oktober 1913, gestorben am 26. Januar 2008. Er war seit 1952 Mitglied der CDU. Von 1958 bis 1971 hatte er den Vorsitz des damaligen Landesverbandes Nordwürttemberg inne. Viele Jahre – bis 1971 – war er Mitglied des Bundesvorstandes, darunter von 1958 bis 1960 als Bundesschatzmeister. 1963 gründete er den Wirtschaftsrat der CDU und war bis 1968 sein erster Vorsitzender.

Ich erinnere an Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, geboren am 16. Februar 1927, gestorben am 27. Januar 2008. Er war seit 1954 Mitglied der CDU. Von 1971 bis 1974 war er Vorsitzender des ehemaligen Kreisverbandes Wittgenstein und von 1974 bis 1977 stellvertretender Vorsitzender des neuen Kreisverbandes Siegen. Von 1965 bis 1980 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Nach der Einheit war er bis 1994 der erste gesamtdeutsche Präsident des Deutschen Roten Kreuzes und seitdem Ehrenpräsident.

Ich denke an Susanne Rahardt-Vahldieck, geboren am 23. Februar 1953, gestorben am 3. April 2008. Seit 1970 war sie Mitglied der CDU, von 1983 bis 1986 Landesvorsitzende der Jungen Union Hamburg. Sie gehörte von 1984 bis 1988 dem Vorstand der Landespartei an. 1982 und 1986 bis 1990 war sie Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und von 1990 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Michael Wonneberger, geboren am 25. April 1944, gestorben am 24. April 2008. Er war seit 1968 Mitglied der CDU. 1990 gehörte er der ersten freien Volkskammer an und von 1990 bis 1998 dem Deutschen Bundestag. Seit 1998 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Cottbus und seit 2003 Vorsitzender.

Ich denke an Otto Zink, geboren am 31. Oktober 1925, gestorben am 9. Mai 2008. Seit 1953 war er Mitglied der CDU. Von 1961 bis 1985 war er Landesvorsitzender der CDA Hessen und von 1967 bis 1992 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hessen. Von 1956 bis 1981 gehörte er dem Stadtrat in Rüsselsheim an, von 1962 bis 1965 dem Landtag Hessen und von 1965 bis 1990 dem Deutschen Bundestag.

Ich erinnere an Joachim Erwin, geboren am 2. September 1949, gestorben am 20. Mai 2008. Seit 1967 war er Mitglied der CDU. Von 1988 bis 1990 gehörte er dem Landtag Nordrhein-Westfalen an und von 1975 bis 1988 sowie von 1994 bis 1999 dem Stadtrat Düsseldorf. Seit 1999 amtierte er als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Ich nenne Cläre Schmitt, geboren am 18. April 1915, gestorben am 19. September 2008. Sie war 1945 Gründungsmitglied der CDU Fulda. Von 1950 bis 1960 war sie die erste Vorsitzende der Frauen Union Fulda. Von 1946 bis 1948 gehörte sie dem Stadtrat in Fulda und von 1957 bis 1961 dem Deutschen Bundestag an.

Ich denke an Kurt Böckmann, geboren am 16. Dezember 1929, gestorben am 21. September 2008. Er war Mitglied der CDU seit 1953. Von 1963 bis 1968 und von 1988 bis 1992 hatte er den Vorsitz des Kreisverbandes Ludwigshafen inne. Von 1956 bis 1976 war er Stadtrat in Ludwigshafen. Von 1967 bis 1994 gehörte er dem Landtag Rheinland-Pfalz an, davon von 1973 bis 1976 als Fraktionsvorsitzender und von 1976 bis 1987 als Staatsminister des Innern und für Sport. Seit 1994 war er Ehrenvorsitzender der CDU Ludwigshafen.

Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte Sie um eine Schweigeminute. – Herzlichen Dank.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium liegt in Ihren Tagungsunterlagen. Die Abstimmung über das Tagungspräsidium erfolgt mit dem Zeigen der Stimmkarte. Ich frage: Wer stimmt dem Tagungspräsidium zu? Ich bitte um das Zeigen der Stimmkarte. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das Tagungspräsidium so gewählt.

Ich danke für die Wahl des Tagungspräsidiums und bitte die gewählten Mitglieder, jetzt hier, auf der Bühne, Platz zu nehmen.

Zur Fortführung der Tagungsgeschäfte übergebe ich nun an den Tagungspräsidenten, den Vorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, Herrn Ministerpräsident Günther Oettinger.

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich danke, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, für Ihr Vertrauen. Wir treten in die weitere Tagesordnung ein. Vorab aber will ich ein Mitglied des Parteipräsidiums, Roland Koch, entschuldigen. Roland Koch ist heute Vormittag beim Verfassungstag von Hessen. Er kommt am Nachmittag zu uns. Ich finde es gut, dass ein Verfassungstag für ihn vor dem Parteitag kommt.

(Vereinzelt Beifall)

In diesem Zusammenhang darf ich unseren Freunden aus Hessen alles Gute wünschen. Wir freuen uns, dass ihr die Auftaktwahl seid und damit mit Hessen ein guter Start in das Jahr 2009 möglich wird. Alles Gute für die CDU Hessen!

(Beifall)

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGUNGSORDNUNG

Ihnen wurde die vorläufige Tagesordnung fristgemäß zugesandt. Sie liegt in aktueller Form in den Tagungsunterlagen. Wenn Sie mit der Tagesordnung einverstanden sind, dürfen Sie dies durch Zeigen Ihrer Stimmkarte anzeigen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Tagesordnung ist einstimmig gebilligt.

Ich darf Ihnen nun einige Hinweise für den Parteitag geben. Da wir heute entsprechend unserer Tagesordnung den gesamten Bundesvorstand der CDU Deutschland neu wählen, werden wir nach unserer Geschäftsordnung eine Meldefrist für weitere Bewerbungen festlegen und beschließen. Wir schlagen Ihnen vor, die Frist auf 12.00 Uhr festzulegen – Sie stimmen zu.

Die Vorschläge für weitere Bewerbungen müssen schriftlich im Tagungsbüro, im Foyer, im Eingangsbereich, eingereicht werden. Eine Liste mit den bisherigen Vorschlägen befindet sich in Ihren Unterlagen. Für die dort genannten Bewerber ist keine weitere Nominierung notwendig. Wir haben damit beschlossen, das Ende der Meldefrist für weitere Bewerbungen auf 12.00 Uhr festzulegen.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Wenn Sie einen Antrag einbringen wollen, dann lassen Sie den Text im Büro der Antragskommission in das Computersystem eingeben. Das Büro ist im Sitzungsraum der Antragskommission, Sektion A, erste Etage, Raum 4.1. Damit diese Anträge von der Antragskommission ordnungsgemäß beraten werden können, benötigen wir eine Frist für die Einbringung. Wir schlagen Ihnen vor, den Antragsschluss ebenfalls auf heute, Montag, 12.00 Uhr festzulegen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Sie stimmen dem Verfahren einstimmig zu.

Die Antragskommission wird sich nach dem Bericht der Bundesvorsitzenden, frühestens aber um 13 Uhr, zu einer Sitzung zusammenfinden. Ich darf die Mitglieder bitten, um 13 Uhr dort zu sein. Die Mitteilung über die genaue Uhrzeit erfolgt rechtzeitig durch das Tagungspräsidium.

Für die allgemeine Aussprache und für die Aussprache zu den Anträgen darf ich Sie bitten, jeweils die Wortmeldezettel in Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen. Auf der von uns aus gesehen rechten Seite vor der Bühne befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldezettel entgegennimmt. Bitte füllen Sie sie vollständig aus, mit Name und Thema, und geben Sie an, von welchem Saalmikrofon aus Sie sprechen werden.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Sie finden die Namen in Ihren Unterlagen. Wenn Sie diese Antragskommission bestätigen wollen, bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Antragskommission ist einstimmig durch den Parteitag bestätigt.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Auch hierfür liegt ein Vorschlag des Bundesvorstandes vor. Die Namen finden Sie in Ihren Unterlagen. Wenn Sie dieser Namensliste zustimmen wollen, darf ich um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Sie stimmen der Mandatsprüfungskommission einstimmig zu.

Die Mitglieder dieser Kommission werden gebeten, sich nach dem Bericht der Vorsitzenden im Büro des Organisationsleiters, Sektion E, hinter der Bühne, einzufinden.

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 6:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Ich danke schon jetzt den Damen und Herren für ihre Bereitschaft, in der Stimmzählkommission dieses Parteitages mitzuarbeiten. Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Personen können Sie Ihren Unterlagen entnehmen. Ich darf Sie um Ihr Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Sie haben die Stimmzählkommission einstimmig bestätigt.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich ebenfalls nach dem Bericht der Bundesvorsitzenden zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission hier im Erdgeschoss, Sektion F, Raum 1.

Ich übergebe das Wort an Frau Dr. Krogmann.

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRÜßWORTE

Ich gebe das Wort dem Vorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, Herrn Ministerpräsidenten Günther Oettinger.

(Beifall)

Günther H. Oettinger: Liebe Angela Merkel! Verehrte Gäste! Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Willkommen in Baden-Württemberg. Nach 24 Jahren ist das der erste Bundesparteitag in Stuttgart. Wir freuen uns sehr, dass Sie drei Tage in Baden-Württemberg sind. Fühlen Sie sich wohl! Ich wünsche mir einen guten Parteitag, einen Parteitag der Verantwortung und der Geschlossenheit. Ich hoffe, dass Stuttgart für Sie in guter Erinnerung bleibt.

(Beifall)

Liebe Angela Merkel, dir einen besonderen Gruß. Herzlichen Dank für das Vertrauen in unsere CDU Baden-Württemberg. Wir haben extra für dich eine neue Landesmesse gebaut.

(Vereinzelt Beifall)

Das Land und die Stadt, mein Vorgänger Erwin Teufel und Wolfgang Schuster hatten vor zehn Jahren den Mut, eine neue Messe für den Wirtschaftsstandort, für die Unternehmen, für die Industrie, für die Parteien und für die Gesellschaft generell anzugehen. Ich glaube, dass die neue Landesmesse ideal geeignet ist. Deshalb noch einmal vielen Dank, dass der Parteitag nach Baden-Württemberg gekommen ist.

(Beifall)

Baden-Württemberg, unsere Heimat, war im 17. und 18. Jahrhundert das Armenhaus Europas überhaupt. Wir waren Auswanderungsland. Die Menschen mussten gehen: entlang der Donau, dem Ruf der Kaiserin folgend, bis zum Schwarzen Meer, an die Wolga oder über Bremen und Hamburg gleich nach Amerika. Erst in den letzten 150 Jahren hat sich in Baden-Württemberg wirtschaftlich und sozial eine Entwicklung ergeben, die zu einem guten Arbeitsmarkt und zu hoher Lebensqualität führte.

Was sind die entscheidenden Gründe für die gute Entwicklung Baden-Württembergs? Die eine Erfindung ist das Auto, die Mobilität. Ich nenne Carl Benz und Gottlieb Daimler. Die andere Erfindung ist der Bausparvertrag. Ich nenne Wüstenrot und Schwäbisch Hall. Warum sage ich das? Wir haben in Baden-Württemberg immer auf Ingenieurkompetenz gesetzt, auf Tüftler, auf Mitbürger namens Daniel Düsentrrieb. Wir glauben, dass auch in Zukunft Deutschland nur durch Technik, nur durch Innovation und nur durch gute Realprodukte im weltweiten Wettbewerb seinen sozialen Wohlstand halten kann. Dies muss der Kurs der CDU und der CSU für ganz Deutschland auch in Zukunft sein.

(Beifall)

Wer bei uns ein Haus bauen will, braucht zu allererst Eigenkapital, einen Bausparvertrag. Erst danach geht er zur Bank und bekommt ergänzend Kredite. Ich finde, gerade in dieser Zeit sollten wir festhalten, dass wir sichere Autos bauen und exportieren und nicht unsichere Finanzprodukte aus der ganzen Welt importieren. Reale Wirtschaft, Handwerk und Industrie

und auch gewerbliche technische Produktion müssen auch in Zukunft das Fundament für den sozialen Wohlstand in Deutschland sein.

Baden-Württemberg hat eine Parteiengeschichte, die durchaus Vorbild für Deutschland werden kann. Wir hatten zwei Mal eine Große Koalition, und zwei Mal kam die CDU aus der Großen Koalition gestärkt als Regierungspartei heraus. Die letzte Große Koalition war im Jahr 1992 und war vier Jahre stabil. Es war keine schlechte Koalition, aber es war richtig, dass danach die Große Koalition beendet worden ist. Warum gingen wir sie ein? Wir gingen sie ein, weil eine demokratische Regierung anders nicht darstellbar war. So war es vor drei Jahren auch in Berlin. Erwin Teufel und wir haben damals mit den Republikanern, die mit zwölf Prozent im Landtag vertreten waren, in keiner Form kooperiert, paktiert oder gar koalitiert. Es gab keine Form der Zusammenarbeit.

(Beifall)

Weil wir konsequent jede Form der Zusammenarbeit abgelehnt haben, waren die Republikaner nur vorübergehend da. Heute sind sie weg. Sie waren ein Spuk. Das heißt, eigentlich müssten die Sozialdemokraten davon lernen, dass man radikale Parteien weder toleriert noch mit ihnen koalitiert noch paktiert. Dann werden sie auch auf Bundesebene nur vorübergehend im Deutschen Bundestag sein.

(Beifall)

Unsere jetzige Koalition aus CDU und FDP ist zwölf Jahre alt. Es ist eine intakte, eine gute Koalition. Nach Baden-Württemberg hat Hessen mit CDU und FDP eine bessere Regierung bekommen, dann kam Niedersachsen, dann Nordrhein-Westfalen und schließlich Bayern. Derzeit werden in Deutschland rund 55 Millionen Einwohner von einer Regierung aus Union und FDP regiert. Was für 55 Millionen Menschen die gute Zukunft ist, kann für Deutschland nicht falsch sein. Ich baue darauf, dass eine Koalition aus CDU und FDP, das Modell aus Baden-Württemberg, im nächsten Jahr bundesweit übernommen wird und Angela Merkel nach der Großen Koalition eine noch bessere Regierung Deutschlands führen kann.

(Beifall)

Unsere Hauptsorge gilt dabei dem Arbeitsmarkt. Baden-Württemberg hat aktuell eine Arbeitslosenquote von 3,9 Prozent. In weiten Teilen des Landes haben wir Vollbeschäftigung, und doch sehen wir, wie in diesen Wochen Aufträge in den Auftragsbüchern storniert werden und die Sorge über die Umsatz- und Ertragsentwicklung 2009 besteht. Wir sollten jetzt gemeinsam mit den Arbeitnehmern und den Unternehmern alles tun, damit Arbeit in Deutschland stabil gehalten werden kann und damit aus Rezession nicht Depression wird.

(Beifall)

Ich glaube, dass Angela Merkel als Kanzlerin aufmerksam, entschieden, mutig und konsequent ihre Aufgaben wahrnimmt. Ich glaube auch, dass gerade in Stuttgart ein Zeichen der Verantwortung und der Geschlossenheit mit ihr von der CDU Deutschlands ausgehen muss.

(Beifall)

Dabei setzen wir darauf, dass die Investitionsprogramme, die wir beraten und beschließen, treffsicher sind. Wer Handwerkerrechnungen absetzbar macht, vermindert Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Wer die Rechnungen der Malermeister, der Klima-, Heizungs- und Sanitärfirmen, die Hausanierung absetzbar macht, der sorgt dafür, dass der Handwerksmeister Aufträge bekommt. Wer die Abschreibung degressiv entwickelt, der sorgt für Aufträge für Maschinen und Anlagen und für Nutzfahrzeuge. Ich glaube, dass dieser Kurs richtig ist und dass Angela Merkel unsere volle Unterstützung für ein Programm der Treffsicherheit, der Zielgenauigkeit und für ein Programm ohne Mitnahmeeffekte hier in Stuttgart zu Recht bekommt.

(Beifall)

Wir achten in Baden-Württemberg auch darauf, dass der Weg aus der Schuldenfalle gelingt. 40 Jahre haben wir in Deutschland Schulden gemacht. Unsere Großeltern haben Deutschland nach dem Krieg ohne Schulden aufgebaut. In den ersten 20 Jahren – damals waren die Brücken zerstört, die Straßen zerbombt und die Häuser kaputt – haben unsere Großeltern mit ihren Einnahmen, mit ihrer Hände- und Kopfarbeit Deutschland wieder aufgebaut.

In den letzten 40 Jahren verging kein Jahr, in dem nicht Milliarden neue Schulden gemacht worden sind. Ich glaube, dass die CDU auch die Partei der Haushaltsverantwortung bleiben muss und unsere Generation die Aufgabe hat, auf Länderebene und auf Bundesebene alles zu tun, damit der Weg aus der Schuldenfalle gelingt. Deshalb ist zwischen Wirtschaft und Haushalt, zwischen Arbeitsmarkt und nächster Generation der mittlere Weg der richtige Weg. Ich glaube, dass die CDU auf diesem Weg voran schreitet. Stuttgart soll deshalb ein Ort der Verantwortung und der Geschlossenheit für Deutschland sein.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen gute Tage in Stuttgart, einen erfolgreichen Parteitag, einen fröhlichen Baden-Württemberg-Abend und dir, Angela Merkel, alles Gute auf dem Weg in das Wahljahr. Stuttgart soll für dich Rückenwind sein und zeigen, dass die CDU Deutschlands geschlossen hinter deinem Kurs steht.

Wir haben dir ein kleines Geschenk mitgebracht. In unserem Land wurden nicht nur das Auto und der Bausparvertrag erfunden. Auch der Dübel stammt aus Baden-Württemberg. Fischer Dübel stammt aus dem Schwarzwald. Dieser Betrieb arbeitet heute längst im Bereich modernster Technik. Wir haben dir einen Profi Öko Power mit acht verschiedenen Modellen von Fischer für freie Tage zu Weihnachten mitgebracht. Zumindest dein Mann wird in der Lage sein, damit zu bauen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall –

Günther H. Oettinger überreicht Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel das Geschenk)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Günther Oettinger, herzlichen Dank für Ihr Grußwort. Baden-Württemberg hat in der Tat eine beeindruckende Bilanz vorzuweisen. Mit Ihrem Namen, lieber Herr Oettinger, sind Innovationen, hohe Wirtschaftskompetenz und eine klare Linie verbunden. Wir, die CDU Deutschlands, wünschen Ihnen persönlich und der gesamten CDU Baden-Württembergs weiterhin ganz viel Erfolg.

(Beifall)

Im Rahmen von TAGESORDNUNGSPUNKT 7 rufe ich nunmehr auf:

GRUßWORT DES OBERBÜRGERMEISTERS DER STADT STUTTGART,
DR. WOLFGANG SCHUSTER

Dr. Wolfgang Schuster (mit Beifall begrüßt): Verehrte Frau Bundeskanzlerin! Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren Minister und Abgeordnete! Verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Herzlich willkommen in Stuttgart! Wir freuen uns, dass Sie hier sind.

(Beifall)

Jeder Oberbürgermeister stellt seine Stadt in der Regel in den schönsten Farben dar. Diese Regel möchte ich natürlich nicht durchbrechen. Trotz aller schwäbischen Bescheidenheit können wir feststellen: Stuttgart und die Metropolregion Stuttgart schneiden bei allen Städterankings und Benchmarks mit Spitzenplätzen ab. Doch was sind die Erfolgsfaktoren, die aus diesem ehemaligen armen Landstrich eine der führenden Hightechregionen in Europa gemacht haben? Der amerikanische Wissenschaftler Richard Florida hat alle amerikanischen Großstädte untersucht und festgestellt, dass es für den Erfolg dreier Ts bedarf, die zusammenspielen müssen: technologies, talents and tolerance. Als eine der führenden Hightechregionen in Europa leben wir vom Export unserer Produkte. Ich kann mich als OB überall heimisch fühlen, denn es findet sich auf der Welt keine Stadt ohne Produkte aus Stuttgart. Meist sind dies mobile Produkte auf der Straße dank Daimler, Porsche und Bosch. Praktisch hinter jedem Hügel sitzen hidden champions, Weltmarktführer mit ihren Produkten.

Für diese besten Produkte brauchen wir die besten Köpfe. Deshalb ist die Förderung von Talenten eine zentrale Aufgabe zur Sicherung unseres Standorts hier in Stuttgart, in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik. Ich begrüße die Initiative unserer Bundeskanzlerin in Sachen Bildungsrepublik deshalb nachdrücklich. Wir haben in Stuttgart das Programm „Stuttgarter Partnerschaft“ mit dem Ziel entwickelt, jedem Kind eine Bildungsbiografie zu ermöglichen, die ihm gute Berufs- und Lebenschancen eröffnet. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Sprachkompetenz. Über 50 Prozent unserer Kinder haben einen Migrationshintergrund. Gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg – dafür möchte ich mich bei unserem Ministerpräsidenten ausdrücklich sehr herzlich bedanken – werden wir es auf diesem Wege besser als bisher erreichen, dass jedes Kind, wenn es in die Schule kommt, ausreichend die deutsche Sprache beherrscht. Stuttgart war im Übrigen die erste Großstadt, die auch dank der Unterstützung der damaligen Kultusministerin Frau Dr. Schavan bereits in der Grundschule Englisch angeboten hat. Die Stuttgarter Bildungspartnerschaft sieht Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nur gelingen, wenn sich alle politischen Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – mit den vielen anderen Bildungspartnern im Bereich der beruflichen Bildung, der Fortbildung, der Weiterbildung und der Hochschulbildung besser miteinander vernetzen. Ich würde es deshalb sehr begrüßen, wenn Sie, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, in diesem Bereich in vergleichbarer Weise wie in der Integrationspolitik vorgehen würden. Für den gemeinsamen Ruck in der Integrationspolitik bin ich Ihnen außerordentlich dankbar. Herzlichen Dank dafür Ihnen und Frau Ministerin Böhmer.

(Beifall)

Ich möchte darum bitten, dass Sie alle Verantwortlichen zu einem Bildungsrat einladen, damit Bildungspartnerschaft auch auf nationaler Ebene gelingt. Wir brauchen in der Bildung einen gemeinsamen Ruck nach vorn. Das tolerante und friedliche Miteinander der Nationen ist in Stuttgart Gott sei Dank gelebter Alltag. In Stuttgart leben Angehörige von über 170 verschiedenen Nationen. Es werden über 120 Sprachen gesprochen. Badisch und Bayrisch habe ich dabei nicht mitgerechnet. Obwohl 38 Prozent der Stuttgarterinnen und Stuttgarter einen Migrationshintergrund haben, ist Stuttgart eine der sichersten Großstädte in Europa. Ich denke, Integration kann mit einem ganzheitlichen Ansatz gelingen. Wir verstehen es so, dass jeder, der zu uns kommt, dass jeder, der hier lebt, Stuttgarter ist, unabhängig von seinem Passport. Es ist aber auch notwendig, dass sich alle engagieren, ob in den Schulen, in den Kirchengemeinden, in den Gewerkschaften, in den Unternehmen oder in den ausländischen Vereinen. Nur gemeinsam gelingt ein Bündnis für Integration.

Ich freue mich, dass wir in Stuttgart solche Ziele nicht nur formulieren, sondern dank eines herausragenden ehrenamtlichen Engagements der Bürgerinnen und Bürger auch leben. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Kinder- und Familienfreundlichkeit. In über 80 Prozent der Haushalte in Stuttgart gibt es keine Kinder und Jugendlichen mehr. Die Vision, dass wir zu ei-

nem großen Altersheim werden, ist keine sehr zukunftssträchtige Vision. Wir Schwaben sind bei unserem Schaffen ja durchaus ehrgeizig. Wir wollen die besten Autos und die besten Maschinen bauen. Wir wollen deshalb auch die kinderfreundlichste Stadt in Deutschland werden. Ich freue mich über die Initiativen der Bundesregierung zu mehr Kinderfreundlichkeit und zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für diese wichtige Unterstützung sage ich herzlichen Dank, und zwar vor allem Frau Ministerin von der Leyen.

(Beifall)

Nachhaltigkeit der politischen Arbeit gilt auch für die Finanzpolitik. Ein Klischee, das das Image von uns Schwaben prägt, ist, dass wir sparsam sind.

Das Beste daran ist: Es stimmt. Wir sind tatsächlich Weltmeister im Sparen. Wir haben pro Kopf die meisten Sparbücher, und gemeinsam mit der CDU in Stuttgart haben wir die letzten Jahre zur Haushaltskonsolidierung genutzt. Stuttgart ist weitgehend schuldenfrei. Wir haben ein größeres Sparbuch angelegt, um für schwierigere Zeiten Spielräume zu haben.

Die sich abzeichnende Rezession spürt unsere exportabhängige Wirtschaft – vor allem die Automobilindustrie, die Zulieferer und der Maschinenbau – leider bereits sehr deutlich. Deshalb ist nicht Aktionismus angesagt, aber es ist sehr wohl wichtig, in einer konzertierten Aktion gegenzusteuern, um die Folgen der Rezession – vor allem dem Verlust von Arbeitsplätzen – möglichst zu begrenzen.

Ich denke, auch die Kommunen sollen und können im Rahmen ihrer Verantwortung dazu beitragen. Wir in Stuttgart haben uns vorgenommen, unser Investitionsprogramm 2008 bis 2011 durchzuziehen. Wir investieren 2,6 Milliarden Euro zur Verbesserung unserer Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit. Nachhaltigkeit gilt auch für die ökologische Stadtentwicklung. Umweltschutz und Klimaschutz sind keine Frage der Konjunktur, weil Sparen immer Konjunktur hat. Denn es geht ja um Sparen. Es geht um Sparen von Ressourcen. Es geht um Sparen von Energie. Es geht um Sparen von Emissionen. Deshalb sind Tüftlergeist und Innovationen gefordert, damit daraus neue Chancen für Investitionen und Arbeitsplätze entstehen.

Wir haben inzwischen in Stuttgart 39 Prozent unserer Gemarkung und Landschaft unter Naturschutz gestellt – ein deutscher Rekord, ganz im Sinne unseres alten Slogans „Großstadt zwischen Wald und Reben“. Dank der Verkehrsprobleme wurde aus diesem Slogan „Großstadt zwischen Hängen und Würgen“. Deshalb ist die Verbesserung der Verkehrssituation von zentraler Bedeutung. Ein Schlüsselprojekt dazu ist die Einbindung Baden-Württembergs und Stuttgarts in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, und dazu notwendig sind der Umbau des Bahnknotens Stuttgart, das Projekt Stuttgart 21, und die Neubaustrecke nach Ulm.

Nach rund 20-jähriger Diskussion und Planung bin ich außerordentlich dankbar, dass der Bundestag in der letzten Woche dieses Projekt im Bundeshaushalt finanziell abgesichert hat.

Denn dieses Projekt ist zugleich ein herausragendes nachhaltiges Konjunkturprogramm. Denn in der Folge werden von neun Milliarden Euro an Investitionen ausgelöst. Deshalb herzlichen Dank allen Bundestagsabgeordneten. Herzlichen Dank, Frau Bundeskanzlerin, für Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in Stuttgart und hoffe, dass Ihnen Stuttgart genauso gut gefällt wie den Stuttgartern selbst. Denn 83 Prozent der Stuttgarter leben gern hier. Das ist die höchste Zustimmung von Bürgern in allen deutschen Städten. Stuttgart ist in vielen Bereichen Motor Deutschlands. Stuttgart ist zugleich für viele ein Motor für ihren Erfolg.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass der Bundesparteitag ein erfolgreicher Motor für politische Weichenstellungen ist, vor allem für erfolgreiche Wahlen in 2009. Glückauf Ihnen, verehrte Frau Bundeskanzlerin. Nochmals herzlich willkommen in Stuttgart.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister. Ihre Politik ist in der Tat ein beeindruckendes Beispiel für erfolgreiche Großstadtpolitik der CDU. Ich kann Ihnen versichern, dass wir uns hier in Stuttgart bereits jetzt sehr wohl fühlen, und wir freuen uns auf zwei weitere erfolgreiche Tage hier in der schönen Stadt Stuttgart.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich gebe die Leitung des Präsidiums ab an Günther Oettinger.

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zu TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich darf der Bundeskanzlerin das Wort geben.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Wir alle erleben in diesen Wochen und Monaten Außergewöhnliches. Wir erleben, wie wichtig es ist, dass unser Gemeinwesen zusammensteht und dass unser Gemeinwesen gemeinsam handelt. Wir erleben, wie wichtig es ist, dass unser Gemeinwesen gut geführt wird. Wir erleben, wie wichtig es ist, dass wir uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für unser Gemeinwesen einsetzen.

Nirgendwo wird das so deutlich wie in unserer Partei, in der Partei, deren Mitglieder sich seit über 60 Jahre für die großen Weichenstellungen unseres Landes eingesetzt haben: dafür, dass Deutschland die Soziale Marktwirtschaft bekam, dafür, dass Europa geeint und der Euro eingeführt wurde, dafür, dass unser Vaterland in Frieden und Freiheit vereint werden konnte.

Ich begrüße Sie alle recht herzlich zum Parteitag der Partei in Deutschland, die wie keine andere unser Land geprägt und gestaltet hat. Ich begrüße Sie zum 22. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hier in Stuttgart. Willkommen in der Mitte. Die Mitte war und ist Deutschlands Stärke. Die Mitte sind wir. Die Mitte, das ist die CDU Deutschlands.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir alle wissen: In schwierigen Zeiten kommt es besonders darauf an, dass man sich aufeinander verlassen kann. Die Menschen in Deutschland können sich auf die CDU verlassen, und wir in der CDU können uns aufeinander verlassen. Dafür möchte ich danken.

Ich danke meinen vier Stellvertretern Roland Koch, Jürgen Rüttgers, Annette Schavan und Christan Wulff und unserem Generalsekretär Ronald Pofalla. Ich danke Ihnen stellvertretend für alle Mitglieder des Präsidiums und des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands für Ihre Hilfe, Ihre Ideen und Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Ich danke den Vertretern von CDU und CSU in der Bundesregierung: Ilse Aigner, Maria Böhmer, Michael Glos, Franz Josef Jung, Ursula von der Leyen, Thomas de Maizière, Bernd Neumann, Wolfgang Schäuble und Annette Schavan. Sie prägen das Gesicht dieser Bundesregierung, unserer Regierung, liebe Freunde. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich danke dem Vorsitzenden der gemeinsamen Bundestagsfraktion von CDU und CSU, Volker Kauder, und seinem ersten Stellvertreter Peter Ramsauer.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere Konkurrenten werden nie verstehen, welche Kraft, welche Lebendigkeit, welche Stärke gerade in der Idee der Fraktionsgemeinschaft unserer beiden Parteien steckt. Lassen wir den anderen ihr Unverständnis und kämpfen wir weiter entschlossen und stark für unsere Ziele. Am Erfolg dieser Regierung hat gerade unsere Fraktion einen großen Anteil. Danke dafür. Und Dank auch an alle Mitglieder der Bundestagsfraktion von CDU und CSU.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich danke auch unseren Ministerpräsidenten. Es ist wahr: Da, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Die CDU ist stark: in den Kommunen, in den Ländern, im Bund und in Europa. Das ist ein Riesenpfund, mit dem wir wuchern können. Das macht uns stärker als alle anderen.

Ich danke dem Vorsitzenden unserer Schwesterpartei CSU, dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, und genauso seinen Vorgängern Erwin Huber und Günther Beckstein.

Ihnen allen danke ich, stellvertretend für die vielen Tausend Mitglieder und Millionen Anhänger von CDU und CSU, für die menschlich wie politisch herausragende Zusammenarbeit und für den großartigen Zusammenhalt. Ja, es ist wahr, wir streiten uns manchmal. Aber wahr ist auch: CDU und CSU wissen immer, wenn es darauf ankommt: CDU und CSU sind nur gemeinsam stark. Das leitet uns, liebe Freunde.

(Beifall)

Ohne den Zusammenhalt der Union von CDU und CSU wäre all das, was wir in 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland geleistet haben und was wir heute für die Zukunft unseres Landes leisten, nicht möglich. Denn niemals kann einer alleine das schaffen, und sei das Amt noch so herausgehoben. Auch ich kann das nicht. Nur gemeinsam konnten wir die großen Herausforderungen des 20. Jahrhunderts meistern. Nur gemeinsam können wir heute die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen. Wir stehen zusammen; deshalb heißen wir Union. Wir nehmen unsere Verantwortung für unser Land ernst. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir auf die ersten drei Jahre unserer Regierungszeit blicken, dann sehen wir Zweierlei. Zum einen: Erfolgreiche Politik von CDU und CSU hilft den Menschen in Deutschland. Unsere Bilanz ist eindrucksvoll. Die Zahl der Arbeitslosen liegt nach langer Zeit wieder unter drei Millionen. Damit sind mehr als zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos als unter Rot-Grün. Heute gibt es mehr Erwerbstätige in Deutschland als je zuvor. Das ist eine wirkliche Leistung, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Es gibt mehr Ausbildungsplätze als je zuvor. Deutschland ist wieder Exportweltmeister. Das soll uns erst einmal jemand nachmachen. Die Lohnzusatzkosten sind gesunken. Arbeitnehmer und Unternehmen wurden entlastet. So konnten neue Stellen geschaffen werden. Das hilft Millionen Menschen ganz konkret.

Der Aufschwung der letzten Jahre wurde genutzt, um einem ausgeglichenen Haushalt sehr, sehr nahe zu kommen. Genau das ist Politik für die Zukunft, die nur – ich betone: nur! – mit der Union möglich geworden ist. Die Sozialversicherungen wurden sicherer gemacht. Die Gesundheitsreform sorgt für mehr Transparenz und Wettbewerb. Die Rente steht heute auf viel festeren Beinen als noch vor drei Jahren. Das gibt der Generation, die unser Land aufgebaut hat, genau die Sicherheit, die sie allemal verdient hat, liebe Freunde.

(Beifall)

Den Familien geht es viel besser. Sie können heute besser wählen. Wahlfreiheit, für die wir immer schon eingestanden sind, setzt Wahlmöglichkeiten voraus. Das Elterngeld, mehr Betreuungsplätze, in Zukunft das Betreuungsgeld, die Mehrgenerationenhäuser – dies alles steht für Wahlfreiheit und unsere Vorstellung von Familie. Wir schreiben niemandem vor, wie er zu leben hat. Wir bauen darauf, dass die Menschen Entscheidungen treffen wollen, und wir setzen uns dafür ein, dass sie diese auch treffen können.

(Beifall)

Es werden wieder mehr Kinder geboren. Deutschland hat neues Vertrauen in die Zukunft. Ich finde, das ist die schönste Nachricht für unser Land überhaupt. Wir haben Bildung und Forschung mit Milliardeninvestitionen gestärkt. Unser Land ist als Ideenschmiede und Innovationswerkstatt stark geworden. Das Land der Ideen sprüht vor Ideen. Wir haben Nobelpreisträger aus Deutschland zu feiern. Unsere Unternehmen arbeiten erfolgreich an den Produkten für die Märkte der Zukunft. Damit stärken wir die Zukunft wie noch keine Regierung zuvor.

Unsere föderale Ordnung ist moderner geworden, unsere Sicherheitsarchitektur den Notwendigkeiten der Terrorismusbekämpfung angepasst. Genau deshalb fordere ich die SPD-regierten Bundesländer auf, endlich ihre Blockade beim BKA-Gesetz aufzugeben. Diese Blockade ist unverantwortlich. Sie zeigt, dass die SPD-Länder nicht bereit sind, hier die notwendige Verantwortung zu zeigen. Die SPD-Führung muss dafür sorgen, dass dies nun endlich der Fall ist, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Schließlich, aber wahrlich nicht zuletzt: Deutschlands Ansehen in Europa und der Welt wurde gemehrt. Wir haben das Denken in Achsen und Konfrontationen beendet. Deutschland denkt heute wieder in Partnerschaften und Bündnissen. Dafür bekommt man nicht jeden Tag Schlagzeilen, aber Vertrauen und Einfluss. Das ist wichtiger als alles andere und gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Liebe Freunde, wenn wir uns die Frage stellen „Sind wir in Deutschland vorangekommen?“, so gibt es für mich diese klare Antwort: Ja! Ja, wir sind große Schritte in die richtige Richtung gegangen. Ja, Deutschland ist in den letzten drei Jahren stärker geworden. Und Deutschland ist vor allen Dingen auch gerechter geworden. Dafür stehen genau die zwei Millionen Menschen mehr, die heute einen Arbeitsplatz haben, als das noch vor drei Jahren der Fall war.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, seit wenigen Monaten gibt es ein Zweites: Wir haben es mit einer dramatischen Krise der internationalen Finanzmärkte zu tun, gefolgt von einer weltweiten Wirtschaftskrise. Als Exportweltmeister haben wir ein überragendes Interesse daran, dass die

Weltwirtschaft wieder in Ordnung kommt. Dabei sollten wir uns keine Illusionen machen: Die Politik ist vor Herausforderungen gestellt, die so noch nicht da waren. Niemand auf der Welt kann wirklich auf vergleichbare Erfahrungswerte zurückgreifen. Warum? Das ist deshalb so, weil wir noch nie so unmittelbar erfahren haben, wie sehr die Wirtschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vernetzt ist.

Wir können heute erleben, dass die Welt ein globales Dorf ist. Erst wenn wir diese Erkenntnis miteinander teilen, erst dann werden wir die Krise überwinden können. Indem wir die Ursachen dieser Krise bekämpfen, schaffen wir auch die Voraussetzungen dafür, dass sie sich nicht wiederholt. Wir müssen endlich einmal zeigen, dass wir aus den Erfahrungen früherer Krisen auch etwas lernen; denn die letzte Krise liegt noch kein Jahrzehnt zurück.

Auf einmal liest man überall, warum die Finanzmärkte vor dem Kollaps standen, auch von denen, die vorher noch Anlagen empfohlen haben, die sie selbst nicht begriffen haben. Dabei ist es eigentlich ganz einfach. Man hätte hier in Stuttgart, in Baden-Württemberg, einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.

(Beifall)

Genau das ist es, liebe Freunde, so einfach ist das. Über die eigenen Verhältnisse zu leben – das rächt sich. Das ist im Kern das Problem unserer internationalen Krise, die im Übrigen nicht irgendwo auf der Welt entstanden ist, sondern mitten im Herzen der Industrieländer. Auch mit dieser Wahrheit müssen wir uns auseinandersetzen.

Wenn wir den Ratschlag der schwäbischen Hausfrau beherzigen und gleichzeitig wissen, dass wir in einem globalen Dorf leben, dann heißt das nichts anderes, als dass es einer qualitativ neuen Antwort bedarf, einer Antwort, die wir so bisher nicht kannten, einer Antwort des 21. Jahrhunderts, um diese Krise schnell zu bekämpfen und um zu verhindern, dass sie sich wiederholt.

Eine solche Antwort ist ein gemeinsames, ein geordnetes Vorgehen auf drei Ebenen: erstens bei uns, auf der nationalen Ebene; zweitens in Europa, auf der europäischen Ebene; drittens auf der globalen Ebene. Auf allen drei Ebenen müssen wir handeln, jeweils spezifisch, aber immer auch gemeinsam. Das verlangt höchste Anstrengung, aber es ist der Schlüssel zur Lösung. Ich will, dass die CDU Deutschlands die Partei ist, die diese historische Aufgabe übernimmt. Dazu brauchen wir im Übrigen auch Mut, auch den Mut, auch einmal gegen den Strom zu schwimmen, liebe Freunde.

(Beifall)

Denn warum ist die Welt in dieser schwierigen Lage? Doch auch, weil wir viel zu oft Experten geglaubt haben, die keine Experten waren. Vielleicht wussten wir damals nicht, dass sie keine Ex-

perten waren, aber wir wissen es heute. Wenn wir heute gemeinsam darüber nachdenken, wie man diese neue globale Frage beantwortet, dann sollten wir weniger selbsternannten Experten glauben, sondern einem Prinzip folgen: dem Prinzip der praktischen Vernunft!

Liebe Freunde, wovon gehen wir aus? Erstens auf der nationalen Ebene: Weil wir wissen, dass 2009 ein Jahr schlechter Nachrichten wird, bauen wir mit unseren Maßnahmen, eine Brücke für Investitionen und Beschäftigung, eine Brücke für die Unternehmen, damit es spätestens 2010 wieder aufwärts geht, und zwar mit schnellen, mit zielgerichteten und am besten auch mit zeitlich befristeten Maßnahmen.

Vorschläge für das nationale Vorgehen bei der Bewältigung der Krise gibt es beinahe unendlich viele: Infrastrukturprogramme oder Steuersenkungen, Mehrwertsteuer als Ganzes oder nur in Ausnahmefällen senken, Konsumgutscheine oder Senkungen der Einkommensteuer, als Umfang der Hilfen eins, zwei oder drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Aufgabe des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts: ja oder nein. Viele Vorschläge widersprechen einander, manche widersprechen sogar sich selbst. Spätestens da sollten wir widersprechen. Denn wichtig ist: Die nationalen Maßnahmen müssen zur Situation in unserem Land passen. Sie müssen unsere Stärken ausbauen und unsere Schwächen abbauen.

Welche Grundsätze leiten uns dabei? Erstens: Bei der Rettung der Finanzinstitutionen hat der Staat mit aller Kraft eingegriffen, weil es um unser Gemeinwohl geht. Der Staat hat das nicht für die Banken getan. Der Staat hat das für die Sparer und für die Wirtschaft getan, für unser Gemeinwohl, weil es sonst nicht weiter hätte bestehen können. Deshalb war dieser staatliche Eingriff alternativlos.

(Beifall)

Zweitens: Der Wirtschaft müssen wir jetzt Brücken bauen. Deshalb leistet der Staat Hilfe auch zur Selbsthilfe. Was er nicht tun sollte, das ist: Produkte subventionieren und dadurch notwendigen Strukturwandel verhindern. Das wird mit uns nicht zu machen sein, liebe Freunde.

(Beifall)

Drittens: Der Staat hilft, den Menschen Arbeitsplätze zu erhalten, sei es durch Kurzarbeit, sei es durch Weiterbildung. Er schafft, wo immer er kann, den Menschen finanzielle Spielräume, um das Leben selbst zu gestalten.

Viertens, und auch das ist in dieser Situation wichtig: Wir verlieren auch in der Krise die Zukunft nicht aus dem Blick. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wird später erreicht werden, aber es bleibt unser Ziel für die nächste Legislaturperiode, weil wir uns sonst langfristig unserer Zukunft berauben. Ich muss darauf hinweisen: Spätestens Mitte des nächsten Jahrzehnts wird Deutschland nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern insgesamt vom demografischen

Wandel erfasst, und es ist unsere Pflicht, auch den künftigen Generationen Spielräume für ein erfolgreiches Leben zu ermöglichen, liebe Freunde.

(Beifall)

Auf dieser Grundlage handeln wir. Wir legen fest, was möglichst unmittelbar wirkt. Es ist deshalb richtig, unsere Infrastruktur, auch und gerade in den alten Bundesländern voranzubringen, denn wahr ist: An vielen Stellen leben wir heute schon von der Substanz, ob das bei den Straßen ist oder bei den Schulen. Wir brauchen vorgezogene Investitionen in Infrastruktur, in neue Technologien, zum Beispiel in Energieeffizienz und Klimaschutz. Und wir brauchen, wo immer wir sie leisten können, spezifische Hilfen für unsere stärksten Industrien, zum Beispiel im Auto- und Maschinenbau.

Ich finde, wir sollten aus der Krise auch eine Chance machen. Wir wissen, dass die Autobahnen des 21. Jahrhunderts die Hochgeschwindigkeitsnetze sind. Liebe Freunde, wäre es nicht ein Ziel, endlich dafür Sorge zu tragen, dass nicht nur in den Ballungsgebieten, sondern in jedem Haushalt in Deutschland, auch im ländlichen Raum, auf der Schwäbischen Alb oder in der Uckermark, jeder die Chance hat, einen solchen Breitbandanschluss zu bekommen? Das würde unser Land fit für das 21. Jahrhundert machen.

Wir brauchen Sicherheit für unsere Fachkräfte. Herr Leibinger, bekannt als früherer Chef von Trumpf, hat mir geschrieben: Das Kurzarbeitergeld ist gut, aber tut etwas dafür, dass in einer Zeit der Krise die Menschen davon auch etwas haben, zum Beispiel durch Weiterbildung.

Wir sollten alles daransetzen, wenn wir wissen, dass im 21. Jahrhundert immer wieder neues Wissen notwendig ist, diese Zeit der Krise auch mit Weiterbildung zu überbrücken, um Menschen fitter zu machen für die Zeit danach, für den Aufschwung.

(Beifall)

Wir müssen alles dafür tun, dass unsere Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft jetzt nicht in eine Kreditklemme kommt, damit wenigstens die Investitionen stattfinden können, die getätigt werden müssen. Weil das Vertrauen unter den Banken noch nicht wieder so hergestellt ist, wie es sein müsste, sehe ich voraus, dass hier auch staatliche Förderbanken ihre Rolle spielen müssen. Deshalb, liebe Freunde, ist dies ein ganz wichtiger Teil unseres Sofortmaßnahmenpakets.

Wenn wir das alles tun, dann setzen wir in den nächsten zwei Jahren Investitionen und Maßnahmen in Höhe von 32 Milliarden Euro um; das sind 1,3 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts.

Aber ich füge hinzu: Weil diese Krise so außergewöhnlich ist, werden wir die Lage immer wieder neu analysieren. Deutschland wird sich alle Optionen offen halten, um die Folgen dieser Krise weiter wirkungsvoll zu bekämpfen. Ich sage ausdrücklich: alle Optionen. Das nächste Treffen

des Koalitionsausschusses, auf dem wir eine Bestandsaufnahme machen werden, wird Anfang Januar stattfinden. Was wir nicht machen werden, das ist eine strukturelle Steuerreform an die Stelle sofort wirkender, zeitlich befristeter Konjunkturimpulse zu setzen. Aber wenn wir über Konjunkturimpulse reden, wenn wir darüber reden, wie wir Arbeitsplätze sichern können, dann brauchen wir natürlich eine Diskussion, damit wir entscheiden können, ob und gegebenenfalls was wir Anfang Januar noch hinzufügen, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb sage ich: Die Deutschen können sich auf eine Regierung verlassen, die verantwortungsbewusst und umsichtig handelt, wenn nötig – und das haben wir bereits bewiesen –, auch blitzschnell. Aber ich sage auch: An einem Überbietungswettbewerb von immer neuen Vorschlägen, an einem sinnlosen Wettbewerb um Milliarden, daran beteiligen wir uns nicht. Der ist mit uns, der ist mit mir nicht zu machen, denn wir haben auch in solchen Zeiten Verantwortung vor dem Steuerzahler von heute und vor dem Steuerzahler in der Zukunft.

(Beifall)

Die Deutschen können sich auf eine Regierung verlassen, deren Handeln aus dem erwächst, was Deutschland stark gemacht hat, aus den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft, sie ist die menschliche Marktwirtschaft. Sie belohnt Leistung, und sie bestraft Unfairness. Sie gibt dem Starken Freiraum, und sie ermöglicht dem Schwachen Solidarität. Sie weiß um das Wesen des Menschen. Darum spornt sie an, aber sie setzt auch Grenzen. Sie schafft Wohlstand und Gerechtigkeit. Sie ist die dem Menschen gemäße Form des Wirtschaftens. Nach meiner tiefen Überzeugung ist sie die menschlichste Form, Wirtschaft zu gestalten. Es war die Christlich Demokratische Union Deutschlands, die es geschafft hat, diese Soziale Marktwirtschaft in Deutschland einzuführen und durchzusetzen.

Wir können heute sagen: Hier bei uns ist sie seit 60 Jahren ein großer Erfolg. Aber in Europa und vor allem in der Welt ist die Soziale Marktwirtschaft noch längst nicht überall angekommen. Wir haben Druckmaschinen, Kaffeefilter, Plüschtiere und vieles andere zu Welterfolgen gemacht. Warum jetzt eigentlich nicht auch die Soziale Marktwirtschaft?

(Beifall)

Ich sage: Das kann sich jetzt ändern, das soll sich jetzt ändern, und das wollen wir jetzt ändern; denn das ist der Schlüssel zur nachhaltigen Überwindung der Krise. Das ist der Schlüssel, mit dem die Exzesse der Märkte eingedämmt werden. Der Staat nimmt seine Rolle als Hüter der Ordnung wahr, in Deutschland, in Europa und in der Welt. Das ist notwendig, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt.

Ich will, dass wir unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft zu einem europäischen und weltweiten Exportschlager machen: zunächst einmal – und das trifft die zweite Ebene unseres Han-

delns – in Europa. Wir Europäer haben bereits jetzt viele gemeinsame Prinzipien. Wir Europäer sollten uns im umfassenden Sinne die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu Eigen machen: Subsidiarität und Wettbewerb, Ausgleich und Solidarität. Dafür werden wir, die Europapartei in Deutschland, im nächsten Jahr im Europawahlkampf eindeutig und zielbewusst werben – gemeinsam mit unseren Freunden im Europäischen Parlament, denen ich ganz herzlich danken möchte, stellvertretend für alle dem Präsidenten des Parlaments, unserem Freund Hans-Gert Pöttering. Mit ihm – das dürfen wir sagen – hat das Europäische Parlament neuen Schwung bekommen.

(Beifall)

Liebe Freunde, 15 Länder in Europa haben eine gemeinsame Währung. Alle 27 Mitgliedsstaaten sind durch einen gemeinsamen Binnenmarkt miteinander verbunden. In solchen Zeiten der Krise zeigt sich, dass diese 27 Staats- und Regierungschefs so etwas wie eine Wirtschaftsregierung in Europa bilden. Europa hat eine gemeinsame Wachstumsstrategie, die sogenannte Lissabon-Strategie. Die Nationalstaaten haben bewusst Kompetenzen an Europa abgegeben, weil wir uns sicher waren, dass manches – ich sage: manches, längst nicht alles – in Europa besser geregelt werden kann. Deshalb haben die Staats- und Regierungschefs die Kommission gebeten, im Lichte der nationalen Programme einen Vorschlag für einen Investitionspakt für ganz Europa zu machen. Wir werden im Dezember darüber diskutieren. Ich sage ausdrücklich: Die europäischen Vorschläge gehen in die richtige Richtung. Ich sage aber auch: Europa muss mit dieser Krisensituation eine Vision verbinden. Das, was für Deutschland gilt, kann doch auch für ganz Europa gelten. Die Chinesen bauen Autobahnen und Eisenbahnschienen. Wir bauen Hochleistungsnetze und Breitbandanschlüsse, damit wir sagen können: Unser Kontinent ist auf das 21. Jahrhundert vorbereitet.

(Beifall)

Nicht alles bedarf des Geldes. Manchmal brauchen wir andere Rahmenbedingungen. Manchmal müssen wir Investitionen anreizen. Manchmal brauchen wir vielleicht etwas lockerere Beihilferegulungen, damit auch kleine und mittlere Unternehmen hier vor Ort unterstützt werden können gemäß dem Prinzip der Subsidiarität. Manche Regelungen, die die Strukturfonds so schwerfällig machen, müssen wegfallen; denn es kann doch nicht sein, dass wir Milliarden einzahlen und jedes Jahr auch Milliarden zurückbekommen, weil das Geld nicht ausgegeben werden muss. Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, warum wir mehr Geld überweisen sollen. Verwenden wir doch erst einmal das Geld, das wir dorthin gegeben haben!

(Beifall)

Wenn wir im Dezember über dieses Thema diskutieren, dann diskutieren wir auch über ein zweites Thema, das unmittelbar mit unserer wirtschaftlichen Zukunft und der Krise zusammenhängt,

und zwar das Thema Klimaschutz. Ich sage all denen, die jetzt von einer Verschiebung unserer Ziele reden, ausdrücklich: Der Klimaschutz ist dieses Jahr nicht weniger dringlich als voriges Jahr.

(Beifall)

Wir würden uns wirklich blamieren, wenn wir, weil wir ein anderes großes Problem haben, ein letztes Jahr für groß erkanntes Problem plötzlich für klein erklären. Deshalb stehen wir zu den Zielen, die wir vereinbart haben: Wir wollen eine CO₂-Reduktion um 20 Prozent bis 2020 und 20 Prozent erneuerbare Energien für Deutschland. Wir sind das Land, das die Kyoto-Ziele schon heute erfüllt hat. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Aber ich sage auch: Wenn es um die Frage geht, wie wir diese Ziele erreichen, dann können wir nicht Arbeitsplätze gegen Klimaschutz ausspielen, dann können wir bei dem Zertifikatehandel nicht außer Acht lassen, dass es viele Regionen – die allermeisten – in der Welt gibt, die keinen solchen Handel kennen. Dann wäre es ökonomischer und ökologischer Unsinn und auch nicht gerechtfertigt gegenüber den Menschen, wenn wir jetzt Arbeitsplätze aus Deutschland, nur weil sie energieintensiv sind, in andere Regionen der Welt verlagern. Das wird mit uns nicht zu machen sein. Da werde ich auch hart verhandeln, liebe Freunde, auch wenn es manchmal heißt, wir sagten zu oft Nein.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich hoffe, dass sich dieses Thema auch in den Vereinigten Staaten von Amerika – die Signale des gewählten neuen Präsidenten Barack Obama sind hoffnungsvoll – stärker durchsetzen wird, weil dies ebenso wie die internationale Finanzmarktkrise ein globales Thema ist und weil sich Europa als Vorreiter Exportarbeitsplätze sichern kann. Aber Europa allein kann das Thema Klimaschutz niemals ausreichend behandeln.

(Beifall)

Bei allem, was wir national und europäisch tun können: Das wird nicht ausreichen, weder beim Klimaschutz noch bei der Finanzkrise. International vernetzte Märkte brauchen wir auch auf der dritten Ebene, der globalen. Auch hier brauchen wir ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen. Deshalb müssen wir auch hier entschieden darauf drängen, dass die Grundprinzipien unseres Handelns, die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, international verankert werden. Wir haben schon während unserer G8-Präsidentschaft dafür geworben. Ich sage ganz klar: damals vergeblich. Aber ich sage angesichts der Schwere der Krise, die wir jetzt erleben: Es ist die Zeit, in der die Welt ihre Lektion endlich lernen muss. Sie lautet, dass sich bestimmte Prinzipien weltweit entfalten müssen. Alles andere erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass eine nächste Krise kommt.

Das Grundprinzip heißt: fairer Wettbewerb in einem ordnenden Rahmen. Diesen Rahmen setzt das Gemeinwesen. Das heißt in einem weiteren Schritt: Wer sich nicht an den Rahmen hält, der schadet allen. Wir müssen dazu kommen, dass die Gemeinschaft dies nicht mehr hinnimmt. Deshalb schließe ich mich voll und ganz den Worten unseres Bundespräsidenten Horst Köhler an, der schon seit Jahren eine Kultur im Bankwesen gefordert hat, die – ich zitiere ihn – „auch vom Bewusstsein über die Grenzen der Beherrschbarkeit und Verantwortbarkeit von Risiken und damit von ethisch-moralischen Beweggründen bestimmt ist“.

Wir sind uns einig: Es ist gut, dass wir diesen Mann in diesem Amt wissen.

(Anhaltender Beifall)

Ich füge hinzu: Es ist gut, dass sich daran nichts ändern wird. Unser Bundespräsident ist ein Glücksfall für unser Land. Besser als der Bundespräsident können wir es nicht auf den Punkt bringen. Es geht um ethisch-moralisch begründetes Handeln auch und gerade in der Wirtschaft. Wir müssen eben auch über Verantwortlichkeiten sprechen; denn zu unserem Verständnis von Freiheit gehört das Wissen um die Verantwortung für das eigene Tun und Lassen. Das ergibt sich aus unserem christlichen Menschenbild, aus dem C im Namen unserer Partei. Wir trauen dem einzelnen Menschen verantwortliches Handeln zu, ja, wir erwarten es von ihm. Das ist Freiheit in Verantwortung. Das ist Richtschnur für unser Denken und Handeln, und zwar nicht nur national und nicht nur europäisch, sondern diese Richtschnur muss natürlich auch global gelten.

Es geht mir nicht um die Suche nach Sündenböcken. Jeder Mensch macht Fehler. Wir sind und bleiben auch die Partei, die betont: Leistung muss sich lohnen. Ja, die Übernahme von unternehmerischem Risiko und von Verantwortung muss sich lohnen. Wer viel leistet, soll auch angemessen verdienen. Wir brauchen die Energie, die Tatkraft und die Leidenschaft von Unternehmen sowie Unternehmerinnen und Unternehmern. Ohne diese wäre unser Land nicht in der Lage, den Wohlstand zu halten.

(Beifall)

Eines aber können die Unternehmen nicht, weder bei uns noch in den USA oder in irgendwelchen Steueroasen. Sie können nicht den Rahmen setzen. Das kann nur die Politik. Die Politik muss deshalb in diesen Zeiten Außerordentliches leisten; denn der Rahmen, um den es geht, ist inzwischen so groß wie die ganze Welt. Der Rahmen, der eine unbeherrschbare Weltwirtschaft zu einer Sozialen Marktwirtschaft formt, dieser Rahmen muss auch international gebaut werden. Alles andere würde der Aufgabe nicht gerecht. Für diese Lösung müssen wir Europäer – das ist eine völlig neue Rolle, in die wir immer stärker hineinwachsen – unsere Kräfte bündeln. Wir haben das vor 14 Tagen auf dem Weltfinanzgipfel getan. Das war ein historisches Ereignis, ein Ereignis, an dem nicht nur die Industrieländer teilgenommen haben, ein Ereignis, an dem die Europäer mit einer Stimme gesprochen haben. Vielmehr war es auch ein Ereignis, an dem die

Schwellenländer endlich in diesen Prozess einbezogen wurden und so der Rahmen weltumspannender gebaut wurde, als es früher der Fall war. Das ist ein Zeichen für die Zukunft.

(Beifall)

Wenn manch einer jetzt sagt: Die internationale Verankerung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gelingt doch nie, dann sagen wir Deutsche und Europäer: Doch, das kann gelingen! Denn wir Europäer bringen eine gemeinsame Erfahrung ein. Wir wissen als Europäer: Vertrauen kommt wahrlich nicht über Nacht. Vertrauen kann man schaffen, sogar unter noch viel schwierigeren Bedingungen als heute. Ich will unsere augenblickliche Situation nicht kleiden; dazu ist sie viel zu ernst. Aber ich glaube, wir sind uns darin einig: Sie ist nichts im Vergleich zu der Katastrophe, die Europa durchleiden musste, ehe es zur europäischen Einigung kam. Die späteren Gründungsmütter und Gründungsväter der Christlich Demokratischen Union hatten ein vereintes, ein friedliches Europa schon vor Augen, als unser Kontinent im Zweiten Weltkrieg dem Untergang ganz nahe war.

Im kommenden Jahr werden wir 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre Fall der Mauer feiern. Erinnern wir uns daran, dass Deutschland 1945 in Trümmern lag. Unsere Städte waren – Stuttgart weiß, wovon die Rede ist – nur noch Ruinen. Die Wirtschaft war zerstört. Die Menschen haben gefroren und gehungert. Millionenfaches menschliches Elend, Trauer um die Opfer des Krieges in den Familien und Existenznöte prägten diese Zeit. Darunter waren auch Millionen Vertriebene und Flüchtlinge ohne Heimat, gezeichnet von schlimmen Erinnerungen und großem persönlichen Leid. Zugleich lastete auf unserem Land das Wissen um die Gräueltaten der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, den Holocaust als unvergleichliches Menschheitsverbrechen und den Vernichtungskrieg. Nur vier Jahre nach dieser Katastrophe wurde das Grundgesetz verabschiedet, die freiheitlichste Verfassung, die es je in Deutschland gegeben hat. Das war die Grundlage für unser heutiges demokratisches Gemeinwesen, für Wohlstand, soziale Sicherheit und unsere Rückkehr in die Gemeinschaft der Staaten. Darauf können wir im kommenden Jahr, am 60. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland, mit Dankbarkeit und Freude zurückblicken.

Erinnern werden wir uns im kommenden Jahr auch an das schlimme Erbe des Sozialismus in Deutschland. Ich weiß aus eigenem Erleben, was die Menschen in der DDR persönlich geleistet haben, oft unter ganz schwierigen Bedingungen, und zwar in einem Staat, der ein Unrechtsstaat war, ein Staat, der moralisch und wirtschaftlich bankrott war und der die Umwelt verwüstet hat. Der Schriftsteller Uwe Tellkamp hat vor kurzem gesagt: „Wer den Sozialismus für das bessere System hält, hat ihn nicht erlebt.“

(Beifall)

Es war ein Staat, dessen Herrschende mit Willkür und Repression über Jahrzehnte Demokratie und Freiheit der Menschen unterdrückt hatten. Umso höher sind der Mut und Beharrlichkeit de-

rer zu würdigen, die am Ende erfolgreich das SED-System in die Knie gezwungen haben. Noch heute trägt ganz Deutschland an der Überwindung der Folgen, die der Sozialismus über die Menschen in Ostdeutschland gebracht hat. Jetzt melden sich manche von denen wieder und wollen uns ihr verschrottetes Modell als neues Trauma unterjubeln. Wir fallen nicht auf euch herein, ihr Spitzbuben, oder sollte ich sagen „ihr Spitzelbuben“? Darauf fallen wir nicht herein.

(Beifall)

Das wird auch nicht besser durch einen ehemaligen SPD-Vorsitzenden, der zu euch übergelaufen ist. Wir erinnern uns: Er wollte die Einheit nicht. Als er in der Bundesregierung etwas hätte leisten müssen, da begab er sich auf die Flucht. Ich finde, Vorsitzender der SED-Nachfolgepartei, das ist dafür eine angemessene Bestrafung.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Fall der Mauer, dessen 20. Jahrestag wir im kommenden Jahr begehen, kann uns alle in Deutschland stolz und dankbar machen. Stolz, weil es ohne Widerstand und Opposition der Menschen in der DDR die deutsche Einheit nicht gegeben hätte, und dankbar, weil es ohne Prag 1968, ohne Solidarnosc in Polen, ohne die Treue der Vereinigten Staaten von Amerika, und auch ohne den Reformkurs von Michail Gorbatschow die deutsche Einheit ebenso wenig gegeben hätte wie ohne das beherzte Handeln von Helmut Kohl und das Vertrauen, das er in Ost und West genoss.

(Beifall)

Ich möchte von dieser Stelle in unser aller Namen Helmut Kohl ganz herzlich grüßen und ihm alles Gute von diesem Parteitag wünschen.

(Starker Beifall)

Der 9. November mit dem Fall der Mauer und der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit – das sind heute keine ost- oder westdeutschen Ereignisse mehr. Das sind gesamtdeutsche Ereignisse. Sie gehören zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte unserer Nation, und mit Stolz können wir sagen: Die Union hat hieran einen entscheidenden Anteil.

(Beifall)

Liebe Freunde, warum sollten wir heute, im Zeitalter der Globalisierung, nicht den gleichen Mut zu einer großen, verbindenden Idee haben, wie unsere Gründungsmütter und -väter ihn hatten? Nur weil manche glauben, die Krise heute sei kleiner als die Herausforderungen der Vergangenheit, nur deshalb muss das doch noch lange nicht heißen, dass wir kleinmütig werden.

Lassen Sie uns auf diesem Parteitag in Stuttgart die Idee formulieren: Wir wollen für die beiden grandiosen Gedanken, die uns Frieden und Wohlstand gebracht haben, in der Welt werben: Das waren der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft und der Gedanke der Einigung der Völker Europas.

(Beifall)

Heute heißt das: Wir wollen, dass die Welt in einer menschlichen Marktwirtschaft lebt. Damit das möglich wird, wollen wir mit den Völkern der Welt zusammenwirken. Ich sage: Wir haben die historische Pflicht, dieses Ziel zu befördern. Wer, wenn nicht wir, ergreift besser Partei für eine menschliche Weltwirtschaft!

(Beifall)

Ich weiß: Dabei geht es nicht nur um die Wünsche von Millionen. Hier geht es um die Wünsche von Milliarden. Sie warten darauf, dass die Weltwirtschaft einen Ordnungsrahmen bekommt, der ihnen – und zwar allen, denn die Würde eines jeden Menschen ist unteilbar – ein würdiges Leben ermöglicht, der sie vor Exzessen schützt und der ihre Lebensgrundlagen bewahrt.

Deshalb braucht die Welt eine Weltwirtschaftsordnung. Dieser Gedanke wurde beim Weltfinanzgipfel sehr klar ausgesprochen, insbesondere von den Europäern. Die G 20 sind natürlich ein Fortschritt; aber sie sind längst nicht das ganze Bild der Welt. Deshalb brauchen wir, so wie wir für die Fragen der Sicherheit und der Menschenrechte die Vereinten Nationen und einen UN-Sicherheitsrat haben, nach meiner festen Überzeugung auch für die Wirtschaft einen Weltwirtschaftsrat. Wir brauchen so etwas wie eine Wirtschafts-UNO. Wir können feststellen: Wir müssen gar nicht bei null anfangen; denn die Gründungsväter der Vereinten Nationen haben bereits einen Rat für Wirtschafts- und Sozialfragen installiert, der allerdings heute ein jämmerliches Schattendasein führt. Deshalb muss sich etwas ändern: Wir müssen eine Weltwirtschaftsordnung mithilfe eines solchen Weltwirtschaftsrates bauen. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt: 2009 ist die Chance, diesem Ziel näher zu kommen.

Was macht mich, was macht uns Europäer so mutig und entschlossen, solche Ideen zu formulieren? Für mich ist es die europäische Erfolgsgeschichte, die mit Institutionen für die wirtschaftliche Ordnung begonnen hat: erst bei Kohle und Stahl, dann bei Energie, später beim Binnenmarkt und schließlich sogar bei einer gemeinsamen Währung, die auf dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt fußt. Dieser Pakt macht gemeinsames Wirtschaften möglich.

Deshalb füge ich in allem Ernst hinzu: Diesen Pakt werde ich, wird die CDU niemals preisgeben. Er ist die Grundlage des gemeinsamen Wirtschaftens. Wir brauchen nicht weniger davon, sondern wir brauchen auch weltweit ein Verständnis für einen Stabilitäts- und Wachstumspakt, damit wir nicht weiter über unsere Verhältnisse leben, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich weiß, dass das schwierig ist. Im April werden wir uns wieder zu einem Weltfinanzgipfel treffen. Das wird der nächste Schritt sein – nicht mehr und nicht weniger. Wir wissen doch auch, dass der europäische Weg anspruchsvoll war. Die deutschen Bundeskanzler von Konrad Aden-

auer bis Helmut Kohl haben ihn unermüdlich verfolgt, vorneweg zusammen mit ihren französischen Partnern. Ich weiß: Der Weg zu einer Weltwirtschaftsordnung wird noch komplizierter werden; denn die Interessen, die Kulturen, die Traditionen der Länder sind natürlich noch vielfältiger. Ich mache mir da überhaupt keine Illusionen, aber ich sage: Es ist jede Anstrengung wert, einen solchen Weg zu gehen. Denn ansonsten ist der Anspruch, zu einer globalen Lösung zu kommen, nur Gerede, hinter dem nichts steht. Ich will aber, dass wir diese Krise wirklich lösen, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich werde bei meinem ersten Treffen mit dem dann im Amt befindlichen amerikanischen Präsidenten Barack Obama genau diese Dimension diskutieren. Wir können jetzt nicht um die Themen herumreden. Wir müssen den Stier bei den Hörnern packen.

Liebe Freunde, ich glaube, Deutschland ist für diese Aufgabe gut gerüstet. Was bedeutet das für die Christlich Demokratische Union für die nächste Legislaturperiode nach innen wie nach außen? Es bedeutet, eine Politik fortzusetzen, die sich an Werten und an Interessen gleichermaßen orientiert, die auch nicht andauernd Gegensätze – hier die Werte, da die Interessen – aufbaut. Das passt nicht zu uns.

Deshalb werden wir natürlich unsere Prinzipien weiterverfolgen. Denken wir nur an den Schutz des menschlichen Lebens vom Anfang des Lebens bis zum Ende. Die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen ist in unserem christlichen Menschenbild unverzichtbar. Sie steht nicht zur Disposition. Aus diesem Kerngedanken heraus machen wir Politik. Deshalb wird es mit uns auch keinerlei Legalisierung der Sterbehilfe geben.

(Beifall)

Ich sage: Wir wollen den Menschen ein würdiges Sterben ermöglichen; aber wir sind mit aller Entschiedenheit gegen das Sterben der Würde in unserem Land.

(Beifall)

Liebe Freunde, denken wir an eine neue Regelung bei den Spätabtreibungen. Ich möchte Volker Kauder ein herzliches Dankeschön sagen. Seit drei Jahren versuchen wir, die Sozialdemokraten angesichts der von allen geteilten Feststellung, dass die derzeitigen Regelungen im Falle der Spätabtreibungen inakzeptabel sind, dazu zu bewegen, hier eine Verbesserung herbeizuführen. Nur eine kleine Minderheit in der SPD lässt sich dafür erweichen. Wir werden dieses Ziel weiterverfolgen. Dieses Ziel hat etwas mit der Würde des Menschen zu tun. Deshalb werden wir es nicht aufgeben, liebe Freunde.

(Beifall)

Denken wir an die Politik für die Migranten in unserer Gesellschaft. Der Oberbürgermeister hat uns gerade darauf hingewiesen: 50 Prozent der jungen Menschen in Stuttgart haben einen Migrationshintergrund. Wir sind für Integration, nicht für Multikulti. Ich habe vor einiger Zeit folgenden Satz gelesen: „Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion von Intellektuellen.“ Gesagt hat ihn Helmut Schmidt. Recht hat er. Ob auch er für eine solche Aussage eine Rüge von der SPD bekommt, weiß ich nicht. Das müssen die selbst entscheiden. Dieser Satz ist richtig, liebe Freunde.

(Beifall)

Wer sich bei uns integrieren möchte, dem müssen die Türen offen stehen. Natürlich muss er dafür unsere Gesetze anerkennen. Deutschland ist Integrationsland. Die Islamkonferenz, der Nationale Integrationsplan haben dazu geführt, nun endlich das Ende eines jahrzehntelangen Schweigens einzuläuten. Der Nationale Integrationsplan ist aus meiner Sicht ein echter Meilenstein.

Denken wir nicht zuletzt an die Außen- und Sicherheitspolitik. Unsere Werte leiten unser politisches Handeln nicht nur zu Hause, nicht nur in Europa, sondern überall. Das heißt, dass wir dem Iran weiter klar sagen, dass eine Nuklearbewaffnung nicht hinzunehmen ist. Das gilt auch dafür, dass wir für die Freiheit der Meere, gegen die Piraterie oder natürlich für die Stabilität von Ländern wie zum Beispiel Afghanistan kämpfen.

Liebe Freunde, wir in der Union wissen, dass unsere Soldatinnen und Soldaten dabei unter Einsatz ihres Lebens für unsere Freiheit eintreten. Dafür danken wir ihnen.

(Beifall)

Es war überfällig und absolut richtig, dass unser Verteidigungsminister den Bau eines Ehrenmales für diejenigen durchgesetzt hat, die im Kampf um die Freiheit ihr Leben verloren haben. Herzlichen Dank, Franz Josef Jung.

(Beifall)

Wir wissen, dass wir die internationale Sicherheitsarchitektur weiterentwickeln müssen. Es ist ein symbolisches Zeichen, dass wir im nächsten April 60 Jahre NATO an der deutsch-französischen Grenze, in Straßburg, in Kehl und in Baden-Baden, begehen werden. Das kann ein weiterer Meilenstein auf unserem Weg, eine Sicherheitsarchitektur für das 21. Jahrhundert zu schmieden, sein: gemeinsam zwischen Deutschland und Frankreich und mit all unseren Verbündeten.

Liebe Freunde, die Aufgaben für die nächste Legislaturperiode sind klar auf der Agenda:

Wir müssen alles daransetzen, dass unser Land noch stärker wird: durch eine Strukturreform für ein einfacheres und gerechtes Steuersystem, das die Leistungsträger motiviert, den Missstand

der kalten Progression abschafft, die Familien stärkt und damit dauerhaft mehr Netto vom Brutto für die Menschen in unserem Lande ermöglicht.

(Beifall)

Wir wollen, dass unser Land stärker wird durch ein Arbeitsgesetzbuch, das endlich die Barrieren aufhebt, sodass mehr Menschen eine Chance auf Arbeit haben und nicht immer wieder über Hürden stolpern.

Wir wollen unser Land durch das Eintreten für faire Löhne stärker machen, nicht durch das Eintreten für einen allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohn, sondern durch eine Stärkung der Tarifautonomie. Wir sagen: Vielfalt muss mit Vielfalt beantwortet werden. Ich werbe weiterhin bei den Gewerkschaften darum: Es stärkt Sie, wenn Sie diesen Weg mit uns gehen und gegen einheitliche flächendeckende Mindestlöhne sind, lieber Herr Sommer.

(Beifall)

Wir müssen eine Alterssicherung schaffen, die trotz des demografischen Wandels das im Arbeitsleben Geleistete auch in der Rente anerkennt, eine Pflegeversicherung, die durch eine Kapitaldeckung zukunftsfest gemacht wird, eine Politik, die nicht nur gerade jetzt, sondern dauerhaft die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent hält, und eine Energiepolitik, die uns die Versorgung mit Energie im eigenen Lande möglich macht. Wir müssen auf Energiemix und Energieeinsparungen setzen und nicht Kernkraftwerke abschalten, solange sie noch bestens geeignet sind, uns Strom zu liefern, sondern den Ausstieg aus der Kernenergie stoppen.

(Beifall)

Wir wollen den Weg der Bundesrepublik in eine Bildungsrepublik fortsetzen. Bis 2015 wollen wir 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Bildung ausgeben. Man kann doch sehen: Wo die Union regiert, da klappt es besser: Sachsen – herzlicher Glückwunsch zu den PISA-Ergebnissen, Baden-Württemberg – vier Exzellenzinitiativen in diesem Lande.

(Beifall)

Wir wollen unser Land stärker machen, indem wir die Integrationspolitik fortsetzen und indem wir die Familien stärken: durch das Betreuungsgeld, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und durch ein Familiensplitting.

Wir brauchen eine neue Politik für die ältere Generation. Wir, die wir hier sitzen oder stehen, werden im Durchschnitt 90 Jahre alt. Darauf müssen wir uns durch ein Programm für die Aktivitäten im Alter, durch ein „Aktiv-Altern-Programm“ vorbereiten.

(Beifall)

Es ist aber so, dass wir in unserer Gesellschaft vieles von dem überdenken müssen, was mit den Älteren zusammenhängt: Altersgrenzen für Schöffen zum Beispiel, die aus einer Zeit von vor 30 Jahren stammen, sind nicht mehr angemessen. Sie ärgern die ältere Generation. Wenn wir deren Mitwirkung wollen, wenn wir wollen, dass sich die Älteren in unsere Gesellschaft einbringen, dann müssen wir ihnen ein herzliches Willkommen sagen und die Dinge so ändern, dass man im Alter aktiv sein kann, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir wollen eine Politik – Günther Oettinger hat hier meine ganze Unterstützung –, die trotz all unserer Wünsche mit dem Schuldenmachen aufhört. Es ist nicht mehr hinnehmbar sein, dass wir so weitermachen, wie seit Ende der 60er-Jahre, und immer neue Schulden aufhäufen. Es ist heute darauf hingewiesen worden, dass es in den ersten 40 Jahren der Bundesrepublik gelungen ist, diese Republik nach schwierigen Zeiten aufzubauen, ohne Schulden zu machen. Es muss unser Anspruch sein, da wieder hinzukommen, liebe Freunde. Das ist Zukunftspolitik.

(Beifall)

Das sind nur einige der Aufgaben, vor denen wir ab Herbst 2009, in der neuen Legislaturperiode, stehen werden. Wir brauchen eine starke Union, um dieses Programm umzusetzen. Wir wollen es als starke Union gemeinsam mit der FDP umsetzen, damit wir noch mehr für Deutschland bewegen können, liebe Freunde.

(Beifall)

Während wir national und international handeln, während wir unsere Agenda für die nächste Legislaturperiode festlegen, beschäftigen sich andere mit sich selbst. Ich habe gerade in einigen Zeitungen gelesen, dass die SPD ihren Wahlkampfslogan festgelegt hat. Er soll heißen: Lebendig. Einig. Mutig. Wir sollten uns das auf der Zunge zergehen lassen: Lebendig. Einig. Mutig. Da wurden wohl die Erfahrungen aus Hessen verarbeitet.

(Heiterkeit und Beifall)

Lebendig geht es dort in der SPD ganz bestimmt zu. Es gibt auch Mutige. Es sind genau vier.

(Beifall)

Und nachdem sie rausgeekelt worden sind, wird sich die hessische SPD ungestört einig, und zwar mit der Linken, liebe Freunde.

(Beifall)

Die SPD und die Linken haben in Hessen vorgemacht, was Deutschland im nächsten Jahr blühen kann: Erst werden die Wähler angelogen, und dann soll ein linksroter Durchmarsch kommen.

Die SPD ist in Hessen tatsächlich zweimal mit dem gleichen Kopf gegen die gleiche Wand gerannt. Jetzt hat sie dazugelernt. Sie nimmt einen neuen Kopf, aber der rennt schon wieder gegen die gleiche Wand.

(Beifall)

Lieber Roland Koch, liebe Freundinnen und Freunde aus Hessen, ihr habt euch neues Vertrauen erworben. Erspart Hessen und Deutschland, dass unbelehrbare DKP-Kader im Land der Paulskirche regieren.

(Beifall – Rhythmisches Klatschen)

Lieber Roland Koch, liebe Freunde, darum werden wir, darum wird die ganze CDU gemeinsam mit euch kämpfen. Das Gleiche sage ich unseren anderen Landesverbänden zu, die im nächsten Jahr ihre erfolgreiche Regierungsarbeit bei den Wählerinnen und Wähler zur Abstimmung stellen und erneut um Vertrauen werben. Lieber Dieter Althaus, lieber Peter Müller, lieber Stanislaw Tillich, liebe Johanna Wanka, lasst uns im kommenden Jahr zeigen, dass die CDU gemeinsam für den Erfolg arbeitet. Es gilt: Wo die CDU regiert, da geht es den Menschen besser, und wir wollen, dass die Menschen in euren Ländern weiter auf Erfolgskurs bleiben.

(Beifall)

In Hessen, in Thüringen, im Saarland, in Sachsen, in Brandenburg und natürlich auch bei der Europawahl, bei den Kommunalwahlen und der Bundestagswahl gilt: Wir wollen gemeinsam für unsere Überzeugungen kämpfen. Wir wollen den Führungsanspruch der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Europa, im Bund, in den Ländern und in den Kommunen deutlich machen.

Alles, was wir tun, tun wir, um die Grundlage dafür zu stärken, dass Deutschland offen bleibt, offen für den Wandel, für Innovation, für die Initiative jedes Einzelnen, die Leistungsbereitschaft der Vielen, die Hilfe für die Hilfsbedürftigen und das Verantwortungsbewusstsein aller in der staatlichen Gemeinschaft. Denn das und nur das ist die Grundlage unseres Wohlstandes und unserer Zukunftsfähigkeit.

Das kommende Jahr wird ein Superwahljahr. Es liegt in unserer Hand, dass es ein super Wahljahr für die Union wird. Wenn wir zusammenstehen, wenn wir gemeinsam handeln, dann dienen wir unserem Land, liebe Freunde.

(Beifall)

Deutschland zu dienen, das war mein Einsatz für die erste Runde. Das ist auch mein Einsatz für die nächste Runde. Das schaffe ich nur mit Ihrer Unterstützung. Um diese bitte ich Sie auch weiterhin. Denn, liebe Freunde, vor uns liegt ein forderndes Jahr. Es wird nicht einfach. Deutschland

braucht dafür Verantwortungsgefühl, Entschlossenheit und praktische Vernunft. Deutschland braucht die Mitte.

Die Mitte – das ist Deutschlands Stärke. Die Mitte – das sind wir. Deshalb: 2009 – das wird unser Jahr. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, wir danken dir für deine eindrucksvolle Rede und die überzeugende Perspektive, überzeugend für Deutschland und für die Union. Auf der Grundlage deiner Rede treten wir in die Aussprache ein. Im Augenblick liegen sieben Wortmeldungen vor. Die erste kommt von Herrn Dr. Pöttering.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: Herr Präsident, lieber Günther Oettinger! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser großen Rede unserer Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel zur deutschen, zur europäischen und zur internationalen Politik erlauben Sie mir, drei Überlegungen zur Europapolitik mit Ihnen zu teilen. In diesen bewegten Zeiten finden viele Gipfeltreffen statt, und manchmal vergisst man die Symbolik, die hinter solchen Treffen steht. Es hat im letzten Jahr, am 25. März, in Berlin ein Gipfeltreffen mit den Staats- und Regierungschefs der 27 Länder der Europäischen Union, mit den europäischen Institutionen gegeben. Dabei ist es gelungen, die Berliner Erklärung zu verfassen.

Wer im Jahre 1979, im Jahr der ersten Europawahl – wir wählen am 7. Juni des nächsten Jahres erneut –, vorausgesagt hätte, in Berlin werden sich drei Länder, die von der Sowjetunion okkupiert sind – Estland, Lettland und Litauen –, die Staaten des Warschauer Paktes – heute: Polen, Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Slowenien als Teil des ehemaligen Jugoslawien sowie Bulgarien und Rumänien – mit den Ländern der freien Wertegemeinschaft der Europäischen Union treffen, dem hätte man 1979 gesagt, dass das eine Vision, ein Traum, eine schöne Hoffnung ist. Liebe Freunde, es ist Wahrheit geworden. Es ist deshalb Wahrheit geworden, weil die Europäer durch gemeinsame Werte verbunden sind. Wir sollten die gemeinsamen Werte, die uns verbinden, sehr viel stärker in den Mittelpunkt unserer Europapolitik stellen.

(Beifall)

Diese Werte sind: die Würde des Menschen, die Menschenrechte, die Demokratie, die Rechtsordnung, der Frieden und unsere Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität. Ich werde es mein Leben lang nicht vergessen, dass sich vor dem Brandenburger Tor die Repräsentanten Europas einig waren und wie es Ihnen, liebe Angela Merkel, mit dem wunderschönen Satz „Wir sind zu unserem Glück vereint“ gelungen ist, diese Gemeinsamkeit Europas zum Ausdruck zu bringen. Dass dieses möglich war, dafür möchte ich Ihnen heute ausdrücklich danken.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte eine zweite Bemerkung machen, liebe Freunde. Als das Europäische Parlament 1979 zum ersten Mal gewählt wurde, hatte es null Gesetzgebungsbefugnisse. Heute ist das Europäische Parlament gleichberechtigt in 75 Prozent europäischer Gesetzgebung. Wenn wir den Vertrag von Lissabon, für den wir kämpfen, in Kraft setzen können, wird das Europäische Parlament in nahezu 100 Prozent europäischer Gesetzgebung gleichberechtigt sein. Wir stehen jetzt, noch im Dezember, vor schwierigen und wichtigen Entscheidungen: zum Klimaschutz – ich möchte sagen: zur Bewahrung der Schöpfung, wie es in unserem Grundsatzprogramm heißt – und zu den Konsequenzen, die wir aus der Bankenkrise ziehen müssen.

Liebe Freunde, ich möchte ganz deutlich sagen – von der Sozialen Marktwirtschaft war bei Angela Merkel schon viel die Rede –: Wir waren schon immer gegen den Materialismus des Kommunismus, und wir sind auch gegen den Kapitalismus, wenn er nicht den Menschen dient. Wir sind für den Markt, der eine soziale Dimension hat. Deswegen ist unser Modell die Soziale Marktwirtschaft auch in der Europäischen Union.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben mit Helmut Kohl und Theo Waigel und vielen anderen um eine stabile europäische Währung gekämpft. Wenn wir den Euro heute nicht hätten, wären wir in noch größeren Schwierigkeiten. Dadurch, dass wir die gemeinsame Währung haben, sind uns die Währungsschwankungen innerhalb der Euro-Länder Gott sei Dank erspart geblieben. Es war richtig, den Weg des Euro zu gehen. Wir dürfen jetzt seine Stabilität und die Kriterien von Maastricht nicht infrage stellen; denn der Euro muss auch in Zukunft erfolgreich sein.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung machen. Liebe Freunde, in Europa hat sich etwas verändert. Wir hatten die Krise um Georgien. Wer hat gehandelt? Die Europäische Union hat gehandelt. Unsere amerikanischen Freunde konnten – aus welchen Gründen auch immer – nicht handeln. Wir als Europäer müssen bereit sein, Verantwortung zu übernehmen. Es war richtig, dass der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy mit Unterstützung von Angela Merkel und anderen, mit Unterstützung unserer europäischen Institutionen den Weg, der beschritten wurde, gewählt hat. Es war richtig, dass wir diesen Weg gewählt haben, um Frieden in Georgien zu erreichen und das Selbstbestimmungsrecht der Georgier zu verteidigen. Europa muss bereit sein, Verantwortung in Europa und in der Welt zu übernehmen.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Peter Müller war als Präsident des Bundesrates dabei, als wir am 11. November in Verdun des Endes des Ersten Weltkrieges vor 90 Jahren gedacht haben. Der französische Staatspräsident hat nicht nur der Toten aus Frankreich, sondern auch der Toten aus Deutschland und ganz Europa gedacht. Meine Erfahrung ist: Es gibt einen neuen Geist der Gemeinschaft in Europa, einen neuen Geist der Solidarität. Dies ist die gute

Entwicklung aus den letzten Jahren. Diesen Weg müssen wir entschieden fortsetzen. Es ist der Weg eines Europas des Friedens, eines Europas des Rechts. Das Recht ist das Entscheidende. Heute hat das Recht die Macht, und es ist nicht so, dass die Macht Recht hat. Wenn wir als CDU jetzt in die wichtigen Wahlen gehen, in die Landtagswahl in Hessen, in die Europawahl, in die Kommunalwahlen und in die Bundestagswahl, und dieses in dem Bewusstsein tun, dass unsere Heimat, unser Vaterland und Europa zusammengehören, dass wir gemeinsam freundschaftlich zusammenarbeiten müssen und dass die Christlich Demokratische Union die Europapartei ist, werden wir gemeinsam auch erfolgreich sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Danke, Hans-Gert Pöttering. – Als Nächster hat Ministerpräsident Tillich das Wort.

Stanislaw Tillich: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel! Die Mitte, Deutschlands Stärke, liebe Freunde, das sind wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Ja, wir, die Union, sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Menschen spüren das.

Die Finanzmärkte wanken weltweit. Keiner weiß, wie tief die Spuren sein werden, die diese Krise in der Wirtschaft hinterlassen wird. Liebe Freunde, unsere Kanzlerin hat aber angepackt. Sie hat das Paket zur Stabilisierung der Banken geschmiedet. Sie hat das Paket zur Unterstützung der Wirtschaft auf den Weg gebracht. Sie kämpft für internationale Regeln in einer globalisierten Welt. Sie ist unser Kapitän an Deck. Sie führt, und unsere Menschen im Land spüren das.

Liebe Freunde, wir als Union müssen über die jetzige Situation hinausblicken. Sie bedeutet nicht das Ende des Kapitalismus, wie landauf, landab prophezeit wird. Wir müssen uns als Partei der Sozialen Marktwirtschaft programmatisch treu bleiben. Wir dürfen nicht über jedes Stöckchen springen, das uns die linken Sonntagsredner vorhalten.

(Beifall)

Die Exzesse auf den Finanzmärkten sind ein Auswuchs, der nichts, aber auch gar nichts mit unserer Vorstellung von Sozialer Marktwirtschaft zu tun hat. Wir müssen den Kasinospielern Hausverbot erteilen und dürfen unsere Wirtschaftsarchitektur nicht einreißen lassen. Jetzt heißt es Kurs halten und die Kräfte des Marktes stärken. Leistung muss sich in unserem Land lohnen. Wir wissen doch alle, wohin der Staatsdirigismus der vormaligen DDR geführt hat: zur Gleichmacherei, zu Stillstand, zum Bankrott der Wirtschaft und zuletzt des Staates. Wir Ostdeutschen haben das schmerzhaft erfahren.

Liebe Freunde, deshalb stehe ich grundsätzlich zu den Leipziger Parteitagbeschlüssen. Wir müssen an den dort beschlossenen Prinzipien weiterhin festhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Für uns heißt Soziale Marktwirtschaft doch immer noch: Unser Staat gewährleistet Wettbewerb. Er investiert in Köpfe, in Bildung und Forschung und in eine moderne Infrastruktur, nicht in Unternehmensanteile. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer,

(Vereinzelt Beifall)

aber er kann besser als bisher dafür sorgen, dass Unternehmer in unserem Land gute Bedingungen vorfinden, dass sie ein Klima vorfinden, in dem Innovationen bestens gedeihen können. Dafür stehen wir als Partei der Sozialen Marktwirtschaft seit 60 Jahren. Dafür steht die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

Liebe Freunde, jetzt müssen wir den Bürgern sagen, dass wir auch für die Zukunft ein Konzept für Wachstum und Beschäftigung haben, gerade in einer Zeit, in der die Menschen verunsichert sind. Angela Merkel und die Union stehen für die niedrigste Arbeitslosenquote, für eine zurückgehende Staatsquote und für Generationengerechtigkeit. Wir in Sachsen leisten unseren Beitrag dazu. Wir haben die Investitionsquote in unserem Landeshaushalt über Jahre hinaus bei 20 Prozent und höher gehalten. Damit stehen wir an der Spitze aller Bundesländer. Wir machen seit Jahren keine neuen Schulden. Wir investieren in die Zukunft, in Forschung und Technologie und in Bildung. Wir sind stolz auf unser Ergebnis bei PISA; wir sind stolz, dass wir nach dieser Untersuchung die Nummer eins in Deutschland sind.

(Teilweise Beifall)

Jetzt kommt es darauf an, keine Hektik zu verbreiten. Das, was wir heute auf das Gleis setzen, muss dazu führen, dass wir auch das Ziel von morgen erreichen. Jetzt ist es wichtig, Ausgaben vorzuziehen, Ausgaben neu zu justieren und Anreize zu schaffen.

Liebe Freunde, im privaten Bereich würde es nicht so sein, dass sich jemand stolz vor seine Kinder stellen und ihnen sagen würde: Ich habe euch etwas zu vererben. Das sind Schulden. Damit die Freude noch größer wird, soll der Schuldenberg auch noch größer werden. – Im privaten Bereich würden die Kinder ein solches Erbe ausschlagen. Die Schulden des Staates können unsere Kinder und unsere Enkel als Erbe aber nicht ausschlagen. Lassen Sie uns im Bewusstsein dessen, dass wir nicht nur Verantwortung für heute, sondern für unsere Kinder und Enkel auch Verantwortung für die Zukunft tragen, an dem festhalten, was unsere Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende gerade formuliert hat. Es gilt, in Verantwortung vor der nächsten Generation Politik zu gestalten. Unterstützen wir unsere Bundesvorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel. Sie hat den Kompass für die Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Danke schön, Kollege Tillich. – Als Nächster hat Ministerpräsident Jürgen Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers: Herr Präsident! Liebe Freunde! Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Rede das deutsche Volk gerade auf schwere Zeiten im kommenden Jahr vorbereitet. Sie hat Recht. Wir stehen vor schweren Zeiten. Manche sagen sogar, das sei die größte Wirtschaftskrise seit Menschengedenken.

Deshalb musste ich in den vergangenen Wochen häufig an meinen Vater denken. Er kam 1948 aus der russischen Kriegsgefangenschaft nach Hause. Er kam in ein Land, das am Boden lag – ökonomisch, vor allen Dingen aber auch moralisch. Er hat seine Meisterprüfung als Elektriker abgelegt, einen Handwerksbetrieb gegründet, eine Familie gegründet und hart gearbeitet, damit ich Abitur machen und studieren konnte. Er und viele, viele hunderttausend andere haben unser Land wieder aufgebaut: Stein für Stein, Mensch für Mensch, Wort für Wort.

Welcher Mut hat eigentlich diese Männer und Frauen beseelt angesichts der Trümmerlandschaft draußen vor der Tür? Welche Kraft? Welche Entschlossenheit? Müssen wir uns nicht in dieser Situation an den Menschen der Aufbaugeneration ein Vorbild nehmen? Sie haben auch in schwerster Zeit nicht den Mut verloren. Sie haben die Ärmel aufgekrempt, sie haben solidarisch zusammengestanden und sie haben die Krise gemeistert. Ich bin fest davon überzeugt: Das können wir heute auch.

(Vereinzelt Beifall)

Für mich folgt daraus: Wir müssen uns Ziele setzen. Ich sehe drei Ziele. Das erste heißt: Es geht nicht nur um Krisenbewältigung. Deutschland muss – das wäre ein wichtiges und großes Ziel, das über die augenblickliche Situation hinausgeht – nach meiner Auffassung gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Wir schaffen das; denn wir sind stark, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Unternehmen haben sich in den vergangenen Jahren neu erfunden. Sie sind international wettbewerbsfähig, auch jetzt. Sie haben tausende Arbeitsplätze geschaffen, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einem Strang ziehen. Das zeigt übrigens die schnelle Einigung in der Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie. Ich glaube, dass es einen Grund dafür gibt, dass so etwas möglich ist: weil wir in Deutschland soziale Partnerschaft haben. Deshalb brauchen wir jetzt nicht in Depression zu verfallen. Wir dürfen es auch gar nicht.

Wir dürfen jetzt übrigens auch nicht die Menschen gegeneinander hetzen – niemand darf das –, sondern man muss jetzt die Leute zusammenholen. Deshalb ärgert es mich richtig, wenn es Leute gibt, die jetzt durchs Land ziehen und Unternehmer beschimpfen. Es ist unfair, die Unternehmer, die Deutschland wettbewerbsfähig gemacht haben, jetzt zu beschimpfen. Es haben doch nicht alle gezockt. Das sind doch meistens mittelständische Unternehmen und Familienunternehmen, die zusammen mit ihren Arbeitnehmern die Aufbauleistung der letzten Jahre geschafft haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen jetzt alles tun, damit die Rezession von kurzer Dauer ist. Wir haben das Zeug dazu, gestärkt aus der Krise hervorzugehen, wenn wir zusammenstehen – Parteien und Unternehmen, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Kirchen und Verbände –, und wenn wir jetzt konsequent und schnell handeln.

Damit bin ich beim zweiten Ziel. Wir müssen die Einheit der Gesellschaft bewahren, liebe Freunde. Diese Wirtschaftskrise darf nicht zu einer Gesellschaftskrise werden. Die Schere in unserer Gesellschaft darf nicht weiter auseinander gehen: zwischen Arm und Reich, zwischen Alt und Jung, zwischen Ausgebildeten und Nichtausgebildeten, zwischen Ost und West und zwischen Einheimischen und Zuwanderern. Wir, die CDU, müssen die Gesellschaft zusammenhalten. Das kann keine andere Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Das kann nicht die SPD. Das kann auch nicht die FDP, und schon gar nicht die Linke.

Wir stehen dafür, dass in unserem Land jedes Kind eine Chance bekommt und sozialer Aufstieg weiter möglich ist. Wir stehen dafür ein, dass in Deutschland jeder, der sich nicht selbst helfen kann, Solidarität erfährt. Wir stehen dafür ein, dass in unserem Land niemand Angst vor Altersarmut haben muss. Wir stehen dafür ein, dass in unserer Gesellschaft Arbeit etwas mit Würde zu tun hat. Wer ordentlich arbeitet, muss davon auch seine Familie ernähren können, liebe Freunde. Wir lassen niemanden zurück.

(Vereinzelt Beifall)

Der Grund, dass wir dafür stehen, ist, dass wir weder Wirtschaft und Soziales noch Freiheit und Sicherheit gegeneinander ausspielen. Wir wissen, dass in einer globalisierten Welt Wirtschaftspolitik auch immer Sozialpolitik und Sozialpolitik auch immer Wirtschaftspolitik ist. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Weiteres: Nach meiner Auffassung gibt es nur noch eine Volkspartei in Deutschland, und das ist die CDU. Die SPD hat den Charakter der Volkspartei verloren. Das ist für uns eine große Chance, aber es ist auch eine große Aufgabe.

Volkspartei CDU: Das ist das dritte große Ziel. Die SPD weiß nicht mehr, für welche Werte sie eigentlich steht. Sie hat ihre Traditionen preisgegeben. Sie hat ihren Kompass verloren. Sie ist ratlos. Sie ist richtungslos, und sie ist führungslos. Sie ist halt keine Volkspartei mehr, und zwar deshalb, weil sie gemeinsame Sache mit der Linken macht, mit einer Partei, die für die Spaltung Deutschlands steht, die aus der NATO und der Europäischen Union austreten will und die die Soziale Marktwirtschaft abschaffen will. Damit hat die SPD ihre Glaubwürdigkeit verloren. Des-

halb laufen ihr die Menschen in Scharen davon.

(Vereinzelt Beifall)

Auch als Volkspartei hat die CDU nur dann Erfolg, wenn wir einig sind. Wir dürfen die CDU nicht in Flügel aufteilen. Wirtschafts- und Mittelstandsunion und Sozialausschüsse gehören zusammen. Junge Union, Frauen Union und Senioren-Union sind nur zusammen stark. Die CDU ist nicht in erster Linie Partei, sondern sie ist Union: eine Union von Konservativen, Liberalen und Christlich-Sozialen unter einem Dach.

Wir werden als Volkspartei Erfolg haben, wenn wir eine wertegebundene Politik machen. Die CDU ist keine materialistische Partei. Geld ist nicht alles im Leben. Wir kämpfen für die Soziale Marktwirtschaft, weil sie wie unser Grundgesetz von Werten lebt. Diese Werte kann sie übrigens selbst nicht schaffen. Der Markt alleine kann nicht alles.

(Vereinzelt Beifall)

Für ein menschliches Leben sind Sicherheit, Gesundheit und Bildungschancen notwendig. Dass jedermann daran teilhaben kann, ist Aufgabe des Staates. Das bedeutet im Kern auch wertegebundene Politik. Es bedeutet, dass wir uns die Spielregeln des globalen Wettbewerbs nicht von außen diktieren lassen, weder von der Wall Street noch von der City of London oder der chinesischen Staatsbank.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen – das ist die Erfahrung der letzten Jahre – die Soziale Marktwirtschaft gegen den Turbokapitalismus schützen, und wir müssen Entscheidung und Verantwortung wieder zusammenführen, auch auf den Finanzmärkten. Es ist unerträglich, dass Menschen Milliarden verzocken und jetzt von der Allgemeinheit erwarten, dass sie den Schaden bezahlt.

(Vereinzelt Beifall)

Was jetzt vorrangig ist: Wir brauchen Wachstum. Lasst uns deshalb gemeinsam die Bremsklötze für private Investitionen wegräumen. Es gibt viel Geld in Deutschland, zum Beispiel bei den Energieversorgungsunternehmen. Sie wollen neue Kraftwerke bauen und damit auch den CO₂-Ausstoß reduzieren. Wir können solche technischen Innovationen möglich machen. Dafür brauchen wir aber Planungssicherheit, damit Investitionsentscheidungen fallen können, sowohl bei neuen Kraftwerken als auch bei den Breitbandnetzen, von denen die Kanzlerin gesprochen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir im kommenden Jahr etwas gegen die Krise tun wollen, dann sollten wir dies nicht für den Konsum tun, sondern wir sollten es für Investitionen tun: für Investitionen in Bildung, für Investitionen in die Zukunft und für Investitionen, die uns gestärkt aus der Krise hervorgehen lassen.

Liebe Freunde, die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine ökonomische Alternative. Sie ist vor allen Dingen eine moralische Alternative. Sie ist mehr als ein Wirtschaftssystem; sie ist vor allem ein Versprechen für die Zukunft: dass Leistung sich lohnt, dass Erarbeiten vor Verteilen kommt und dass jeder eine Chance hat. Sie ist deshalb mehr als ein bloßes Nebeneinander, wo jeder nur auf seinen eigenen Nutzen sieht. Sie ist vor allen Dingen ein Miteinander, wo jeder befreit: Nur wenn es allen gut geht, dann kann es auch mir gut gehen.

Wir werden Erfolg haben, wenn jeder nicht nur an sich selber denkt, sondern immer auch an das Ganze, auch an unser Volk. Was wir jetzt in der Krise brauchen, liebe Freunde, ist Patriotismus. Wir brauchen den Patriotismus der Unternehmer, die sich zu ihrer Heimat bekennen, die zu ihrem Standort stehen und die ihre Mitarbeiter nicht entlassen, wenn es einmal schwierig wird. Jeder Mensch braucht eine Heimat – auch jeder Unternehmer.

(Beifall)

Wir brauchen aber auch den Patriotismus der Arbeitnehmer, die bereit sind anzupacken und die auch bereit sind – es ist gut, dass die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften dazu bereit sind –, einmal Einschränkungen hinzunehmen. Wir, die CDU Deutschlands, müssen jetzt mehr denn je Patrioten sein. Wir müssen Vertrauen und neue Sicherheit schaffen. Nur wir können das, weil wir wirtschaftliche Kompetenz mit Solidarität und sozialer Gerechtigkeit verbinden – das ist unsere Stärke –, weil wir wissen, welche Sorgen die kleinen Leute haben, weil wir Wohlstand für alle wollen und nicht Reichtum für wenige, weil wir zusammenhalten auch in der Krise und weil wir unsere Heimat lieben. Das macht uns unverwechselbar. Deshalb glaube ich daran, liebe Freunde, dass wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen können.

Lassen Sie mich zum Abschluss den Satz eines bekannten nordrhein-westfälischen Fußballers anführen, nämlich einen Satz von Gerald Asamoah. Er hat gesagt: „Solange wir an der Spitze sind, so lange kann uns niemand überholen.“ – Recht hat er.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jürgen Rüttgers. – Ich darf die Gelegenheit nutzen, um einem prominenten Geburtstagskind, Heinz Riesenhuber, zum heutigen Geburtstag zu gratulieren. Alles Gute und ein gutes neues Lebensjahr!

(Beifall)

In der Aussprache ist jetzt der Oberbürgermeister Schramma aus Köln an der Reihe.

Fritz Schramma: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte aus der Sicht der großen CDU-regierten Städte Deutschlands einen Aspekt Ihrer Rede, sehr geehrte Frau Dr. Merkel, ansprechen, nämlich den familienpolitischen Aspekt. Ich möchte hier der Bundespartei ausdrücklich Danke sagen für die modernen Aspekte, die sie in

unsere Familienpolitik hineingebracht hat. Das ist überlebenswichtig für die CDU als Großstadt-partei. Die CDU ist damit auch weiterhin in Millionenstädten wie Hamburg oder Köln wählbar.

Wir haben andere Bevölkerungsstrukturen als im ländlichen Raum; dieses bitte ich zu berücksichtigen. Bei uns gibt es über 50 Prozent Single-Haushalte und über 24.000 Alleinerziehende. Bei uns gibt es auch – Herr Kollege Schuster hat es eben gesagt – eine wachsende Anzahl von Migrationsfamilien. Nun entspricht die Politik der Bundeskanzlerin, aber auch die der Ministerin von der Leyen ebenso wie die der Regierung Jürgen Rüttgers mit Minister Laschet diesem Anliegen sehr. Wir werden in Köln mit einer klaren Botschaft in den Kommunalwahlkampf 2009 gehen. Familienfreundlichkeit ist neben Wirtschaftsförderung und Migrationspolitik – besser gesagt: Integrationspolitik – das zentrale Politikfeld der nächsten Jahrzehnte vor Ort. Nur wer hier zeitgemäße Antworten hat und findet, wird noch gewählt werden.

Wir werden dabei von Land und Bund unterstützt. Aber lassen Sie mich auch das sagen: noch nicht genug. Denn in Städten wie zum Beispiel Köln reichen 20 Prozent Betreuungsangebote für unter Dreijährige oder für Ganztagschulen einfach nicht aus. Wir gehen von uns aus in Vorleistung und haben schon mehr als die gesetzliche Vorgabe mit 50 Prozent Betreuungsquote bei den offenen Ganztagschulen umgesetzt.

Aber – das ist meine Bitte für den heutigen Tag – wir brauchen noch mehr Unterstützung durch Bund und Land. Wir müssen einfach Anreize schaffen, dass gerade geringverdienende Eltern ihre Kinder in die Kindergärten bringen. Gerade die Großstädte – konkret: unsere Kämmerer und unsere Jugendämter – müssen ansonsten die Konsequenzen tragen. Ich bin sogar dafür – unsere Fraktion in Köln hat das angefangen –, dass wir kostenlose Kindergartenplätze einrichten, eventuell verbunden mit einer Anmeldepflicht. Damit entlasten wir nämlich die Familien. Die Familien bilden nun einmal unsere Mittelschicht.

Ich möchte an dieser Stelle Danke sagen für die bisherigen Schritte. Liebe Frau Bundeskanzlerin, bleiben Sie bei dieser Richtung und unterstützen Sie uns weiter mit besonders differenziertem Blick auf die großen Städte. Wir haben in der Tat nächstes Jahr vieles vor, und zwar gemeinsam. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Danke schön, lieber Herr Schramma. Als Nächste spricht Frau Staatsministerin Maria Böhmer.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Herr Tagungspräsident! Liebe Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Angesichts der Wirtschaftskrise ist es mehr als verständlich, dass die wirtschafts- und finanzpolitischen Themen im Vordergrund der Diskussion stehen. An dem, was die Bundeskanzlerin und die beiden Oberbürgermeister von Stuttgart und Köln vorhin sagten – das gilt auch für viele andere Städte in unserem Land –, zeigt sich: Wir müssen gerade in dieser

schwierigen Zeit an den großen gesellschaftspolitischen Themen bleiben – ob es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, ob es die bessere Bildung für unsere Kinder ist. Dazu gehört gerade auch das Thema Integration, das uns in vielen Bereichen unter den Nägeln brennt. Es ist nicht nur wichtig für den Einzelnen, sondern auch wichtig für unsere Gesellschaft und für die Wirtschaft, dass wir hier die Weichen weiterhin richtig stellen.

Wir werden aus dieser Krise – das ist meine große Überzeugung – nur gestärkt hervorgehen, wenn alle an einem Strang ziehen. Mit „alle“ schließe ich auch die 15 Millionen Menschen ein, die zugewandert sind und die hier in Deutschland ihre Heimat gefunden haben. Wir haben heute gehört, dass in Stuttgart der Anteil der Jugendlichen, die aus Zuwandererfamilien stammen, bei 50 Prozent liegt. Ich schätze, in Köln ist das nicht anders. Das ist auch ähnlich in vielen anderen kleinen, mittleren und großen Gemeinden in unserem Land.

Ich war vor wenigen Wochen nach dem Ende der Sommerferien in einer 9. Klasse Hauptschule. Dort hat mich der Klassenlehrer mit den Worten begrüßt: Ich bin der einzige Deutsche in dieser Klasse. – Daran sehen wir, wie dramatisch sich das Bild unseres Landes verändert. Aber was mich gefreut hat, ist, dass die Jugendlichen in dieser 9. Klasse Hauptschule alle gut Deutsch sprachen und dass viele einen Ausbildungsplatz in Aussicht haben. Das ist die positive Seite der Medaille.

Aber wir erkennen auch, dass es dramatische Versäumnisse gibt, weil Rot-Grün dieses Thema jahrelang unter Multi-Kulti-Gesichtspunkten gestalten wollte. Aber Rot-Grün hat es eben nicht gestaltet, sondern erhebliche Versäumnisse hinterlassen. Damit kämpfen wir noch heute.

(Beifall)

Wir können es uns nicht leisten, dass es so bleibt, dass 40 Prozent der Jugendlichen ohne jegliche berufliche Qualifikation sind. Deshalb haben wir in der Integrationspolitik umgesteuert und haben gesagt: Wir müssen durch eine bessere Bildung zur Integration beitragen; denn Bildung ist der Schlüssel für Integration.

Wir wissen auch, dass wir dies tun müssen, weil wir Fachkräfte brauchen, Fachkräfte, die auch in der schwierigen Situation gesucht sind. Wir können auf kein Talent verzichten.

Aber wenn ich mich umschaue, dann weiß ich auch, dass vieles im Argen liegt, wenn es um das Beherrschen der deutschen Sprache geht. Viel zu viele Kinder sprechen noch nicht gut deutsch. Deshalb gilt es, in den Kindergärten umzusteuern. Mit dem Nationalen Integrationsplan haben sich die Länder nicht nur verpflichtet, sondern haben inzwischen auch umgesetzt, dass überall Sprachstandstests stattfinden, dass Sprachförderung stattfindet. Dafür, dass sie diese Aufgabe wirklich erfüllen können, brauchen wir besser qualifizierte Erzieherinnen.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen ganz klar sagen: Der Kindergarten und die Schule müssen zu einem Ort der Integration werden. Aber es ist auch klar, dass Erziehung und Bildung im Eltern-

haus beginnen, nirgendwo sonst. Deshalb müssen wir die Eltern in Zuwandererfamilien stärken, damit sie ihrer Aufgabe wirklich gerecht werden können.

(Beifall)

Der Staat kann die Rahmenbedingungen setzen. Wir brauchen an dieser Stelle aber auch eine starke Bürgergesellschaft. Wir haben Partner gefunden, die Wirtschaft, den Sport, die Stiftungen. Wir haben das Thema „Integration“ aus der Nische herausgeholt und haben es zu einem Thema der Mitte der Gesellschaft gemacht. Wir müssen daran mit allen Kräften weiterarbeiten. Ich glaube, wir können heute auch sagen, niemand hätte es wohl der CDU zugetraut, dass wir nach drei Jahren harter Arbeit im Bereich in der Integrationspolitik zum Vorreiter geworden sind, weit über Deutschland hinaus, auch in Europa. Ich denke, darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Wir beginnen damit, dass wir alles daransetzen, dass jedes Kind, das in die Grundschule kommt, wirklich gut die deutsche Sprache beherrscht. Ich will mich weiter dafür einsetzen, dass die Bildungschancen der Kinder aus Zuwandererfamilien – so haben wir es im Nationalen Integrationsplan vereinbart – bis zum Jahr 2012 denen der deutschen Kinder entsprechen.

Auch will ich, dass wir die wirtschaftlichen Potenziale nutzen. Wir haben 500 000 Unternehmer ausländischer Herkunft in Deutschland. Sie haben Arbeitsplätze geschaffen, sie bilden aus, sie sind diejenigen, die nicht nur im Einzelhandel tätig sind, sondern auch innovative Produkte beisteuern.

Aber wir haben auch 500 000 Menschen in unserem Land, die über eine berufliche Qualifizierung verfügen, die sie im Ausland erworben haben, deren Qualifizierung hier in Deutschland aber nicht anerkannt wird. Wir können uns eine solche Verschleuderung von Qualifikation nicht mehr erlauben, denn es macht keinen Sinn, wenn ein Ingenieur, ein Maschinenbauer Taxi fährt, statt in seinem Beruf tätig zu sein.

(Beifall)

Lassen Sie uns deshalb an diesen Stellen ansetzen. Wir wollen mit aller Kraft weiter fortfahren. Die Integrationsgipfel, zu denen die Bundeskanzlerin eingeladen hatte, waren wirklich Meilensteine der Integration. Wir haben den Nationalen Integrationsplan jetzt mitten in der Umsetzungsphase, und wenn Sie mich fragen, warum wir das alles tun, sage ich ganz deutlich: Wir tun es für die Menschen, die in diesem Land leben, für diejenigen, die zugewandert sind, aber zugleich für alle Menschen, die hier in Deutschland leben, denn jeder hat seine Chance verdient. Das entspricht unserem christlichen Menschenbild. Wir tun es aber genauso für unser Land, denn nur wenn wir uns gemeinsam stark machen, werden wir diese Krise bewältigen, und nur so wird auf Dauer ein gutes, friedliches Zusammenleben möglich sein.

Ganz in diesem Sinne sage ich Ihnen: Deutschland ist ein Integrationsland, und Integrationspolitik ist Politik für ein starkes Deutschland. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Danke, Maria Böhmer. – Als Nächster spricht Friedrich Merz.

Dr. Friedrich Merz (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn man heute Morgen auf diesen Parteitag kommt, mit den Delegierten spricht und die Reden hört, auch die von Angela Merkel, dann wird vermutlich uns allen klar, dass dies kein normaler Bundesparteitag zu einer normalen Zeit ist. Wir haben eine Weltfinanzkrise, und wenn wir ehrlich miteinander sind: Keiner von uns weiß so richtig, was daraus im nächsten Jahr wird.

Angela Merkel hat von einer weltweiten Wirtschaftskrise gesprochen. Ich teile diese Einschätzung. Eine solche Herausforderung, wie wir sie jetzt vor uns haben, wird für die nationale Politik, für die europäische Politik und global sehr schwer zu bestehen sein.

Manch einer hat in diesen Tagen den Vergleich mit 1929 angestellt und auf die damaligen Folgen hingewiesen. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich diesen Vergleich nicht teile, insbesondere deshalb nicht, weil anders als 1929 heute die internationale Koordinierung, die internationale Zusammenarbeit funktioniert. Vielleicht etwas vereinfachend gesagt: Aus der Finanzkrise des Jahres 1929 wurde erst durch den Protektionismus, der insbesondere von den Amerikanern ausgeht, eine Weltwirtschaftskrise. Dies kann uns heute erspart bleiben, insbesondere dann, wenn es diese internationale Zusammenarbeit weiter gibt.

Wir haben aber auch allen Grund, heute als Deutsche und Europäer dankbar zu sein und einen dankbaren Blick zurückzuwerfen. Hans-Gert Pöttering hat es schon gesagt, und ich will es aus meiner Sicht noch einmal bestätigen: Wir können heute mehr denn je sehr dankbar dafür sein, dass wir in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eine gemeinsame Währung haben.

(Beifall)

Stellen wir uns, liebe Freunde, einmal einen kurzen Augenblick vor, was wohl in Europa los wäre, wenn wir in dieser Finanzkrise heute keine gemeinsame Währung hätten. Wir hätten dann nicht nur Länder wie Ungarn, Island, Lettland und andere kleinere, wir hätten im Zentrum Europas maximal mögliche Währungsspekulationen gegen ganze Volkswirtschaften, gegen ganze Länder, vermutlich auch gegen uns, gegen die deutsche Volkswirtschaft. Dass uns das heute erspart bleibt, gibt allen Anlass, noch einmal Dank an diejenigen zu sagen, die vor 10, 12, 15 Jahren standhaft waren, den Euro wollten, ihn gegen Widerstände durchgesetzt und ermöglicht haben. Dazu zählen insbesondere Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble, aber auch viele an-

dere, die damals in der Verantwortung gestanden haben. Ich finde, das ist heute in besonderer Weise einen Dank wert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es bleiben einige nationale Themen, und dazu möchte ich etwas sagen. Angela Merkel hat, wie ich finde, vollkommen zu Recht darauf hingewiesen: Dieses große Paket von 400 oder fast 500 Milliarden Euro, das in Berlin geschnürt worden ist und in wenigen Tagen verabschiedet wurde, ist kein Paket zur Rettung der Banken oder gar der Bankmanager. Ich will es einmal etwas zugespitzt formulieren: Wir könnten in Deutschland volkswirtschaftlich ohne Automobilindustrie auskommen. Das wäre schmerzhaft, insbesondere für Baden-Württemberg und andere Länder, aber als Volkswirtschaft wären wir ohne Automobilindustrie nicht gefährdet. Wir könnten ohne chemische Industrie auskommen, wir könnten ohne Maschinenbau auskommen. Das alles wäre schmerzhaft, es würde Tausende von Arbeitsplätzen, Hunderttausende von Arbeitsplätzen kosten, aber es würde die Volkswirtschaft nicht gefährden.

Die Rettung des Bankensystems war notwendig, weil keine Volkswirtschaft ohne ein Bankensystem überleben kann. Ich sage das deshalb, weil ich finde: Wir müssen diesen Unterschied in den Diskussionen der nächsten Wochen und Monate noch viel deutlicher machen, weil jetzt natürlich auch viele andere Branchen in die Krise kommen oder schon in der Krise sind und vom Staat die gleiche Hilfe erwarten wie die Banken. Wir müssen sagen: Dies ist ein fundamentaler Unterschied.

Weil dies ein Unterschied ist, müssen wir, wie ich finde, auch über die Frage reden, ob wir in diesem Bereich nicht sogar etwas mehr tun müssen.

Liebe Freunde, das Rettungspaket ist jetzt seit fast sechs Wochen in Kraft. Die Wirkung ist weit hinter dem zurückgeblieben, was wir erwartet haben. Ich stelle deswegen zwei Fragen: Erstens. Müssen wir nicht möglicherweise mehr Banken gesetzlich veranlassen, unter den Rettungsschirm zu gehen? Dies könnte sich als notwendig erweisen. Zweitens, liebe Freunde – ich spreche auch dies ganz bewusst und sehr offen an, wissend, dass ich damit nicht auf ungeteilte Zustimmung stoße –: Ist die Kreditklemme, die von manch einem für das nächste Jahr beschworen wird, nicht bereits vorhanden? Nach meinem Eindruck ja.

Gerade jetzt, in dieser Situation, bräuchten wir meines Erachtens dringender denn je funktionsfähige Landesbanken. Wir haben sie aber nicht. Die Landesbanken sind weit hinter dem zurück, was sie an Beiträgen zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise leisten müssen. Ich spreche das von diesem Pult aus an – das wird dem einen oder anderen gar nicht bewusst sein –: Es gibt Landesbanken nur noch in unionsregierten Bundesländern, keine einzige mehr in einem SPD-geführten Bundesland. Das Landesbankenproblem ist ein Unionsproblem. Es ist, wie ich finde, nicht nur ein Problem der Länder; es müsste ein Problem von uns allen, auch der Bundespartei, sein. Ich persönlich glaube nicht, dass wir dieses System so lassen können, wie es gegenwärtig ist.

(Beifall)

Im Gegenteil, ich bin davon überzeugt, dass es richtig wäre, mit den Landesbanken sehr intensiv, zielführend und unter engen Zeitplänen über neue Geschäftsmodelle zu sprechen. Ich sehe hier den einen oder anderen, der das anders sieht, aber ich sage es trotzdem oder gerade deshalb: Ohne vertikale Integration, ohne Integration des Sparkassensektors wird es nicht gehen. Ich finde, darüber müssen wir sprechen, meine Damen und Herren, liebe Freunde. Dies ist nicht ein technisches Problem am Rande des Problems, sondern es handelt sich um das Kernproblem zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in unserem Land. Wir brauchen gerade jetzt funktionsfähige Landesbanken und einen öffentlich-rechtlichen Sektor, der arbeitsfähig ist – und er ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht.

(Beifall)

Ich will ein weiteres europäisches Thema ansprechen. Angela Merkel hat darauf hingewiesen; wenn ich sie richtig verstanden habe, hat sie es so gemeint. Liebe Freunde, in den nächsten Tagen und Wochen steht in Brüssel die Entscheidung über den CO₂-Zertifikatehandel an. Ja, wir bekennen uns alle und mit wirklicher Überzeugung zu den Klimaschutzziele. Aber ich stelle einmal die Gegenfrage: Macht es wirklich Sinn, nachdem wir hier weiter sind als alle anderen, im Zusammenhang mit dem CO₂-Zertifikatehandel die deutsche Wirtschaft und Industrie jetzt überproportional hoch zu belasten durch die Entscheidung, die in Brüssel getroffen wird, und das gerade zum jetzigen Zeitpunkt?

(Beifall)

Gerade zum jetzigen Zeitpunkt ist es nach meiner Überzeugung wichtig, dass wir die Klimaschutzziele im Auge behalten und uns zu ihnen bekennen, aber einen gleichmäßigen Belastungsgrad aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und darüber hinaus erwarten und nicht ohne Not und ohne Grund in eine zusätzliche deutsche Vorleistung treten, die uns an keiner Stelle in der Welt wirklich gedankt wird, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich will abschließend Folgendes offen ansprechen und damit vielleicht einen Teil der Diskussion von morgen vorwegnehmen: Es gibt in unserer Partei unterschiedliche Auffassungen über die Steuerpolitik. Ich will deswegen aus meiner Sicht klar und deutlich sagen: Für Steuergeschenke und kurzfristige umfassende Steuersenkungen stehen die Spielräume in den öffentlichen Haushalten nicht zur Verfügung. Das geht zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

(Beifall)

Alles andere – sei es noch so gut begründet – ist zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der Lage der öffentlichen Haushalte nicht realisierbar.

(Vereinzelt Beifall)

Ich füge leise hinzu: Ich hätte mir das auch anders vorstellen können. Nach drei Jahren relativ umfassender Steuererhöhungen und vieler anderer Dinge hätten die Spielräume vielleicht größer sein können. Aber es hat keinen Sinn, jetzt zurückzublicken. Wir haben heute den 1. Dezember 2008, und das Jahr 2009 steht vor der Tür. Also, was machen wir?

Liebe Freunde, ich finde, die Antwort ist gar nicht so schwer. Ich jedenfalls erinnere mich gerne – und manch einer von Ihnen wenigstens dunkel – an einen Parteitag in Leipzig, wo wir etwas zur Steuerpolitik gesagt, niedergeschrieben und beschlossen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Bei dieser Gelegenheit haben wir auch etwas beschlossen, was der eine oder andere vielleicht gar nicht mehr so gut in Erinnerung hat, nämlich dass wir endlich aus der kalten Progression herauskommen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich stelle uns einmal die Frage, ob nicht genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, heute und für das Jahr 2009 einen Teil der Antwort für ein späteres umfassendes Konzept zu geben.

(Beifall)

Sehen wir uns doch an, wie die Lage ist! Liebe Freunde, das erste Mal seit langer Zeit haben viele Arbeitnehmerhaushalte in Deutschland zum Jahreswechsel 2008/2009 wieder höhere Löhne und Gehälter. Wir müssen doch heute vonseiten der Politik sagen, anders als manch einer es befürchtet hat: Die Tarifvertragsparteien in Deutschland haben sehr verantwortungsvolle Tarifabschlüsse ermöglicht: Der öffentliche Dienst, die chemische Industrie, die Papierindustrie; ja selbst die Metallindustrie hat überraschend schnell einen sehr moderaten Tarifabschluss ermöglicht. Ich frage uns: Wäre jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, diesen Tarifvertragsparteien, den Unternehmen, aber auch den Arbeitnehmerhaushalten, zu Beginn des Jahres 2009 als Steuergesetzgeber sozusagen den zweiten Teil der Antwort zu geben? Diese Antwort lautet: Wir wollen im Jahr 2009 wenigstens nicht an diesen Lohn- und Gehaltssteigerungen überproportional profitieren durch das Hineinwachsen in die kalte Progression. Wäre das jetzt nicht die richtige Antwort?

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, um es auf den Punkt zu bringen: Der Einkommensteuertarif, den wir heute haben, versetzt den Staat sozusagen in die Lage eines Trittbrettfahrers. Mit diesem Tarif ist der Staat der steuerpolitische Trittbrettfahrer bei Lohn- und Gehaltssteigerungen. Dies jetzt zum 1. Januar 2009 zu korrigieren, ist keine Steuerreduzierung. Der Staat verzichtet nur auf eine

Steuernehreinnahme durch die moderaten Gehalts- und Lohnsteigerungen, die zuvor vereinbart worden sind.

Wenn wir dies tun, geben wir ein Signal an die Arbeitnehmerhaushalte, dass wir uns bei der Steuer endlich begrenzen wollen. Ich sage leise hinzu für alle, die mehr Steuersenkungen wollen – ich gehöre dazu –: Es ist nicht damit getan, einfach zu sagen, dass wir die Steuern senken wollen. Wir müssen dann auch über die Ausgabe Seite reden. Wer aber über die Ausgaben redet, der muss auch über die Aufgaben reden. Dies über den Jahreswechsel zu tun, überfordert selbst diejenigen, die besten Willens sind hinsichtlich der Abgaben- und Steuerpolitik in diesem Land, liebe Freunde. – Wenn wir dies machen wollen, müssen wir ein großes Paket schnüren nach der Wahl. Aber jetzt den ersten Schritt zu tun, hat den Effekt, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande wieder daran glauben, dass die Union es ernst meint mit der Begrenzung des Steuerstaates und auch mit Steuerreduzierungen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann können wir in das Wahljahr 2009 gehen und mit gutem Grund sagen, dass wir dies dann nach der Bundestagswahl 2009 fundamental angehen wollen.

Liebe Freunde, wenn wir das verbinden mit einer Mannschaft, mit einem Team, das sichtbar macht, dass wir die wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz nicht aufgeben und die finanzpolitische Kompetenz nicht allein den Sozialdemokraten überlassen, dann bin ich sicher, dass wir eine große Chance haben, trotz oder gerade wegen der Krise die Bundestagswahl 2009 zu gewinnen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Friedrich Merz. – Der nächste Redner ist Peter-Harry Carstensen.

Ich darf noch ankündigen, dass sich die Antragskommission um 13,30 Uhr zu ihrer Beratung am vereinbarten Ort treffen wird. Die Antragskommission tagt um 13,30 Uhr.

Peter-Harry Carstensen: Herr Tagungspräsident! Liebe Angela Merkel! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Rede unserer Bundesvorsitzenden hat gezeigt: Unsere Partei kümmert sich um die großen Zukunftsthemen. Hier hängen drei Schlüsselkomplexe unmittelbar miteinander zusammen: erstens eine verantwortungsvolle und umsichtige Klimapolitik, zweitens eine saubere und sichere Energiegewinnung und drittens die ausreichende Ernährung der Menschen auf unserer Erde. 920 Millionen Menschen hungern auf dieser Welt. Die Weltbevölkerung wächst jährlich um rund 90 Millionen. Um mit dem steigenden Bedarf Schritt zu halten, muss sich die Nahrungsmittelproduktion bis 2020 verdoppeln. Die Internationale Energieagentur sagt bis zum Jahr 2030 eine Zunahme des weltweiten Energieverbrauchs um 55 Prozent voraus.

Da kommt immer mehr die Landwirtschaft als Agrarrohstofflieferant ins Spiel. Die steigende Nachfrage wird auch die Agrarproduktion verteuern. Wir müssen die ökonomischen, die ökologischen und die sozialen Lebensräume für uns und unsere Nachkommen erhalten. Die Bewahrung der Schöpfung ist auch eine christliche Verpflichtung.

Die Sicherung der Ernährung, die Energieversorgung, der Klimaschutz und der Erhalt der Kulturlandschaft sind elementare Herausforderungen der Zukunft. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und nach Futtermitteln wird sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht stark steigen. Gleichzeitig steigt die Energienachfrage. China hat fast 20 Prozent der Weltbevölkerung, aber nur rund neun Prozent der Agrarfläche. Was das bedeutet, möchte ich an folgendem Beispiel deutlich machen: Wenn Sie jedem Chinesen eine Flasche Bier pro Jahr mehr geben wollen – wie Sie wissen, ist das wenig –, brauchen Sie 270 000 Tonnen Getreide, um das Bier zu brauen. Die Konsequenzen für die Nahrungsmittelproduktion und die Nahrungsmittelpreise sind derzeit nicht absehbar. Schon in den letzten zweieinhalb Jahren haben die Weltmarktpreise für nahezu alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse stark angezogen.

Wichtig ist aber auch, dass die derzeitige weltweite Produktion von Nahrungsmitteln ausreicht, um allen Menschen auf der Welt genügend Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Es muss dafür gesorgt werden, dass diese Güter gerecht verteilt werden und die vorhandene, gut funktionierende Landwirtschaft in den Industriestaaten nicht nur erhalten wird, sondern weiter innovativ ausgebaut wird.

Im Vorwort zum Welthungerindex steht: Ohne öffentlichen Druck bewegt sich wenig bei der Hungerbekämpfung. Es fehlt nicht an entsprechenden Erkenntnissen, sondern an politischem Willen. – Ich glaube, das können wir nicht auf uns sitzen lassen. Deutschland hat eine hochproduktive Landwirtschaft und leistungsfähige agrarwissenschaftliche Einrichtungen. Wir sind in der Lage, einen substanziellen Beitrag zur Welternährung und zur nachhaltigen Energiesicherung zu leisten. Viele Landwirte haben inzwischen ihre Produktion umgestellt. Sie bauen Getreide an, um daraus Energie zu gewinnen; denn die Nachfrage nach Energie steigt. Da klingt eine Option Biosprit ganz attraktiv. Bio klingt nach ökologischer Produktion und vor allem nach gutem Gewissen. Dabei werden Lebensmittel in Sprit umgewandelt und getankt. Kann man also ein gutes Gewissen haben? Es werden Regenwälder gerodet, um Palmöl zu gewinnen und zu produzieren, das dann in unsere Länder exportiert wird. Wir machen dann Biodiesel daraus. Wenn die Menschen „Bio“ hören, dann meinen sie: Das ist etwas Gutes. Wir brauchen Antworten auf die Ernährungs-, Energie- und Klimafragen. Sie müssen miteinander in Einklang gebracht werden.

Was ich mitgebracht habe, ist nicht mein Mittagessen. Das sind 221 Gramm Mais. Diese Menge wird von der Welthungerhilfe in den Hungerländern, zum Beispiel in Darfur, als Tagesration zum Überleben gegeben. Aus 221 Gramm Mais kann man 85 Kubikzentimeter Biosprit machen. Wir

fahren damit, wenn wir vorsichtig fahren, gut 900 Meter, einmal zum Bäcker und zurück, um Brötchen zu holen. Ich finde, das müssen wir bedenken. Das hat mit Nachhaltigkeit und Moral nicht immer viel zu tun.

(Beifall)

Ich sage aus tiefster Überzeugung: Brot gehört auf den Teller und nicht in den Tank.

(Beifall)

Ich werbe dafür, dass wir fünf politische Fehler der Vergangenheit korrigieren. Erstens. In der deutschen und europäischen Agrarspritpolitik ist umzusteuern. Wir brauchen weniger Subventionen und mehr Markt, auch weil wir sonst Flächen und Futtermittel in einer Situation teuer machen, in der unsere Milchbauern mit 26 bzw. 27 Cent pro Liter nicht wirtschaften können.

Zweitens. Wir müssen neue Schwerpunkte in Forschung und Entwicklung setzen und dabei die Agrar- und Energieforschung stärken. Wir brauchen modernste Techniken, die Kraftstoffe einer neuen Generation aus Abfallprodukten und Reststoffen gewinnen, ohne dass sich dies auf die Nahrungsmittelproduktion auswirkt.

Drittens. Wir dürfen die Grüne Gentechnik nicht verteufeln. Gentechnik ist unerlässlich,

(Vereinzelt Beifall)

wenn wir Produktionssteigerung und Ertragssteigerung wollen. Wir müssen eine Diskussion ohne Schaum vor dem Mund führen. Wir müssen nicht nur darüber nachdenken, welche Folgen die Grüne Gentechnik haben kann, sondern auch, welche Folgen es haben kann, wenn wir die Grüne Gentechnik nicht anwenden.

Viertens. Wir dürfen die Agrar- und Ernährungspolitik in der Entwicklungszusammenarbeit nicht länger vernachlässigen. Hier ist in der Vergangenheit zu wenig geschehen. Gerade landwirtschaftliches Know-how gibt Hilfe zur Selbsthilfe in den ländlichen Regionen der Entwicklungsländer.

Fünftens. Wir müssen Partnerländer in der Entwicklungszusammenarbeit auf ihrem Weg zu Good Governance unterstützen und damit die politischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche soziale, ökologische und marktwirtschaftliche Entwicklung einfordern.

Das sind große Zukunftsthemen, und die CDU kümmert sich um sie, mit unserer Bundesvorsitzenden und Bundeskanzlerin an der Spitze. Nötig sind Antworten von weltumspannender Reichweite. Angela Merkel hat mehrfach eindrucksvoll bewiesen, dass sie solche Antworten herbeiführen kann. Die CDU übernimmt Verantwortung in nationalen wie in internationalen Zusammenhängen. Zeigen wir, dass wir über unseren eigenen Tellerrand hinausblicken können!
– Herzlichen Dank.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Peter-Harry Carstensen. – Uns liegen noch fünf Wortmeldungen vor, nämlich von Christian Baldauf, Roland Koch, Eugen Abler, Gottfried Ludewig und Herbert Reul.

Wenn Sie einverstanden sind, würden wir damit die Rednerliste für die Aussprache schließen. – Wie ich sehe, stimmen Sie dem zu. Dann kommt Christian Baldauf.

Christian Baldauf: Werter Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Bundeskanzlerin! Um das aufzugreifen, was Friedrich Merz zu den steuerpolitischen Trittbrettfahrern gesagt hat – deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet: Umfragen besagen, dass nur noch 15 Prozent der Bevölkerung das vorhandene Steuersystem als gerecht empfinden.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, „Die Mitte. Deutschlands Stärke.“, wie wir es hier zu stehen haben, steht auf der Agenda. Es ist auch völlig richtig, dass man die Mitte stärkt; denn mit der Mitte gewinnt man die Wahlen – oder man gewinnt sie nicht. Deshalb muss die Mitte in das Zentrum unserer Politik gerückt werden. Die Mitte hält – davon bin ich fest überzeugt – unsere Gesellschaft zusammen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb haben wir in Rheinland-Pfalz intensiv darüber diskutiert, wie wir mit diesem Thema umgehen. Wir hatten im September einen Parteitag. Auch Angela Merkel war anwesend. Dafür noch einmal herzlichen Dank. Auch auf ihre Bitte hin wurde die Haushaltskonsolidierung in einen Steuersenkungsantrag aufgenommen, den wir auf den Bundesparteitag eingebracht haben und über den noch zu diskutieren sein wird. Bei diesem Antrag war uns folgender Punkt sehr wichtig – dieses Ziel haben wir im Auge –: Die Steuern müssen herunter – und zwar nicht irgendwann, sondern sehr bald.

Natürlich erkenne ich an, dass in der Finanzkrise viel gemacht worden ist. Angela Merkel, herzlichen Glückwunsch dazu, mit welcher großer Umsichtigkeit, Kontinuität und Kompetenz dieses Thema angegangen worden ist.

Ich bin aber überzeugt, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde: Steuersenkungen wären jetzt der richtige Impuls, um die Konjunktur zu stärken. Die Menschen sollen ermutigt werden. Der schwache private Konsum muss angekurbelt werden, um die Absatzperspektiven der Unternehmen zu verbessern. Der arbeitenden Mitte geht die Luft aus. Facharbeiter, Angestellte, Beamte und selbst derjenige, der ein mittleres Gehalt bezieht, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, müssen schauen, wie sie über die Runden kommen angesichts dessen, dass es höhere Preise, höhere Steuern, höhere Energiekosten, ständig steigende Abgaben und Einkommen gibt, die bei den Familien netto nicht mehr so ausreichend vorhanden sind, wie es sein müsste.

(Vereinzelt Beifall)

Die Belastungen sind aus unserer Sicht zu hoch. Trotz der Lohnsteigerungen in den vergangenen Jahren sind den Menschen – Friedrich Merz hat es angesprochen; es wird sich im Januar wiederholen – nicht ausreichend Mittel in der Tasche verblieben. Gerade wegen der steigenden Tariflöhne – wir haben es gehört – fallen viele zwischenzeitlich unter den Spitzensteuersatz. Dann bleibt eben vom zusätzlichen Brutto nicht mehr ausreichend netto übrig; die Zahlen kennen Sie alle.

Die Menschen kaufen weniger; die Menschen leisten sich weniger. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wir haben dieses Thema in unserem Landesverband über den CDU-Bezirksverband Trier in Angriff genommen. Der Antrag hieß zunächst: „Mehr Netto vom Brutto“. Warum haben wir das gemacht? Ein Beispiel ist gerade die Region Trier: Wir haben dort einen Kaufkraft-rückgang von 14 Prozent. An dieser Zahl sehen Sie schon, wie sehr das Thema unter den Nägeln brennt. Die Spielräume sind heute – das ist richtig – eng; davor verschließen auch wir nicht die Augen. Aber ich bin davon überzeugt: Der Spielraum wird noch enger, wenn wir die Steuern nicht senken.

Eines der Hauptrisiken für unsere Wirtschaft ist die grassierende Konsumschwäche. Wir müssen eine starke Antwort auf die Wachstumsschwäche finden. Die Binnenkonjunktur muss angekurbelt werden. Eine Antwort ist vor allem durch eine schnelle Steuerentlastung möglich. Die CDU will ja schließlich einen Kurs der Mitte fahren. Aber dann muss die Mitte von diesem Kurs auch etwas spüren. Ich bekomme mit, dass die Menschen das so nicht wahrnehmen.

Wir sind deshalb, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, sehr froh, dass es uns gelungen ist, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Dieses Thema muss auch auf der Tagesordnung bleiben. Dafür kämpft und steht die CDU von Rheinland-Pfalz. Ich weiß, liebe Frau Bundeskanzlerin, dass auch Sie hinter diesen Dingen stehen. Eine Steuerentlastung muss kommen. Über die Einzelheiten werden wir uns noch unterhalten. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christian Baldauf. Als Nächster kommt Roland Koch.

Roland Koch: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Freunde! Ich glaube, zunächst ist es ein Gebot der Höflichkeit, mich beim Parteitag zu entschuldigen, dass ich heute Morgen nicht da war. Ich habe versucht, nachzuzählen: Es ist wahrscheinlich das 27. oder 28. Mal, dass ich die Chance gehabt hätte, die Rede des oder der Parteivorsitzenden zu hören. Ich habe es heute Morgen nicht getan; denn am 1. Dezember im Jahre 1946 ist in Hessen die Verfassung durch das Volk beschlossen und zugleich das erste Parlament gewählt worden. Seitdem feiern wir Hessen in ununterbrochener Reihenfolge diesen Tag, und zwar immer unter

der Anführung des Ministerpräsidenten. Ich glaube, Sie haben Verständnis dafür: Ich war eigentlich ganz froh, dass ich da heute sein durfte.

(Beifall)

Sie haben sicherlich Verständnis auch dafür: Ich wollte wegen eines Parteitages diese Regel nicht brechen. Aber noch mehr: Ich wollte deutlich machen, dass es um den Platz, den ich in Hessen einnehme, im Augenblick ein Ringen gibt.

Wir Hessen haben kein einfaches Jahr hinter uns – auch ich persönlich nicht. Durch Umstände und manche Dinge, die wir sicher nicht ganz richtig gemacht haben, sind wir in eine sehr schwere Zeit gekommen: wir als Partei, jeder Einzelne von uns, aber durchaus auch – so haben es mehr und mehr auch die Bürgerinnen und Bürger gesehen – das Land. Deshalb empfindet es eine große Mehrheit der hessischen Bevölkerung als einen glücklichen Zustand, dass sie die Gelegenheit hat, erneut zu wählen, und zwar unter der Bedingung, dass sie jetzt weiß, was sie von den Parteien und ihren Angeboten zu halten hat, und sogar weiß, was in dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag steht, der ausgehandelt worden ist, und nicht mehr spekulieren oder sich von der CDU erzählen lassen muss, was in ihm stehen könnte. Ein Nordhesse, der bisher geglaubt hat, dass die SPD die Infrastruktur ausbaut, weiß jetzt, dass sie, wenn Linke und Grüne das wollen, bereit ist, die Infrastruktur zu opfern. Das ist nur ein Beispiel.

Deshalb gibt es einen sehr klaren Wahlkampf in Hessen. Wir als Christliche Demokraten sind entschlossen, gemeinsam mit der FDP dafür zu sorgen, dass es in Hessen wieder stabile Verhältnisse gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir führen diesen Wahlkampf natürlich in einer Bevölkerung, die in den letzten neun Monaten erlebt hat, was Wortbruch bedeutet. Sie hat in den letzten neun Monaten auch gesehen, wie die Sozialdemokratische Partei jedes Maß im Umgang mit denjenigen wenigen verliert, die noch an das glauben, was sie vor der Wahl gesagt haben, wie die Sozialdemokratische Partei, die vor langer Zeit selbst in der Situation war, von Linken und Leuten, die heute in der ehemaligen PDS-Struktur bzw. Linkspartei sitzen, mit unterdrückt worden zu sein, nun diejenigen unterdrückt, die noch darauf hinweisen, dass es eine solche Geschichte gegeben hat. Ich hätte jedenfalls nicht geglaubt, dass die Sozialdemokratie in diesen Zustand kommt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das ist die eine Dimension der Wahl. Die andere ist diejenige – ich denke, sie wird von Tag zu Tag wichtiger –, die uns gemeinsam beschäftigt. Der 18. Januar ist ein Tag in einer extrem schwierigen wirtschaftlichen Situation. Wir alle miteinander – wo immer ein Wähler eine Chance hat – wird das, was er in diesen Tagen eines neu beginnenden, schwierigen Jahres entscheidet, unter der Frage entscheiden: Was wird die ökonomische Zukunft des Landes sein?

Bei dieser ökonomischen Frage geht es nicht nur darum, wie es den Banken, der Automobilindustrie oder irgendeiner abstrakten Branche geht. Dies ist vielmehr eine Frage, die die Menschen unter dem Gesichtspunkt umtreibt: Was wird aus meiner Zukunftschance? Habe ich in dieser wirtschaftlichen Entwicklung eine Möglichkeit, eine Chance – das gilt für die Rentnerinnen und Rentner; das gilt für junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, und das gilt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer –, meine eigene Zukunftsplanung noch zu verwirklichen? Muss ich meine Zukunft abschreiben, oder habe ich eine Chance, daran mitzuwirken, und wer hilft mir, daran mitzuwirken, dass daraus eine Perspektive wird, die Wohlstand und Sicherheit umfasst?

Das ist eine sehr abstrakte Diskussion. Manchmal habe ich den Eindruck: Es wird eine gefährlich abstrakte Diskussion. Das, was uns wiederum verbindet und was ich, meine Kolleginnen und Kollegen in Hessen und wir alle gemeinsam in der CDU Deutschlands in den nächsten Wochen und Monaten tun müssen, ist, darauf hinzuweisen, dass diese Debatte nicht nur abstrakt, sondern sehr konkret ist.

Zwei Aspekte dieses Konkreten möchte ich beleuchten: auf der einen Seite die Perspektiven, was wir für Wachstum tun können, und auf der anderen Seite die Frage, wie wir uns in Krisen verhalten müssen.

Was können wir für Wachstum tun? Ich beginne wieder mit einer hessischen Antwort: In diesem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag wäre der Flughafen in Frankfurt trotz aller Planfeststellungsentscheidungen, die bereits getroffen worden sind, nicht mehr gesichert ausgebaut worden.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger am 18. Januar entscheiden, dass eine bürgerliche politische Mehrheit im Land bleibt, werden wir, so hoffe ich, im März oder April anfangen können, den Frankfurter Flughafen auszubauen und 4 Milliarden Euro zu investieren. Das entspricht 0,5 bis 1 Prozent Wachstum für das Bundesland Hessen über viele Jahre und bedeutet Zehntausende von Arbeitsplätzen beim Bau und 40 000 dauerhafte Arbeitsplätze an diesem Standort.

(Beifall)

Das ist eine Entscheidung von vielen in der Region. Nach wie vor ist die Frage, die wir in den Diskussionen immer wieder stellen, vom Konjunkturprogramm bis zur Landespolitik: Haben wir den Mut, in unserem Land die Infrastruktur zu schaffen, die wir brauchen, um in einem internationalen Markt wettbewerbsfähig und für alle erreichbar zu sein? Da gibt es klare Trennlinien. Das ist nicht nur eine Frage der Ideologie. Die Frage lautet auch: Wer ist bereit, zu entscheiden und die Rahmenbedingungen zu setzen?

Es geht um 40 000 Arbeitsplätze. An einem Flughafen gibt es Arbeitsplätze, für die man nur eine ganz einfache Ausbildung braucht, und Arbeitsplätze, für die man eine akademische Ausbildung braucht. Wenn ein Jumbo oder ein A380 landet, dann bringt er Menschen mit, die von

der Gastronomie versorgt werden und in Hotels unterkommen wollen. Diese Menschen gehen auch in die Läden. Vor allen Dingen aber gilt: Es wird noch lange dauern, bis es einen Computer gibt, der an Bord den Orangensaft verteilt; es wird noch lange dauern – hoffentlich wird das nie der Fall sein –, bis es einen Computer gibt, der Flugzeuge auseinander- und wieder zusammenschraubt; es wird keine Maschinen geben, die dafür sorgen, dass das Gepäck auf der ersten und der letzten Strecke zu den Menschen gebracht wird. Ein Flughafen wird immer eine große Herausforderung für die Bereiche Technologie und Logistik sein. Der Flughafen wird immer ein Platz sein, an dem Fracht von dem einen in ein anderes Flugzeug umgeschlagen wird.

Wir können jungen Menschen und Menschen, die in dieser Region Arbeit suchen, sagen: Wir können auch morgen neue Arbeitsplätze schaffen. Wir dürfen auch im Jahr 2009 keine Debatte darüber zulassen. Wir dürfen nicht staunend vor einer schwierigen arbeitsmarktpolitischen Lage stehen und bedauern und verschweigen, dass wir durchaus Ideen haben, wie auch für die nächste Generation Arbeit und Beschäftigung in Deutschland gesichert werden können.

(Beifall)

Das ist nur eines von vielen Beispielen. Warum kümmern wir uns im Augenblick neben systemischen Krisen, etwa in der Bankenindustrie, um die Automobilindustrie? Was ist der Anlass dafür? Meine Motivation für die Beschäftigung mit dieser Frage, und zwar insbesondere auf der Ebene der Zulieferer, die viel wichtiger sind als die Großunternehmer, die man hauptsächlich im Fernsehen sieht, ist: Wenn junge Menschen mich fragen, wo die industriellen Arbeitsplätze der nächsten Generation sind, dann macht es keinen Sinn, dass ich sie auf die Universität verweise und sage: Wir werden ganz neue Dinge erfinden, Dinge, die jetzt noch keiner kennt. Es macht Sinn, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen wir traditionell gut und akzeptiert sind, also auf die Bereiche, in denen wir schon Zukunftstechnologien erfunden haben, sodass wir den Mut haben dürfen, zu sagen: Ja, das wird auch in den nächsten Jahrzehnten ein guter Arbeitsplatz in Deutschland sein.

Der Maschinenbau und die Automobilindustrie sind ein Feld, um das wir nicht herumgehen können. Was heißt „herumgehen können“? Das ist ein Feld, um das wir nicht herumgehen sollten. Wer heute in große mittelständische Unternehmen der Automobilindustrie geht, sieht die nächste Generation von Autos. Er sieht Tausende von Menschen, die darüber reden, wie neue Antriebstechniken aussehen werden. Er sieht Tausende von Menschen, die in den unterschiedlichsten Betrieben forschen und entwickeln, die zum Beispiel der Frage nachgehen, wie aus neuen Materialien Automobile gebaut werden können. Er sieht Menschen, die modernste Technologien entwickeln, um diese Autos in einen internationalen Verkehrsfluss integrieren zu können.

Wer sich in der Welt umschaute, sieht eine kollabierende Automobilindustrie in den Vereinigten Staaten, wo die Forschungsinvestitionen permanent zurückgehen, eine Automobilindustrie, die im Augenblick im Vergleich mit der unseren in keinem Punkt wettbewerbsfähig ist; er sieht vie-

le Automobilindustrien in der Welt, die noch in den Kinderschuhen stecken und sich erst entwickeln müssen – viele werden sich bei uns umschaun und hoffentlich Patente kaufen müssen, um auf unseren Stand zu kommen – und er sieht den Weltmarktführer Deutschland. Dieser Weltmarktführer hat seine Produktion nach der letzten Automobilkrise um mehr als 50 Prozent erhöht. Dieser Weltmarktführer ist auf allen internationalen Märkten, in denen neue Automobile gekauft werden, mit einem beträchtlichen Marktanteil vertreten. Im nächsten Jahr werden möglicherweise nicht 58 oder 60 Millionen Pkws in der Welt verkauft werden, sondern – das mag sein – nur 50 oder 52 Millionen. Das wird uns in Schwierigkeiten bringen. Jetzt stehen wir wieder mit Besorgnis vor dieser Frage.

Glaubt aber jemand allen Ernstes, dass die Zahl der verkauften Autos in den wachsenden Märkten Asiens und in den wachsenden Märkten im Osten Europas im nächsten Jahrzehnt dauerhaft zurückgeht? Gibt es nicht eine Chance, dass gerade wir dort Arbeit finden, wenn wir in Antriebstechnik, in Materialtechnik, in Energieeffizienz, auch in schöne Autos, in Autos, die modernste Technologie besitzen und an denen man Spaß haben kann, investieren? Ich bin fest davon überzeugt: Die Bundesrepublik Deutschland, über die wir Christdemokraten reden, ist eine Bundesrepublik Deutschland, die an der Spitze der Technologieentwicklung in der Welt stehen kann und sich deshalb nicht die Sorgen machen muss, die sich viele andere machen müssen. Diese Bundesrepublik Deutschland kann selbstbewusst sagen: Mit unserer Ausbildung, mit unserem Standard und mit unserem Ansehen werden wir es schaffen, auch die nächste Generation der akademischen und der Industriearbeitsplätze in der Bundesrepublik zu halten. Dafür müssen wir die Garanten sein, mit unserer Entschlossenheit und unseren Möglichkeiten.

(Beifall)

Meine Prognose für den Wahlkampf, der uns das ganze nächste Jahr beschäftigen wird, ist: Maßstab für unseren Erfolg wird sein, ob wir es schaffen, die richtige Kombination zwischen verantwortlichem Umgang mit der Krise und Aufrechterhaltung des Optimismus zu finden und mit der nächsten Generation junger Menschen in unserem Land in eine gute, von Wohlstand geprägte Zukunft gehen können.

Wir werden einen Wettlauf gegen die Apokalypse niemals gewinnen. Wir wollen die Apokalypse aber auch nicht herbeiführen. Wir sind nicht die Kriegsgewinnler des schlechten Redens über die Zukunft. Als Konservative und als Bürgerliche sind wir aber oft weniger mutig, die Bilder der Zukunft zu zeichnen. Die Linken haben eine begnadete Fähigkeit, mit Visionen und Utopien von der Realität abzuheben und schöne Gemälde an die Wand zu malen, denen man nachrennen kann. Wir sind teilweise – geprägt durch die Generation eines Popper und anderer – kritisch mit unseren eigenen Ideen und formulieren sie so vorsichtig, dass die Leute glauben, wir hätten keine Träume, dass die Menschen glauben, wir hätten keine Visionen, dass die Menschen glauben, wir können uns nicht vorstellen, wie das Land mit Wohlstand, Freiheit und Sicherheit in 10, 20

oder 30 Jahren aussehen wird. Wir Christdemokraten können uns das vorstellen, und wir müssen den Mut haben, das zu beschreiben, Projekt für Projekt, Programm für Programm und Arbeitsplatz für Arbeitsplatz. So gewinnt man das Vertrauen, mit Krise und Zukunft in einer vernünftigen Weise umgehen zu können, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Aus diesem Grund will ich eine letzte Bemerkung machen. Dieser Parteitag steht unter kritischer Beobachtung durch die Öffentlichkeit hinsichtlich der Frage, wie er mit der Krise umgeht. Deshalb habe ich zunächst über die Chancen, die ich sehe, gesprochen. Ich glaube, dass wir es uns nicht erlauben können, einen Stempel aufgedrückt zu bekommen. Aber natürlich lautet die Frage: Wie gehen wir mit der Krise um? Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Rede heute Morgen und in den vielen Diskussionen der letzten Tage ein, wie ich finde, sehr wichtiges Wort benutzt: Besonnenheit. Wir sind wahrscheinlich wiederum die Schlechteren im Wettbewerb in Sachen Hektik. Dazu taugen wir nicht – Gott sei Dank. Ich glaube, dass Friedrich Merz in diesem Zusammenhang in abwägender Weise sehr Richtiges und Wichtiges gesagt hat. Ich finde es gut, dass wir zeigen, dass wir das gemeinsam machen wollen und Friedrich Merz sich an dieser Debatte beteiligt. Ich glaube, auch das ist ein Zeichen, das diesem Parteitag gut tut.

(Beifall)

Aber wiederum gilt: Als bürgerliche Partei müssen wir verhindern, dass unsere Ruhe als Untätigkeit definiert wird. Gleichzeitig müssen wir vermitteln, wie man mit nüchterner Sachlichkeit in einer Krise als Regierung regiert. Die Bundesregierung hat mit dem Konjunkturprogramm eine erste Konsequenz gezogen. Wieder ist es so: Wenn wir etwas beschließen, sind wir schon dabei, die Kritik einzuweben, damit wir gar keine Kritiker mehr brauchen.

Mir fällt bei jedem Programm irgendetwas ein, das man anders und besser machen könnte. Da ich ein wenig an der Unternehmensteuerreform beteiligt war, kenne ich alle Vorträge der Wirtschaft darüber, wie wichtig die degressive AfA ist. Jetzt machen wir zeitlich begrenzt die degressive Abschreibung für Investitionsgüter, wo der Investitionsgütermarkt derjenige ist, auf dem im Augenblick Waren storniert werden. Jetzt geben wir einen Anreiz, dort gegenzusteuern. Das ist ein Milliardenprogramm. Das ist ein vernünftiges Programm, das sofort, einen Tag nach der Verkündigung wirkt. Gleichzeitig sagen wir den Unternehmern und den Arbeitnehmern: Die Kurzarbeit wird kommen, denn wir befinden uns in einem schwierigen Jahr. Jetzt wird es aber nicht wie bisher ein Jahr lang Kurzarbeitergeld geben, sondern zwei Jahre. Bleibt gelassen und besonnen und setzt eure Mitarbeiter nicht zu früh frei; denn ihr seid im Augenblick eine Branche in Deutschland, die leistungsfähig genug ist, eine Krise zu überdauern. Dabei helfen wir. Sie muss sich nicht überall Sorgen machen.

Niemand hat gesagt, dass es damit endet. Die Bundeskanzlerin sagt: Lasst uns Anfang Januar reden. Damit es aus der Fantasie heraus kommt, frage ich: Worüber können wir im Januar reden?

Wir können zum Beispiel im Januar eine Frage beantworten, über die wir jetzt nur spekulieren können: Wie ist das Konsumklima in Deutschland? Im Augenblick sieht es so aus, als ob das diesjährige Weihnachtsgeschäft das Beste der letzten Jahre wird. Wollen wir doch hoffen, dass es so ist. Verderben wir den Leuten nicht die Laune, indem wir ihnen sagen: Ihr seid dumm, wenn ihr im Dezember kauft; denn es könnte sein, dass es im Januar einen Zuschuss zu diesem Kauf geben wird.

(Beifall)

Das ist Besonnenheit. Lasst uns doch schauen, wie es sich entwickelt. Wenn die Konjunktur im Dezember gut läuft, brauchen wir im Januar keine nachfrageorientierten Maßnahmen.

Es stellt sich eine zweite Frage. Die Automobilindustrie legt für zwei oder drei Wochen ihre Bänder still, das ist länger als normal. Ich würde gern Anfang Januar wissen, ob es dabei bleibt oder ob es länger dauern wird. Jeder der Beteiligten weiß, dass das noch unsicher ist, dass sich erst in den nächsten Wochen entscheiden wird, ob es eine einmalige Aktion war, die sich normalisieren wird, oder ob daraus ein stärkerer Einbruch wird. Lasst uns doch um Himmels willen dann darüber reden, wenn wir wissen, wie wir darauf reagieren müssen. Es gibt eine Palette von Reaktionsmöglichkeiten.

Wir werden im April/Mai des kommenden Jahres noch einmal schwierige Diskussionen führen müssen. Derzeit werden nämlich viele Produkte storniert. Sehr viele Unternehmen haben ihre Ausrüstungsinvestitionen, die sie eigentlich im nächsten Jahr vornehmen wollten, storniert. Die Unternehmen handeln vorsichtig, es kann sein, dass sie doch bestellen werden. Gleichzeitig sind die Unternehmen im Augenblick sehr gelassen, weil die meisten Unternehmen in Deutschland ihre Produktion bis zum Herbst des nächsten Jahres voll ausgelastet haben. Im April/Mai werden sich die einen fragen: Habe ich wieder ein paar Aufträge, sodass ich einen Teil der Stornierungen zurücknehmen kann? Die anderen werden sich fragen: Welche Aufträge habe ich noch, die ich im letzten Quartal erfüllen kann? Auch in dieser Krise wird man nicht tatenlos zusehen können, vielmehr wird man eine Entscheidung treffen müssen. Dazu wird man Geld brauchen. Das müssen wir auch einsetzen.

Das ist keine Politik, die zu blöd ist, ein einheitliches Konzept zu verkünden. Das ist keine Politik, die zu faul ist, große Würfe zu machen. Es ist vielmehr eine Politik, die mit Besonnenheit daran arbeitet, eine Krise, deren Ausmaß kein Mensch voraussagen kann, geschweige denn ihren Verlauf über Monate hinweg planen kann, zu bewältigen. Der Staat wird jeweils dann handlungsfähig sein, wenn ein nächster Impuls notwendig ist.

Mein persönliches Bild dafür ist das einer Rakete. Es geht gar nicht darum, ob die Rakete prinzipiell im Orbit fliegt, das tut sie Gott sei Dank. Gelegentlich muss man, damit sie ans richtige Ziel kommt, ihren Kurs ein Stück weit korrigieren, und zwar mit einem Schub in die richtige Rich-

tung, für den man genug Treibstoff haben muss. Das erreicht man nicht mit philosophischen Debatten, nicht mit permanentem Gasgeben rechts und links, damit sie schlingend durch die Gegend trudelt, sondern das erreicht man mit einem ruhigen Kurs, der nicht ausschließt, dass man zu seiner Korrektur jeweils das eine oder andere tun muss.

Für diesen Kurs muss man sich nicht entschuldigen oder verstecken. Das ist übrigens auch keine Alternative zur Steuerreformdiskussion, deshalb spreche ich das so deutlich an. Es stellt sich nur die Frage, wofür brauche ich wann Geld. Daneben stellt sich die Frage, wie Sorge ich dafür, dass ich erst die Maßnahmen ergreife, die schnell wirken und dann, wenn ich wieder Zeit habe, die Dinge mache, die längere Zeit brauchen, um sich zu entwickeln.

Das ist keine Politik, die die Augen verschließt. Das ist keine Politik der Faulheit. Das ist keine Politik des Wegduckens, sondern es ist in einer sehr leistungsfähigen Wirtschaft, die riesige Potenziale und Chancen hat, ein verantwortlicher Umgang mit dem, was der Staat im Zweifel leisten kann.

Ein Letztes gehört dazu, bei dem wir aufpassen müssen, dass wir es nicht aus dem Auge verlieren: Geld ist kein unbegrenzt vorhandenes Gut, weder beim Bürger noch beim Staat. Wir haben in den letzten fünf Jahren den Bürgerinnen und Bürgern des Landes etwas sehr Hartes zugemutet. Wir haben ihnen nämlich zugemutet, dass ihr Realeinkommen nicht steigt, obwohl sie fleißiger gearbeitet haben. Das, was sie durch fleißigere Arbeit erarbeitet haben, ist in die Staatsäckel gewandert, nicht deshalb, weil sie gieriger geworden sind, sondern weil wir ein Jahrzehnt hinter uns haben, in dem Jahr für Jahr eine Rechnung über das, was der Staat für die Bürger leistet, an die Kinder geschickt worden ist. Wir haben entschieden, dass jede Generation die verdammte moralische Pflicht hat, den Wohlstand, den sie genießt, auch selbst zu bezahlen und nicht den Kindern in Rechnung zu stellen.

(Beifall)

Wir waren verdammt nahe daran, das auszugleichen. Volkswirtschaftlich über alle Haushalte hinweg haben wir im letzten Jahr das erste Mal seit über 20 Jahren nicht mehr ausgegeben, als wir eingenommen haben, wir haben volkswirtschaftlich das erste Mal unseren Kindern keine neuen Schulden hinterlassen. Das ist ein Gut, das in den Tagen der Krise, wenn man besonnen ist, nicht verloren gehen darf. Das bedeutet nicht, dass man für eine bestimmte konjunkturbelebende Maßnahme nicht das Geld hat. Wir sind eine große Volkswirtschaft. Es bedeutet aber, dass die Solidität nicht verloren gehen darf. Das wird einen Kampf geben. Meine sozialdemokratischen Gesprächspartner, die unter Führung von Günther Oettinger über den Föderalismus und seine Reform reden, sagen uns schon jetzt lachend: Vergesst das! Im Zweifel kritisiert einen niemand für die Schulden, aber für ausgeglichene Haushalte wird man vielleicht nicht wiedergewählt. Das habt Ihr Christdemokraten doch erlebt. Jetzt brauchen die Leute Geld. Die Leute wollen weniger Steuern bezahlen und mehr staatliche Leistungen empfangen. Gebt sie ihnen doch!

Besonnene Politik ist eine Politik, die darauf achtet, dass wir nicht das kaputt machen, was wir in Jahrzehnten nicht wieder reparieren können. Wenn wir das Vertrauen der jüngeren Generation darauf, dass sie die Entfaltungsspielräume, die wir uns genommen haben, auch haben werden, kaputt machen, wird uns später die Erklärung „Wir haben uns aber in einer Krise befunden, in der alle Leute Action von uns wollten“ nicht helfen. Das ist die besonnene CDU, die ich mir an dieser Stelle erhoffe.

(Beifall)

Das ist eine CDU, die beides kann, eine CDU, die vielleicht ein bisschen mehr Mut hat, von Visionen zu träumen, als wir gelegentlich zeigen, eine CDU, die den Mut hat, darüber zu reden, dass sie meint, die Pläne und Rezepte dafür zu haben, dass es uns auch in 20 oder 30 Jahren noch gut gehen wird. Das ist eine Union, die die Besonnenheit behält, die die Verantwortung für die Steuerung eines Staates in der Hand behält, die sich nicht vom Wind der Meinungsumfragen, und auch nicht von den Begehrlichkeiten der Journalisten am Rande von Parteitagen, die möglichst viel an Konflikten und Drive haben wollen, treiben lässt. Das ist eine Union, die den Kompass in der Hand behält. Für diesen Kompass sind wir in den letzten 60 Jahren gewählt worden. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Roland Koch. – Als Nächster spricht Eugen Abler.

Eugen Abler: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einer richtungsweisenden Rede haben Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, die Basis für ein wichtiges Wahljahr gelegt. Sie haben auch klare Worte zur Bankenkrise und ihren Ursachen gefunden. Hier möchte ich als Mann der Basis anknüpfen. Viele Bürger fragen sich, warum wir Großbanken, die spekuliert haben, Steuergelder in unvorstellbarer Größenordnung zur Verfügung stellen, während die Bürger, denen diese Banken nun wertlose Lehman-Papiere verkauft haben, mit den Verlusten leben müssen. Es ist auch sehr ärgerlich, dass der Steuerzahler für Spekulationsverluste der Landesbanken einstehen muss. Die Politik kümmert sich um Opel. Kümmert sie sich auch um den kleinen Handwerker?

Wir unterhöheln die Grundregel der freien Marktwirtschaft, dass jeder Mensch für die Folgen eigenen Fehlverhaltens einstehen muss. Verantwortung muss wieder zu einer gelebten Grundhaltung werden.

Der Wirtschaftsabschwung wirft bereits seine Schatten. Jetzt ist entschiedenes Gegensteuern angesagt. Deshalb ist es richtig, über kurzfristige Steuererleichterungen für den Mittelstand nachzudenken. Ich zähle zum Mittelstand nicht nur die mittelständischen Unternehmer, sondern alle Bürgerinnen und Bürger mit mittleren und auch niedrigen Einkommen. Die Steu-

erprogression frisst bei Erhöhungen kleinerer Einkommen bereits einen erheblichen Teil der Erhöhungen wieder auf. Daher sollte sie zurückgefahren werden. Wir reden häufig über Managergehälter und Hartz-IV-Empfänger am unteren Ende der Skala, achten aber zu wenig auf den normalen Arbeiter, der finanziell immer mehr bluten muss. In der jetzigen Situation ist es den Menschen nur schwer zu vermitteln, dass zur Rettung der Banken und zur Belebung der Konjunktur zwar riesige Geldmengen vorhanden sind, aber für Steuererleichterungen kein Geld da sein soll. Heute ist öfters von mehr netto von brutto die Rede. Meine Damen und Herren, der Patient braucht das frische Blut sofort und nicht erst in einem Jahr. Steuersenkungen gehören zu den besten Mitteln, um Vertrauen bei den Bürgern zu schaffen. Der Bürger hat dann die Gewissheit, dass das Geld bei ihm auch ankommt.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode gab es Steuermehreinnahmen bei Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 110 Milliarden Euro. In schwierigen Zeiten sollte der Staat den Bürgern davon wenigstens einen kleinen Teil zurückgeben. Denken wir dabei insbesondere auch an unsere Familien.

Ich werde hier nicht müde, für eine tief greifende Steuerreform zu werben. Die durchdachteste und bereits in Gesetzessprache gefasste Reform stammt bekanntlich von Paul Kirchhof. Sein Steuersystem sorgt für Transparenz. Die Höhe der Steuerzahlung hat mehr mit der Leistung des jeweiligen Bürgers als mit der Cleverness seines Steuerberaters zu tun. Der einheitliche Steuersatz von 25 Prozent für alle Leistungsarten macht unser Land für Investoren attraktiv. Der Wegfall von rund 400 Steuerschlupflöchern sorgt für mehr Steuergerechtigkeit.

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich: Für welche Politik steht die CDU? Ist noch erkennbar, wo die Unterschiede zur SPD liegen? Wertebewusste Wähler finden immer weniger Heimat bei uns. Deshalb brauchen wir eine Rückbesinnung auf christliche Grundwerte, denn eine Politik ohne Werte ist eine wertlose Politik.

Darüber hinaus müssen wir unsere Positionen klar und deutlich benennen. Die Menschen in unserem Land müssen unsere Politik als hilfreich empfinden. Wir brauchen eine Vision für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, für eine Partei, die sich christlich nennt, muss der Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod höchste Priorität haben. Das C in unserem Namen verpflichtet uns, zur Tötung von 250.000 ungeborenen Kindern jährlich nicht länger zu schweigen. Bischof Mixa stellt dazu fest: Die Bedrohung, die von einer kinderfeindlichen Gesellschaft für unser Land ausgeht, ist viel größer als die Bankenkrise und ihre Behebung ist ebenso dringlich. – In diesem Zusammenhang sollte sich die CDU auch nicht länger daran beteiligen, dass Abtreibungen mit Steuergeldern finanziert werden. Dies vermittelt den Menschen in unserem Land den Eindruck, dass ein Schwangerschaftsabbruch eine Bagatelle sei, und verwischt dadurch die Grenzen zwischen Recht und Unrecht. Wenn die Tötung

wehrloser Kinder zur Tagesordnung gehört, hat die dahinterstehende Grundhaltung auch ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zu behinderten, alten und unheilbar kranken Menschen. Aktiver Sterbehilfe müssen wir mit ganzer Kraft entgegentreten. Auch hier gilt: Wehret den Anfängen!

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, in 60 Jahren hat die Christlich Demokratische Union unsere Nation in hohem Maße geprägt. Es stimmt: Dort, wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Auch heute setzen viele Bürger ihre Hoffnung auf unsere CDU. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Die derzeitigen Aufgaben sind zwar schwierig, Krisen bedeuten aber auch Chancen. Unsere Motivation heißt Deutschland. Seien wir gute Patrioten. In diesem Sinne hoffe ich, dass die CDU die anstehenden Herausforderungen mit Mut, Entschlossenheit und einer klaren Vorstellung von der Zukunft anpackt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Danke, Herr Abler. – Die zweitletzte Wortmeldung ist die von Gottfried Ludewig vom RCDS.

Gottfried Ludewig: Herr Präsident! Frau Bundeskanzlerin! Ja, wir haben eine Krise. Wir haben aber auch eine Vision und ein Zukunftssignal. Frau Bundeskanzlerin, auch aus Sicht des RCDS haben Sie mit dem Begriff Bildungsrepublik genau die Vision gegeben, die wir brauchen, und genau die Zukunftsinvestition beschrieben, in die wir in den nächsten Jahren einsteigen müssen. Nach diesem ersten guten Schritt und der Einigung auf dem Bildungsgipfel müssen aber weitere konkrete Schritte folgen. Wir müssen den erwähnten Begriff als CDU noch stärker als bisher mit Inhalten und konkreten Lösungsmöglichkeiten verbinden, denn wir sind die Bildungspartei und müssen leider oftmals die Fehler der Sozialdemokraten wie z. B. in Nordrhein-Westfalen wieder beseitigen.

Ein wichtiger Punkt aus unserer Sicht sind die Abbrecherquoten an Schulen und Hochschulen. Wir haben an Schulen und Hochschulen immer noch damit zu kämpfen, dass viele junge Menschen keinen Abschluss machen und ihr Studium abbrechen. Es stellt sich hier die Frage, warum. Wie können wir dem besser begegnen? Aus Sicht des RCDS und, wie ich glaube, auch aus der Erfahrung jedes Einzelnen hier im Saal haben wir es hier meistens mit der Frage der Betreuung zu tun. Es ist schließlich von entscheidendem Einfluss, ob ein Lehrer in einer Klasse 15 Schüler oder 30 bzw. 35 Schüler zu betreuen hat, gar nicht davon zu reden, dass einem Professor in einem Hörsaal manchmal 300 Studenten gegenüber sitzen. Wir können beobachten, dass an den Schulen und Hochschulen in unserer Bildungsrepublik immer noch Verhältnisse vorherrschen, die einer Bildungsrepublik nicht angemessen sind. Wir haben seit 1995 1 500 Professorenstellen abgebaut. Auf eine Professorenstelle entfallen 60 Studenten. In der Schweiz beträgt das Verhältnis hingegen 1:30. Ich bin mir bewusst, dass die erforderlichen Maßnahmen alle finanziert werden müssen. Wir haben hier heute viel über Integration und über eine Chancengesellschaft ge-

redet. Wir müssen meines Erachtens auch die Finanzierung sicherstellen, um allen Menschen eine Chance zu geben und sie in unserer Gesellschaft sozusagen mitzunehmen. Lassen Sie uns dieses Projekt also starten. Lassen Sie uns der Bildungsrepublik noch stärker ein Gesicht geben. Lassen Sie uns die Betreuung von jungen Menschen verbessern. Meinetwegen mögen Bund und Länder auch zusammen ein Modellprojekt initiieren, damit wir an den Schulen und Hochschulen das angestrebte Ziel erreichen.

Ich möchte hier noch auf eines hinweisen. Es geht insbesondere auch darum, die Durchlässigkeit in unserer Gesellschaft zu verbessern. Wir registrieren seit Jahren, dass nur ein Kind von fünf Kindern aus einem nichtakademischen Haushalt ein Studium aufnimmt. In akademischen Haushalten sind es vier von fünf Kindern. Die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft sieht anders aus. Deutschland droht hier statisch zu werden. Wir alle und gerade die CDU müssen hier Position beziehen. Wir müssen für junge Menschen in der angesprochenen Hinsicht kämpfen. Wir müssen Betreuungsverhältnisse schaffen, um sie gewissermaßen mitnehmen zu können. Wir müssen die Durchlässigkeit vom Schulsystem in die Hochschulen, von den Ausbildungssystemen in die Hochschulen steigern. Das fängt beim Kindergarten an und hört bei der Hochschule bzw. später bei der Weiterbildung auf.

Meine Damen und Herren, wir stehen alle – das ist heute oft genug gesagt worden – vor einem spannenden Wahljahr 2009. Wir stehen vor einer Richtungswahl. Aus unserer Sicht müssen wir unser Konzept gerade für junge Menschen – auch für die Akademiker an den Hochschulen – noch stärker in den Vordergrund stellen. Wir müssen die Alternativen zur SPD klar vor Augen führen. Wir müssen präsentieren, was die Union möchte, denn darauf warten gerade die jungen Menschen, aber auch die gesamte Gesellschaft. Wir müssen im Bildungsbereich für unsere Ideen streiten und erreichen, dass sich auch die jungen Menschen an den Hochschulen mit diesen Ideen auseinandersetzen. Wir sind die Bildungspartei in diesem Land. Die verfehlte sozialdemokratische Bildungspolitik möchte uns immer einreden, dass sie ach so sozial sei.

Nein, für unsere Vorstellung einer freiheitlichen Gesellschaft, die jedem eine Chance gibt, müssen wir kämpfen und den Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass wir dafür stehen, nicht die Sozialdemokraten, die in den letzten 40 Jahren meistens eher Unheil angerichtet haben. – Haben Sie herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Unsere letzte Wortmeldung ist von Herbert Reul.

Herbert Reul: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! In den letzten Tagen ist viel darüber geredet worden, was wir tun können und müssen, um hilfreich zu sein, dass sich die Konjunktur positiv entwickelt. Ich will mich diesen grundsätzlichen Überlegungen und Reden nicht

anschließen, sondern ein kleines praktisches Beispiel nennen, das mich in den letzten Wochen im Europäischen Parlament nicht nur beschäftigt, sondern zutiefst beunruhigt hat und bei dem ich der Überzeugung bin, dass wir von der CDU in der europäischen Politik, aber auch in Deutschland in der Bundesregierung Schaden abwenden oder Positives erreichen können.

Ich rede von dem, was eben schon kurz angesprochen worden ist: die Diskussion über die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei Autos, die Klimapolitik und den Emissionshandel. Ich verstehe nicht ganz, warum wir in dieser Zeit, in der wir uns darüber aufregen, dass zu wenig investiert wird, zulassen, dass zusätzliche Belastungen auf die europäische und deutsche Industrie einprasseln. Ich begreife nicht, warum wir das nicht bremsen. Wir können das nämlich bremsen. Wir sind im Europäischen Parlament in der CDU/CSU-Gruppe damit beschäftigt und versuchen, alle Möglichkeiten auszunutzen. Auch die Bundesregierung hat Möglichkeiten an der Hand.

In diesen Tagen wird – ich will das vorsichtig ausdrücken – in sehr merkwürdigen Hinterzimmerdebatten in einem Schnellverfahren ein politisches Ergebnis in den Fragen Emissionshandel, CCS und CO₂-Ausstoß bei Autos durchgepeitscht, nur damit unter französischer Präsidentschaft noch ein Ergebnis erzielt wird, das am Ende die deutsche Industrie und Wirtschaft und die europäische Wirtschaft ungeheuer belasten wird. Das muss nicht sein. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür. Man könnte stattdessen einfach mal den Kopf einschalten und sich ein bisschen Zeit lassen, um die Sache erst einmal zu beobachten.

Es geht nicht um die Frage für oder gegen Klimapolitik, sondern um die richtigen Maßnahmen und Effekte. Meine Bitte – auch an die Bundesregierung – ist, dass wir die unverantwortliche Schnelligkeit und Art und Weise bremsen, mit der dieses Ergebnis vorangetragen wird.

Es geht doch nicht nur darum, dass wir die Welt retten, sondern auch darum, dass auch ein paar Jobs für meine Töchter übrig bleiben, um ein praktisches Beispiel zu nennen.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann doch nicht sein, dass wir mit dem Kopf durch die Wand laufen und nicht merken, dass wir dabei einen riesigen Schaden anrichten.

Ich rege mich deshalb auf, weil ich merke, dass sowohl in der Frage energieintensiver Industrien als auch in der Frage von Strom und Energieindustrie offensichtlich keiner mehr mitrechnen kann. Ich möchte nicht gerne erleben, dass wir jetzt mit politischen Maßnahmen in der großen Begeisterung, das Klima zu retten, den Strom in Deutschland um bis zu 50 Prozent verteuern – hören Sie zu: 50 Prozent! –, und dann in ein paar Monaten kluge Politiker feststellen, dass wir Sozialtarife brauchen, weil die Menschen die Strompreise nicht mehr bezahlen können.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist unglaublich und verlogen, und das ist keine Politik, auf der die Zukunft baut.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben jetzt die Chance, eine Kurswende herbeizuführen. Ich bitte nur um ein bisschen mehr Zeit und um ein Eingreifen derjenigen, die die Möglichkeit dazu haben. Unsere Möglichkeiten im Europäischen Parlament sind sehr begrenzt. Die Bundesregierung hat andere Möglichkeiten. Sie sollten in den nächsten Tagen genutzt werden. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herbert Reul. – Liebe Freunde, das Gelingen eines solchen Parteitages hängt nicht zuletzt an der ausgezeichneten Organisation von Ulf Leisner und seinem Team von der Bundesgeschäftsstelle. Heute möchte ich einen Mitarbeiter verabschieden, der die letzten 34 Jahre jeden Parteitag mit unterstützt hat, als Referent für die Innenpolitik, dann in der Organisation. Jürgen Zander scheidet zum Januar aus. Ich möchte Jürgen Zander für 34 Jahre Arbeit im Dienst unserer Partei recht herzlich danken.

(Beifall)

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS, RONALD POFALLA MDB,
ZUGLEICH EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„DIE MITTE. DEUTSCHLANDS STÄRKE.“

Ich erteile unserem Generalsekretär Ronald Pofalla das Wort.

(Beifall)

Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! 2009 ist ein Jahr der Entscheidungen: Der Wähler entscheidet in tausenden Städten und Gemeinden. Der Wähler hat das Wort in fünf Bundesländern. Der Wähler stellt die Weichen für Europa, und der Wähler entscheidet über die Zukunft Deutschlands.

Liebe Freunde, es geht 2009 um die richtigen Antworten in schwierigen Zeiten. 2009 muss das Jahr der CDU werden.

(Beifall)

Es geht um Hessen, wo das Wahljahr beginnt. Roland Koch und die CDU haben dieses Land auf eine Erfolgsspur gebracht. Dabei muss es bleiben. Schauen Sie sich an, was SPD, Grüne und Linkspartei diesem Land antun würden, wenn sie die Chance dazu hätten.

Darum kann es am 18. Januar nur ein Ziel geben: Hessen muss die richtige Antwort geben. Hessen wählt CDU. Roland Koch muss Ministerpräsident in Hessen bleiben.

(Beifall)

Dann geht es um die Wahl des Bundespräsidenten. Liebe Freunde, es ist doch unerträglich, wie die Linkspartei das höchste Amt im Staate durch ihren Kandidaten verhöhnt. Wir werden direkt im ersten Wahlgang die richtige Antwort geben. Wir haben einen hervorragenden Bundespräsidenten. Wir werden dafür sorgen, dass Horst Köhler Bundespräsident bleibt.

(Beifall)

Am 7. Juni geht es um Europa. Wir lassen uns die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung weder von den Linken noch von den Rechten schlecht reden. Wir werden dagegenhalten. Wir, die CDU, sind die Europapartei. Wir werden dafür sorgen, dass wir am 7. Juni 40 Prozent plus X bekommen, damit wir Europa weiter in unserem Sinne gestalten können.

(Beifall)

Dann geht es um das Dreierpaket: Saarland, Sachsen und Thüringen. Bei der SPD dreht sich doch alles nur um die Machtperspektiven mit der Linkspartei. Die SPD will auf Teufel komm raus an die Macht. Sie ist dafür sogar bereit, sich als Juniorpartner an die Linkspartei zu heften.

Wir werden gemeinsam alles dafür tun, dass die SPD gar nicht erst in die Versuchung kommt. Wir werden die richtige Antwort geben und die richtige Politik machen. Peter Müller, Stanislaw Tillich und Dieter Althaus müssen Ministerpräsidenten bleiben.

(Beifall)

Wir kämpfen auch für unsere Freunde in Brandenburg. Es ist gut für Brandenburg, dass die CDU unter Führung von Johanna Wanka mitregiert. Wir wollen so stark werden, dass es so bleibt. Wir wollen mehr CDU in Brandenburg.

(Beifall)

Am 27. September geht es um Deutschland. Dann kann die richtige Antwort nur heißen: vier weitere Jahre unter Führung von Angela Merkel, vier weitere Jahre für die CDU, damit Deutschland auch in schwierigen Zeiten auf Erfolgskurs bleibt. Und: Nach über zehn Jahren an der Regierung schicken wir die Genossen in die Opposition. Keine vier weiteren Jahre für die SPD in Deutschland!

(Beifall)

Denken Sie nur an den Scherbenhaufen, den uns Rot-Grün hinterlassen hat: Alleine in den letzten zwölf Monaten vor dem Regierungswechsel sind bei denen 1.000 Arbeitsplätze pro Tag weggefallen. 5,2 Millionen Arbeitsplätze waren deren trauriger Rekord. Heute sind es unter 3 Millionen Arbeitslose. Heute haben wir so viele Erwerbstätige wie noch nie im Nachkriegsdeutschland. Heute ist die Jugendarbeitslosigkeit so gering wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. Allein im letzten Jahr sind 1.500 zusätzliche Arbeitsplätze pro Tag geschaffen worden. Hun-

derttausende Männer und Frauen haben seit unserem Regierungsantritt die schönen Sätze gehört: „Sie haben einen Job. Sie können bei uns anfangen.“ Das zeigt: Deutschland ist zwischen 2005 und 2008 große Schritte vorangekommen. Das ist unsere Antwort. Das ist unsere Politik. Das ist unser Erfolg. Darauf, liebe Freunde, können wir stolz sein.

(Beifall)

Darauf müssen wir jetzt aufbauen. Denn wir alle erleben die Folgen der internationalen Finanzmarktkrise. Sie ist auch eine Vertrauenskrise. Wir werden diese Krise meistern. Wir werden Vertrauen schaffen. Denn auch hier haben wir die richtigen Antworten. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Auf diesem Fundament werden wir die Herausforderungen meistern. Denn – das muss einmal deutlich gesagt werden – die Finanzmarktkrise ist eben keine Krise der Sozialen Marktwirtschaft. Im Gegenteil: Die Krise wurde erst möglich, weil die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft missachtet worden sind.

In der Sozialen Marktwirtschaft gelten die Prinzipien des „Ehrbaren Kaufmanns“. Es ist an der Zeit, dass wir uns darauf besinnen: Nachhaltigkeit, Vernunft, Solidarität, Ehrlichkeit, Verantwortungsbereitschaft, Anstand, Respekt. Das sind Werte, die die politische Linke immer als „Sekundärtugenden“ verunglimpft hat. Ich sage: Für uns sind das grundlegende Prinzipien, und sie gelten überall in Deutschland.

(Beifall)

Das gilt erst recht in diesen Tagen. Lassen Sie mich das an zwei Beispielen deutlich machen. Nachhaltigkeit meint: Der langfristige Unternehmenserfolg ist wichtiger als der kurzfristige Gewinn. Der langfristige Erfolg muss belohnt werden und nicht der schnell gemachte Euro. Deshalb müssen wir ran an die Bonussysteme. Anstand meint: Wer davon redet, dass der „Gürtel enger geschnallt“ werden muss, muss selber auch dazu bereit sein. Deshalb dürfen Managergehälter nicht nach oben schnellen, wenn gleichzeitig die Belegschaft mit Nullrunden leben muss. Ich sage es sehr deutlich: Das müssen Vorstände von Banken und Aktiengesellschaften in Deutschland endlich kapiieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, Maß und Mitte – darum geht es. Dafür stehen wir; dafür steht unser Programm. Wir wollen unser Land weiter voranbringen. Dafür wollen wir die Mitte stärken. Wir haben den Menschen in den letzten Jahren durch Veränderungen einiges zugemutet. Diese Veränderungen waren notwendig, um Deutschland wieder auf die Erfolgsspur zu bringen. Wir haben dabei aber immer gesagt, dass sich diese Anstrengung für die Menschen lohnt. Auch deshalb steht in der kommenden Legislaturperiode eine Steuerreform an. Auch deshalb unser Entlastungsprogramm für Deutschland. Liebe Freunde, wir stehen zu dem Wort, mit dem klaren Ziel: Entlastung für die Menschen in unserem Land. Wir wollen eine Steuerreform in der nächsten Legislaturperiode.

Gerade hier wird der Unterschied zur SPD deutlich. Dieser Unterschied ist glasklar: Die SPD redet von sozialer Gerechtigkeit, meint aber Steuererhöhungen. Schauen Sie sich doch einmal an, was die SPD beschlossen hat: Erhöhung der Reichensteuer, Wiedereinführung der Vermögensteuer und Verdopplung der Erbschaftsteuer. Liebe Freunde, die SPD will Steuern erhöhen, wir wollen Steuern senken. Das ist der Unterschied. Diesen Punkt werden wir im Wahlkampf deutlich machen.

(Beifall)

Unsere Maxime heißt: Leistung muss sich lohnen. Arbeit muss sich lohnen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Netto vom Brutto haben. Das ist der richtige Weg; das ist notwendig. Dafür kämpfen wir auch anlässlich der Bundestagswahl, weil wir in der nächsten Legislaturperiode eine grundlegende Steuerreform machen wollen.

Konkret wollen wir ran an die sogenannte kalte Progression. Es kann nicht sein, dass Überstunden und Gehaltserhöhungen von der Progression aufgeessen werden. Es kann doch nicht sein, dass man heute schon als Facharbeiter mit dem Spitzensteuersatz belastet wird. Wer gut und viel arbeitet, soll auch etwas davon haben. Das ist unser Ziel. Dafür wollen wir kämpfen.

(Beifall)

Wir wollen das Ehegattensplitting um ein Familiensplitting ergänzen. Wir sagen: Familien, die Kinder großziehen, müssen steuerlich besser gestellt werden als bisher.

(Beifall)

Die CDU steht für Leistungsgerechtigkeit, und wir stehen genauso für Generationengerechtigkeit. Auf Baustellen haften Eltern für ihre Kinder. Bei Staatsschulden haften aber die Kinder für ihre Eltern. Deshalb verbinden wir unser Entlastungsprogramm mit dem Ziel, so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Daran halten wir auch trotz der aktuellen schwierigen Entwicklung fest.

Die CDU steht für Wachstum und Beschäftigung. Deshalb heißt unsere Maxime: Vorfahrt für Arbeit durch Flexibilität und Sicherheit. Das fängt an beim Arbeitsrecht. Liebe Freunde, es ist doch wahr: Das deutsche Arbeitsrecht ist kompliziert, bürokratisch und behindert neue Beschäftigung. Deshalb wollen wir das Arbeitsrecht in einem schlanken und verständlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenfassen. Wir wollen Beschäftigung fördern, statt Arbeitslosigkeit begünstigen. Deshalb wollen wir in der nächsten Legislaturperiode ein Arbeitsgesetzbuch, damit wir Vorfahrt für Arbeit in Deutschland schaffen.

(Beifall)

Vorfahrt für Arbeit heißt aber auch: Mit uns wird es keine Mindestlöhne geben, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln. Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu

zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen. Deshalb sagen wir: Es ist besser, dass der Staat den Lohn ergänzt und etwas auf den Lohn drauflegt, falls er nicht reicht. Deshalb wollen wir ein Mindesteinkommen. Wir wollen Arbeit schaffen und nicht Arbeitsplätze vernichten. Deshalb wird es einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland mit uns niemals geben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir unseren Wohlstand sichern wollen, dann müssen wir auch in Köpfe investieren. Deshalb unser Einsatz für die Bildungsrepublik. Wir wollen den Anteil für Bildung und Forschung am Bruttoinlandsprodukt bis 2015 auf 10 Prozent erhöhen. Das ist sehr ambitioniert. Aber unser Ziel ist klar: Wir wollen mehr Chancen zum Aufstieg schaffen.

Denn, liebe Freunde: Die CDU ist die Partei des sozialen Aufstiegs. Die Herkunft darf nicht entscheidend sein für den Bildungsweg in Deutschland.

(Beifall)

Und auf diesem Weg kommen wir voran. Die aktuelle PISA-Studie ist der beste Beweis: Da stehen nur Unionsländer ganz oben, und zwar die, wo die Union schon lange regiert. Wir freuen uns an dieser Stelle mit Stanislaw Tillich und unseren Freunden in Sachsen über den Spitzenplatz von Sachsen.

(Beifall)

Und auch das tolle Ergebnis von Thüringen mit Dieter Althaus zeigt: Die neuen Bundesländer sind ganz vorne mit dabei. Wir sind stolz darauf, dass die neuen Bundesländer bei der PISA-Studie an erster und an zweiter Stelle abgeschnitten haben. Herzlichen Glückwunsch an unsere Freunde in Sachsen und in Thüringen!

(Beifall)

Mehr Netto vom Brutto, Vorfahrt für Arbeit, Bildung für alle, das sind unsere Vorhaben für das kommende Jahrzehnt, das sind Leitplanken für ein Regierungsprogramm 2009, das sind unsere Ziele für Deutschland. Es geht ja nicht nur um die besten Ideen für diese schwierige Situation. Es geht auch um die Frage, wer unser Land in dieser Lage am besten führen kann. Unsere Antwort, liebe Freunde, ist glasklar: Angela Merkel und die CDU sind die richtige Antwort auf die schwierige Lage. Deshalb werden wir im nächsten Jahr alle gemeinsam bei den vielen Wahlen dafür kämpfen, dass wir im Bund, in den Ländern, in den Kommunen und in Europa unsere führende Stellung als die Volkspartei der Mitte behaupten und ausbauen können.

(Beifall)

Was sehen wir bei der SPD? Mit den Herren Steinmeier und Müntefering stehen dort zwei Leute an der Spitze, die mit Rot-Grün unser Land schon einmal in eine Krise geführt haben. Damals

hatten sie wenigstens noch ihre Partei im Griff. Jetzt haben sie nicht einmal mehr das. Wieder einmal sollte eine neue SPD-Führung ein Aufbruchsignal sein. Doch die SPD bricht nicht auf. Sie bricht auseinander. Jeder kämpft gegen jeden. Da gibt es so viele Parteiausschlussverfahren, Rücktrittsforderungen, Querschüsse und Parteiaustritte, da kann ich nur sagen: Die SPD ist im Moment keine Partei, die SPD ist im Moment eine schlagende Verbindung.

(Beifall)

Steinmeier und Müntefering haben keinen Kurs, keinen Kurs in der Partei und keinen Kurs für den Umgang mit der Linkspartei.

Die SPD-Spitze hat nichts getan, um Frau Ypsilanti in Hessen zu stoppen, und sie hatte zweimal die Chance dazu. Müntefering hat nichts getan, um die vier Abgeordneten zu schützen, die Frau Ypsilanti aufgehalten haben. Frau Metzger hat gesagt: „Diese Art des Umganges mit Andersdenkenden ist einer demokratischen Partei mit einer so langen Tradition, wie die SPD sie hat, unwürdig.“ Dieser Satz von Frau Metzger ist eine schallende Ohrfeige für Franz Müntefering. Er hätte die vier Genossen in Hessen davor schützen müssen, dass sie beschimpft worden sind und unter Polizeischutz gestellt werden mussten – nur deshalb, weil sie das vor der Wahl gegebene Wort gehalten haben.

(Beifall)

Und was hören wir vom Kanzlerkandidaten der SPD? Nichts! Nichts zu Hessen, nichts zur Zukunft Deutschlands und nichts zur Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Liebe Freunde, die SPD hat einen Kandidaten, aber keinen Spitzenkandidaten.

(Beifall)

Die SPD behauptet, sie will mit der Linkspartei keine Zusammenarbeit. Aber ich sage Ihnen: Die SPD wird bei der Zusammenarbeit mit der Linkspartei umfallen. Denn die SPD wirbt doch schon jetzt um die Stimmen der Linkspartei in der Bundesversammlung. Wenn Steinmeier und Müntefering sagen, dass sie mit der Linkspartei nicht zusammenarbeiten werden, glaube ich denen kein Wort. Wenn sie die Chance dazu haben, werden sie nach der Wahl wie in Hessen anders handeln, als sie es vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben auch keine Belehrungen von grünen Besserwissern zu unserer Geschichte nötig, weder in den alten noch in den neuen Ländern. Das Unrecht in der DDR haben die SED und ihre Nachfolger zu verantworten. Wenn Frau Künast schon eine Entschuldigung fordert, dann gefälligst bei der Linkspartei. Aber mit denen wollen die Grünen in Hessen ja lieber unter eine Koalitionsdecke schlüpfen. Anstatt dicke Backen zu machen, sollten Künast & Co. endlich ihr Verhältnis zur Linkspartei klären und eine Absage an ein Bündnis mit der Linkspartei im Bund und in den Ländern erklären.

(Beifall)

Wir führen die Auseinandersetzung mit der Linkspartei. Wir reduzieren die Linkspartei aber nicht auf Mauerbau und Stacheldraht. Das reicht nicht aus. Wir werden die Linkspartei bei den Inhalten packen. Denn die Linkspartei hat keine Antwort auf die politischen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verspricht das Blaue vom Himmel. Und jeder muss wissen: Jede Stimme für die Linkspartei ist eine Stimme für die Verdoppelung der Lohn- und Einkommensteuer. Anders wären übrigens die Versprechen der Linkspartei nicht zu finanzieren. Das ist eine unverantwortliche Politik, und das muss auch im Wahlkampf deutlich herausgestellt werden.

(Beifall)

Diese Linkspartei tritt den demokratischen Grundkonsens in Deutschland mit Füßen. Elf Abgeordnete dieser Partei haben sich im Bundestag geweigert, einen Antrag gegen Antisemitismus in Deutschland mitzutragen. Ihr außenpolitischer Sprecher schreibt in diesem Zusammenhang zum Thema „Iran“: „Israel droht dem Iran, nicht anders herum“. Liebe Freunde, das ist beschämend, das ist skandalös. Diese Leute dürfen in Deutschland keine Verantwortung übernehmen!

(Beifall)

Uns stehen harte Monate mit harten Wahlkämpfen bevor. Im Konrad-Adenauer-Haus und überall in unserer Partei laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Wir alle gemeinsam haben die Voraussetzungen für erfolgreiche Wahlkämpfe geschaffen: Die CDU Deutschlands steht finanziell solide da. Erstmals können wir als Bundespartei einen Wahlkampf aus Rücklagen bestreiten. Liebe Freunde, das ist unser aller Erfolg, der Erfolg der Kreisverbände, der Mitglieder. Herzlichen Dank dafür, dass wir es geschafft haben, finanziell so solide dazustehen!

(Beifall)

Ganz wichtig ist ein zweiter Punkt: Erstmals gehen wir als mitgliederstärkste Partei ins Rennen. Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres hatten wir mehr neue Mitglieder als im gesamten vergangenen Jahr. Ich begrüße bereits über 18.000 Frauen und Männer, die in diesem Jahr ihren Beitritt zur CDU erklärt haben. Das ist unser gemeinsamer Erfolg. Sie geben uns Rückenwind und machen deutlich, dass wir im Superwahljahr 2009 zum ersten Mal in einem gesamten Jahr wieder mehr Eintritte in die CDU erreichen können, als wir Mitglieder verlieren.

Lassen Sie uns dafür kämpfen, dass wir nicht nur mitgliederstärkste Partei bleiben, sondern dass die Zahl unserer Mitglieder auch im nächsten Jahr per Saldo steigt!

(Beifall)

Die CDU steht für Regieren in ernsten Zeiten, aber nicht nur; wir haben einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch. Wir haben in den letzten Jahren hart an uns gearbeitet. Wir sind heute

gut aufgestellt. Mit der Programmarbeit und mit der Kabinettsaufstellung. Schröder hat die Familienpolitik als „Gedöns“ bezeichnet. Wir haben sie in den Mittelpunkt gestellt. Heute sind wir mit Elterngeld und Betreuungsgeld die Familienpartei in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Die anderen haben Multikulti-Träume geträumt und Einwanderungspolitik gemacht. Wir sind Realisten. Wir machen Integrationspolitik. Die Kompetenz liegt jetzt bei uns, und die CDU steht dafür, dass Deutschland Integrationsland ist. Früher wurden Ökologie und Ökonomie gegeneinander ausgespielt. Heute sind wir es, die Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnen, und wir bleiben die Partei für vernünftige Wirtschafts- und Haushaltspolitik und auch die Partei der Inneren Sicherheit.

Mit dieser programmatischen Breite, mit diesem Angebot an die Bürgerinnen und Bürger gehen wir als die Volkspartei der Mitte ins Wahljahr. Das nenne ich eine gute Ausgangslage, um unsere Wahlziele zu erreichen. Wir wollen, dass die CDU 40 Prozent plus X bekommt und wir die stärkste Kraft in Deutschland sind. Wir wollen eine Koalition mit der FDP bilden, und wir wollen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin in Deutschland bleibt.

(Beifall)

Ja, es geht 2009 um eine Grundsatzfrage. Wie geht es weiter mit unserem Land? Für uns ist klar: Wir wollen eine verlässliche Politik für Deutschland und keine rot-roten Abenteuer. Wir wollen eine Politik für Aufschwung und Arbeitsplätze und keine Ideen von vorgestern, die Jobs vernichten. Wir wollen eine Politik der Freiheit und keine Ideologie, die den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben haben. Mit einem Satz: Wir wollen ein starkes und ein menschliches Deutschland. Dafür steht Angela Merkel, dafür steht die CDU. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten und dafür kämpfen! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ronald Pofalla, für den Bericht! Herzlichen Dank für die engagierte Vertretung unserer Politik in den Medien! Herzlichen Dank für den vorgelegten Antrag mit einer klaren Positionierung der CDU in der politischen Mitte!

Liebe Freunde, wir kommen nun zur Aussprache zu diesem Bericht. Zuvor möchte ich noch eine kurze Begrüßung vornehmen. Die Union hat ja eine stolze Parteigeschichte. Ich freue mich, dass eine der großen Persönlichkeiten der CDU heute bei uns in Stuttgart ist. Ich begrüße recht herzlich Heiner Geißler.

(Beifall)

In der Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs hat als Erster der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, das Wort.

Peter Müller: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Der Generalsekretär hat die in seinem Bericht enthaltene Begründung des Leitantrags des Bundesvorstands auf eine Überzeugung gegründet, an die wir uns, wie ich glaube, heute gerade vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise erinnern müssen. Diese Überzeugung heißt: Markt braucht Ordnung. Markt alleine schafft keine Gerechtigkeit. Wenn wir nur die Kräfte des Marktes wirken lassen, wenn Kapitalismus ungezügelt stattfindet, wenn nur Gewinne, Renditen und Aktienkurse entscheidend sind, dann ist der Weg in die Krise vorprogrammiert.

Auf der anderen Seite, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, wissen wir, dass das Alternativmodell zum Kapitalismus, der Sozialismus, genauso ungeeignet ist, den Menschen eine gute Zukunft zu eröffnen. Sozialismus ist die Kombination aus Verarmung der Menschen und Verlust der persönlichen Freiheit. Ich wundere mich, mit welcher Selbstverständlichkeit wir das Anschauungsmaterial zum Thema Sozialismus, das wir haben, an der einen oder anderen Stelle ignorieren. Ich finde, wir sind verpflichtet, uns zu erinnern. Wir sind verpflichtet, uns an unsere eigene Geschichte zu erinnern, an alle Kapitel, wie auch immer sie waren. Zur Erinnerungskultur gehören nicht nur die Erinnerung an die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte; es gehört auch die Erinnerung dazu, wie es in den vier Jahrzehnten in der DDR war, wie die Situation der Menschen im real existierenden Sozialismus war. Ich finde, wir sollten daran erinnern, dass dieses System so „attraktiv“ war, dass die Menschen eingesperrt werden mussten, um in diesem Land zu bleiben. Sie mussten eingesperrt werden, damit sie nicht in Scharen weglaufen. Es gehört zur Wahrheit, dass Menschen, wenn sie von Deutschland nach Deutschland wollten, zum Teil mit ihrem Leben dafür bezahlt haben. Daran müssen wir uns erinnern, in der Gesellschaft und auch in den Schulen unseres Landes. Das ist unsere Verpflichtung. Wir dürfen Ostalgie nicht zulassen, liebe Freunde.

(Beifall)

Wenn es aber so ist, dass Kapitalismus und Sozialismus nicht der Weg in die Zukunft sind, dann liegen wir als Union richtig. Wir haben das Modell, das den dritten Weg, den Weg dazwischen, aufzeigt. Wir haben das Modell, das ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet. Das ist das Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Die Krise wird von interessierter Seite zum Anlass genommen, dieses Modell zu diskreditieren. Deshalb meine ich, dass klare Botschaft dieses Parteitages sein sollte: Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht das Problem, die Soziale Marktwirtschaft ist die Lösung. Sie ist die Antwort auf die Krise, in der wir uns befinden; sie muss auf internationales Niveau gehoben werden. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und bieten eine Lösung der Krise an.

(Beifall)

Auf dieser Grundlage möchte ich drei kurze Ableitungen machen. Erste Ableitung: Soziale Marktwirtschaft heißt, dass wir uns natürlich mit den Fragen der Verteilungsgerechtigkeit zu

beschäftigen haben; sie sind wichtig. Bevor wir aber über die Fragen der Verteilungsgerechtigkeit reden, müssen wir über das Thema der Leistungsgerechtigkeit reden. Nur wenn es viele gibt, die bereit sind, das, was sie können, einzubringen, werden wir das erwirtschaften, was wir brauchen, um denjenigen helfen zu können, die sich selbst nicht helfen können. Die CDU muss die Partei der Leistungsträger sein. Die Leistungsträger müssen im Mittelpunkt unserer Politik stehen.

(Beifall)

Deshalb glaube ich, dass es gut und richtig ist, dass wir Botschaften an die Leistungsträger gesendet haben, etwa durch die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung. Deshalb glaube ich, dass es gut und richtig ist, wenn wir mit dem Konjunkturpaket, das auf dem Weg ist, weitere Akzente in diese Richtung setzen: Erhöhung des Kindergeldes, Erhöhung der Kinderfreibeträge, verstärkte steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und vieles andere mehr. Deshalb glaube ich aber auch, dass es gut und richtig ist, wenn wir es nicht dabei belassen, wenn das Signal des Leittrags ist: Wir wollen eine grundsätzliche Steuerreform. Wir wollen eine Steuerreform, die die Bezieher mittlerer und kleinerer Einkommen entlastet; wir wollen einen höheren Grundfreibetrag, einen Ausgleich des Tarifs auf Rädern. Das ist genau das richtige Signal.

Wenn wir im Januar über die Frage reden, inwieweit das jetzige Programm gegriffen hat, und darüber nachdenken, was wir ergänzend tun müssen, dann müssen wir wieder fragen – diese Regel muss gelten –: Was können wir für die Leistungsträger in diesem Land tun? Wo können wir ihnen helfen? Wo können wir ihre Leistung anerkennen? Bis dahin wird das Bundesverfassungsgericht über die Pendlerpauschale entschieden haben. Vielleicht wäre es ein richtiges Signal an die Leistungsträger, ihnen zu sagen: Die Wegekosten, also die Kosten auf dem Weg zur Arbeit, werden nicht erst vom 21. Kilometer an, sondern schon ab dem ersten Kilometer steuerlich anerkannt. Auch das kann ein positives Signal für die Leistungsträger in unserem Land sein.

(Beifall)

Wir müssen deutlich machen: Wir sind die Partei, die an der Seite derjenigen steht, die jeden Morgen aufstehen, die morgens zur Arbeit fahren, die ihre Arbeit tun und damit das erwirtschaften, was wir gerecht verteilen. Das muss Identität der CDU und Signal dieses Parteitages sein.

Zweite Ableitung. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur ein Wirtschaftsmodell, sondern auch ein Gesellschaftsmodell. Sie ist eine wertegebundene Ordnung; Ronald Pofalla hat die Werte bereits genannt. Sie steht für Gerechtigkeit, Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität. Wir müssen die Beachtung dieser Werte einfordern. Wir müssen sie bei uns einfordern. Wir müssen sie aber auch bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten einfordern. Wenn die

Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft zurückgeht – das tut sie –, dann hat das auch mit dem Versagen wirtschaftlicher Eliten zu tun. Auch wirtschaftliche Eliten müssen Vorbild sein. Wo es Fehlentwicklungen gibt, müssen wir darauf hinweisen. Es kann nicht richtig sein, dass auf der einen Seite Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer wieder Opfer abverlangt werden und dass auf der anderen Seite die Bezüge der Manager Jahr für Jahr überproportional steigen. Wer sich so verhält, untergräbt die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft. Auch wirtschaftliche Elite muss Vorbild sein. Wir sollten das gemeinsam einfordern.

(Beifall)

Dritte und letzte Ableitung. Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft vor denjenigen in Schutz nehmen, die sie zu diskreditieren suchen. Einer, der in dieser Richtung prominent tätig ist, kommt aus meinem Bundesland: Oskar Lafontaine. Dieser Mann behauptet von sich, er sei der Sohn von Willy Brandt. Wir haben abiologisch nachgewiesen: Das stimmt nicht; er ist der Enkel von Erich Honecker.

(Beifall)

Dieser Mann stellt mittlerweile die Grundlagen der Demokratie infrage, weil er die Legitimität parlamentarischer Entscheidungen nicht akzeptiert, ein Mann, der Privateigentum mit der Forderung „Enteignet die Familieneigentümer!“ infrage stellt, ein Mann, der vor Lug und Trug nicht zurückschreckt, ein Mann, der immer wieder bewusst und vorsätzlich wahrheitswidrig behauptet, Angela Merkel habe in Moskau studiert, um sie in die Nähe einer überzeugten Jungkommunistin zu rücken. Liebe Freunde, im Vergleich zu Oskar Lafontaine war Pinocchio ein Ausbund an Wahrheitsliebe.

(Beifall)

Oskar Lafontaine ist ein Mann, der sich aus der Verantwortung stiehlt, wenn es darauf ankommt, ein Mann, der sich aus dem Amt des Bundesfinanzministers herausgestohlen hat wie ein Hühnerdieb. Die Kasse eines Kegelclubs kann man nicht so niederlegen, wie er die Bundeskasse niedergelegt hat. Er hat jetzt erklärt, er wolle Ministerpräsident im Saarland werden. Das ist die größte anzunehmende Drohung für dieses Land. Unter Lafontaine hatten wir eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, ein unterdurchschnittliches Wachstum und den größten Bildungskahlschlag in der Geschichte des Landes. Bei steigenden Schülerzahlen über 1 000 Lehrerstellen abgebaut! Deshalb werden wir, meine Freunde von der saarländischen CDU und ich, im August nächsten Jahres dafür sorgen, dass Oskar Lafontaine bereits an der Saar gestoppt wird. Wir werden Oskar Lafontaine an der Saar ein Bein stellen, damit die Linke anschließend bei der Bundestagswahl richtig auf die Nase fällt. Dafür bitte ich um eure Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Lieber Peter Müller, danke für deine Rede. Ich bin davon überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler an der Saar wissen, was sie an dir haben. Der Nächste ist der Arbeits- und Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Im Mittelpunkt unserer heutigen inhaltlichen Arbeit steht der Antrag „Die Mitte. Deutschlands Stärke.“. In einer Zeit, in der viele Menschen – auch bei uns im Land – ihr Vertrauen in die Institutionen verloren haben, weil einige in der Finanzwirtschaft unverantwortlich gehandelt haben, ist unsere Antwort nicht der allgegenwärtige Staat, wie es die Linken formulieren, sondern ein starker Staat mit der Sozialen Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen. Es ist wichtig, dass wir angesichts der aufgewühlten Stimmung unter vielen Menschen Maß und Mitte halten.

Ich glaube, dass wir in diesem Antrag viele Fragen ansprechen, die eine Volkspartei ansprechen muss, wenn es um wichtige Punkte des wirtschaftlichen Zusammenlebens geht. Zum Beispiel fragen wir: Wie verhält es sich in unserer Volkswirtschaft eigentlich mit der Lohnfindung? Wir sind uns als Union einig, dass nicht der Staat die Löhne festlegen soll. Aber ich füge hinzu: Einseitig, durch die Unternehmen festgelegte Löhne stellen auch keine faire Lohnfindung dar. Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört, dass im Regelfall die Löhne durch die Tarifparteien festgelegt werden. Dafür braucht man funktionierende Unternehmensverbände und Gewerkschaften. Wir sind nicht gegen staatliche Mindestlöhne. Die Antwort muss vielmehr lauten: Wir sind für eine Stärkung der Tarifautonomie bei uns in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube nicht, dass wir den notwendigen Fortschritt erreichen, wenn es einen Wettbewerb darum gibt, wer den billigsten Arbeitnehmer findet. Fortschritt erreichen wir vielmehr, wenn der Wettbewerb über Innovation, Vertrauen, Qualität und Ehrlichkeit im Bereich des Anbietens von Produkten und der Preisbildung erfolgt.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Antrag klar zum Ausdruck kommt, ist: Wie können wir in diesem Land unsere Zukunft gestalten? Für die Zukunft brauchen wir eine Klasse ausgebildete nachfolgende Generation. Wenn man weiß, dass in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen – genauso wie in vielen anderen Bundesländern vor allem im Westen – mittlerweile 38 Prozent der Kinder, die jetzt im ersten Schuljahr sind, einen Zuwanderungshintergrund – ich spreche von Zuwanderungsgeschichte – haben und dass nur einer von vier jungen Menschen mit einer türkischen Zuwanderungsgeschichte eine Lehre abschließt, dann ist einem klar, dass man die Zukunft nur gestalten kann, wenn diese Kinder ihre Talente in der Schule so entfalten können, dass sie anschließend anspruchsvolle Berufe erlernen können.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, dass man Gerechtigkeit nicht durch mehr Hartz IV-Geld herstellen kann, sondern dadurch, dass auch Kinder aus schwierigen Haushalten durch Bildung und Fleiß

eine faire Chance zum Aufstieg in unserer Gesellschaft bekommen. Ich glaube, dass das unserer Gesellschaft am Ende den Kitt gibt, dass sie auch noch in der nächsten Generation zusammenhält. Deswegen ist mir diese Frage ganz wichtig.

Natürlich gehört zu einem Land, wie wir es sind, ein Arbeitsrecht. Dieser Bereich kann ja kein rechtloser Raum sein. Aber die Wahrheit ist, dass das Arbeitsrecht, so wie es heute in Deutschland funktioniert, über die Jahre eher ein Richterrecht geworden ist und nicht mehr ein nur vom Gesetzgeber gesetztes Recht ist. Es ist so kompliziert geworden, dass man sowohl als Arbeitnehmer wie auch als Arbeitgeber nicht mehr mit einem Blick in die Gesetze erkennen kann, welche Rechte und Pflichten man hat.

Deswegen finde ich es richtig, dass wir uns für die nächste Wahlperiode vorgenommen haben, ein neues Arbeitsgesetzbuch, ein neues Arbeitsvertragsrecht in Deutschland zu schaffen, das schlicht und ergreifend wieder lesbar, verständlich und nachvollziehbar ist. Denn die Menschen haben gegenüber ihren Parlamenten auch den Anspruch, dass die Gesetze in ihrer Struktur so sind, dass man sie nachvollziehen kann. Das trifft für ein Richterrecht, zu dem das Arbeitsrecht mittlerweile geworden ist, nicht mehr zu.

Natürlich muss in diesem Zusammenhang auch klar sein, dass wir Sicherheit und Flexibilität zusammenbringen müssen. Wir bekommen die Arbeitswelt der 70er-Jahre, die ich als junger Mensch noch kennen gelernt habe, nie wieder. Die heutige Arbeitswelt verlangt mehr Flexibilität. Aber wie bringen wir dies mit Sicherheit zusammen? Ich weiß nur, dass sich viele Arbeitnehmer etwa in der Zeitarbeit, etwa mit befristeten Arbeitsverträgen immer wieder die Frage stellen: Was wird aus mir und meiner Familie, wenn ich immer wieder meine Arbeit und damit 40 Prozent meines Nettoeinkommens – oder 33 Prozent, wenn er Kinder hat – verliere? Denn wer hat denn bei Stundenlöhnen von 8 oder 9 Euro ein Drittel seines Nettoeinkommens übrig, wenn er all das finanziert hat, was er für eine Familie bezahlen muss? Das Arbeitslosengeld in Deutschland liegt, wenn man Kinder hat, bei 67 Prozent des Nettoeinkommens und bei 60 Prozent, wenn man keine Kinder hat.

Ich glaube, dass wir in unserem Programm für die kommende Bundestagswahl hierauf klare Antworten geben müssen. Diese müssen intelligenter sein als nur eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Dies muss vielmehr mit der Beantwortung der Frage einhergehen, wie man für diese Familien bei nicht ganz so sicheren Arbeitsverhältnissen bzw. bei unsicheren Arbeitsverhältnissen ein Stück weit Sicherheit schaffen kann. Nichts ist schlimmer, als wenn Menschen den Eindruck haben, sie bemühen sich jeden Tag und haben trotzdem keine Chance, auf einen – wie man bei uns zu Hause sagt – grünen Zweig zu kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, dass das, was wir Ihnen heute vorgelegt haben, eine gute Grundlage ist, um ein Wahlprogramm für die Beantwortung dieser wichtigen Fragen in unserer Gesellschaft in den nächs-

ten Monaten zu erarbeiten. Es ist auch ein Beweis dafür, dass es in unserer Volkspartei CDU möglich ist, solche schwierigen Fragen anzusprechen und unter den verschiedenen Vereinigungen wie etwa der Mittelstandsvereinigung, der Wirtschaftsvereinigung und der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zu Ergebnissen zu kommen. Ich kenne nur eine Partei, in der all diese Gedanken und Strömungen zusammenkommen und man überlegt: Wie können wir in der Sache das Richtige für unsere Gesellschaft tun – nicht um Klientelpolitik zu machen, sondern um für das Ganze das Richtige zu tun? Diese Volkspartei ist diejenige, die solche schwierigen Fragen, die wir in diesem Papier angesprochen haben, lösen kann.

Ich bin aber davon überzeugt, dass sie sie nicht in einer Großen Koalition lösen kann. Deswegen ist das, was wir heute verabreden, ein guter Baustein dafür, in der Arbeitnehmerschaft darum zu werben, dass wir nach der Bundestagswahl zu einer klaren Koalition aus CDU/CSU und FDP kommen. Dass das auch in einem arbeitnehmerdominierten Land funktioniert, sehen Sie an unserer Politik in Nordrhein-Westfalen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Danke, Karl-Josef Laumann. – Als Nächster spricht Kurt Lauk. Danach spricht Dietrich Austermann. – Kurt Lauk, bitte.

Prof. Dr. Kurt J. Lauk: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Bemerkungen zu diesem Antrag machen. Dieser Antrag setzt, so meine ich, den richtigen Ton. Warum? Weil er ein klares Bekenntnis zum Markt und zum Wettbewerb enthält. Er stimmt damit nicht in den modernen Chor derjenigen ein, die sagen, der Markt habe versagt und der Wettbewerb taue nichts. Er enthält vielmehr ein nachhaltiges Bekenntnis zum Markt und zum Wettbewerb.

Der Antrag konzentriert sich auf grundsätzliche und mittelfristige Maßnahmen. Eine grundsätzliche Maßnahme ist das klare Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft; wir haben es gehört. Wir stehen in einem weltweiten Wettbewerb. Wir erkennen oft nicht, dass die Soziale Marktwirtschaft im Rahmen der Globalisierung dabei ist, zu einer weltweiten Karriere abzuheben. Das ist richtig so. In anderen Ländern wird oft anders formuliert. Es wird gesagt – denken Sie an Asien, an China und an andere Länder –, es gehe darum, Wohlstand zu schaffen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt zu wahren. Dies ist eine andere Formulierung für Soziale Marktwirtschaft.

Die Weltbank hat gerade eine Studie des Nobelpreisträgers Michael Spence veröffentlicht, die unter der Überschrift steht: nachhaltiges Wachstum, das alle mitnimmt. – Auch das ist eine moderne Definition der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir haben das Bekenntnis abgelegt und sind der Überzeugung – das ist einmalig in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland –: Sozial ist derjenige, der etwas zum Verteilen schafft. Sozial ist nicht derjenige – das sagen wir ganz klar an die Adressen der SPD und der Linken gerichtet –, der nur verteilt, was andere geschaffen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Die Union ist die einzige Partei in diesem Land, die den Grundsatz bzw. die gesellschaftliche Mission: „Sozial ist derjenige, der etwas zum Verteilen schafft“ verwirklicht und dabei selbstverständlich auch diejenigen mitnimmt, die nichts schaffen können, weil sie krank oder alt sind. Wir haben das erfolgreich getan. Der Programmpunkt „Deutschlands Mitte stärken“ trägt dazu bei, dass das so bleibt.

Wir haben einige mittelfristige Maßnahmen angesprochen: zum Beispiel eine Einkommensteuerentlastung sowie einfache, klare, nachhaltige und niedrige Steuersätze. Wir sind dafür, die kalte Progression abzuschaffen. Wir haben in diesem Antrag den Bürokratieabbau, Innovationen, Bildung und viele Themen, die in diesem Lande dringend notwendig vorangetrieben werden müssen, sinnvoll als mittelfristige Maßnahmen verpackt. Das ist gut so. Es ist uns gelungen – Karl-Josef Laumann hat darauf hingewiesen –, zwischen allen Fraktionen und allen Interessenrichtungen einen vernünftigen Kompromiss zu schaffen.

Natürlich gibt es auch die Kritik – das haben wir hier gehört –, dass kurzfristige Maßnahmen zur konjunkturellen Belebung oder Korrektur nicht angesprochen werden. Ich meine, das ist gut so. Denn dies gehört zum einen nicht in diesen Antrag, der sich mit grundsätzlichen und mittelfristigen Themen beschäftigt. Zum anderen sind wir im Moment noch nicht in der Lage – auch das haben wir in der Diskussion heute gehört –, genau zu definieren, was wir brauchen. Wir wissen nur eines – darauf hat Friedrich Merz hingewiesen –: Wenn die Bankenkrise nicht beendet wird, wenn nicht bald wieder Vertrauen zwischen den Banken Platz greift, dann wird diese Krise sehr viel schwieriger und tiefer ausfallen, als uns das lieb sein kann.

Um das zu verhindern, hat die Bundesregierung ein Paket zur Rettung der Bankenlandschaft vorgelegt. Das Funktionieren der Bankenlandschaft ist und bleibt die erste Priorität, und zwar so lange, bis es wieder funktioniert.

Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Unternehmern, dass die gegenwärtige Situation einmalig ist, dass es in 20 oder 30 Jahren Management nicht vorkam, dass die Unternehmer sagen mussten: Wir können keine gültigen Jahrespläne vorlegen und keine Budgets festlegen; die Situation ist zu unsicher. Wir fahren auf Sicht. Auch die Ökonomen sagen: Wir fahren auf Sicht. Ich meine, der Partei steht das ebenfalls gut an – wir sind nicht klüger, aber auch nicht schlechter als Ökonomen und Unternehmer in diesem Land –: Auch wir müssen auf Sicht fahren. Es hilft überhaupt nichts, dass man der Konjunktur, die – so sage ich das einmal – im 50. Stock aus dem Fenster gefallen ist, wenn sie am 25. Stock vorbeifliegt, einen Steuernachlass in die Taschen schiebt. Das ändert weder ihre Flugbahn noch ihre Geschwindigkeit. Wir müssen warten, bis wir strukturell etwas verändern können und dann kräftig zupacken.

Wir haben natürlich die Möglichkeit, eine Vielzahl von Instrumenten anzuwenden. Wir brauchen sie heute nicht zu beschließen. Wir wissen aber, dass es diese Instrumente gibt, und wir

sollten rechtzeitig darüber nachdenken und vorbereitet sein. Das eine sinnvolle Instrument ist ein Infrastrukturprogramm, das nach sorgfältiger Analyse und Überlegung auf den Weg gebracht werden sollte. Wir brauchen klare Rahmenbedingungen, damit die privaten Investitionen im Bereich der Industrie wieder laufen. Das Thema ETS, das Emission-Trading-System, also die Emissionszertifikate, muss endlich vom Tisch kommen; das ist eine Belastung zusätzlicher Art für den Mittelstand in Deutschland. Wir können nicht das Pilotprojekt für den Rest von Europa sein, insbesondere, wenn das zu unserem Nachteil ist. Auf diesem Gebiet muss Europa gemeinschaftlich arbeiten. Das Gleiche gilt für das Thema CO₂ im Automobilbereich. Um wieder auf die Beine zu kommen, brauchen wir schnellere Planfeststellungsverfahren. Wir haben das nach der Wiedervereinigung in den neuen Ländern praktiziert. Eine Berufungsinstanz reicht. Dann geht das schneller, dann kann das Geld schneller in die Straßen, die Häfen und die Gebäude fließen. Möglicherweise brauchen wir auch vorgezogene Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung. Wir haben uns sowieso vorgenommen – auch mit diesem Antrag –, den Bereich Forschung und Entwicklung zu stärken. Wenn wir die Universitäten etwas schneller mit neuen Forschungsgeräten ausstatten, was wir ohnehin tun müssen, beleben wir die Geräte- und Messindustrie in diesem Land. Wir haben eine Vielzahl von Dingen in unserem Instrumentenkasten. Wir sollten darüber nachdenken, ein sinnvolles Paket machen, und es dann einsetzen, wenn wir es brauchen, und nicht vorschnell unser Pulver verschießen.

Der Antrag, der hier vorliegt, beinhaltet strukturelle Maßnahmen, die notwendig sind, um mittel- und langfristig auf die Beine zu kommen. Er ist abgewogen und ein Bekenntnis zu Markt, Wettbewerb und zu einer sozialen Marktwirtschaft, die alle mitnimmt. In diesem Sinne plädiere ich sehr für die Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Kurt Lauk. Als Nächster hat das Wort Dietrich Austermann.

(Teilweise Beifall)

Dietrich Austermann: Herr Tagungspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Liebe Parteifreunde! Wenn der größte Teil von uns morgen Mittag nach Hause fährt, in seinen Wahlkreis und zur Familie, dann wird die Frage gestellt werden: Was habt ihr in diesen zwei Tagen in Stuttgart beschlossen, und was heißt das für mich konkret?

Wir haben heute über das Thema Steuern diskutiert. Ich habe mit großer Begeisterung den Ausführungen des Kollegen Merz zugehört.

(Vereinzelt Beifall)

Mir hat nur die Schlussfolgerung gefehlt: Was heißt das konkret für die Entscheidungen der nächsten Tage und Wochen?

(Vereinzelt Beifall)

Mit dem vorliegenden Antrag werden uns eine ganze Reihe von Maßnahmen vorgestellt, die in die Zukunft weisen. Ich sage es einmal ganz konkret: Steuerentlastungen in der geplanten Form wirken frühestens im Jahr 2011, und zwar aus folgendem Grund: Die Bundestagswahl ist im Jahr 2009, das Jahr 2010 wird dafür draufgehen, dass man ein Steuergesetz entwirft, das 2011 in Kraft tritt. In der gegenwärtigen Situation sind meines Erachtens aber neben den vielen richtigen Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere unserer Bundeskanzlerin, weitere Schritte erforderlich. Die Bürger müssen verstehen, was wir meinen, wenn wir sagen: Ihr bekommt mehr Netto vom Brutto, es bleibt euch mehr Geld in der Tasche, ihr sollt mehr Geld haben, das ihr für Konsum ausgeben könnt, das ihr einsetzen könnt.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Schlussfolgerung ist bisher noch ausgeblieben. Ich denke, dass es dazu konkreter Entscheidungen bedarf.

Nun weiß ich, dass in jeder Debatte über Steuersenkungen gesagt wird – das klang in den meisten Beiträgen wie ein Mantra; Roland Koch hat das vielleicht am deutlichsten vorgetragen –: Wir können uns Steuersenkungen zurzeit nicht leisten. Dazu sage ich aufgrund meiner Erfahrung – ich habe immerhin 23 Jahre lang dem Haushaltsausschuss des Bundestages angehört –: Ich habe festgestellt, dass jede vernünftige Steuersenkung sich für den Staat rechnet. Nichts anderes war es, Roland Koch, bei der Unternehmensteuerreform. Sie ist mit einer Lücke geplant worden, weil wir davon ausgegangen sind, dass die Betriebe wissen, was diese steuerliche Veränderung für sie bedeutet. Wir haben Ende der 80er-Jahre unter Finanzminister Gerhard Stoltenberg eine große Steuerreform gemacht. Auch damals galt der Dreisatz: Sparen, Investieren und Steuern senken. Jeder hat gesagt: Das führt dazu, dass die kommunalen Kassen ausgeplündert werden, in den Landeskassen nichts mehr drin ist und beim Bund Geld fehlt. Nein, das Gegenteil war der Fall: Wir hatten sprudelnde Steuereinnahmen und sinkende Beiträge. Dadurch wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, dass wir uns die Finanzierung der Wiedervereinigung überhaupt leisten konnten. Das heißt: Richtig gemacht, bedeutet eine vernünftige Steuerreform, dass mehr Geld in den Taschen von Bürgern und Betrieben bleibt. Dann rechnet sie sich und bietet eine Perspektive.

Angela Merkel hat gesagt, dass im Januar über weitere Schritte entschieden werden soll. Auch wenn wir heute nicht entscheiden und sich die wirtschaftliche Lage ändert, müssen wir doch heute die Frage stellen: Weshalb soll der CDU-Parteitag nicht sagen, was wir uns für Januar vorstellen können. Wenn deutlich wird, dass weitere Schritte erforderlich sind, wird jeder sagen: Es fehlt an wirtschaftlichen Impulsen und wirtschaftlicher Unterstützung für die Zukunft.

Ich denke, es ist richtig, mit der Reduktion an der Stelle anzusetzen, wo Leistungsträger bestraft werden, wo die Progression besonders stark wirkt, wo der „Mittelstandsbauch“ hinsichtlich der

Steuer besonders stark zuschlägt. Eine Gruppe von Antragstellern hat sich entschlossen, zu sagen: Wir wollen, dass der Solidarzuschlag, der in Ost und West gezahlt werden muss und gezahlt wird, sobald wie möglich abgeschafft wird.

(Teilweise Beifall)

Dies ist kein Affront gegen die neuen Bundesländer. Denn auch dort wird der Solidarzuschlag gezahlt. Selbstverständlich gilt der Solidarpakt bis zum Jahr 2019 unverändert. Das ist aber eine Maßnahme, die dazu beiträgt, dass wir den Mittelstandsbauch bei der steuerlichen Belastung, die „kalte Progression“, langsam abbauen. Ich denke, dass es vertretbar ist, diesen Schritt zu unternehmen. Diejenigen, die Steuern zahlen, werden uns fragen, werden Sie morgen fragen: Was habt ihr konkret beschlossen? Welche Maßnahme betrifft uns?

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, der meines Erachtens dringend besprochen werden muss, auch bezüglich der weiteren Gespräche mit der SPD. Als langjähriges Mitglied von Verwaltungsräten öffentlicher Kreditinstitute habe ich seit vielen Jahren den Eindruck, dass insbesondere Vorstände in diesen Instituten eine Sprache sprechen, die sie selbst nicht mehr verstehen.

Die Begriffe Derivate, Zertifikate, Swaps, Leerverkäufe, Verbriefung und so weiter kann, so vermute ich, kaum einer von uns aus dem Stand heraus erklären. Sie haben aber dazu geführt, dass bei uns an der Börse die Realwirtschaft von der Finanzwirtschaft, vom DAX abgekoppelt worden ist. Diese Situation ist völlig irre. Betriebe werden nicht danach beurteilt, was sie tatsächlich leisten, welche wirtschaftliche Entwicklung sie tatsächlich haben, welche Produkte sie herstellen. Das alles spielt beim Börsenkurs gelegentlich überhaupt keine Rolle, weil es an der Börse Menschen gibt, die damit handeln, dass ein Betrieb Verluste macht. Sie machen Gewinne, wenn es einem Betrieb schlechter geht.

Dieses Thema einschließlich der Hedgefonds und der Frage, wie wir dafür sorgen, dass keine unanständigen Geschäfte an den Börsen mehr gemacht werden, muss bearbeitet werden.

Meine Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Antrag, den wir für morgen vorbereitet haben, unterstützen würden. Ich möchte mit einer letzten Bemerkung schließen. Ich sage das aus der Rückkopplung mit vielen Bürgern und vielen Parteifreunden in den letzten Tagen: Wir haben gehört, das Jahr 2009 wird das Jahr der schlechten Nachrichten. Wenn Sie das in der Öffentlichkeit sagen, werden die Leute sich das Portemonnaie zukleben und in der Tasche festhalten. Sie werden davon ausgehen, dass im nächsten Jahr alles schlechter wird und deshalb ihr Geld zusammenhalten. Wir wollen aber das Gegenteil. Wir wollen wirtschaftliche Belebung. Das nächste Jahr wird auch deshalb ein Jahr guter Nachrichten, weil wir mindestens vier Landtagswahlen und eine Bundestagswahl gewinnen werden. Das sind lauter gute Nachrichten. Deswegen: Lassen Sie uns dafür arbeiten, dass 2009 ein Jahr guter Nachrichten wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Als Nächste hat unsere Bundesforschungsministerin Annette Schavan das Wort.

Dr. Annette Schavan: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Zum Leitantrag gehört das Kapitel „Auf dem Weg zur Bildungsrepublik“. Ich glaube, selten ist so klar gewesen wie heute, wie eng der Zusammenhang zwischen der Dynamik in der Wirtschaft und der Dynamik in einem leistungsfähigen Bildungssystem ist. Deshalb muss zu den Botschaften der nächsten Monate und des gesamten nächsten Jahres mit all den Wahlen gehören: Die Christlich Demokratische Union ist der faire leistungsfähige und bildungsbewusste Partner von Kindern und Jugendlichen in unserem Land.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen heute, dass angesichts der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland schon in absehbarer Zeit neben all den Schwierigkeiten, die wir heute besprochen haben, zur größten Wachstumsbremse werden kann, wenn Bildung und Ausbildung, wenn die Zahl hochqualifizierter Fachkräfte in Deutschland nicht hoch genug ist. Deshalb ist das nicht nur eine bildungspolitische Frage. Ein leistungsfähiges Bildungs- und Ausbildungssystem ist auch eine wirtschaftspolitische Frage. Die SPD ist und bleibt schlechter bildungspolitischer Partner in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Das zeigen nicht nur die PISA-Studien seit 2000. Das zeigen auch die Bildungsausgaben in den Länderhaushalten. Wo die SPD regiert, wird weniger für Bildung ausgegeben. Wo die SPD regiert, gibt es weniger Gerechtigkeit im Bildungssystem und weniger Leistung. Das ist der eigentliche Skandal: weniger Gerechtigkeit, weniger Leistung und weniger finanzielle Investitionen.

Deshalb sagen wir: 7 Prozent für Bildung und Ausbildung. Deshalb haben wir in den letzten drei Jahren erreicht, dass es heute mehr unbesetzte Lehrstellen gibt als unversorgte Bewerber. Deshalb hat das Statistische Bundesamt heute Morgen bekannt gegeben, dass es mit 39,3 Prozent so viele Studienanfänger wie nie zuvor gibt. Das ist eine gute Nachricht im Blick auf hochqualifizierte Fachkräfte. Deshalb gibt diese Bundesregierung so viel für Bildung und Forschung aus wie keine Regierung zuvor.

Lasst uns deshalb mit diesem Leitantrag in den nächsten Wochen und Monaten – das wird uns bei jeder Wahl und jeder Auseinandersetzung begegnen – starke Partner der jungen Generation sein. Lasst uns starke Partner für eines der besten Bildungs- und Ausbildungssysteme der Welt sein. Lasst uns starke Partner sein, auch wenn es um Detailfragen geht wie in Berlin. In der Stadt Berlin stellt sich die Frage, ob es möglich ist, ein Fach wie Religion gleichberechtigt neben das Fach Ethik in den öffentlichen Schulen zu stellen. Es gehört zu unserer Grundüberzeugung, dass beides ebenbürtig ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir betreiben Bildungspolitik nicht allein wegen der Wirtschaft, sondern wegen unserer Grundüberzeugung, dass in jedem Menschen Talente stecken und dass zu den wichtigsten öffentlichen Aufgaben gehört, dass jedes Kind seine Talente entfalten kann. Auch das ist christdemokratische Politik, auch das hat mit dem christlichen Menschenbild zu tun.

Heute gilt darüber hinaus: Um jedes Kindes willen tun wir das. Wir tun es auch, weil wir davon überzeugt sind, dass es neben allen Problemen, über die wir derzeit sprechen, zu den vornehmsten Aufgaben in den nächsten Monaten und Jahren gehört – auch im Blick auf die Entwicklungsperspektiven unserer Unternehmen, auch im Blick auf innovative Perspektiven in unserem Land – eines der besten Bildungs- und Ausbildungssysteme zu haben. Ich bitte darum, dass wir das in den nächsten Monaten stark in jede politische Auseinandersetzung nehmen und damit auch wichtige Partner unserer Familien sind, der Eltern und Großeltern, die die Frage nach guter Bildung und Erziehung bewegt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank unserer Bildungs- und Forschungsministerin.

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk hat in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender ein ausführliches Grußwort an unsere Partei geschickt. Ich denke, der Parteitag ist damit einverstanden, wenn ich den Kernsatz vorlese: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, welch große Herausforderungen vor Ihrer Regierung, Ihrer Partei und dem heutigen Parteitag stehen. Deswegen möchte ich diese Gelegenheit nutzen, allen Delegierten zum Parteitag der CDU meine Grüße ausrichten zu lassen, erfolgreiche Beratungen zu wünschen. Deutschland ist unser wichtigster Verbündeter in der Europäischen Union. Uns verbinden Zusammenarbeit und Solidarität. Donald Tusk, Vorsitzender der Bürgerplattform der Republik Polen.

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 11 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Der Bericht der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament liegt uns schriftlich vor. Ich möchte ganz herzlich Dr. Werner Langen für seinen Bericht danken. Ich möchte all unseren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament für ihre engagierte Arbeit danken. Insbesondere der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Dr. Werner Langen, ist eine starke Stimme der Union im Europäischen Parlament. Auf ihn und seine ganze Truppe sind wir stolz. Ein Gruß an unsere Europaabgeordneten!

(Beifall)

Nun übernimmt Ministerpräsident Althaus die Tagesleitung.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 12 auf:

BERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS DER CDU DEUTSCHLANDS

Die Vorlage liegt in Ihren Unterlagen. Ich übergebe das Wort an Eckart von Klaeden.

Eckart von Klaeden, Bundesschatzmeister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Ihnen heute vorliegende Rechenschaftsbericht für das Jahr 2006 ist fristgerecht und mit einem uneingeschränkten Testat der Wirtschaftsprüfer versehen beim Bundestagspräsidenten eingereicht und von der Verwaltung des Bundestages überprüft und veröffentlicht worden. Wie Sie dem vorliegenden Rechenschaftsbericht entnehmen können, hat die CDU als Gesamtpartei im Jahr 2006 ein solides Ergebnis erwirtschaftet. Dank der erzielten Überschüsse sind wir vor allem bei der Konsolidierung der Finanzen der Bundespartei ein gutes Stück vorangekommen.

Ich habe auf dem letzten Parteitag in Hannover ausführlich über diese positive Entwicklung berichtet und möchte das heute nicht wiederholen. Deshalb will ich mich darauf beschränken, einen Überblick darüber zu geben, wie sich der Stand der Finanzlage der Bundespartei zum heutigen Tage darstellt. Dazu gehört zunächst, dass wir im Jahr 2007 alle geplanten Finanzziele erreicht haben und dass gute Aussichten bestehen, auch für dieses Jahr die in Aussicht genommenen Ziele zu erreichen.

Dazu hat die Bundesgeschäftsstelle mit einer disziplinierten und sparsamen Haushaltsführung einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet. Auf diese Weise haben wir die geplanten Überschüsse erwirtschaften und den Rücklagen zuführen können. Mein besonderer Dank gilt hier dem Generalsekretär, aber auch dem Bundesgeschäftsführer.

(Beifall)

Das führt zu dieser erfreulichen Nachricht, die der Generalsekretär in seinem Bericht eben auch schon angesprochen hat: Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird die Bundespartei die im nächsten Jahr vor uns liegenden Wahlkämpfe vollständig aus Rücklagen und ohne die Inanspruchnahme von Krediten finanzieren können.

(Beifall)

Ich kann Ihnen auch mitteilen, dass das zentrale Ziel, das wir uns im Jahre 2000 gesetzt haben, erreicht worden ist. Ich kann Ihnen die positive Mitteilung machen, dass die Sanierung der Finanzen der Bundespartei gelungen ist. Das hat dazu geführt, dass wir auch die den Delegierten des Bundesparteitages, vor allem aber unserer Basis, unseren Kreisverbänden gegebene Zusage

haben einhalten können, dass die Sonderumlage der Kreisverbände zur Mitte des Jahres wird auslaufen können. An dieser Stelle möchte ich mich nicht nur als Bundesschatzmeister, sondern im Namen der gesamten Bundespartei bei den Mitgliedern, bei der Basis für diesen enormen und über acht Jahre und damit besonders lange geleisteten Solidaritätsbeitrag und den damit verbundenen Solidaritätsprozess bedanken. Ganz herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Die positive Situation, in der wir uns befinden, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir diese Politik in den nächsten Jahren werden fortsetzen müssen und dass wir vor schwierigen Jahren stehen. Das hat weniger etwas mit den Ausgaben zu tun. Hier werden wir weiterhin Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit üben müssen, wenn wir das, was wir in den letzten Jahren gewonnen haben, nicht wieder verspielen wollen. Ein Beitrag dazu ist, dass es uns gelungen ist, die Finanzierung des Konrad-Adenauer-Hauses in Berlin trotz der Finanzkrise auf solide Grundlagen zu stellen. Wir haben nach dem Auslaufen des bisherigen Kredits mit einem neuen Konsortium außerordentlich gute Konditionen aushandeln können. Das schafft Planungssicherheit und eine spürbare Entlastung des Haushalts der Bundespartei für die kommenden Jahre.

Zu einem redlichen Bericht gehört aber auch, dass ich die Risiken anspreche, die insbesondere auf der Einnahmeseite liegen. Wir haben in diesem Jahr eine positive Entwicklung bei der Mitgliederzahl. Darauf hat der Generalsekretär schon hingewiesen. Nichtsdestotrotz haben wir insgesamt noch eine Abnahme der Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen zu verzeichnen. Das trifft die Bundespartei doppelt hart. Zum einen fehlen die Beträge unmittelbar und zum anderen reduziert sich dadurch unser Anteil an der staatlichen Parteienfinanzierung. Ich will in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir auf eine angemessene staatliche Parteienfinanzierung angewiesen sind. Es gibt keine funktionierende parlamentarische Demokratie ohne solide und verlässliche Parteien. Dazu gehört eben auch eine angemessene Ausstattung mit Finanzmitteln. Das Parteiengesetz sieht einen Inflationsausgleich ausdrücklich vor. Zu einem solchen ist es in den letzten Jahren aber nicht gekommen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch unseren Spenderinnen und Spendern sehr herzlich für ihre Unterstützung danken. Sie leisten damit einen Beitrag zum Gemeinwohl und zum Funktionieren unserer Demokratie. Parteien werden durch Zeit und Geld, durch Ehrenamt und Spenden unterstützt. Beides ist für die Arbeit demokratischer Parteien unerlässlich.

Ich fasse zusammen. Die Finanzlage der Bundespartei ist geordnet. Die Planungen weisen für die kommenden Jahre stabile Ergebnisse aus. Wir halten das ein, was wir in der mittelfristigen Finanzplanung beschlossen haben. Wir müssen an dem Kurs der Konsolidierung, der Disziplin und der Sparsamkeit aber festhalten. Das schließt nicht aus, dass zukünftig schwierige und schmerzhaft Entscheidungen möglich sind. Ich möchte dafür weiterhin um Ihre Unterstützung bitten.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Ich danke dem Bundesschatzmeister Eckart von Klaeden für seinen Bericht und auch für die Vorlage des Rechenschaftsberichtes für 2006. Zugleich danke ich ihm und dem ganzen Team für die exzellente Arbeit in den letzten Jahren.

Gibt es zu dem Bericht und der Vorlage des Rechenschaftsberichtes Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wer dem Bericht des Bundesschatzmeisters zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich bitte Frau Dorothea Störr-Ritter um ihren Bericht.

Dorothea Störr-Ritter: Herr Präsident! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Auch in diesem Jahr haben sich die Rechnungsprüfer, Herr Ferdi Tillmann, Herr Rzepka und ich, regelmäßig mit den Verantwortlichen in der Bundesgeschäftsstelle, dem Bundesgeschäftsführer und dem Finanzbeauftragten, getroffen, um Einnahmen und Ausgaben zu prüfen und um uns über die Liquidität und über die Erstellung des Rechenschaftsberichtes unter Vorlage entsprechender Unterlagen berichten zu lassen. Ihnen liegt heute der Rechenschaftsbericht 2006 vor. Er ist am 5. März 2008 in der Drucksache 16/8400 des Deutschen Bundestages veröffentlicht worden.

Über die positiven Entwicklungen und deren Auswirkungen im Jahre 2006 haben die Rechnungsprüfer bereits auf dem letzten Parteitag in Hannover gesprochen. Wie Sie sich anhand des Berichtes überzeugen können, ist für 2006 ein überaus positives Ergebnis erreicht worden: rund 13,3 Millionen Euro für die Gesamtpartei; davon entfällt ein Einnahmeüberschuss von 12,2 Millionen Euro auf die Bundespartei. Die Zuführungen zu den Rücklagen für die kommenden Wahlkämpfe zum Bundestag und zum Europäischen Parlament konnten planmäßig erhöht werden.

Im Jahre 2007 – der Bundesschatzmeister hat Sie hierüber bereits informiert – wurde der solide Finanzkurs fortgesetzt, insbesondere durch massive Einsparungen der Bundesgeschäftsstelle bei den Ausgaben. 2006 wie 2007 zeigte sich, dass die Risiken der Finanzplanung auf der Einnahmeseite liegen. Die Mitgliedsbeiträge sind um rund 1 Million Euro zurückgegangen. Der Bundesschatzminister hat auf die Entwicklung der Spenden im Jahre 2007 bereits hingewiesen. Da die Mitgliedsbeiträge neben den Spenden und Mandatsträgerbeiträgen in die Berechnung der staatlichen Parteienfinanzierung einbezogen werden, ergibt sich durch rückläufige Mitgliederzahlen ein doppelter negativer Effekt. Auch das hat der Bundesschatzmeister schon erwähnt. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gehen zurück und die Bemessung der staatli-

chen Teilfinanzierung wird geschwächt. Im Jahre 2007 haben wir gegenüber dem Jahr 2006 Mitglieder verloren. Es ist jedoch gelungen, diesen Trend zu stoppen. Der Appell geht aber weiterhin an uns alle: Wir müssen uns bemühen, die Mitgliederbasis der Volkspartei CDU zu bewahren. Sie ist auch für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei unerlässlich.

Für das laufende Jahr ist bisher eine ganz ähnliche Entwicklung wie für 2007 zu erkennen. Zu erwartende Mindereinnahmen bei den Spenden und staatlichen Mitteln sind durch Einsparungen bei den Ausgaben wie bisher zu kompensieren. Leider kam es auch in diesem Jahr – auch das möchte ich erwähnen – nicht zu einer Anhebung der absoluten Obergrenze der staatlichen Teilfinanzierung. Im Parteiengesetz ist eine solche Anhebung entsprechend der Preisentwicklung vorgesehen, aber der Gesetzgeber hat seit 2002 von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch mehr gemacht. Die Parteien benötigen jedoch diese Anpassung der staatlichen Mittel, damit sie ihre in der Verfassung vorgesehene Funktion wie bisher erfüllen können.

Wir Rechnungsprüfer hoffen deshalb, dass die Mitglieder des Deutschen Bundestages die im Parteiengesetz vorgesehene Anpassung der absoluten Obergrenze bald ermöglichen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch einen Dank an unseren Bundesschatzmeister aussprechen. Nachdem im März 2008 die Zinsbindungen für die Darlehen für das Konrad-Adenauer-Haus ausgelaufen sind, ist es dem Bundesschatzmeister gelungen, in schwierigen, zähen und Ausdauer verlangenden Verhandlungen neue Konditionen zu vereinbaren. Der Bundesschatzmeister konnte traumhafte Konditionen über einen Zeitraum von 15 Jahren erzielen. Ich kann Ihnen schon heute sagen: Wir haben bis dahin Planungssicherheit, und nach 15 Jahren wird das Konrad-Adenauer-Haus schuldenfrei sein. Ich glaube, das ist einen Applaus wert.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, es wird Sie nicht erstaunen: Die Rechnungsprüfer empfehlen Ihnen, den anfangs erwähnten Rechenschaftsbericht 2006 zu beschließen und dem Vorstand für das Jahr 2006 eine uneingeschränkte Entlastung zu erteilen. – Danke schön.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Wir danken den Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit und insbesondere Frau Störr-Ritter für ihren Bericht.

Ich darf damit zum TAGESORDNUNGSPUNKT 14 überleiten:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission wird Herr Florian Weller, Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg, geben.

Florian Weller, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegierten-

meldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir konnten dabei feststellen, dass die Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 22. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 14.45 Uhr 978 Delegierte anwesend. Der 22. Parteitag ist somit beschlussfähig. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank der Mandatsprüfungskommission und Ihnen, Herr Weller. Damit darf ich zum TAGESORDNUNGSPUNKT 15 überleiten:

ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Ich übergebe das Wort an unsere Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Bevor wir zur Neuwahl des Bundesvorstandes kommen, möchte ich als Vorsitzende allen Mitgliedern des Bundesvorstandes noch einmal – ich habe es heute Morgen schon getan – ganz herzlich und ausdrücklich für ihre Arbeit in den vergangenen zwei Jahren danken. Insbesondere bedanke ich mich für viele spannende, interessante Diskussionen und die persönliche Unterstützung, die ich immer wieder erhalten habe. Ich weiß – Sie alle wissen es, wenn Sie Ämter haben, wie wichtig das ist.

Mein besonders herzlicher Gruß geht an die drei Mitglieder des Bundesvorstandes, die nicht wieder kandidieren. Ich nenne als erste Hildegard Müller. Ich danke ihr als langjähriger Vorsitzender der Jungen Union, als Mitglied des Präsidiums unserer Partei und des Bundesvorstandes für die immer hervorragende gemeinsame Arbeit und Zusammenarbeit, die wir hatten. Liebe Hildegard, ganz herzlichen Dank. Du bist in die Wirtschaft gewechselt und wirst uns dort als Diskussions- und Gesprächspartnerin immer erhalten bleiben. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit in anderer Funktion.

(Beifall)

Ich danke Karin Wolff, und ich danke auch ganz herzlich Andreas Renner. Mit beiden habe ich immer wieder sehr, sehr gut zusammengearbeitet. Auch ihnen beiden wünsche ich alles Gute bei ihren weiteren Aufgaben. Ich bin mir sicher, dass sie unserer gemeinsamen Sache weiter verbunden bleiben werden.

(Beifall)

Damit habe ich die aufgezählt, die nicht wieder kandidieren. Somit können wir jetzt zu den weiteren Tagesordnungspunkten schreiten.

Dieter Althaus, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank unserer Vorsitzenden, Frau Dr. Merkel. – Wir kommen jetzt zur Entlastung des Bundesvorstandes. Die Entlastung ist von den Rechnungsprüfern beantragt worden. Wer der Entlastung des Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das kann ich nicht erkennen. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist mit großer Mehrheit der Bundesvorstand entlastet.

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf damit noch einmal allen Bundesvorstandsmitgliedern herzlich danken, und ich darf nun bitten, dass alle bisherigen Bundesvorstandsmitglieder unten im Plenarbereich Platz nehmen. – Ich darf das Tagungspräsidium an Günther Oettinger übergeben.

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Liebe Freundinnen und liebe Freunde! Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

WAHL DES BUNDESVORSTANDES

Ich will vor Eintritt in die Wahlgänge auf § 43 unseres Statuts hinweisen. Danach werden die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU in geheimer Wahl durch Stimmzettel gewählt.

Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen.

In § 15 Abs. 3 des Statuts ist ein Frauenquorum vorgesehen. Dies besagt, dass bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisebene aufwärts ein Drittel der im ersten Wahlgang Gewählten Frauen sein müssen, damit der Wahlgang gültig ist. Wird das Frauenquorum im ersten Wahlgang erfüllt, so kommt es bei eventuell folgenden ergänzenden Stichwahlen nicht weiter zur Anwendung.

Ich darf Ihnen vorschlagen, die Stimmzettel in den hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen auszufüllen. Bitte benutzen Sie die Ihrem Platz am nächsten gelegene Wahlkabine. Nach dem Ausfüllen werfen Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurnen, welche zu Ihnen an Ihren Platz getragen werden. Ich darf darauf hinweisen, dass Sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor der Stimmzettel in die Wahlurne gegeben werden kann.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16.1:

WAHL DES VORSITZENDEN

Vorgeschlagen ist Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich auf Folgendes hinweisen: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock im Postkartenformat zur Hand, der Ihnen zusammen mit Ihrer Stimmkarte im

Tagungsbüro übergeben worden ist. Wir führen die Wahl der Bundesvorsitzenden mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 durch. Wenn Sie für Angela Merkel stimmen möchten, so schreiben Sie bitte „Ja“ oder deren Namen auf den Stimmzettel, das heißt „Ja“ oder Dr. Merkel. Wenn Sie den Vorschlag ablehnen wollen, schreiben Sie bitte „Nein“. Enthaltungen oder ein leerer Stimmzettel sind die dritte Möglichkeit. Stimmzettel, auf denen etwas anderes vermerkt ist, sind ungültig.

Ich darf nach diesen Erklärungen den Wahlgang eröffnen und Sie bitten, Ihre Stimme abzugeben. Wir unterbrechen damit den Parteitag nach der Stimmabgabe, bitten Sie aber jetzt, zügig die Stimmabgabe vorzunehmen.

(Unterbrechung von 15.58 bis 16.02 Uhr)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind?

(Zurufe: Nein!)

– Bitte zeigen Sie an, wo noch Stimmzettel abzugeben sind.

Darf ich nochmals fragen, ob es Stimmzettel gibt, die noch nicht abgegeben sind? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit schließe ich den Wahlgang.

Ich darf die Landesgeschäftsführer bitten, ab sofort die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden in der Farbe Orange im Büro der Stimmzählkommission abzuholen.

Ich unterbreche bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses den Parteitag für etwa 15 Minuten.

(Unterbrechung von 16.04 bis 16.15 Uhr)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl zur Vorsitzenden der CDU Deutschlands bekannt geben. Wir haben 911 abgegebene Stimmen, davon 5 ungültige Stimmen, 16 Enthaltungen, damit 890 gültige Stimmen. Die Mehrheit beträgt also 446 Stimmen.

Es wurden abgegeben für Dr. Angela Merkel 844 Stimmen, mit Nein stimmten 46. Das ist ein Wahlergebnis von 94,83 Prozent.

(Lebhafter Beifall)

Ich darf Angela Merkel fragen, ob sie die Wahl annimmt.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (mit anhaltendem Beifall begrüßt): Liebe Freunde, ich nehme die Wahl an, bedanke mich für das Vertrauen und verspreche, meinen ganzen Einsatz zu geben, damit wir gemeinsam nächstes Jahr erfolgreich sind. Herzlichen Dank!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Wir gratulieren zu einem grandiosen Wahlergebnis und einem klaren Vertrauensbeweis. Liebe Angela, wir gehen mit dir in das Wahljahr – ein gutes Fundament für die nächste Kanzlerschaft!

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf jetzt von Günther Oettinger die Tagungsleitung übernehmen und darf der Bundeskanzlerin, unserer Bundesvorsitzenden, von dieser Stelle aus auch noch einmal zu diesem fulminanten Ergebnis recht herzlich gratulieren. Ich wünsche unserer starken Frau für Deutschland, dass sie uns nächstes Jahr erfolgreich durch alle Wahlen führt und dass wir dann gemeinsam wieder die Bundeskanzlerin stellen.

(Beifall)

Damit sie als diejenige, die die Verantwortung für Deutschland in der Union trägt, nicht ganz allein ist, kommen wir jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2:

WAHL DER VIER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN

Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich Ihnen in alphabetischer Reihenfolge noch einmal vorlese:

Roland Koch, Dr. Jürgen Rüttgers, Dr. Annette Schavan, Christian Wulff. Ich gehe davon aus, dass der Parteitag unter den gegebenen Umständen – es handelt sich ja um bekannte Persönlichkeiten – auf eine Vorstellung der Kandidaten verzichten kann.

(Beifall)

Vielen Dank.

Bevor der Wahlgang eröffnet wird, darf ich auf Folgendes hinweisen: Die Wahlen erfolgen mit dem großen orangefarbenen Stimmzettel, auf welchem die Kandidaten namentlich aufgeführt sind. Diesen erhalten Sie bzw. haben Sie schon erhalten von Ihren zuständigen Landesgeschäftsführern.

Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind. Das sind in unserem Fall vier. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwei, drei bzw. vier Kreuze enthält.

Wie bereits erwähnt, ist in § 15 unserer Statuten ein Frauenquorum vorgesehen. Demzufolge müssen ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein, damit die Frauenquote erfüllt und dieser Wahlgang gültig ist. Dies ist bei vier zu wählenden stellvertretenden Vorsitzenden mindestens eine Frau.

Ich darf nun fragen, ob alle Delegierten im Besitz des großen orangefarbenen Stimmzettels sind? – Das ist noch nicht der Fall. Ich bitte sicherzustellen, dass diejenigen, die noch keine Stimmzettel haben, diese noch zur Verfügung gestellt bekommen.

Hat jetzt jeder der Delegierten einen orangefarbenen Stimmzettel? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich den Wahlgang. – Ich bitte, die Stimmzettel einzusammeln.

Ich darf fragen, ob Sie die Möglichkeit hatten, Ihren Stimmzettel abzugeben. – Ich sehe, dass alle ihren Stimmzettel haben abgeben können. Damit schließe ich die Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden und bitte um Auszählung der Stimmzettel.

Die Auszählung der Stimmen zur Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, während dieser Auszählung die Wahl des Bundesschatzmeisters durchzuführen.

(Beifall)

Vielen Dank.

Wir kommen daher zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16.3:

WAHL DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Ich möchte dazu das Wort an unsere Vorsitzende, die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, geben.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Ich möchte Eckart von Klaeden wieder als Bundesschatzmeister vorschlagen. Sie haben seinen Bericht gehört: nüchtern, sachlich, aber vor allen Dingen monetär in Ordnung. So etwas brauchen wir wieder. Deshalb wäre mein Vorschlag, ihm diese Aufgabe wieder zu übertragen.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich stelle fest: Vorgeschlagen ist Eckart von Klaeden.

Vor Eintritt in den Wahlgang bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für folgende Hinweise: Die Wahl des Bundesschatzmeisters wird mit dem gelben Stimmzettel Nr. 3 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Gültig sind Stimmzettel, auf denen Ja oder der Name, Nein oder Enthaltung steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die andere Bemerkungen tragen, sind ungültig.

Ich eröffne hiermit den Wahlgang. – Ich stelle gerade fest, dass ich zu schnell war. Die Einsammler der Stimmzettel sind noch nicht wieder im Saal. Ich bitte um einen kleinen Moment Geduld.

Da die ersten Einsammler wieder da sind, bitte ich, die Stimmzettel einzusammeln. Wir sind bei der Wahl des Bundesschatzmeisters, Tagesordnungspunkt 16.3. Ich erinnere daran, dass dafür der gelbe Stimmzettel aus dem Stimmblock notwendig ist.

Haben alle ihre Stimmzettel abgegeben? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann kann ich diesen Wahlgang schließen.

Ich unterbreche den Parteitag, bis das Ergebnis der Stellvertreterwahlen vorliegt.

(Unterbrechung von 16.35 bis 16.45 Uhr)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bitte kurz um Aufmerksamkeit: Ich möchte Ihnen das Ergebnis der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden bekannt geben: Die abgegebenen Stimmen sind 926. Es gibt eine ungültige Stimme, null Enthaltungen. Das heißt, es gibt 925 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt demnach 463.

Es wurden für Roland Koch 821 Stimmen abgegeben; das sind 88,76 Prozent. Mein Glückwunsch!

(Beifall)

Ich darf fortfahren: Für Dr. Jürgen Rüttgers wurden 717 Stimmen abgegeben; das sind 77,51 Prozent. Mein Glückwunsch!

(Beifall)

Ich darf fortfahren: Für Dr. Annette Schavan wurden 684 Stimmen abgegeben; das sind 73,95 Prozent. Auch mein Glückwunsch!

(Beifall)

In der alphabetischen Reihenfolge als Vierter: Für Christian Wulff wurden 730 Stimmen abgegeben; das sind 78,92 Prozent. Mein Glückwunsch!

(Beifall)

Danach haben Sie, liebe Delegierte, alles richtig gemacht. Wie im ersten Wahlgang wurden insgesamt vier stellvertretende Vorsitzende, darunter eine Frau, gewählt. Damit ist das Frauenquorum erreicht. Der Wahlgang ist somit gültig.

Ich darf die mit dem von mir eben bekannt gegebenen Ergebnis Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen. Ich rufe zuerst Roland Koch auf.

Roland Koch: Ja, ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Christian Wulff, nehmen Sie die Wahl an?

Christian Wulff: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Danke. - Dr. Jürgen Rüttgers?

Dr. Jürgen Rüttgers: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Frau Dr. Annette Schavan, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Annette Schavan: Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Danke. – Liegt das Ergebnis zur Wahl des Bundesschatzmeisters schon vor? – Das ist noch nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16. 4:

WAHL DER WEITEREN SIEBEN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Für die Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums sind folgende Kandidaten entsprechend der vorliegenden Kandidatenliste vorgeschlagen: Dieter Althaus, Prof. Dr. Maria Böhmer, Karl-Josef Laumann, Philipp Mißfelder, Peter Müller, Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Ursula von der Leyen.

Bevor die Vorstellung der Kandidaten beginnt, möchte ich die Landesgeschäftsführer bitten, im Büro der Stimmzählkommission die Stimmzettel in blauer Farbe für diesen Wahlgang abzuholen.

Ich gehe davon aus, dass Vorstellungen gewünscht sind.

(Zurufe: Nein!)

Nein? Darüber muss ich aber demokratisch abstimmen lassen. Wenn es irgendjemanden gibt, der Wert darauf legt, dass sich die Kandidaten vorstellen, dann bitte ich diese um das Handzeichen. – Es gibt Handzeichen von denjenigen, die auf einer Vorstellung bestehen. Deswegen möchte ich diesem Anliegen gerecht werden.

Ich bitte die Kandidaten, sich in alphabetischer Reihenfolge, wie von mir aufgerufen, vorzustellen. Wir beginnen mit Dieter Althaus.

Dieter Althaus: Ich bin 1958 geboren und verheiratet. Wir haben zwei erwachsene Töchter. Mir macht es auch jetzt noch große Freude, die deutsche Einheit zu gestalten. Ich habe nicht vergessen, dass die CDU Deutschland, dass Helmut Kohl, dass letztlich wir die Weichen für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gestellt haben. Ich will dafür Sorge tragen, dass im nächsten Jahr in Thüringen weiter die Mitte regiert. Wir, die CDU Thüringen, wir, die CDU Deutschland, haben viel für das Zusammenwachsen getan. Wir dürfen nicht zulassen, dass die

Geschichte umgedeutet wird und wir eine linke Politik bekommen. Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft erhalten, die in Deutschland zweimal erfolgreich eingeführt wurde: einmal nach dem Krieg und einmal nach der Wiedervereinigung. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Vertrauen geben würden. Ich will aus christlicher Verantwortung heraus weiterhin für Thüringen und Deutschland da sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dieter Althaus. Jetzt rufe ich Frau Professor Dr. Maria Böhmer auf.

Prof. Dr. Maria Böhmer: Maria Böhmer. Ich bin 58 Jahre alt und vertrete den Wahlkreis Ludwigshafen/Frankenthal in der Pfalz. Ich bin Bundesvorsitzende der Frauen-Union. Sie haben mich vor zwei Jahren das erste Mal ins Präsidium gewählt. Ich bin Staatsministerin im Bundeskanzleramt und Integrationsbeauftragte. Da ich vorhin schon einiges zur Integration gesagt habe, will ich jetzt nur noch zwei Anmerkungen hinzufügen: Ich will alles daransetzen, dass wir weiter eine werteorientierte Integrationspolitik gestalten können. Das Zweite ist: Wir haben dieses Jahr 60 Jahre Frauen-Union gefeiert. Ich glaube, wir haben viel erreicht. Erstmals sind unter den Neumitgliedern mehr als 30 Prozent Frauen. Ich würde diesen erfolgreichen Kurs gerne mit Ihnen fortsetzen. Mein Anliegen ist: Schutz des Lebens vom Anfang bis zum Ende. Ich kämpfe seit Jahren dafür, dass Spätabtreibungen vermieden werden. Jetzt haben wir endlich die Chance, mit einem Gruppenantrag im Bundestag dieses Ziel zu erreichen. Ich will dafür gerne weiterkämpfen und bitte Sie sehr herzlich um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Böhmer. Jetzt kommt Karl-Josef Laumann und dann Philipp Mißfelder.

Karl-Josef Laumann: Mein Name ist Karl-Josef Laumann. Ich bin 51 Jahre. Wir haben drei Kinder. Zurzeit bin ich Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen. Alle, die mich kennen, wissen, dass ich seit vielen Jahren mit Herz und Seele Sozialpolitiker bin. Ich glaube schon, dass ich im nächsten Jahr einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, dass unsere CDU auch bei den Arbeitnehmern im Land gut ankommt und wir viele Stimmen der Arbeitnehmer für unsere CDU mobilisieren. Damit haben wir in Nordrhein-Westfalen ja ein wenig Erfahrung. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich Ihre Unterstützung für meine Arbeit im Parteipräsidium, die ich schrecklich gerne tue, bekommen würde. – Danke schön.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank an Karl-Josef Laumann. – Philipp Mißfelder ist der Nächste. Es bereitet sich vor: Peter Müller.

(Vereinzelt Beifall)

Philipp Mißfelder: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Philipp Mißfelder, bin 29 Jahre alt, studierter Historiker und Bundesvorsitzender der Jungen Union. Auf Vorschlag von Frau Dr. Merkel leite ich seit Januar, seit unserer Klausurtagung in Wiesbaden, zusammen mit Herrn Professor Otto Wulff, dem Vorsitzenden der Senioren-Union, die Kommission „Zusammenhalt der Generationen“. In dieser Kommission sitzen neben Norbert Blüm, Heiner Geißler und dem Geburtstagskind Heinz Riesenhuber viele Vertreter der jungen Generation. Allein aufgrund dieser Aufzählung können Sie sich vorstellen, dass die Diskussionen nicht immer ganz einfach sind. Wir befinden uns aber auf einem guten Weg für die Union der Generationen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür streiten, dass Angela Merkel im nächsten Jahr Bundeskanzlerin einer schwarz-gelben Regierung wird und die Große Koalition ein Ende findet. Deshalb bitte ich um Ihre Stimme für die Junge Union im Präsidium der CDU Deutschland. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Philipp Mißfelder. – Als Nächster spricht Peter Müller. Herr Dr. Wolfgang Schäuble bereitet sich vor.

Peter Müller: Peter Müller, Baujahr 1955, verheiratet, drei Kinder von der gleichen Frau,

(Vereinzelt Beifall)

Ministerpräsident des ältesten der neuen Bundesländer, nämlich des Saarlandes. Das möchte ich bleiben, damit Herr Lafontaine es nicht wird. Deshalb bitte ich um Ihre Stimme und Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Peter Müller. – Der Nächste ist Wolfgang Schäuble. Zuletzt kommt Frau Dr. Ursula von der Leyen.

Dr. Wolfgang Schäuble: Mein Name ist Wolfgang Schäuble. Ich bin 66 Jahre alt und vertrete den Wahlkreis Offenburg als direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Ich bin Bundesinnenminister und glaube, dass in der modernen Welt die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit fließend geworden sind. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen und wir uns durch mancherlei Erregungen in den öffentlichen Debatten nicht irremachen lassen dürfen. Ich versuche, Kurs zu halten, und würde mich über Ihre Unterstützung sehr freuen.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Wolfgang Schäuble. – Nach dem Alphabet an siebenter Stelle: Frau Ursula von der Leyen.

Dr. Ursula von der Leyen: Mein Name ist Ursula von der Leyen. Ich bin 50 Jahre alt und verheiratet. Mein Mann und ich, wir haben sieben Kinder. Ich bin ausgebildete Ärztin, jetzt Familienministerin. Ich bin seit vier Jahren im Präsidium. Ich würde mich freuen, wenn ich auch in den nächsten zwei Jahren die Themen Familie, Kinder und Zusammenhalt der Generationen im Präsidium vertreten dürfte. Ich hoffe, dass wir gestärkt in das Wahljahr 2009 gehen und auch in Zukunft Familien Hochkonjunktur haben. – Vielen Dank.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Damit ist die Vorstellung der Kandidaten abgeschlossen. Ich möchte vor Eintritt in den Wahlgang Folgendes erläutern: Die Wahl erfolgt auf dem großen blauen Stimmzettel, der alle Namen der Kandidaten für die weiteren Präsidiumsposten enthält. Diesen erhalten Sie von Ihrem zuständigen Landesgeschäftsführer. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts – das kennen Sie schon – muss mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie Kandidaten zu wählen sind, in unserem Fall sieben. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn vier, fünf, sechs oder sieben Kandidaten angekreuzt sind. Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und der Wahlgang damit gültig ist. Bei sieben zu wählenden Präsidiumsmitgliedern sind das mindestens zwei Frauen. Ich eröffne hiermit den Wahlgang und bitte, die Stimmzettel einzusammeln.

Ist noch jemand im Besitz eines Stimmzettels, den er abgeben möchte? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass alle Stimmzettel abgegeben worden sind. Ich schließe den Wahlgang und bitte um Auszählung der Stimmen.

Ich komme zurück zum Tagesordnungspunkt 16.3: Wahl des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands. Ich möchte Ihnen das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters mitteilen. Abgegebene Stimmen: 893. Ungültige Stimmen: 1. Enthaltungen: 6. Gültige Stimmen: 886. Die erforderliche Mehrheit beträgt 444 Stimmen. Für Eckart von Klaeden wurden 863 Stimmen abgegeben. Das sind 97,4 Prozent. Meinen Glückwunsch.

(Beifall)

Mit Nein stimmten: 23. Das sind 2,6 Prozent. Herr Bundesschatzmeister, das müssen diejenigen sein, die noch höhere Beiträge zahlen müssen. Meinen herzlichen Glückwunsch zur Wahl. – Ich darf jetzt Herrn von Klaeden fragen, ob er die Wahl annimmt.

Eckart von Klaeden: Ja.

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Er nimmt die Wahl an. Vielen Dank.

Ich darf jetzt noch um etwas Geduld für die Auszählung der Stimmen zur Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums bitten.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich würde Ihnen gern vorschlagen, jetzt schon mit der Vorstellung der Kandidaten für die Beisitzerwahl zu beginnen. Damit alle von draußen in den Saal hineinkommen können, beginnen wir in zwei Minuten. Ich bitte die Kandidaten, sich bereitzuhalten.

Wir beginnen mit der Vorstellung der Kandidaten für die 26 Mitglieder des Bundesvorstands. Damit rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 16,5 auf:

WAHL DER WEITEREN 26 MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES

Die Bewerbungen liegen uns vor. Die Namen der Kandidaten befinden sich in den Tagungsunterlagen. Wir wollen allen Kandidaten Gelegenheit geben, sich kurz vorzustellen. Da wir eine Vielzahl von Kandidaten haben, darf ich vorschlagen, dass die Redezeit auf zwei Minuten begrenzt wird. Ich denke, dass alle damit einverstanden sind und bitte die jeweils zwei aufeinander folgenden Kandidaten, sich schon in der Nähe des Rednerpultes aufzuhalten, sodass wir zügig vorankommen. – Als Ersten rufe ich Christian Baldauf auf.

Christian Baldauf: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Da sich nach mir noch 28 Kandidaten vorstellen werden, werde ich es sehr kurz machen. Mein Name ist Christian Baldauf, ich bin 41 Jahre alt. Ich bin glücklich verheiratet und habe zwei Kinder. Seit zwei Jahren bin ich Landes- und Fraktionsvorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU, einer Oppositionspartei, die langsam wieder aus dem Tal der Tränen kommt. Damit das richtig gelingt und ich in den nächsten zwei Jahren auch im Bundesvorstand teilnehmen kann, bitte ich um Ihre Stimme. – Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt folgt Volker Bouffier.

Volker Bouffier: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Volker Bouffier. Ich bin 56 Jahre alt, verheiratet und habe drei Kinder. Ich bin stellvertretender Landesvorsitzender der hessischen CDU und hessischer Minister des Innern und für Sport. Ich möchte im Bundesvorstand gern mitarbeiten, um die praktischen Erfahrungen aus der Innenpolitik mit einzubringen. Weiterhin möchte ich den Schwung dieses Parteitages mitnehmen, damit bei uns in Hessen am 18. Januar nächsten Jahres die Ypsilanti-SPD deutlich einen auf das Dach bekommt und die hessische CDU einen überzeugenden Wahlsieg erzielt. Letzteres ist, wie ich glaube, die beste Grundlage für die Bundestagswahl, die dann folgt. Ich bitte um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nun hat Elmar Brok das Wort. Bitte!

Elmar Brok: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Elmar Brok. Ich bin verheiratet, habe drei Kinder und seit acht Wochen ein Enkelkind. Ich kandidiere aus zwei Gründen. Ich möchte die Verbindung zur regionalen Ebene und zur eu-

ropäischen Ebene herstellen. Als CDU-Bezirksvorsitzender möchte ich für einen Wahlsieg bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr kämpfen, gleichzeitig aber für ein Europa, das international den Ordnungsrahmen setzt, von dem Angela Merkel heute gesprochen hat, um Soziale Marktwirtschaft weltweit und europäisch durchzusetzen. Gleichzeitig möchte ich aber für ein Europa kämpfen, das sich auf das Wesentliche konzentriert, das nicht alles im Bereich der Gesetzgebung tut, nicht zu viel an Erweiterung macht, sondern sich auf das konzentriert, was der Bürger von Europa erwartet. Ich glaube, das ist in den nächsten Jahren wichtig. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nun hat Emine Demirbükten-Wegner das Wort. Bitte!

Emine Demirbükten-Wegner: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Emine Demirbükten-Wegner, Baujahr 1961, verheiratet, Mutter zweier Töchter im Alter von zwei und vier Jahren. Ich komme aus Berlin, bin dort Mitglied im Abgeordnetenhaus und im Fraktionsvorstand die jugend- und familienpolitische Sprecherin. Mein Name verrät meinen Hintergrund. Ich bin in der Türkei geboren und als typisches Gastarbeiterkind in Berlin aufgewachsen. Sie, die Delegierten des Bundesparteitages, haben mich vor nunmehr vier Jahren in den Bundesvorstand gewählt. Wenn die Grünen aktuell die Wahl ihres neuen Ko-Bundesvorsitzenden Özdemir als richtungweisendes Jahrhundertwerk von Integration feiern, dann kann ich nur sagen: Jungs und Mädels von den Grünen, ihr wart zu spät dran!

(Beifall)

Meine Partei, die CDU Deutschlands, war, wie in vielen Politikfeldern, schneller. Ich bin stolz, in dieser Partei mitwirken zu dürfen, und ich bitte dafür heute erneut um Ihre Unterstützung. – Danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Nun rufe ich Regina van Dinther auf.

Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich bin Regina van Dinther. Ich bin in diesem Jahr 50 Jahre alt geworden, bin verheiratet und habe zwei Kinder. Die ersten zehn Jahre meines Berufslebens habe ich als Diplom-Ingenieurin gearbeitet. Seit 1990 gehöre ich dem Landtag Nordrhein-Westfalen an. Seit 2005 bin ich Präsidentin des Landtages in Nordrhein-Westfalen. Ich arbeite hauptsächlich in zwei Ämtern für die CDU. Seit neun Jahren stehe ich als Vorsitzende der Frauen Union Nordrhein-Westfalen in der Verantwortung. Seit 18 Jahren bin ich stellvertre-

tende Bezirksvorsitzende der CDU Ruhr. Es geht darum, dass wir in den nächsten zwei Jahren dafür sorgen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für die CDU Farbe bekennen, damit wir regieren können, damit wir unsere Politik auch in schwieriger Zeit gestalten können. Dafür müssen wir aber erst einmal selber Begeisterung für die CDU und ihre Ziele entwickeln. Ich bin bereit, mit aller Begeisterung jeden Tag für die CDU zu arbeiten, am liebsten natürlich mit dem Rückenwind einer Mitgliedschaft im CDU-Bundesvorstand. Ich bitte um Ihre Stimme. – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt hat Axel Fischer das Wort. Bitte!

Axel Fischer: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin gelernter Elektriker, also Handwerker. Meine Ausbildung war mir immer sehr wichtig. Heute bin ich Diplom-Ingenieur im Fachbereich Maschinenbau und seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir unseren Wohlstand in Deutschland halten wollen, müssen wir ein Industriestandort bleiben. Wir brauchen eine positive Einstellung zur Technik und müssen unsere Chancen weiter nutzen. Wir müssen zu Technik und Fortschritt Ja sagen. Nicht nur deshalb arbeite ich in den Bereichen Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft und Technologie.

Wir müssen ein Weiteres tun. Wir müssen uns zur Leistung bekennen. Wir brauchen eine positive Einstellung zur Leistung in unserem Land. Die Mittelschicht und der Mittelstand sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Das dürfen wir als Union nie vergessen. Nicht nur deshalb müssen wir sie nach Kräften unterstützen. Ich will, dass Technik Innovationen treibt und neue Arbeitsplätze schafft. Technik ist die Grundlage vieler Arbeitsplätze hier in unserer Heimat. Dafür will ich meinen Beitrag leisten, auch im CDU-Bundesvorstand. Sagen Sie heute Ja zu Axel Fischer. Ich bitte Sie um Ihre Stimme.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt bitte ich Michael Fuchs, sich vorzustellen.

Dr. Michael Fuchs: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin Michael Fuchs, 59 Jahre alt, habe zwei erwachsene Töchter und komme aus dem Retentionsraum für gescheiterte SPD-Vorsitzende, aus Rheinland-Pfalz. Ich möchte mit meinem Freund Christian Baldauf daran arbeiten, dass sich das spätestens 2011 ändert, denn wir brauchen keinen Sozialismus in Rheinland-Pfalz. Wir brauchen ihn auch nicht in Berlin. Ich bin seit 2002 im Deutschen Bundestag, seit

2005 Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand und seit 2006 im Bundesvorstand. Letzteres möchte ich gerne bleiben. Mein Motto ist: Freiheit statt Sozialismus. Lassen Sie uns gemeinsam für Angela Merkel und dafür, dass es in Deutschland nie Sozialismus gibt, kämpfen.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt bitte ich Tanja Gönner, sich vorzustellen.

Tanja Gönner: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Tanja Gönner. Ich bin 39 Jahre alt und, wie Sie an meiner sprachlichen Einfärbung erkennen können, Mitglied des gastgebenden Landesverbandes. Ich bin seit knapp vier Jahren Umweltministerin dieses Landes. Umweltpolitik – im Übrigen in ihrer ganzen Breite – und damit die Bewahrung der Schöpfung war immer das ureigenste Thema unserer Partei in enger Verbundenheit mit dem C in unserem Namen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade hier in Baden-Württemberg, einem wirtschaftsstarken Land, zeigen wir mit unserer Politik, dass Wirtschaft und Umwelt keine Gegensätze und damit auch nicht Verhinderer von etwas sind. Wir zeigen ganz im Gegenteil, dass diejenigen, die sich für die Zukunft der Märkte aufstellen, die Chancen gerade im starken Miteinander dieser beiden Bereiche sehen. Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Umwelttechnologie in der gesamten Breite sind die Wirtschaftsbereiche, die uns auch in Zukunft zum Exportland Nummer eins machen können.

Ich bin seit 2000 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und seit 2001 Kreisvorsitzende der CDU in Sigmaringen, einem Kreisverband im Süden dieses Landes. In dieser Zeit und auch davor habe ich immer mit Überzeugung und Leidenschaft für diese Christlich Demokratische Union gearbeitet und gekämpft. Dies würde ich gerne im Superwahljahr 2009 weiter fortsetzen. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und Ihre Stimme. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt bitte ich Regina Görner.

Dr. Regina Görner: Guten Tag, meine Damen und Herren. Regina Görner aus Saarlouis, 58 Jahre alt. Von Haus aus bin ich Historikerin und habe in unterschiedlichen Feldern beruflich gearbeitet: in der Wissenschaft, Politikberatung und in den Gewerkschaften. Ich war auch einige Jahre Ministerin im Saarland. Aktuell bin ich in der IG Metall geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Ich bin seit vielen Jahren im CDA-Bundesvorstand und stehe für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Union.

Ich bin 1968 in diese Partei eingetreten, weil mich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft fasziniert hat. Das war in Zeiten der Studentenbewegung nicht sonderlich populär. Es war im Übri-

gen auch in den Gewerkschaften, in denen ich lange gearbeitet habe, nicht sonderlich populär. Da hat sich inzwischen – ich hoffe, auch dank meiner Mitarbeit – vieles zum Positiven entwickelt, national wie auch international. Es war leider auch in meiner eigenen Partei nicht immer so ganz populär. Insofern bin ich heute sehr froh, dass das Thema internationale Soziale Marktwirtschaft dank Angela Merkel auf der Agenda der Weltpolitik steht. Dafür habe ich mich seit langem sehr eingesetzt, und ich würde auch gerne weiter daran arbeiten. – Ich danke, falls ich das Vertrauen bekomme.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Danke. – Jetzt bitte Dr. Reiner Haseloff.

Dr. Reiner Haseloff: Frau Präsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde! Mein Name ist Reiner Haseloff. Ich bin 54 Jahre alt, seit 32 Jahren verheiratet und habe zwei Söhne und drei Enkel-söhne. Ich bin von Beruf Physiker und arbeite als Minister für Wirtschaft und Arbeit im Lande Sachsen-Anhalt. Ich bin dort auch stellvertretender Landesvorsitzender und durfte in letzter Zeit auf Votum des Bundesvorstandes mit Frau Schipanski in der Kommission Deutsche Einheit mitwirken.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben in Sachsen-Anhalt im Jahr 2002 ein sinkendes Schiff übernommen. Acht Jahre lang tolerierte Minderheitsregierung der SPD haben eine Blutspur hinterlassen, die ich allen Bundesländern, die jetzt vor Wahlen stehen, ersparen möchte. Wir haben 2002 die Verantwortung bekommen und seit dieser Zeit mit Wolfgang Böhmer an der Spitze dieses Land umgesteuert. In diesem Jahr haben wir das zweithöchste Wirtschaftswachstum in Deutschland, und in den sieben Jahren konnten wir auch die Arbeitslosigkeit halbieren. Das ist ein Zeichen dafür, dass die CDU einfach in die Verantwortung gehört und dass von der Mitte aus am besten Politik zu machen ist.

Ich wünsche allen, die jetzt vor Wahlen stehen, viel Erfolg. Auch wir stehen 2011 wieder in der Verantwortung, diese jetzige Regierung aufrechtzuerhalten und CDU-Politik fortsetzen zu können. Deswegen möchte ich im Bundesvorstand mitarbeiten, um dort Akzente zu setzen und mit Ihrem Votum auch Politik auf Bundesebene mitgestalten zu können. – Herzlichen Dank. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen. – Ursula Heinen, bitte.

Ursula Heinen: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Ursula Heinen. Ich bin Diplom-Volkswirtin und Mutter einer kleinen Tochter. Ich bin Mitglied des Deutschen Bundestages, stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

und in dem Ministerium zuständig für den Bereich Verbraucherpolitik. Das betrifft Themen wie die Frage, wie sicher unsere Lebensmittel sind, die wir auf den Tisch bekommen, aber auch die Frage der Kinderernährung. Sie wissen vielleicht, dass in manchen Regionen – vor allem in großstädtischen Bezirken – fast 70 Prozent der Kinder ohne Frühstück in die Schule gehen. Wir kümmern uns darum. Wir haben ein Modellprojekt aufgelegt, mit dem wir 100 000 Grundschüler erreichen. Wir wollen noch eine ganze Menge mehr machen.

Verbraucherschutz heißt aber auch wirtschaftlicher Verbraucherschutz. Gerade jetzt bei der Frage der Folgen der Finanzmarktkrise geht es darum, den Schutz für unsere Sparer zu verbessern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben mich vor zwei Jahren in den Bundesvorstand der CDU gewählt. Ich bitte Sie ganz herzlich auch heute um Ihre Stimme und um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Bevor ich jetzt Peter Jakoby ans Mikrofon bitte, noch ein Hinweis für die Landesgeschäftsführer: Soweit Sie noch nicht die grauen Wahlzettel geholt haben, sollten Sie das jetzt bitte tun. – Jetzt hat Peter Jakoby das Wort.

Peter Jacoby: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich bin 56 Jahre alt, gehöre dem Landesverband Saarland an und bin dort im Saarland seit neun Jahren Finanzminister. Ich will daran erinnern, dass es im Vorfeld dieses Parteitages hieß, die CDU sei gespalten, unentschlossen und nicht auf der Höhe der Zeit. Ich denke, dieser Parteitag belegt exakt das Gegenteil.

Wir reagieren und setzen Zeichen. Wir reagieren angemessen und verantwortungsvoll auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Ich will sagen: Wenn man hört, die Krise kann auch eine Chance sein, dann gilt das für unser Land, aber auch für die CDU.

Deshalb abschließend: Eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit und das christliche Menschenbild – wenn wir das zusammenhalten, dann bleibt die politische Meinungsführerschaft bei uns. Um daran mitzuarbeiten, bin ich gerne auch in der Zukunft mit von der Partie im Bundesvorstand und bitte sehr herzlich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt hat Dr. Franz Josef Jung das Wort.

Dr. Franz Josef Jung: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Franz Josef Jung, 59 Jahre alt, davon 36 Jahre glücklich verheiratet, drei Kinder, ein Enkelkind, Bundesminister der Verteidigung. Liebe Freunde, Sicherheit ist die Kernkompetenz der Union. Ich finde, unsere Soldatinnen und Soldaten leisten einen hervorragenden Beitrag, sei es im riskanten Auslandseinsatz, sei es zum

Schutz Deutschlands, zur Sicherheit unseres Landes. Ich denke, dafür sollten wir ihnen dankbar sein und sie in dieser schweren Aufgabe unterstützen.

(Beifall)

Meine Freunde, diese Sicherheitskompetenz möchte ich auch gerne weiterhin im Bundesvorstand gewährleisten. Deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. – Besten Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt bitte ich Armin Laschet ans Mikrofon.

Armin Laschet: Mein Name ist Armin Laschet. Ich bin 47 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern und seit 2005 Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen. Heute ist in vielen Reden betont worden, welche Bedeutung der Zusammenhalt der Gesellschaft hat. Was mich dabei immer ärgert, ist: Wenn wir als CDU in gesellschaftspolitischen Fragen etwas Neues bewegt haben, dann sagt die SPD: Das ist bei uns geklaut, das sind ja unsere Ideen.

Dazu kann ich Ihnen aus Nordrhein-Westfalen Folgendes zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf berichten: Als wir 2005 nach 39 Jahren die Regierung übernommen haben, waren wir bei den Betreuungsplätzen für unter Dreijährige sechzehnter von 16. Das war sozialdemokratische Politik.

Der letzte sozialdemokratische Bundeskanzler hat Familienpolitik „Gedöns“ genannt. Erst diese Bundesregierung hat das Thema wieder in den Mittelpunkt der Politik gestellt. Ich finde, so etwas müssen wir offensiv sagen.

Das Gleiche gilt bei der Integrationspolitik. Wir machen eine realistische Integrationspolitik. Jedes Kind – darauf haben sich alle Länder verständigt – wird mit vier Jahren auf seine Sprachkompetenz getestet, damit es Deutsch spricht, wenn es in die Schule kommt. Hätte man das vor zehn Jahren gemacht, dann wären heute die 16-Jährigen nicht so perspektivlos, wie sie es zum Teil sind.

(Beifall)

Deshalb ist sozialdemokratische Politik Gerede. Ich finde, wir können bei den Themen gut mithalten. Das will ich in den Bundesvorstand einbringen. Wir machen so etwas aus einer Werteüberzeugung heraus. Wir machen es auch aus wirtschaftlicher Vernunft, weil wir im demografischen Wandel das Potenzial jedes Einzelnen brauchen, von Männern und Frauen, von Zugewanderten und Einheimischen und von Jungen und Alten. Dafür steht die CDU. Das würde ich gerne im Bundesvorstand noch kräftiger auch gegenüber dem verehrten Koalitionspartner, der SPD, zum Ausdruck bringen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Jetzt rufe ich Maria Michalk auf.

Maria Michalk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Maria Michalk, verheiratet, drei Kinder und drei Enkelkinder. Ich habe seit dem Jahr 2002 das Direktmandat im Wahlkreis Bautzen-Weißwasser. Ich will in Erinnerung rufen, dass es bei mir im Wahlkreis einen kleinen Ort mit Namen Rammenau gibt. Dort ist der Philosoph Johann Fichte geboren. Was er vor mehr als 200 Jahren gesagt hat, ist für mich eine gute Beschreibung der heutigen Situation und der Verpflichtung, die wir heute haben:

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben,
 an deines Volkes Aufersteh'n;
 laß diesen Glauben dir nicht rauben,
 trotz allem, was gescheh'n.
 Und handeln sollst du, so als hinge
 von dir und deinem Tun allein
 das Schicksal ab der deutschen Dinge
 und die Verantwortung wär dein.

Weil ich mich gern in die Verantwortung nehmen lasse, stehe ich heute wieder vor Ihnen und bitte um Ihr Vertrauen. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Maria Michalk. – Liebe Delegierte, ich unterbreche jetzt kurz die Vorstellungsrunde und komme zurück auf den TOP 16.4, Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums, und möchte gern die Ergebnisse bekannt geben: Abgegebene Stimmen 943, ungültige Stimmen 0, Enthaltungen 0, damit gültige Stimmen ebenfalls 943. Die erforderliche Mehrheit beträgt 472 Stimmen. Es wurden – in alphabetischer Reihenfolge – abgegeben für:

Dieter Althaus 805 Stimmen; das sind 85,37 Prozent.

(Beifall)

Professor Dr. Maria Böhmer 620 Stimmen; das sind 65,75 Prozent.

(Beifall)

Karl-Josef Laumann 733 Stimmen; das entspricht 77,73 Prozent.

(Beifall)

Philipp Mißfelder 627 Stimmen; das entspricht 66,49 Prozent.

(Beifall)

Peter Müller 785 Stimmen; das entspricht 83,24 Prozent.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble 805 Stimmen; das sind 85,37 Prozent.

(Beifall)

Dr. Ursula von der Leyen 778 Stimmen; das sind 82,5 Prozent.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt sechs weitere Mitglieder des Präsidiums, darunter zwei Frauen, gewählt. Damit ist das Frauenquorum erreicht, und der Wahlgang ist somit gültig. Ich gratuliere allen Gewählten ganz herzlich und frage, ob sie die Wahl annehmen.

Dieter Althaus?

(Dieter Althaus: Ja!)

Dr. Wolfgang Schäuble?

(Dr. Wolfgang Schäuble: Ja!)

Peter Müller?

(Peter Müller: Ja!)

Dr. Ursula von der Leyen?

(Dr. Ursula von der Leyen: Ja!)

Karl-Josef Laumann?

(Karl-Josef Laumann: Ja!)

Philipp Mißfelder?

(Philipp Mißfelder: Ja!)

Professor Dr. Maria Böhmer?

(Prof. Dr. Maria Böhmer: Ja!)

Herzlichen Glückwunsch und Ihnen allen eine erfolgreiche Arbeit.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zurück zum TOP 16.5, zur Vorstellungsrunde für die 26 Mitglieder des Bundesvorstandes. Ich darf Dr. Joachim Pfeiffer bitten und im Anschluss Dr. Friedbert Pflüger.

Dr. Joachim Pfeiffer: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Als früherer Wirtschaftsförderer der Stadt Stuttgart und Fraktionsvorsitzender der CDU im Regionalparlament habe ich mitgeholfen, dass diese Messe gegen alle Widerstände so gebaut und realisiert werden konnte und dass wir heute, wie in den Zeitungen stand, den modernsten Parteitag in der Geschichte der CDU Deutschlands ausrichten können.

(Beifall)

Damit haben nicht nur die Menschen meiner Generation, sondern auch die meiner drei Söhne hier in der Region Stuttgart eine optimale Infrastruktur für ihre Zukunft.

Heute stehe ich als Bundestagsabgeordneter vor Ihnen und bitte Sie darum, Ihr Kreuz bei „Joachim Pfeiffer“ mit drei „F“ zu machen. Wählen Sie mich, weil ich als Koordinator für Energiefragen unserer Bundestagsfraktion dafür stehe, dass wir Energiepolitik nicht ideologisch und emotional, sondern logisch und rational betreiben. Wenn wir die uns selbst gesetzten Klimaziele und gleichzeitig eine dauerhafte sichere und bezahlbare Energieversorgung erreichen wollen, müssen wir an einem ausgewogenen Energiemix festhalten. Das heißt, erneuerbare Energien massiv ausbauen, Kernenergie beibehalten und der Kohle ihren Platz geben. Für mich sind erneuerbare Energien und Kernenergie kein Widerspruch, sondern notwendige Ergänzungen. Sie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage der Energieversorgung wird nicht nur im Bundestagswahlkampf, sondern auch in Zukunft von zunehmender politischer Bedeutung sein. Mein Gegenspieler im Wahlkreis ist der selbsternannte und selbstverliebte Energieguru der SPD, Hermann Scheer. Wer dies ist, haben die hessischen Freunde im letzten Jahr erfahren. In Hessen konnten wir ihn als Chefideologen von Frau Ypsilanti und als Wirtschaftsminister verhindern. Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass solche Ideologen keine Chance zur Übernahme von Regierungsverantwortung in Deutschland haben – weder in meinem Wahlkreis noch in Hessen oder in Deutschland! Dazu benötige ich Ihre Unterstützung und Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich bitte jetzt Dr. Friedbert Pflüger nach vorne.

(Beifall)

Dr. Friedbert Pflüger: Ich bin Friedbert Pflüger, 53 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Liebe Parteifreunde, ich habe vor einigen Wochen in Berlin ein Amt verloren. Aber ich habe meine Freude an Politik und an unserer CDU mir bewahrt und erhalten.

(Beifall)

Präsidium und Bundesvorstand haben mich im Oktober zum Vorsitzenden der Kommission „Große Städte“ gewählt. Diese Kommission ist heute schon ein paar Mal erwähnt worden. Sie soll dazu beitragen, uns in den großen Städten weiter zu stärken, ein neues urbanes Bürgertum anzusprechen und für neue Entwicklungen und Ideen offen zu sein.

Aber das darf nie erfolgen im Sinne einer Beliebigkeit, sondern es ist ganz wichtig, dass wir gerade bei dieser Öffnung zu unseren eigenen Werten und Überzeugungen stehen. Deshalb haben wir in Berlin eine Kampagne gestartet gegen das Vorhaben von Rot-Rot, den Religionsunterricht abzuschaffen. Wir haben im Sommer ein Aktionsbündnis geschmiedet mit den Kirchen, mit der jüdischen Gemeinde, mit muslimischen Verbänden, mit der Diakonie, mit der FDP und mit vielen anderen, damit Religion wieder ein Wahlpflichtfach wird. Rot-Rot darf nicht darüber entscheiden, ob man Religion in der Schule haben darf oder nicht. Das müssen die Eltern und die Schüler tun können.

(Beifall)

Ich möchte meine Erfahrungen im Kampf mit Rot-Rot in alter Kampfesfreude im Bundesvorstand einbringen und bitte Sie um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger. – Jetzt bitte Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl und im Anschluss Katherina Reiche.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Vielen Dank, Frau Tagungspräsidentin. – Mein Name ist Godelieve Quisthoudt-Rowohl. Liebe Parteifreunde, mein Name und mein Akzent verraten es: Ich bin geborene Belgierin und eingebürgerte Deutsche. Heute ist mein Hochzeitstag.

(Beifall)

Seit 35 Jahren bin ich verheiratet und aus Liebe in Niedersachsen hängen geblieben. Wir sind Eltern von vier erwachsenen Kindern, und seit der letzten Wahl ist eine Enkelin dazugekommen.

Als Europaabgeordnete bin ich stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Außenhandel. Wir leben in einem Land, in dem 45 Prozent unserer Wirtschaft vom Export abhängig sind – Grund genug, dieses Gebiet richtig zu beackern. Auch bin ich Vorsitzende in meinem Stadt-

verband. Ich habe das Ohr an der Basis und spreche regelmäßig mit den Bürgern. Ich möchte gern diese beiden Erfahrungen weiterhin im Bundesvorstand für Sie, für die CDU einbringen. Vielen Dank für Ihr Vertrauen!

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich bitte Katherina Reiche.

Katherina Reiche: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Delegierte! Katherina Reiche, 35 Jahre, verheiratet. Mein Mann und ich haben zwei Töchter und einen kleinen Prinzen. Ich bin von Beruf Diplomchemikerin und bin Kreisvorsitzende der CDU in Potsdam.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mich zu ihrer stellvertretenden Vorsitzenden für die Bereiche Bildung, Forschung sowie Umwelt gewählt, Zukunftsbereiche, wie ich finde. In einer globalisierten Welt wird es immer wichtiger, mit einer fundierten Schulbildung, einer fundierten Ausbildung, einem guten Studium zu bestehen, um dem lebenslangen Lernen tatsächlich treu bleiben zu können. Die CDU steht für Leistungsbereitschaft, für individuelle Förderung, für Transparenz. Wir stehen aber auch für Forschung und Innovation als Grundlagen für unseren Wohlstand.

Es gibt noch eine Grundlage für Wohlstand. Das sind eine intakte Umwelt und eine bezahlbare, sichere und saubere Energieversorgung. Um diese Themen weiterhin im Bundesvorstand vertreten zu können, für Potsdam, für Brandenburg, für unsere Partei, bitte ich um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich bitte nun Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski, im Anschluss daran Ingrid Sehrbrock.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Dagmar Schipanski, Jahrgang 1943. Ich bin verheiratet und habe drei erwachsene Kinder.

Derzeit bin ich Mitglied des Thüringer Landtages und dessen Präsidentin. Von Haus aus bin ich Professorin für Festkörperelektronik, habe also ein anderes Spektrum in die Politik mit eingebracht.

Wenn ich von Ihnen wieder in den Bundesvorstand gewählt werden würde, möchte ich mich im nächsten Jahr dafür einsetzen, dass die Einheit Deutschlands vollendet wird, dass wir die innere Einheit Deutschlands befördern. Wenn ich in Umfragen höre, dass 18-Jährige nicht mehr den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie kennen, dann sage ich: Wir als CDU haben in den letzten Jahren bei der Aufarbeitung unserer geteilten deutschen Geschichte etwas ver-

säumt. Genau dort möchte ich ansetzen: dass wir unsere Erfahrungen, unseren Lebenshintergrund in die aktuellen Diskussionen einbringen.

Liebe Parteifreunde, besonders wichtig ist das, wie ich glaube, vor dem Hintergrund, dass wir jetzt eine Krise in der Sozialen Marktwirtschaft haben und wir an allen Ecken und Enden die sehr lauten Stimmen der Linken hören, jetzt sei die Stunde der sozialistischen Planwirtschaft. Wohin uns die sozialistische Planwirtschaft geführt hat, das kann aber niemand besser bezeugen als die, die in der DDR gelebt haben, und deshalb möchten wir unsere Stimme erheben. Wir brauchen die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft, wir wollen die Soziale Marktwirtschaft weiter ausbauen, wir wollen in den nächsten Jahren den Ordnungsrahmen auf die Welt ausdehnen. Wir wollen darauf hinweisen und immer wieder hervorheben, dass die sozialistische Planwirtschaft keine Alternative ist. Dafür möchte ich mich in den nächsten Jahren im Bundesvorstand einsetzen und bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Jetzt Ingrid Sehrbrock bitte, anschließend Jürgen Seidel.

Ingrid Sehrbrock: Liebe Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Ingrid Sehrbrock. Ich bin 60 Jahre alt, verheiratet, habe zwei inzwischen erwachsene angeheiratete Kinder und komme aus dem Landesverband Hessen.

Mein Geld verdiene ich beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Ich habe vor zwei Jahren in einer Kampfkandidatur gegen eine Sozialdemokratin die Stellvertretung beim Deutschen Gewerkschaftsbund gewonnen, also durch eine Wahl, und Sie können sich vorstellen, dass das eine ganz spannende Aufgabe ist.

(Beifall)

Im Übrigen bin ich auch sehr froh, dass damit eine alte Tradition im Deutschen Gewerkschaftsbund wieder aufgegriffen worden ist, nämlich dass eine Stellvertreterposition – früher waren es zwei – von einem christdemokratischen Mitglied besetzt wird.

Das, was dort gefordert ist, ist natürlich spannend und fachlich herausfordernd. Es ist vor allen Dingen Interessenvertretung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber ich verstehe es natürlich auch als eine Brückenfunktion zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Parteien, zwischen der CDU und den Gewerkschaften. Da ist noch manches verbesserungsfähig, aber es ist in den letzten Jahren schon sehr viel besser geworden, und daran möchte ich im Bundesvorstand der CDU gern weiterarbeiten, wenn Sie mir Ihre Stimme geben. Ich bin vor zwei Jahren zum ersten Mal in den Bundesvorstand gewählt worden und würde gerne an dieser Aufgabe weiterarbeiten.

Ich unterstütze ausdrücklich das, was die Kanzlerin schon im letzten Jahr als Präsidentin der G 8 begonnen hat, damals noch mit nicht so viel Unterstützung wie jetzt. Sie hat ja noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass wir internationale Regeln brauchen, dass wir die Soziale Marktwirtschaft auch international verbreiten wollen. Gerade auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das, so denke ich, wichtig. An diesem Projekt möchte ich gerne mitarbeiten, und dafür brauche ich die Unterstützung gerade auch meiner Partei, denn in den Gewerkschaften ist es, wie Sie alle sich denken können, nicht so selbstverständlich, dass Christdemokraten in entsprechender Funktion sind. Man braucht die Unterstützung der eigenen Partei, und deshalb bitte ich um Ihre Stimme. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Ich bitte jetzt Herrn Jürgen Seidel, im Anschluss daran Erika Steinbach.

Jürgen Seidel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Jürgen Seidel, gerade jetzt 60 Jahre alt geworden, verheiratet, vier Kinder. Ich komme aus Mecklenburg-Vorpommern und bin dort auch geboren. Ich bin stolz darauf, in diesem Land auch politische Verantwortung tragen zu dürfen. Vor zwei Jahren konnten wir in Mecklenburg-Vorpommern Rot-Rot ablösen. Wir sind dort in großer Koalition. Ich selbst leite mit großer Freude das Wirtschaftsministerium, wenn auch gerade in der momentanen Entwicklung mit hoher Problematik.

Ich möchte gern im Bundesvorstand weiterarbeiten, denn wir sind zwar stolz auf die Ergebnisse, die wir erreicht haben, aber wir brauchen die enge Verbindung auch zum Bund, wir brauchen auch Unterstützung, gerade gegenwärtig, wenn ich an die maritime Wirtschaft denke. Der Schiffbau hat große Sorgen. Dort brauchen wir Hilfe, und wir brauchen vor allen Dingen ein funktionierendes Finanzsystem. Insofern zu dem, was heute gesagt wurde: Es ist, glaube ich, besonders wichtig, dass die Banken ihre Funktion jetzt erfüllen, dass der Rettungsschirm, der aufgespannt worden ist, auch wirklich dazu dient, dass das Finanzsystem wieder funktioniert und der Mittelstand jetzt nicht alleingelassen wird. Dies ist besonders wichtig!

Meine Damen und Herren, ich werbe um Ihre Stimme und bitte um Ihr Votum. Im Namen meines Ministeriums, in dem auch das Wort „Tourismus“ steht, sage ich Ihnen: Egal, ob Sie mich wählen oder nicht, ich lade Sie herzlich ein, mit mir um den größten Binnensee Deutschlands Fahrrad zu fahren. Wir freuen uns auf Sie in Mecklenburg-Vorpommern! – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich darf jetzt Erika Steinbach und anschließend Arnold Vaatz bitten.

Erika Steinbach: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Delegierte! Ich bin Erika Steinbach, Jahrgang 1943, verheiratet. Von Beruf war ich sowohl Geigerin als auch Diplomverwaltungswirtin und Informatikerin, ich habe unter anderem die hessischen Bibliotheken automatisiert.

13 Jahre lang habe ich Kommunalpolitik in Frankfurt am Main gemacht. Seit 1990 gehöre ich dem Deutschen Bundestag an, ich habe den Wahlkreis direkt gewonnen.

Ich bin seit dem Jahr 2000 Mitglied des Bundesvorstands und würde für Sie dort auch gerne weiter mitwirken. Im vorpolitischen Raum bin ich seit zehn Jahren Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Ich habe mich bei zahllosen Kreisverbänden und bei den Landesverbänden der CDU sowie bei der Bundeskanzlerin sehr für die Unterstützung in diesen Fragen zu bedanken. – Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Arnold Vaatz, bitte.

Arnold Vaatz: Liebe Freunde! Mein Name ist Arnold Vaatz. Ich bin 53 Jahre alt und vertrete den Wahlkreis Dresden im Deutschen Bundestag, den ich das letzte Mal direkt gewonnen habe.

Ich bin stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion und dort zuständig für die Gebiete Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem bin ich gewählter Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten. Das ist mein zentrales Anliegen in nächster Zeit, und zwar nicht nur weil wir in Ostdeutschland darum kämpfen, weiter politisch gestalten zu können, sondern auch, weil wir wollen, dass die Geschichte von interessierten Kreisen in Ostdeutschland nicht umgeschrieben wird, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es gilt daher, zwei Dinge zu erreichen: Erstens, dass die SED aus ihrer Verantwortung für den in Ostdeutschland angerichteten Schaden nicht entlassen wird,

(Beifall)

und zweitens, dafür zu sorgen, dass die CDU für Dinge, die sie in Ostdeutschland nicht verursacht hat, auch nicht in Haftung genommen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist ähnlich wie bei der Beurteilung der Rolle einer Person während eines Banküberfalls. Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob diese Person eine Pistole in der Hand oder im Genick hatte. Das genau ist der Unterschied zwischen CDU und SED in Ostdeutschland gewesen.

(Beifall)

Lasst uns die Geschichte wieder gerade rücken! Wenn sich die Sozialdemokraten mit der Vergangenheit befassen wollen, dann sollen sie sich damit befassen, wie sie in den 70er- und 80er-Jahren ohne Not – ohne Pistole im Rücken – vor der SED auf dem Bauch gekrochen sind. Das ist unsere Botschaft. – Vielen Dank. Bitte wählen Sie mich.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Arnold Vaatz. – Ich bitte jetzt Frau Angelika Volquartz und im Anschluss daran Herrn Gerald Weiß.

Angelika Volquartz: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierte! 2003 bin ich Oberbürgermeisterin von Kiel geworden und habe nach 57 Jahren die sozialdemokratische Vorherrschaft beendet.

(Beifall)

Am 15. März 2009 stehe ich erneut vor der Wahl zur Oberbürgermeisterin. Ich möchte den Fortschritt, den wir für unsere liebens- und lebenswerte Stadt Kiel erreicht haben, fortsetzen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. Wenn Sie sie mir geben, dann klappt das. – Danke schön.

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angelika Volquartz. – Ich bitte jetzt Gerald Weiß und im Anschluss Professor Dr. Otto Wulff.

Gerald Weiß: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Gerald Weiß. Ich bin 63 Jahre alt, 40 Jahre verheiratet, habe zwei erwachsene Kinder und seit zwei Jahren einen Enkelsohn.

Ich bin seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, dort seit mehreren Jahren Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und erster stellvertretender Bundvorsitzender der CDA. Ich glaube, damit ist der Arbeitsschwerpunkt schon deutlich gemacht. Ich setze mich mit meinen bescheidenen Kräften dafür ein, dass möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Vertrauen zur Union, zur Volkspartei CDU, gewinnen und mit uns unter dem Leitstern „Sozialpartnerschaft statt Klassenkampf – Soziale Marktwirtschaft statt Sozialismus“ daran arbeiten, mehr Anteil an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu haben. Deshalb habe ich mich insbesondere für Initiativen auf dem Gebiet der Mitarbeiterkapitalbeteiligung eingesetzt.

Ich gehöre dem Bundesvorstand bereits an. Ich wäre dankbar, wenn Sie dieses Mandat verlängerten, und bitte Sie um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich darf jetzt Professor Dr. Otto Wulff bitten.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Otto Wulff: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Otto Wulff, bin Jahrgang 1933 und im nächsten Monat 56 Jahre Mitglied unserer stolzen Christlich Demokratischen Union.

Meine Freundinnen und Freunde, ich stehe hier als Vertreter der älteren Generation, der im Vorstand der CDU, der Partei der Generationen, deutlich machen soll und will, dass wir die Älteren draußen im Lande nicht ins Abseits stellen, nicht übrigglassen, sondern dass wir sie einbinden wollen. Sie sollen mit ihrer Berufs- und Lebenserfahrung für unsere Union streiten und – wie bisher – die Mehrheiten für die Mehrheit der Union stellen – und das werden wir tun.

(Beifall)

Wenn ich die letzten Wahlen Revue passieren lasse, dann denke ich schon, dass unsere großartige CDU sehr davon profitiert hat, dass die Senioren Union Erfolg hatte. Sie hatte Erfolg, weil sie gemeinsam mit den Jüngeren in dieser Partei deutlich macht, dass das Band zwischen den Generationen in unserer Partei die beste Garantie für die Zukunft unserer Gesellschaft ist.

(Beifall)

Ich sage das vor einem besonderen Hintergrund: Mir machen Wahlkämpfe Freude, große Freude, weil ich die Gelegenheit habe, mit Menschen unmittelbar zu diskutieren, sie unmittelbar einzubinden in unsere Politik, uns zu wählen. Es gibt nichts Angenehmeres, als sich der Diskussion zu stellen.

Mein Vater, der unter den Nazis nicht gerade eine angenehme Zeit verbracht hat, hat die CDU mit gegründet. Aufgrund meiner eigenen Parteigeschichte weiß ich, wie schwer es war, die Freiheit in Einheit zu erhalten und die Einheit in Freiheit zu bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe in meinem langen Leben ebenfalls daran mitgewirkt, sodass ich heute sagen kann: Lieber Peter Müller, wir werden alles daransetzen – ich auch –, dass Oskar Lafontaine, der Honecker immer näher stand als Helmut Schmidt, vor der Saarlandwahl bereits in Hessen nicht ins Parlament kommt. Dafür wollen wir sorgen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sage zum Schluss als Älterer, als Patriot, der stolz ist auf eine große Geschichte deutscher Freiheit, auf eine Freiheit, die wir in 60 Jahren mit der Union für dieses Land erstritten haben:

Es ist auch eine Frage des Anstands, ob neben der Frauenkirche in Dresden und im Schatten der Paulskirche in Frankfurt überhaupt noch Faschisten und Postkommunisten Verantwortung tra-

gen dürfen. Daran müssen wir sie hindern. Ich werde mithelfen, dass das nicht geschieht. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Professor Dr. Wulff. – Ich darf jetzt Hendrik Wüst nach vorne bitten. Im Anschluss folgt Frau Eva Wybrands.

Hendrik Wüst: Verehrtes Tagungspräsidium! An Otto Wulff sieht man, was die Generationen gemeinsam an Kraft freisetzen können. Ich bin stolz, gemeinsam mit vielen anderen Jungen und Alten – Otto Wulff als Vertreter der Senioren-Union und Philipp Mißfelder als Vertreter der Jungen Union – im Initiativkreis der Generationen mitzuarbeiten.

Ich bin Hendrik Wüst. Ich bin 33 Jahre alt und Kandidat der Jungen Union. In meiner Heimatstadt Rhede im westlichen Münsterland bin ich seit meinem 19. Lebensjahr im Stadtrat. Ich war sechs Jahre Landesvorsitzender der Jungen Union. Ich habe als Rechtsanwalt gearbeitet, bis ich zum Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen und zum Landtagsabgeordneten gewählt worden bin. Ich würde mich über Ihre Stimme freuen, damit Alt und Jung auch in Zukunft unsere Partei gemeinsam nach vorne bringen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wüst. – Nun bitte ich Frau Eva Wybrands nach vorne.

Eva Wybrands: Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Eva Wybrands. Ich bin 57 Jahre alt, verheiratet, Mutter zweier Kinder, von Beruf Lehrerin und zurzeit mit den Aufgaben einer Schnittstelle Wirtschaft/Wissenschaft beauftragt. Ehrenamtlich bin ich auf Bundesebene im Bundesvorstand der Frauen-Union und Präsidentin der Internationalen Kommission für Wissenschaft, Erziehung und Kultur der Europäischen Frauen-Union.

Ich persönlich empfinde es als besonderes Privileg, das Leben aus so verschiedenen Perspektiven erfahren zu haben. Ob als ehrenamtliche Politikerin an der Basis, ob in der Exekutive oder in der Legislative, immer konnte ich Strukturen einziehen, um Menschen grundlegend und dauerhaft zu helfen. Für eine meiner Initiativen wurde meinem Team und mir von Frau Dr. Merkel der Preis „Mitten im Leben“ verliehen. Ins Schwarze getroffen habe ich mit meiner Jobinitiative „Gehalt für junge Leute“, von der ich Ihnen letztes Mal aus der Pilotphase berichtet habe. Diese Initiative wird von der Wirtschaft gut angenommen. Unternehmer können Tag für Tag junge Menschen mit Fachkenntnissen in Sachsen-Anhalt einstellen.

Liebe Delegierte, Sie haben mich vor zwei Jahren als eben jene Basisfrau mit Bodenhaftung in den Bundesvorstand gewählt. Ich habe mich hineingefuchst. Meine Anregungen wurden angenommen. Ich habe mich angenommen gefühlt. Deswegen bin ich bereit, diese Arbeit fortzu-

führen; denn ich habe noch einiges in petto. In den nächsten zwei Jahren müssen wir auch Antworten auf die Frage finden, wie wir in einer älter werdenden Gesellschaft leben wollen und wie wir die Erfahrungen unseres grauen Goldes nutzen wollen. Es sollte außerdem keinen jungen Menschen geben, der daran zweifelt, dass er oder sie in diesem Land gebraucht wird. Auch dafür stehe ich mit all meinen Erfahrungen weiterhin zur Verfügung, normalerweise mitten im Land und mitten im Leben, aber ausgerechnet heute am Ende des Wahlzettels. Dort bitte ich um Ihr Kreuz. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Martina Krogmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Wybrands. – Damit sind alle Vorstellungen der Kandidaten und Kandidatinnen abgeschlossen. Wir können nun in die Wahlen eintreten.

Vorher möchte ich auf folgende Punkte hinweisen: Die Wahl erfolgt mit dem großen, grauen Stimmzettel, der in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Kandidaten enthält und den Sie hoffentlich schon erhalten haben. Nach § 43 Abs. 3 des Statuts müssen mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also mindestens 20, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidatennamen angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also 26. Die Stimmzettel sind also gültig, wenn sie zwischen 20 und 26 Kreuze enthalten. Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig. Bitte denken Sie daran, dass ein Drittel der im ersten Wahlgang tatsächlich Gewählten Frauen sein müssen, damit das Frauenquorum erfüllt und dieser Wahlgang auch gültig ist. Dies sind bei 26 weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands mindestens neun Frauen. – Ich eröffne hiermit den Wahlgang.

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich hiermit den Wahlgang.

Ich rufe nunmehr den TAGESORDNUNGSPUNKT 20 auf:

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES

„DIE MITTE. DEUTSCHLANDS STÄRKE.“

– BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG –

In diesen Antrag hat Generalsekretär Ronald Pofalla bereits eingeführt. In der Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs ist die Grundsatzdiskussion erfolgt. Auch einige Rednerinnen und Redner in der Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden haben zu dieser Thematik gesprochen.

Zum Antrag D 1 - das ist der von mir eben benannte Antrag – gehören thematisch die Anträge D 2, C 9, C 15, C 18 und C 56. Die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie auf Seite 22 der Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge, die heute Nachmittag verteilt worden ist.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages D 1 sowie Antrag C 9 mit der Annahme als erledigt zu betrachten und die Anträge C 15 und C 18 an den Generalsekretär zu überweisen. Die Antragskommission empfiehlt weiter, den Antrag C 56 an das Präsidium zu überweisen. Des Weiteren empfiehlt die Antragskommission, den Antrag D 2 abzulehnen, wobei die Antragskommission anregt, die mit dem Antrag zusammenhängenden grundsätzlichen Fragen in der Kommission „Solidarisches Bürgergeld“ zu erörtern. Dies ist der Gesamtorschlag der Antragskommission.

Es liegen im Präsidium keine Wortmeldungen vor. Wird von irgendeinem Delegierten das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich den Parteitag, über diesen Vorschlag der Antragskommission abzustimmen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Ist das richtig? Man sieht es hier oben schlecht. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Dann ist der Vorschlag der Antragskommission einstimmig angenommen und der Leitantrag somit von unserem Parteitag beschlossen. Ich gratuliere dem Generalsekretär sehr herzlich zur Vorbereitung dieses Antrags.

(Vereinzelt Beifall)

Nun kommen wir zum TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

GRUßWORT DES PRÄSIDENTEN DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI

WILFRIED MARTENS MDEP

Wir haben die große Freude, in der Mitte unseres Parteitages einen großen europäischen Politiker als Gast zu haben. Ich freue mich, dass der langjährige Ministerpräsident des Königreiches Belgien und langjährige und aktuelle Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, Präsident Wilfried Martens, hier zu Gast ist. Ich gebe ihm das Wort zu einem Grußwort an den Parteitag. – Lieber Wilfried Martens, ich bitte dich um dein Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Wilfried Martens: Liebe Bundeskanzlerin Angela Merkel, meine herzlichen Glückwünsche zu deiner großartigen Wahl zur CDU-Vorsitzenden!

(Vereinzelt Beifall)

Sehr geehrter Ministerpräsident Günther Oettinger! Liebe Freunde der CDU Deutschlands! Wie in jedem Jahr freue ich mich, auch dieses Mal am Parteitag unserer größten EVP-Mitgliedsparterie teilnehmen zu können. Unsere politische Familie steht heute und im kommenden Jahr vor großen Herausforderungen. Damit meine ich die weltweite Krise der Finanzmärkte und die durch sie ausgelöste Rezession, die global ein solches Ausmaß erreicht, dass sich keiner den Folgen entziehen kann.

Jede Krise birgt aber auch Chancen. Diese Krise ist der Beweis, dass sich der Markt viel stärker nachhaltig und in die Zukunft orientieren muss. Daher haben wir Christdemokraten seit vielen Jahrzehnten das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verteidigt, ein Konzept, das mehr ist als nur eine Wirtschaftsordnung. Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Gesellschaftsmodell. Die Krise an den Finanzmärkten bedeutet für mich das Ende des Marktfundamentalismus, der lange Zeit in der angelsächsischen Welt dafür gesorgt hat, dass es keine bessere Regulierung der Finanzmärkte geben konnte.

Politiker unserer Parteienfamilie haben dies immer wieder eingefordert. Natürlich ist der Staat weder der bessere Unternehmer noch der bessere Bankier. Aber im Gegensatz zu einem Unternehmen oder einer Bank hat die Politik den Anspruch, dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein. Deswegen muss die Politik auch in der Europäischen Union und weltweit den Rahmen auf den Finanzmärkten setzen und dafür sorgen, dass die Banken in erster Linie ihre Aufgabe für die Gesamtwirtschaft wahrnehmen. – Es muss Schluss sein mit der Kasinomenalität in diesem Sektor.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen den Menschen im kommenden Jahr bei den Europawahlen deutlich machen, wofür wir stehen: für die Soziale Marktwirtschaft, die Freiheit mit Verantwortung vereint, ebenso wie Erfolg mit Solidarität. Das ist unser Gegenkonzept zur Staatsgläubigkeit der politischen Linken und zum Marktfundamentalismus. Der Staat kann nicht alles besser, aber er muss einen Rahmen setzen, damit Wirtschaft nicht nur sich selbst, sondern der Gesellschaft dient.

Liebe Freunde der CDU, die Europäische Volkspartei wird zu den Europawahlen bewusst mit einem Programm antreten, das eine glaubwürdige, nachhaltige und solide Politik in den Vordergrund stellt. Die Themen „Wohlstand für alle“, „Europa sicherer machen“, „Herausforderung demografischer Wandel“, „Klimawandel bekämpfen“ und „Europa in der Welt stärken“ machen deutlich, dass wir Politik gestalten wollen. Auch wenn die Lösung der Krise im Moment das Wichtigste ist, dürfen wir die anderen Prioritäten, zum Beispiel Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz, keinesfalls aus den Augen verlieren.

Zum EVP-Kongress in Warschau. Am 29. und 30. April 2009 wird die EVP ihre Prioritäten der Öffentlichkeit vorstellen. Ich hoffe, dass dieser Kongress ein großer Event mit vielen Delegierten der CDU wird und wir den Menschen deutlich machen können, dass wir eine solide, langfristig orientierte Politik in Europa wollen und dass ein entschlossenes Handeln Europas in dieser Zeit der Krise notwendig ist. Nach dem großen Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr braucht Europa auch in dieser Krise ein starkes Deutschland. In den vergangenen Jahren hat sich Ihr Land unter der CDU-geführten Bundesregierung mehr und mehr zum Wachstumsmotor in Europa entwickelt. Da Deutschland die größte Wirtschaftsmacht in der EU und der Eurozone ist, muss es eine aktive Rolle spielen.

Liebe Angela, dein Verhandlungsgeschick, deine Durchsetzungskraft und deine europäische und weltweite Vision werden auch in den kommenden Monaten in Europa notwendig sein.

(Vereinzelt Beifall)

Du hast gemeinsam mit Peter Hintze als EVP-Vizepräsident, mit Hans-Gerd Pöttering als Präsident des Europäischen Parlaments und vielen anderen führenden Köpfen dafür gesorgt, dass die CDU wieder als die deutsche Europapartei wahrgenommen werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, diese Ihre Europapartei, die Kraft der Mitte, Deutschlands Stärke, brauchen wir auch als Motor in der EVP. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Lieber Wilfried Martens, ganz herzlichen Dank für deine Rede und herzlichen Dank für deine große Treue. Als Vorsitzender der Europäischen Volkspartei besuchst du jeden Bundesparteitag der CDU. Danke auch für die Art und Weise, wie du die Europäische Volkspartei führst, die größte politische Kraft in Europa. Danke für das, was du für Europa persönlich tust. Du bist einer der Väter des Maastrichter Vertrages und hast damit die Europäische Union grundgelegt. Du arbeitest bis auf den heutigen Tag und hoffentlich auch in Zukunft an der weiteren Integration Europas. Ganz herzlichen Dank, Wilfried Martens.

(Beifall)

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 17:

WAHL DER CDU-MITGLIEDER UND STELLVERTRETER FÜR DEN VORSTAND DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)

(für die Zeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2010)

Nach den Statuten der Europäischen Volkspartei werden die Vorstandsmitglieder gemäß der Größe der jeweiligen Mitgliedspartei und ihrer Vertretung im Europäischen Parlament von den Mitgliedsparteien in den EVP-Vorstand entsandt. Ich möchte im Namen des Tagungspräsidiums und unseres Parteivorstandes den bisherigen Mitgliedern und den stellvertretenden Mitgliedern im Vorstand der Europäischen Volkspartei für ihre Arbeit danken. Die jetzt 18 CDU-Vertreter im EVP-Vorstand sowie ihre 18 Stellvertreter werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Liste der Vorschläge ist aufgrund der Vorschläge der Landesverbände vom Bundesvorstand erarbeitet und beschlossen worden und befindet sich in Ihren Tagungsunterlagen.

Ich schlage vor, dass wir die Wahl unserer Vertretung in der Europäischen Volkspartei per Akklamation durchführen. Sind Sie damit einverstanden, dass wir diese Wahl per Akklamation vor-

nehmen? – Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Wer die auf der Liste vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des EVP-Vorstandes wählen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es dazu Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Damit ist der Vorschlag des Bundesvorstandes für den Vorstand der EVP und die stellvertretenden Mitglieder im EVP-Vorstand einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLVERTRETENDEN DELEGIERTEN FÜR
EVP-KONGRESSE

(für die Zeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2010)

Wir werden in dieser Zeit zwei Kongresse haben, einen Kongress im April in Warschau und einen Kongress im November oder Dezember 2009, wahrscheinlich in Deutschland. Die CDU kann derzeit 54 Delegierte und 54 stellvertretende Delegierte benennen. Die vom Bundesvorstand unterbreiteten Vorschläge der zu wählenden Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder finden Sie in Ihren Unterlagen. Ich schlage vor, dass wir auch die Abstimmung über diesen Vorschlag offen vornehmen. Gibt es dagegen Einwendungen aus dem Parteitag? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag des Bundesvorstandes für die Wahl der Delegierten und der stellvertretenden Delegierten zum EVP-Kongress, wie vom Vorstand vorgeschlagen, zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das einstimmig so beschlossen.

Ich gratuliere den Gewählten und wünsche ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 19 auf:

WAHL DES BUNDESPARTEIGERICHTS DER CDU

Wie wir bei politischen Mitwettbewerbern feststellen konnten, ist das eine wichtige Institution, auch wenn sie bei unseren Konkurrenten mehr Schlagzeilen macht als bei uns. Ich möchte jedenfalls allen Mitgliedern des Bundesparteigerichts ganz herzlich für ihre ehrenamtliche Arbeit danken. Besonders danken möchte ich der bisherigen Vorsitzenden des Bundesparteigerichts, Frau Dr. Pia Rumler-Detzel, die nicht erneut kandidiert. Sie hat dem Bundesparteigericht seit 1988 angehört, zunächst als ordentliches Mitglied und seit 2004 als Vorsitzende. Frau Dr. Rumler-Detzel, ein herzlicher Dank des ganzen Bundesparteitages für 20 Jahre ehrenamtliches Engagement in dieser Aufgabe.

(Beifall)

Die Kandidatenvorschläge für die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des neu zu wählenden Bundesparteigerichts liegen Ihnen in den Unterlagen vor. Ich schlage dem Parteitag vor,

auch diese Wahl offen per Stimmkarte durchzuführen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Wir gratulieren den neu gewählten Mitgliedern des Bundesparteigerichts. Ich möchte die Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen? – Das ist der Fall, sie nehmen die Wahl an. Herzlichen Glückwunsch.

Nun möchte ich einen wichtigen Hinweis für unsere Bundesvorstandswahl geben. Wir möchten vorschlagen, dass wir die Bundesvorstandswahlen auf alle Fälle heute noch zu einem positiven Abschluss bringen. Das bedeutet, dass wir den Parteitag jetzt gleich unterbrechen werden, bis die Stimmergebnisse da sind. Wir werden die Stimmergebnisse dann vorlesen, die eventuellen Stichwahlen werden allerdings erst am morgigen Tag durchgeführt werden. Für diese Entscheidungen wollen wir aber heute die klare Basis herstellen.

Sie können die Zwischenzeit positiv nutzen, indem Sie Ihren Arbeitsplatz auf den morgigen Tag vorbereiten. Das geht wie folgt: Alles, was Sie auf dem Tisch liegenlassen, sei es sinnvoll oder sinnlos, werden Sie auch morgen früh wieder antreffen. Alles, was Sie unter Ihren Tisch legen, egal von welchem Wert, wird morgen früh verschwunden sein. Bereiten Sie Ihren Arbeitsplatz bitte so vor, wie Sie ihn morgen vorzufinden gedenken. Das ist wie mit den Handtüchern im Hotel. Alles, was weg soll, bitte auf den Boden, und alles, was Sie noch benötigen, werden Sie morgen wieder an Ihrem Platz vorfinden, wenn es auf dem Tisch gelegen hat.

Ich weise schon jetzt darauf hin, dass nach Bekanntgabe des Stimmergebnisses die Einladung zum Baden-Württemberg-Abend in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle erfolgt. Die Hanns-Martin-Schleyer-Halle ist beträchtlich von uns entfernt, deswegen ist ein Busshuttlebetrieb eingerichtet, der Sie direkt zum Ort unseres gemeinsamen Delegiertenabends bringt. Hier steht, dass uns stimmungsvolle Musik erwartet, was auch immer das heißen mag. Dazu wird es baden-württembergische Spezialitäten – das klingt gut – und natürlich die traditionellen Weine der Region geben.

Ich unterbreche den Parteitag bis zur Bekanntgabe des Stimmergebnisses der Wahl zum Bundesvorstand.

(Unterbrechung: 18.34 bis 19.09 Uhr)

Peter Hintze, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Herr Zander, dem wir heute schon gedankt haben und der in den letzten zehn Jahren Vorsitzender der Stimmzählkommission war, hat mir das Stimmergebnis gebracht, das ich Ihnen nun vortragen werde. Es wurden insgesamt 949 Stimmen abgegeben. 10 Stimmen waren ungültig. Es gab keine Enthaltung. Wir haben somit 939 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 470 Stimmen.

Gewählt wurde mit 800 Stimmen gleich 85,02 Prozent Christian Baldauf. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Volker Bouffier mit 803 Stimmen, 85,52 Prozent. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Dies war bis jetzt die alphabetische Reihenfolge. Wir gehen aber nun in der Reihenfolge der höchsten Stimmergebnisse vor.

Auf Platz 1 liegt unser Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung mit 898 Stimmen und 95,63 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 2 liegt die Oberbürgermeisterin von Kiel Angelika Volquartz mit 835 Stimmen.

(Beifall)

Auf Platz 3 befindet sich ein starker Sachse: Arnold Vaatz mit 829 Stimmen gleich 88,29 Prozent.

(Beifall)

Professor Dr. Dagmar Schipanski auf Platz 4 mit 815 Stimmen und 86,79 Prozent.

(Beifall)

Platz 5: Volker Bouffier mit 803 Stimmen, 85,52 Prozent.

(Beifall)

Jetzt freuen wir uns über den 6. Platz wieder für Christian Baldauf mit 800 Stimmen und 85,2 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 7: Der Vorsitzende unserer Senioren-Union, Professor Dr. Otto Wulff, mit 793 Stimmen und 84,45 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 8: Unsere starke Stimme in Europa, Elmar Brok, 775 Stimmen mit 82,53 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 9: Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl mit 751 Stimmen, 79,98 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 10: Der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Hendrik Wüst, mit 750 Stimmen, 79,87 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 11: Die Umweltministerin von Baden-Württemberg, Tanja Gönner, 747 Stimmen, 79,55 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 12: Die Stimme unserer Vertriebenen, Erika Steinbach, mit 731 Stimmen, 77,85 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 13: Jürgen Seidel mit 716 Stimmen, 76,25 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 14 gratulieren wir Dr. Friedbert Pflüger mit 711 Stimmen und 75,72 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 15: Emine Demirbüken-Wegner mit 708 Stimmen und 75,4 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 16: Der Finanzminister des Saarlandes, Peter Jacoby, mit 669 Stimmen, 71,25 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 17: Die Parlamentarische Staatssekretärin im Verbraucherschutzministerium, Ursula Heinen, mit 666 Stimmen, 70,93 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 18: Der Familien- und Integrationsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, 653 Stimmen, 69,54 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 19: Die starke Stimme unseres Mittelstandes, Dr. Michael Fuchs, 650 Stimmen, 69,22 Prozent.

(Beifall)

Axel Fischer aus Baden-Württemberg wurde mit 644 Stimmen und 68,58 Prozent 20.

(Beifall)

Auf Platz 21: Maria Michalk mit 639 Stimmen, 68,05 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 22: Ingrid Sehrbrock mit 636 Stimmen und 67,73 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 23: Dr. Regina Görner mit 616 Stimmen, 65,6 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 24: Die Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Regina van Dinther, mit 587 Stimmen und 62,51 Prozent.

(Beifall)

Auf Platz 25: Unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katherina Reiche mit 573 Stimmen und 61,02 Prozent.

(Beifall)

Als Letzter wurde Minister Dr. Reiner Haseloff aus Sachsen-Anhalt mit 566 Stimmen und 60,28 Prozent gewählt.

(Beifall)

Auch die nicht Gewählten haben allesamt sehr hohe Stimmergebnisse erzielt. Alle haben die 50-Prozent-Schwelle überschritten, waren aber nicht unter den ersten 26. Nicht gewählt wurden: Gerald Weiß, der auf 536 Stimmen und 57,08 Prozent der Stimmen kam; Joachim Pfeiffer, der auf 522 Stimmen und 55,59 Prozent der Stimmen kam; Eva Wybrands, die auf 514 Stimmen kam und 54,74 Prozent der Stimmen erhielt. Sie haben leider trotz einer hohen Unterstützung des Parteitages den Sprung unter die ersten 26 nicht geschafft.

Ich gehe davon aus, dass alle 26 Mitglieder des Bundesvorstandes, die hier gewählt wurden, ihre Wahl annehmen. Oder nimmt jemand seine Wahl nicht an? – Das ist nicht der Fall.

Dann bleibt mir nur noch übrig, Ilona Weigel und Herrn Staatssekretär a. D. Rolf Müller zu ihrem heutigen Geburtstag zu gratulieren. Sie haben nämlich mit Herrn Riesenhuber gemeinsam Geburtstag. – Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich schließe hiermit den ersten Plenartag des Parteitages mit der Bitte, morgen um 9 Uhr pünktlich wieder hier im Plenarsaal zu sein und jetzt die Busse zu entern, die vor dem Haupteingang stehen, um mit uns in die Hanns-Martin-Schleyer-Halle zum Parteiabend zu fahren. Ich wünsche allen Delegierten noch einen schönen Abend und bedanke mich.

(Schluss: 19.17 Uhr)

Dienstag, 2. Dezember 2008

Zweite Plenarsitzung

(Beginn: 9.05 Uhr)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte! Ich darf Sie ganz herzlich zu dem zweiten Tag unseres Bundesparteitags begrüßen.

Als Erstes möchte ich einen sehr herzlichen Dank sagen für den Baden-Württemberg-Abend. Lieber Günther Oettinger, die Gastfreundschaft von Baden-Württemberg hat uns allen sehr gut getan. Ganz herzlichen Dank für diesen wunderbaren Abend.

(Beifall)

Das ist auch der Grund, warum die Reihen noch nicht so sehr gefüllt sind; einige werden gut gefeiert haben.

Wir wollen jetzt trotzdem übergehen zur ersten Antragsberatung. Wir beginnen mit dem TAGESORDNUNGSPUNKT 23:

SONSTIGE ANTRÄGE

Die Sammlung der Anträge sowie die Empfehlungen der Antragskommission finden Sie auf den Seiten 354 bis 378. Außerdem bitte ich in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ die Seiten 6 bis 9 zu beachten. Alle sind gekennzeichnet mit dem Buchstaben C.

Ich beginne mit dem Antrag C 1; es ist ein Antrag der CDA. Dazu gehört auch der Initiativantrag C 55. Sie finden den Antrag zum Schutz der Arbeitnehmerdaten auf den Seiten 354 der Antragsbroschüre und auf den Seiten 12 und 13 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung der Anträge C 1 und C 55 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich sehe niemanden. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu C 1 abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? Ich bitte um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zum Antrag C 2 der CDA auf den Seiten 354 bis 357 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung des Antrags an den Bundesfachausschuss Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte der CDU. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Ich sehe keine Wortmeldung. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu C 2 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 3 der Mittelstandsvereinigung auf, zu finden auf der Seite 357. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags C 3 in der Fassung der Antragskommission, die wiederum auf der Seite 357 der Antragsbroschüre abgedruckt ist. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Neinstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann ist der Antrag angenommen.

Ich rufe den Antrag C 4 der Mittelstandsvereinigung auf; er ist auf den Seiten 357 und 358 abgedruckt. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 4 bei den Anträgen A 326 und A 353 zu behandeln. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Ich sehe keine. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu C 4 abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist dies so angenommen.

Ich rufe den Antrag C 5 der Mittelstandsvereinigung auf, abgedruckt auf der Seite 358 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 5 gemeinsam mit dem Antrag C 36 zu behandeln und beide Anträge in der Fassung der Antragskommission, abgedruckt auf der Seite 358, anzunehmen. Mir liegt dazu eine Wortmeldung vor. Ist Herr Gerd Robanus im Saal? – Dann gebe ich Ihnen das Wort.

Gerd Robanus: Guten Morgen, Frau Böhmer! Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen in der CDU! Ich spreche für diesen Antrag im Namen der Mittelstandsvereinigung Deutschlands. Es geht um die von der EU geplante Verschärfung der Antidiskriminierungsrichtlinie. Wir in Deutschland, unsere Vorväter haben 1948 ins Grundgesetz geschrieben, dass niemand aufgrund seiner Rasse, Herkunft, politischen oder religiösen Überzeugung bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Das gilt im Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern, weil der Staat der einzige Träger des Gewaltmonopols ist. Das ist richtig. Wir stehen dazu.

Was die EU jetzt aber mit dieser Antidiskriminierungsrichtlinie plant – dazu könnte ich drei Stunden reden; das will ich niemandem zumuten –, wäre, wenn wir dies einführen, ein Angriff auf die Freiheit. Dies müssen wir entschieden zurückweisen. Hier geht es um das Verhältnis von Firmen und von Privatpersonen untereinander. Besten Dank für das, was die Antragskommission hier empfiehlt! Ich bitte Sie um ein hohes Votum. Die hessische CDU hat bereits auf ihrem Landesparteitag im Mai mit überwältigender Mehrheit dieses Ansinnen der EU zurückgewiesen. Ich wäre dankbar für eine große Zustimmung. – Danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Robanus. Ich verstehe es so, dass Sie die Empfehlung der Antragskommission nachhaltig unterstützen.

Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? Ich bitte um das Kartenzeichen. – Ich sehe ein deutliches Votum.

Gibt es Neinstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist dies so angenommen. – Herr Robanus, Ihr Plädoyer hat gute Resonanz gefunden.

Ich komme jetzt zum Antrag C 6 der Mittelstandsvereinigung, auf den Seiten 358 und 359 abgedruckt. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags C 6. Ich lasse jetzt abstimmen. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? Ich bitte um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Ich sehe auch keine. Damit ist das so angenommen.

Wir kommen jetzt zum Antrag C 7 der Mittelstandsvereinigung, abgedruckt auf der Seite 359. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags in der Fassung der Antragskommission. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag so angenommen.

Wir kommen jetzt zum Antrag C 8 der Senioren-Union. Sie finden den Antrag auf den Seiten 359 und 360. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags in der Fassung der Antragskommission. – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Jetzt kommt der Antrag C 9 der Senioren-Union, abgedruckt auf der Seite 360. Die Antragskommission empfiehlt den Antrag C 9 zusammen mit dem Antrag D 1 bei Tagesordnungspunkt 20 zu behandeln. Das haben wir bereits gemacht. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit lasse ich über die Empfehlung zu C 9 abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zu Antrag C 10 der Senioren-Union auf der Seite 360. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 10 zusammen mit Antrag A 822 zu behandeln. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das angenommen.

Wir kommen zum Antrag C 11 des Landesverbandes Niedersachsen auf den Seiten 360 und 361. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 11 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Empfehlung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das angenommen.

Ich rufe den Antrag C 12 der CDU Niedersachsen auf, abgedruckt auf der Seite 361. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung des Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und

die CDU-Landtagsfraktionen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das angenommen.

Ich komme zum Antrag C 13 der CDU Niedersachsen, abgedruckt auf den Seiten 361 und 362. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung des Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Neinstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Ich komme jetzt zum Antrag C 14 des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, zu finden auf den Seiten 362 und 363. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag im Zusammenhang mit den Anträgen A 859 ff. zu behandeln. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

C 15 ist bereits gestern behandelt worden. Damit komme ich jetzt zum Antrag C 16 des Landesverbandes Saar, abgedruckt auf der Seite 363. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag gemeinsam mit dem Antrag C 42 zu behandeln und die Anträge an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Gibt es Wortmeldungen? – Bitte, Herr Rabel.

Stefan Rabel: Liebe Parteifreunde, ich spreche für die Antragsteller, den Kreisverband Saarbrücken Land und den Landesverband Saar. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen. Wir haben den Antrag gestellt, unserer Sprache Verfassungsrang einzuräumen, weil wir damit die besondere Bedeutung unserer Sprache betonen und hervorheben wollen, dass unsere Sprache die wichtigste Grundlage unserer kulturellen Identität ist. Wir vollziehen damit etwas nach, das in anderen Ländern eine Selbstverständlichkeit ist. Österreich, die Schweiz und Liechtenstein haben die deutsche Sprache in ihren Verfassungen verankert. Auch in der französischen Verfassung steht der Satz: Französisch ist die Sprache der Republik.

Wir glauben, dass es notwendig ist, die deutsche Sprache im Grundgesetz zu verankern. Als das Grundgesetz verfasst wurde, war es vielleicht noch eine Selbstverständlichkeit, dass Deutsch die Sprache Deutschlands ist. Mittlerweile haben wir auch als CDU anerkannt, dass wir ein Zuwanderungsland sind. Wir sagen bei vielen Gelegenheiten, dass das Erlernen und das Beherrschen der deutschen Sprache die wichtigste Grundlage für eine gelungene Integration sind. Dieser Forderung können wir weiteren Nachdruck verleihen, wenn wir unsere Sprache in der Verfassung verankern. Unsere Europaabgeordneten und Europaminister kämpfen in Brüssel dafür, dass die deutsche Sprache gleichberechtigt mit dem Englischen und dem Französischen behandelt wird. Dieser Forderung können wir weiteren Nachdruck verleihen, wenn wir die deutsche Sprache im Grundgesetz verankern.

Liebe Parteifreunde, dieser Antrag kam aus der Mitte meines Ortsverbandes. Er fand einhellige Zustimmung in meinem Stadtverband, im Kreisvorstand und auch im Landesvorstand der CDU Saar. Ich glaube, unsere Mitglieder verstünden nicht, wenn wir diesen Antrag heute nicht verabschiedeten. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Bundestagsfraktion. Das können wir gerne tun. Aber zuerst sollten wir diesem Antrag zustimmen. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank für die Begründung. – Ich gebe jetzt das Wort dem Generalsekretär für die Antragskommission.

Ronald Pofalla, Antragskommission: Ich sehe inhaltlich überhaupt keinen Widerspruch zur Argumentation, die gerade vorgetragen wurde. Ich bitte aber, die gesamten Punkte, die Verfassungsänderungen betreffen, in einen Zusammenhang zu stellen. An die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden auch andere Ansinnen gerichtet, beispielsweise die Kultur und den Sport als Staatsziele in der Verfassung zu verankern. Wir haben bisher immer argumentiert, dass wir nur in Ausnahmefällen eine Verfassungsänderung oder eine Verfassungsergänzung für richtig halten. Deshalb wollen wir diesen Antrag, der inhaltlich völlig unstrittig ist, an die Bundestagsfraktion überweisen; denn dort kann über den Gesamtzusammenhang aller denkbaren Verfassungsänderungen und Verfassungsergänzungen gesprochen werden.

Wir wollten nicht den einzelnen Punkt der deutschen Sprache herausnehmen, der dann übrigens von anderen, die andere Staatsziele verankert haben wollen, nur zum Anlass genommen würde, zu fragen: Wenn die CDU für eine solche Verfassungsänderung ist, warum dann nicht auch für die Verankerung anderer Staatsziele? Darüber wollen wir zusammen diskutieren.

Deshalb die Bitte der Antragskommission, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen, damit die Fraktion ein Gesamtkonzept beraten und dann auch entscheiden kann, in welchen Punkten wir Änderungen im Grundgesetz haben wollen.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Ich gebe jetzt dem Vorsitzenden des CDU-Landesverbands Saarland, Peter Müller, das Wort. – Bitte.

Peter Müller: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, so schwer es mir fällt: Ich möchte an dieser Stelle dem Generalsekretär widersprechen. Es geht nicht um irgendeine beliebige Verfassungsänderung.

(Teilweise Beifall)

Deutsch ist die Grundlage unserer Identität. Deshalb ist das Bekenntnis zur deutschen Sprache in der deutschen Verfassung richtig aufgehoben.

(Beifall)

Ich habe mir einmal angeschaut, was alles wir glauben in die Verfassung schreiben zu müssen. Wir diskutieren zurzeit über die Frage, ob wir die Zahl der Optionskommunen im Rahmen des SGB II und des SGB XII im Grundgesetz festschreiben. Angesichts dessen sage ich: Auch das Bekenntnis zu unserer Sprache hat mit Sicherheit einen Platz in der Verfassung verdient. Es ist nicht vergleichbar mit anderen Begehren zur Änderung des Grundgesetzes. Es geht vielmehr darum, dass wir uns klar zu dem bekennen, was diesen Staat ausmacht. Und was ist das, wenn nicht unsere Sprache, unsere Flagge, unsere Hymne?

Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen und damit ein klares Zeichen für die deutsche Sprache zu setzen.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit lasse ich zunächst über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Sie lautet: Überweisung der Anträge C 16 und C 42 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Wer stimmt mit Nein? – Das ist, so würde ich sagen, die überwältigende Mehrheit. – Enthaltungen an dieser Stelle? – Damit ist die Empfehlung der Antragskommission abgelehnt. Damit müssen wir über die beiden Anträge C 16 und C 42 abstimmen. Da sie gleichlautend sind, würde ich vorschlagen, dass wir über beide Anträge zusammen abstimmen. Findet dies Zustimmung?

(Zurufe: Ja!)

– Okay. Dann stimmen wir über die Anträge C 16 und C 42 ab. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Einige wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Ich sehe eine Enthaltung. Damit sind die Anträge C 16 und C 42 mit großer Mehrheit angenommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich komme jetzt zum Antrag C 17. Das ist ebenfalls ein Antrag des Landesverbandes Saar, auf den Seiten 363 bis 367 der Antragsbroschüre zu finden. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag in der Fassung der Antragskommission zu beschließen.

Mir liegt schon eine Wortmeldung vor. Ich darf hiermit die Bitte verbinden, weitere Wortmeldungen schriftlich abzugeben. Das erleichtert uns die Arbeit etwas.

Ich gebe das Wort jetzt an Hubert Hüppe zum Antrag C 17. Ist Hubert Hüppe da? – Ja.

Hubert Hüppe: Liebe Maria Böhmer! Meine Damen und Herren! Ich finde den Antrag sehr gut, hätte aber einen Änderungsvorschlag. Sie schreiben zum Schluss:

Auch muss die Unterstützung eines Selbsttötungsvorhabens etwa durch nahe Angehörige, Pflegepersonal oder Ärzte weiterhin straffrei bleiben ...

Meine Damen und Herren, Tatsache ist, dass die Beihilfe zum Selbstmord straffrei ist. Aus meiner Sicht ist es aber nicht richtig, wenn die Union als solche die Beihilfe zur Selbsttötung als gerechtfertigt ansieht. Ich denke, dass Selbstmord keine Lösung ist. Wir als Union sollten nicht, so wie es hier steht, sagen, dass dies vielleicht eine gute, altruistische Tat ist. Wenn dann noch der Arzt derjenige ist, der diese Beihilfe leistet, dann widerspricht dies aus meiner Sicht dem Ethos eines Arztes, der dafür da ist, Leben zu erhalten.

Deswegen würde ich bitten – vielleicht kann die Antragskommission dem zustimmen –, dass man diese Passage am Schluss ab dem Wort „Auch“ streicht. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Hubert, kannst du noch einmal die Zeile nennen?

Hubert Hüppe: Das war der letzte Punkt in der Empfehlung der Antragskommission.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Das ist in der Ziffer 6 das letzte Drittel: „Auch muss die Unterstützung ...“

Hubert Hüppe: Genau, ab diesem „Auch“.

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ab da soll die Formulierung gestrichen werden. Jetzt schaue ich den Vorsitzenden der Antragskommission an? – Er stimmt zu. Wir würden dann also in Ziffer 6 die Passage ab der Formulierung

Auch muss die Unterstützung eines Selbsttötungsvorhabens etwa durch nahe Angehörige ...

streichen. Konnten alle folgen? – Das sehe ich so. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir jetzt über die Empfehlung der Antragskommission mit dieser Änderung ab. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Ich sehe jetzt keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Einige Enthaltungen. Dann ist das so angenommen.

Ich komme jetzt – C 18 wurde schon gestern behandelt – zum Antrag C 19 des Landesverbandes Thüringen, zu finden auf der Seite 369. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 19 bei B 258 zu behandeln. Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. – Ich sehe jetzt auch keine. Damit lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ihr folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Nein-Stimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch keine erkennbar. Damit ist dies so angenommen.

Ich komme zum Antrag C 20 des Bezirksverbandes Hannover, auf der Seite 369 abgedruckt. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 20 abzulehnen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? –

Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Nein-Stimmen? Ist das eine Nein-Stimme dort hinten? – Eine. Sonst sehe ich keine. Enthaltungen? – Keine. Dann ist dies mit einer Nein-Stimme angenommen.

Wir kommen zum Antrag C 21 des Bezirksverbandes Mittelrhein. Sie finden diesen Antrag auf der Seite 369 f. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 21 abzulehnen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Ich sehe keine. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Drei Neinstimmen. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag bei drei Neinstimmen angenommen.

Wir kommen zum Antrag C 22 des Bezirksverbandes Mittelrhein, abgedruckt auf Seite 370. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 22 aufgrund der Beschlussfassung zum Grundsatprogramm zu Ziffer 101 als erledigt zu betrachten. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich wieder über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Dann ist das so angenommen.

Jetzt rufe ich den Antrag C 23 des Bezirksverbandes Mittelrhein auf, abgedruckt auf Seite 370. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 23 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Das ist der Fall. Ich sehe eine Wortmeldung von Carla Neisse-Hommelsheim. Sie bekommt jetzt das Wort.

Carla Neisse-Hommelsheim: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Politischer Wille ist es, die Eigenvorsorge zum Zweck der Alterssicherung zu stärken, da die gesetzliche Rente nicht mehr ausreicht, um den gewohnten Lebensstandard im Alter zu finanzieren. Wenn junge Geringverdiener selbst zusätzlich versorgen, dann ist das besonders hoch einzuschätzen, da diese Betriebsrenten später, wenn sie im Alter eventuell von Grundsicherung leben müssen, zu 100 Prozent auf die Grundsicherung angerechnet werden. Wir wollen, dass die Menschen ihr Alter selbst finanzieren können. Es ist christlich-demokratische Politik, den Schwachen, denen es schwer fällt, selbst vorzusorgen, unter die Arme zu greifen und ihnen zu helfen, sich selbst zu helfen.

Daher sollten wir auch bei der betrieblichen Altersvorsorge eine familienpolitische Komponente einbauen und den jungen Eltern helfen, in der erwerbslosen Elternzeit ihre betriebliche Altersvorsorge in Form einer Entgeltumwandlung fortzuführen. Gerade junge Menschen, die selbst versorgen und eine kapitalgedeckte Altersvorsorge anstreben, erzielen durch den Zinseszineffekt beachtliche Beträge, die ihnen helfen, ihr Alter selbst zu finanzieren und ihre Selbstachtung im Alter zu bewahren, weil sie es geschafft haben, ihren Lebensunterhalt trotz geringer Einkünfte auch im Alter selbst zu finanzieren. Das ist ein hohes Gut. Das ist ein hoher Wert.

Deshalb bitte ich um Unterstützung dieses Antrages. Zusätzlich bitte ich darum, dass dieses Anliegen an den Generalsekretär zur Vorbereitung einer Aufnahme dieses Anliegens in das Wahlprogramm überwiesen wird.

(Teilweise Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Neisse-Hommelsheim. Ich sehe, dass der Generalsekretär, der auch Vorsitzender der Antragskommission ist, der Empfehlung hinsichtlich des Wahlprogramms zustimmt.

Wir präzisieren das jetzt: Der Antrag wird an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Generalsekretär mit Bitte um Prüfung einer Aufnahme in das Wahlprogramm überwiesen. Über diese Empfehlung der Antragskommission lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist dafür? – Das ist die große Mehrheit. Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Neinstimme. Wer enthält sich? – Ich sehe niemanden. Damit ist diese Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zum Antrag C 24 des Bezirksverbandes Südbaden, zu finden auf der Seite 370. Zum Antrag C 24 gehören die Anträge C 26, C 47 und C 57. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge C 24, C 26, C 47 und C 57 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Generalsekretär zu überweisen. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Daher lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Einige Neinstimmen. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist das bei einigen Neinstimmen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 25 des Bezirksverbandes Südwestfalen auf, zu finden auf den Seiten 370/371. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an den Generalsekretär der CDU Deutschlands zu überweisen. Gibt es dazu eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Ich sehe eine Neinstimme. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das bei einer Neinstimme so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 27 des Kreisverbandes Cloppenburg auf, abgedruckt auf Seite 371. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Damit lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Ich sehe zwei Neinstimmen. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das bei zwei Neinstimmen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 28 des Kreisverbandes Delmenhorst auf, abgedruckt auf Seite 371 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 28 an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? Ich bitte um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Es sind keine erkennbar. Enthaltungen? – Ebenfalls keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 29 des Kreisverbandes Frankfurt auf, abgedruckt auf Seite 372 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Daher lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Neinstimmen? – Eine Neinstimme. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das bei einer Neinstimme so beschlossen.

Jetzt rufe ich den Antrag C 30 des Kreisverbandes Göttingen auf, abgedruckt auf Seite 372. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 30 in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Mir liegt hierzu eine Wortmeldung vor. Brigitte Eiselt, bitte.

Brigitte Eiselt: Die Empfehlung der Antragskommission wird bis auf den Zusatz

die gelebte Verantwortung von Herstellern und Anbietern

mitgetragen. Deren Ziel ist nämlich der Verkauf von Killerspielen und nicht deren Verbot. Deshalb bitten wir darum, dass dieser Zusatz herausgenommen wird. Nach jedem Amoklauf ist man zwar sehr betroffen, hinterher wird aber schnell vergessen, dass man irgendwie auch eingreifen muss. Daher bitten wir darum, dass dieser Zusatz gestrichen wird.

(Teilweise Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich schaue den Vorsitzenden der Antragskommission an. – Er stimmt zu. Ich glaube, das wäre eine richtige Entscheidung. Wir formulieren den letzten Satz um: Dies umfasst ein effektives Wächteramt des Staates sowie eine frühzeitige Medienerziehung in Familie, Kindergarten und Schule.

Ich lasse jetzt über diese geänderte Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer folgt dieser Empfehlung? – Neinstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Antrag des Kreisverbandes Göttingen in der geänderten Fassung angenommen.

Wir kommen jetzt zu Antrag C 31 des Kreisverbandes Gütersloh auf der Seite 372. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 31 in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Dann lasse ich über die Empfehlung abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Gibt es Neinstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch das ist nicht der Fall. Dann ist die Empfehlung so angenommen.

Jetzt kommt der Antrag C 32 der Kreisverbände Heinsberg, Mönchengladbach und Viersen, zu finden auf den Seiten 373 und 374. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag bei Antrag A 749 zu behandeln. Wortmeldungen liegen mir keine vor. Damit lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Gibt es Neinstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag C 33 des Kreisverbandes Meißen. Er ist auf der Seite 374 zu finden. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an den Bundesfachausschuss Arbeit und Sozial-

politik zu überweisen. Wortmeldungen liegen keine vor. Damit lasse ich abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Neinstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag C 34 des Kreisverbandes Ravensburg auf der Seite 374. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer folgt der Empfehlung? – Gibt es Neinstimmen? – Mehrere. Enthaltungen? – Keine. Dann ist das so mit einigen Neinstimmen beschlossen.

Ich komme zu Antrag C 35 des Kreisverbandes Ravensburg, er ist ebenfalls auf der Seite 374 zu finden. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 35 in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Ich habe keine Wortmeldung dazu vorliegen. Damit stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zum Antrag C 37 des Kreisverbandes Ravensburg auf der Seite 375. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Christian Natterer vor.

Christian Natterer: Da der Antrag überwiesen werden soll, würde mich interessieren, welche Meinung die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu diesem wichtigen Thema hat. Dabei geht es um die Einschränkung gewisser Bürgerrechte. Vielleicht kann jemand aus der Fraktion dazu eine Stellungnahme abgeben?

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich schaue mich um, sehe aber niemanden vonseiten der Fraktion, der eine Wortmeldung gemacht hat. Ich frage den Vorsitzenden der Antragskommission, ob er eine Wortmeldung dazu machen möchte. – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragskommission bei zahlreichen Gegenstimmen gefolgt worden.

Ich rufe den Antrag C 38 des Kreisverbandes Rems-Murr auf. Er ist zu finden auf der Seite 375. Die Antragskommission empfiehlt die Ablehnung des Antrags C 38. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Dann lasse ich jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. – Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Gibt es dazu Neinstimmen? – Enthaltungen? –. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission mit etlichen Neinstimmen beschlossen.

Ich komme zu Antrag C 39 des Kreisverbandes Rhein-Erft-Kreis auf der Seite 376. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 39 abzulehnen. Ich habe keine Wortmeldung dazu vorliegen, deshalb lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Gibt es Neinstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Die Empfehlung ist mit etlichen Neinstimmen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 40 des Kreisverbandes Rhein-Erft-Kreis auf der Seite 376 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 40 abzulehnen. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse abstimmen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Neinstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist die Empfehlung mit etlichen Neinstimmen und einer Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 41 des Kreisverbandes Rhein-Sieg-Kreis auf der Seite 376 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 41 an die Landtagsfraktionen der CDU zu überweisen. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Damit lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer ist für die Empfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Keiner. Wer enthält sich? – Einer. Damit ist die Empfehlung so beschlossen.

Ich komme zum Antrag C 43 des Kreisverbandes Unna auf der Seite 377. Der Vorschlag der Antragskommission lautet, den Antrag C 43 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Mir liegt eine Wortmeldung von Hubert Hüppe vor. Ich darf Hubert Hüppe jetzt das Wort erteilen.

Hubert Hüppe: Liebe Maria Böhmer! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, heute über unseren Antrag zu entscheiden und ihn nicht zu überweisen. Ich glaube, dass die Union bei diesem Thema ihre Meinung vertreten soll, um sie anschließend der Fraktion zu übermitteln. Es geht um ein Thema, auf das gestern schon ein paar Mal eingegangen worden ist. Es geht indirekt um die Spätabtreibung. Wie Sie wahrscheinlich wissen, gibt es zurzeit einen Entwurf zum Gendiagnostikgesetz. Darin wird auch geregelt, welche Tests zugelassen werden sollen und welche nicht.

Der Antrag, den wir Ihnen heute vorlegen, besagt, dass Gentests, die vorgeburtlich vorgenommen werden und nur darauf testen, ob eine Krankheit vielleicht im Erwachsenenalter, vielleicht mit 50, 60 oder 70 Jahren ausbricht, nicht vorgeburtlich vorgenommen werden sollen.

Bei einer Pränataldiagnostik – z. B. bei einer Fruchtwasseranalyse – besteht immer noch das Risiko von 1 Prozent, dass das Kind allein aufgrund der Untersuchung stirbt. Gegen Alzheimer, Brustkrebs oder andere Erkrankungen gibt es keine vorgeburtliche Prävention. Das Risiko, dass das Kind bei der Untersuchung stirbt, ist hoch. Wofür soll dieser Test denn da sein? Es gibt nur einen Grund, warum dieser Test vielleicht Sinn macht, nämlich dann, wenn man das Kind abtreiben möchte. Kann es aber wirklich richtig sein, ein Kind deswegen abzutreiben, weil bei ihm eine höhere Wahrscheinlichkeit gegeben ist, z. B. Alzheimer oder Brustkrebs zu bekommen? Ich meine: Nein. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie deshalb eindeutig bitten, nicht der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, sondern unserem Antrag zuzustimmen, damit auch die Öffentlichkeit weiß, dass die Union solche Methoden ablehnt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Die zweite Wortmeldung, die mir vorliegt, ist die von Herrn Peter Liese. Bitte!

Dr. Peter Liese: Vielen Dank. – Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Auch ich möchte mich dafür aussprechen, dass wir über den Antrag abstimmen und uns für den Antrag aussprechen. Ich plädiere dafür auch aus praktischer Erfahrung. Ich bin Arzt und habe meine Doktorarbeit am Institut für Humangenetik in Bonn geschrieben. Ich weiß, dass es hier ein echtes praktisches Problem gibt. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, hat in der Diskussion einen Beitrag geleistet und sich darin ebenfalls für ein Verbot dieser Tests ausgesprochen. Von Ulla Schmidt und von dem verehrten Bundestagskollegen Lauterbach von der SPD ist ihm daraufhin gesagt worden, er wisse nicht, wovon er rede; es gebe dieses Problem nicht. Es gebe kein Problem damit, dass in Deutschland Abtreibungen wegen einer Erkrankung durchgeführt würden, die vielleicht erst im Alter von 50 Jahren auftrete.

Ich sage Ihnen aus praktischer Erfahrung: Dieses Problem gibt es. Es sind heute schon Tests beispielsweise für Zystennieren auf dem Markt. Das ist eine Erkrankung, die im Alter von 40 oder 50 Jahren dazu führt, dass der Patient sich der Dialyse unterziehen oder eine Transplantation bekommen muss. Heute werden in Deutschland Abtreibungen wegen solcher Erkrankungen angeraten und auch durchgeführt. Dies ist im Moment ein zahlenmäßig kleines Problem. Es wird aber ein sehr großes Problem werden, wenn wir nicht aufpassen, weil wir durch den technischen Fortschritt in Zukunft vor der Geburt nicht nur seltene Erbkrankheiten, sondern auch die Wahrscheinlichkeit von Volkskrankheiten wie Brustkrebs, Herzinfarkt oder Alzheimer diagnostizieren können. Wenn wir hier nicht aufpassen, werden wir das angesprochene Problem nicht nur in dem umschriebenen kleinen Maße, sondern in großem Maße haben. Deswegen müssen wir, wie ich glaube, hier eine Position beziehen. Ich sage das auch aus einem politischen Grund. Die Grünen haben im Bundestag einen Antrag vorgelegt, solche Tests zu verbieten. Ich glaube, wir als Union – CDU und CSU – dürfen uns beim Schutz des ungeborenen Lebens von keiner Partei in Deutschland überholen lassen. Wir sollten hier klar Farbe bekennen, auch wenn wir in einer Koalition mit der SPD sind.

(Beifall)

Prof. Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. – Die beiden Plädoyers von Hubert Hüppe und Peter Liese haben die Antragskommission überzeugt. Das Votum der Antragskommission lautet jetzt, diesen Antrag anzunehmen.

(Beifall)

Ich lasse jetzt über den Antrag und das Votum der Antragskommission auf Annahme dieses Antrages abstimmen. Wer dafür ist, gebe bitte das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Zwei

Nein-Stimmen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen. Ich freue mich sehr über dieses Votum.

(Beifall)

Ich unterbreche jetzt die Antragsberatung und gebe die Verhandlungsleitung an Peter Müller weiter.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wir kommen damit zu TAGESORDNUNGSPUNKT 10:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION

IM DEUTSCHEN BUNDESTAG,

VOLKER KAUDER MDB

Ich übergebe das Wort an den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden. Volker Kauder hat das Wort.

Volker Kauder (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Lieber Peter Ramsauer! Was haben wir vor diesem Bundesparteitag nicht alles in unseren Zeitungen lesen und in den Medien hören müssen? Wir sind zu einem Bundesparteitag gefahren und wurden von Kommentaren wie diesen begleitet: Union uneinig, Steuerstreit, Kanzlerin und Delegierte unterschiedlicher Auffassung. – Nach dem gestrigen Tag können wir sagen: Es gibt eine gute Botschaft für unser Land. Wir, die Delegierten dieses 22. Bundesparteitages, haben all diesen öffentlichen Spekulationen ein Ende gesetzt. Fast 95 Prozent der Delegierten haben für Angela Merkel gestimmt. Die CDU Deutschlands steht hinter Angela Merkel, ihrer Parteivorsitzenden, und hinter der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Zweitens haben wir gestern auf diesem Bundesparteitag ein klares Programm für die nächsten Wochen und Monate beschlossen. Liebe Freundinnen und Freunde, warum ist das nicht nur für unsere Partei, sondern auch für unser Land eine gute Botschaft?

Die Menschen brauchen im Augenblick Vertrauen, dass die Bundesregierung, dass diejenigen, die politisch handeln, dass diejenigen, die Verantwortung haben, das Richtige tun. Dieses Vertrauen, dass das Richtige getan wird, haben die Bürgerinnen und Bürger doch nur in eine politische Kraft, die geschlossen auftritt, die weiß, was sie will. Von diesem Bundesparteitag geht die Botschaft aus: Die Union ist die geschlossene Kraft, auf die die Menschen sich in dieser schwierigen Zeit verlassen können.

(Beifall)

Diese Botschaft ist umso wichtiger, als wir einen Koalitionspartner haben, von dem man dies überhaupt nicht sagen kann. In den Reihen dieses Koalitionspartners gibt es weder Geschlossenheit noch können die Menschen diesem Koalitionspartner Vertrauen entgegenbringen. Liebe Freundinnen und Freunde, das wichtigste Kapital in der Politik ist Vertrauen. Vertrauen ist schnell verspielt und dann nur schwer wiederzugewinnen. Die SPD hat ihr Vertrauenskapital ziemlich verspielt. Dabei schauen wir natürlich zunächst einmal auf Hessen. Es geht mir überhaupt nicht darum, ob die SPD in Hessen mit der Linken koalieren will oder nicht. Das ist ein zweites Thema. Es geht ausschließlich darum, dass in einer Zeit, in der die Menschen Wert darauf legen müssen, dass Vertrauen herrscht, die SPD in Hessen Vertrauen mit Füßen getreten hat. Man kann nicht vor einer Wahl etwas versprechen und nachher das glatte Gegenteil tun. Zu einer solchen Partei kann man kein Vertrauen haben.

(Beifall)

Jetzt könnte man sagen: Okay, das ist ein Phänomen der SPD in Hessen. Deswegen interessiert das bundesweit gar nicht. Warum muss sich ein Bundespolitiker dann überhaupt mit der Frage der Vertrauenswürdigkeit eines Landesverbandes unseres Koalitionspartners auseinandersetzen? Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben aus der Führungsspitze der SPD in Berlin, wenn überhaupt, nur wachsweiche Erklärungen gehört.

Keiner ist Frau Ypsilanti wirklich in den Arm gefallen. Keiner hat gesagt, dass dies so nicht geht. Natürlich ist ein Landesverband selbständig. Aber ich hätte von denen, die die Führung der SPD jetzt neu übernommen haben, und vor allem von demjenigen, der Kanzlerkandidat wird, schon erwartet, dass er nicht nur ein klares Wort dazu sagt, was er nicht tun wird, sondern dass das, was die SPD in Hessen gemacht hat, unanständig war. Kein Ton von der SPD aus Berlin!

(Beifall)

Wie kann man zu einer Partei Vertrauen haben, die zu denjenigen, die kritische Anmerkungen machen und mutig ihre Position vertreten, kein Vertrauen mehr hat, sondern sie aus der Partei rauschmeißen will? Ich kann nur sagen: Die SPD hat jedes Recht auf Kritik an anderen Parteien verloren, solange sie nicht bereit ist, die Kritiker in ihren eigenen Reihen zu akzeptieren. Statt sie rauszuschmeißen, müsste sich Müntefering vor diese Abgeordneten, vor diese Frauen stellen, die mutig ihre Meinung zur Wahrheit und zur Unwahrheit, zu Anstand und Unanständigkeit in der Politik gesagt haben.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, es kommt also wieder einmal auf die Union an. In allen schwierigen Situationen unseres Landes – fast als wenn es Schicksal wäre – war die Union gefordert. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als es um die Frage „Westorientierung – Ja oder Nein?“ und die Einbettung in Europa ging, war die Union gefordert. Als es um die Frage ging, welches Wirt-

schaftssystem wir in Deutschland aufbauen wollen – Soziale Marktwirtschaft oder gelenkte Planwirtschaft – war die Union gefordert. Die Union war deswegen immer auf dem richtigen Weg, weil sie einen Kompass hatte und nicht einfach beliebig dahergeredet hat, sondern weil sie gewusst hat, was sie leitet und was sie lenkt.

Im nächsten Jahr feiern wir 20 Jahre Deutsche Einheit und 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Wieder war es die Union. Ohne die Union hätte es die deutsche Einheit so nicht gegeben. Wie sind wir dafür belächelt worden, dass wir über Jahrzehnte hinweg gesagt haben: Wir glauben daran, dass Deutschland wiedervereinigt wird, und wir wollen die Einheit in Freiheit. Wir wollen, dass Deutschland zusammengehört.

(Vereinzelt Beifall)

Die SPD hat schon längst die Staatsbürgerschaft aufgegeben. Sie hat schon längst herumgehöhnt, wir würden unsere Geschichte nicht mehr ernst nehmen; es gebe zwei getrennte Staaten. Wenn es die Union nicht gegeben hätte, dann hätte es die deutsche Einheit nicht gegeben. Gut, dass die Union damals regiert hat, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Auch heute kann man wieder sagen: Auch in der schwierigen Situation dieser Finanzkrise, die sich nun auf die Wirtschaft auszuwirken beginnt, ist es gut, dass die Union regiert. Warum? Weil die Union auch in dieser Situation einen klaren Kurs hat. Wir wissen, dass wir jetzt in dieser Situation von Seiten des Staates helfen müssen. Die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin hat mit dem Programm zur Unterstützung und Stützung der Banken rasch gehandelt.

Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, dass es nicht darum ging, Banker und Banken zu stützen, sondern dass es darum gegangen ist, die Spareinlagen und Kreditmöglichkeiten für unsere Wirtschaft abzusichern. Die Bundesregierung hat danach in einem zweiten Paket zusammen mit der Koalition schnell gehandelt, um etwas auf den Weg zu bringen und im nächsten Jahr Konjunktur und Wirtschaft zu stützen.

Jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, gibt es auf der anderen Seite Kolleginnen und Kollegen – vor allem aus der SPD –, die glauben, jetzt sei die Stunde angebrochen, dass man nicht genug Staat fordern könne und dass der Staat immer mehr an Verantwortung übernehmen müsse. Ich sage Ihnen: Wer den richtigen Kompass hat wie wir – nämlich die Soziale Marktwirtschaft – der weiß ganz genau, dass der Staat nicht der bessere Banker – das zeigt ein Blick auf die Landesbanken – und nicht der bessere Manager ist.

Wir können als Staat jetzt nicht den Eindruck erwecken, wir könnten alles – der allumfassende mächtige Staat greift jetzt in alle Bereiche von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ein –, sondern wir wissen ganz genau, dass wir auch in dieser schwierigen Finanzkrise Rahmenbedingun-

gen zu setzen haben, aber nicht alles mit dem Staat abdecken können. Auch dabei helfen uns jetzt wieder unsere Überzeugungen.

Liebe Freundinnen und Freunde, eines unserer zentralen Themen – Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes – heißt, dass der Mensch zur Freiheit und nicht zur Gängelung durch den Staat berufen ist. Dies gilt auch jetzt in der konkreten Situation. Deswegen ist es richtig, dass wir konkret, schnell, zielgenau, aber auch zeitlich begrenzt helfen, nicht, dass wir jetzt auf einen starken, allumfassenden Staat bauen, sondern dass der Staat dort stark hilft, wo er seine Aufgabe hat. Dies bedeutet, dass wir auch in dieser Situation unsere Grundsätze nicht über Bord werfen dürfen.

Soziale Marktwirtschaft hat uns zu Wohlstand geführt, und Soziale Marktwirtschaft wird uns auch in Zukunft zum Wohlstand führen. Deswegen müssen wir ganz genau überlegen, was wir in dieser konkreten Situation tun. Ich habe schon manchmal große Sorgen, wenn ich höre, was uns immer wieder an großartigen Milliardenprogrammen abgefordert wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, es gilt die brutale Erkenntnis – auch jetzt in dieser Krise –, dass die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Deswegen hat gerade die Union darauf zu achten, dass das Geld sehr zielgenau ausgegeben wird und dass nicht einfach wild herumoperiert wird, Milliarde um Milliarde. Denn das muss eines Tages jemand bezahlen. Es ist die junge Generation, die das bezahlen muss.

Ja, wir unterstützen konkrete Maßnahmen, aber wir dürfen bei allem, was wir jetzt machen, ein typisches Markenzeichen der Union nicht aus den Augen verlieren. Ein typisches Markenzeichen der Union heißt: Dort, wo die Union regiert, wird mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger anständig umgegangen. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir Haushalte in Ordnung bringen statt in Unordnung.

Immer dort, wo wir Regierungen – in den Ländern und im Bund – von Rot-Grün übernommen haben, haben wir als erstes den Haushalt sanieren müssen. Das war in allen Ländern so und auch auf Bundesebene. Deswegen muss solide Haushaltspolitik ein Markenzeichen von uns bleiben. Das gelingt auch. Wir verlieren das Ziel nicht aus den Augen, sondern wir können es in der nächsten Legislaturperiode erreichen. Deshalb muss sehr genau überlegt werden, was wir tun, um in der konkreten Situation zu helfen.

Eine zweite Botschaft oder ein zweiter Kompass ist für uns notwendig. Alles, was wir jetzt in dieser Krise machen, muss dazu führen, dass wir gestärkt aus der Krise herausgehen. Deswegen müssen wir überall dort etwas tun, wo wirklicher Bedarf ist, damit wir stärker werden und gestärkt aus der Krise herauskommen. Deswegen ist es richtig, wenn wir dort investieren, wo wir – auch wegen der Haushaltskonsolidierung der letzten Jahre – Nachholbedarf haben: Das ist in der Infrastruktur.

Wir haben sowohl in den neuen als auch vor allem in den alten Ländern einen erheblichen Bedarf am Ausbau der Infrastruktur von Straßen.

(Vereinzelt Beifall)

Das muss nun energisch in Angriff genommen werden.

Die Bundeskanzlerin hat zu Recht den Ausbau des schnellen Internets genannt, was für junge Unternehmen im ländlichen Raum von großer Bedeutung ist. Ich nenne ein weiteres Thema: Wenn wir gestärkt aus der Krise herauskommen wollen – und das müssen wir –, müssen wir neben der Hardware, die ich genannt habe, auch in Bildung investieren. Alles, was wir jetzt in Bildungschancen für die junge Generation stecken, macht uns nach der Krise stärker, auch im Wettbewerb mit den aufstrebenden Nationen in Asien und Amerika.

(Beifall)

Deswegen sind Investitionen in Bildung so viel wert wie Investitionen in Straßen und in schnelle Internetverbindungen.

(Beifall)

Wenn wir uns im Januar in der Koalition erneut treffen, um über die Frage zu sprechen, was in einer weiteren Stufe zur Abstützung der Konjunktur noch getan werden muss, werden die Investitionen in Bildung, in Schulgebäudesanierung, in Krankenhäuser und in vieles andere mehr eine Rolle spielen. All diese Maßnahmen wirken schnell und sichern Arbeitsplätze vor Ort.

Die Unionsfraktion wird diese Maßnahmen unterstützen. Ich bin deswegen dankbar, dass heute mein Erster Stellvertreter, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Peter Ramsauer, anwesend ist. Mit ihm verbindet mich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Da mag es manche Diskussionen zwischen CDU und CSU geben. Aber ich sage Ihnen: In der gemeinsamen Bundestagsfraktion funktioniert es; wir arbeiten gut zusammen. Herzlich willkommen, lieber Peter Ramsauer, auf unserem Parteitag in Stuttgart!

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, wenn wir heute in dieser schwierigen Situation uns über den Kurs der Union unterhalten, spielt natürlich nicht nur die Wirtschaft eine Rolle. Es geht um mehr. Es geht auch um die Frage: Habt Ihr eine Vorstellung und eine Vision von dem, was nach der nächsten Bundestagswahl in unserem Land geschehen soll? Da kann ich nur sagen: Ja, wir haben eine Vorstellung. Wir wollen ein Land, in dem die Menschen Aufstiegschancen haben – vor allem die junge Generation. Wir wollen ein Land, in dem sich die Leute etwas zutrauen. Wir wollen ein Land, in dem die Bürgerinnen und Bürger Perspektiven entwickeln können. Dies geschieht nur, wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten zur Entfaltung geben, wenn wir also gemäß unserem Menschenbild Vertrauen in die Menschen haben.

Da kann ich Ihnen nur sagen: Das wird besser mit einer anderen Koalition gelingen als mit der SPD. Seit wir mit der SPD regieren, schauen wir etwas tiefer in manche Dinge hinein und sehen die Unterschiede. Ich nenne Ihnen einige Beispiele. Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt für uns, dass wir den Leuten ideologisch nichts vorschreiben, sondern dass wir ihnen ein Angebot machen. Deswegen hat in der Familienpolitik von Ursula von der Leyen immer die Wahlfreiheit gegolten. Wahlfreiheit ist möglich, wenn die Eltern wählen können. Deswegen ist es richtig, wenn wir sagen: Wir bauen die Ganztags schulbetreuung aus. Aber es ist überhaupt nicht richtig, wenn Sozialdemokraten sagen: Wir wollen nicht das Kindergeld erhöhen; wir wollen nicht mehr Geld in die Hände der Eltern geben; wir wollen das Geld eher in Einrichtungen stecken. – Das entspricht nicht unserem Menschenbild. Wir wollen die Wahlfreiheit. Dazu gehört das Angebot von Ganztagsbetreuungsplätzen. Dazu gehört aber auch der Respekt vor denjenigen Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen und erziehen.

(Beifall)

Es gilt aber nicht der dümmliche Satz von Sozialdemokraten: Eltern kann man kein Geld in die Hand geben; denn sie kaufen Flachbildschirme oder versaufen das Geld. – Das ist nicht unsere Wahrnehmung von den Familien in unserem Land, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt natürlich auch, dass wir weniger Bürokratie und weniger staatliche Lenkung wollen. Wir wollen, dass die Menschen dort, wo sie ihre Entscheidungen selber treffen können, dies auch tun. Dies heißt: Stärkung der örtlichen Einrichtungen und nicht Schwächung, keine Zentralisierung, sondern Wettbewerb.

Überall sehe ich bei den Sozialdemokraten nur den Wunsch nach Zentralisierung. Die Gesundheitsministerin hat den Wunsch, dass es nur eine einzige Krankenkasse gibt, möglichst völlig abhängig vom Bundesgesundheitsministerium und von ihren Entscheidungen. Dazu kann ich nur sagen: Das ist nicht die Politik, die wir uns vorstellen. Wir wollen Wettbewerb in der Gesundheitsfürsorge; wir wollen darum kämpfen, dass es unterschiedliche Modelle gibt, sodass man sehen kann, wer es besser macht.

In der Bildungspolitik erlebe ich nur Sozialdemokraten, die aufgrund eines völlig anderen Menschenbildes als das unserige zu anderen Überzeugungen kommen. Wir wissen, dass die Menschen unterschiedlich sind. Wir wissen, dass die Kinder unterschiedliche Anlagen und Talente haben. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, ist es doch völlig richtig, zu sagen: Wir wollen mit einem gegliederten Schulsystem auf die Herausforderungen von Erziehung und Bildung antworten. Bei der SPD höre ich immer nur den lapidaren Satz: Einheitsschule, Einheitsschule. Das ist nicht unsere Position. Mit der Einheitsschule wird man der besonderen Situation von Kindern in den jeweiligen Altersstufen nicht gerecht. Wir wollen den Wettbewerb im Föderalismus haben und schauen, welches System sich als besser erweist.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, was ist eigentlich besser: die Einheitsschule oder die Herausforderung durch neue Bundesländer, die zeigen, dass sie es besser können als andere? Da kann ich nur sagen: Hätten wir die Einheitsschule, hätten wir Mittelmaß. Wir sind aber nicht für Mittelmaß, sondern wir sind für gute Leistungen. Dies geschieht nur durch Wettbewerb im Föderalismus. Da fordere ich die Länder auf, ihre Aufgabe gerade in der Bildung ernst zu nehmen und diesen Wettbewerb anzunehmen, damit wir gestärkt aus der Krise kommen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt, dass wir den Menschen Sicherheit geben. Dies umfasst nicht nur die Sicherheit, in einer Gemeinschaft zu leben, die sich ihrer sozialen Anliegen annimmt und Grundrisiken abdeckt. Es geht auch um Sicherheit vor Gewalttaten und Gefahren. Ich bin froh und dankbar dafür, dass wir mit Wolfgang Schäuble einen Innenminister haben, der diese Herausforderungen realistisch sieht. Die Union macht doch keine Sicherheitspolitik, um Menschen zu bedrängen. Wir machen eine Sicherheitspolitik, um Gefahren abzuwenden.

Ich kann mich nur wundern: Was ist das für eine Haltung unseres Koalitionspartners? Nach Monaten des Streites und der Diskussion haben wir uns darauf geeinigt, dass der Bund mit dem BKA-Gesetz die neue Kompetenz bei der Bekämpfung des Terrorismus durch entsprechende Handlungsmöglichkeiten bekommt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck hat sich vor die Öffentlichkeit gestellt und gesagt: Das ist ein gutes Gesetz. Dann ist die ganze Führungsmannschaft der SPD nach Sachsen gereist, wo die SPD gerade einmal 10 Prozent erreicht hat. Dort trat ein Juso-Vorsitzender auf, der wahrscheinlich nicht einmal 2 Prozent Zustimmung erhalten hat. Dieser sagte dann: Das BKA-Gesetz machen wir nicht! Die ganze Führungstruppe der SPD rief daraufhin nicht „Buh!“ und sagte auch nicht, dass das Gesetz durchgebracht werden muss. Sie sagten stattdessen nur, dass man darüber diskutieren muss.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben nun einmal die SPD als Koalitionspartner. Aber es ist ein jämmerliches Bild, das die SPD bei der inneren Sicherheit in unserem Land abgibt.

(Beifall)

Jetzt darauf zu verweisen, dass die von der FDP mitgetragenen Koalitionen beim BKA-Gesetz auch nicht mitmachen können, ist eher schwächlich bzw. dümmlich. Wir haben mit den Großen Koalitionen und unseren Alleinregierungen eine Mehrheit im Bundesrat, um das Gesetz zu verabschieden. Deswegen rufe ich den Sozis in Berlin zu: Ihr habt kein Recht, Euch irgendwo zu verstecken! Ihr müsst jetzt dafür sorgen, dass dieses Gesetz, das im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger so dringend notwendig ist, im Bundesrat verabschiedet wird! Auf geht's, Sozialdemokraten! Wir brauchen die Sicherheit in unserem Land und nicht Eure parteipolitische Taktik!

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes heißt auch, dass wir den Schutz des Lebens ernst nehmen müssen.

Da gibt es keine Gruppierung im Deutschen Bundestag, die den Schutz des Lebens so ernst nimmt wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das kann man sich dann wie durch ein Brennglas an einzelnen Punkten immer ganz genau anschauen, und ein solches Thema ist die Spätabtreibung. Die Spätabtreibung ist kein Vorgang von Tausenden, es ist ein Vorgang von Hunderten von Abtreibungen und ist trotzdem von elementarer Bedeutung. Es geht nämlich darum – ausschließlich darum! –, ob es in deutschen Krankenhäusern und Kliniken einen Automatismus gibt: Feststellung einer Behinderung und dann automatisch Abtreibung. Wir als Union wollen auch da nicht befehlen oder anordnen, sondern wir wollen nur sagen: Es muss die Möglichkeit geben, dass sich die jungen Familien ein paar Tage beraten, mit der Situation fertig werden und dabei Anspruch auf Beratung haben. Die Entscheidung, die sie dann treffen, akzeptieren wir auch. Das ist auch mit Ärzten und Kirchen abgestimmt.

In einer solchen Situation kommt die SPD und sagt: Da machen wir nicht mit, wir wollen nur eine Empfehlung, wir wollen keine gesetzliche Festschreibung von Fristen und anderem mehr. – Dazu kann ich nur sagen: Wir wollen den Familien und den Frauen einen Anspruch auf Beratung und Betreuung geben, nicht aber den schnoddrigen Satz: Sie erwarten ein behindertes Kind, die Abtreibung kann morgen durchgeführt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wer eine solche minimale Regelung, wie wir sie jetzt vorschlagen, eine Regelung, die sinnvoll ist, nicht mitmachen kann wie die SPD, der hat kein Recht mehr, von sich zu behaupten, er stehe im Deutschen Bundestag für den Lebensschutz.

(Beifall)

Der Schutz des Lebens am Beginn des Lebens und der Schutz des Lebens am Ende des Lebens gehören zusammen. Die Bundeskanzlerin hat gesagt, wir werden keine Tötung auf Verlangen zulassen. Ich sage Ihnen, wir diskutieren demnächst im Deutschen Bundestag über die Frage des Patiententestaments: Was kann geschehen und was nicht? Das ist eine sehr schwierige Frage. Was ich von der SPD zu diesem Thema höre, überzeugt mich nicht. Ich kann nur sagen, unsere Position, die der Parteien CDU und CSU, aber auch die der Fraktion, kann doch nur eine einzige Position sein, und die heißt: Wir wollen den Menschen beim Sterben helfen, wir wollen sie beim Sterben begleiten, aber mit uns, liebe Freundinnen und Freunde, wird es nie Hilfe zum Sterben geben. Das verbietet unser Bild vom selbstbestimmten Menschen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die Große Koalition hat in drei Jahren – das wird man so sagen dürfen – einiges erreicht. Keiner von uns hätte gedacht, dass so viel hinzukriegen ist. Dass wir so erfolgreich waren, ist auch die Voraussetzung dafür, dass wir jetzt besser handeln können, als wir noch vor drei oder vier Jahren handeln konnten. Hätten wir noch die Daten, die wir damals, 2005, hatten, als wir die Regierung übernommen haben, sähe es in unserem Land sehr viel problematischer und schwieriger aus. Liebe Freundinnen und Freunde, es hat sich der Weg in den letzten drei Jahren also gelohnt, und er hat sich vor allem deshalb gelohnt, weil wir als Union der wichtige, der stabilisierende Teil der Regierung in Berlin waren.

Im nächsten Jahr gehen wir nun in eine Bundestagswahl. Wir werden natürlich versuchen, alles daranzusetzen, dass wir bei dieser Bundestagswahl die starke, die stärkste politische Kraft werden. Aber ich glaube, wir müssen nicht nur sagen, dass wir die stärkste politische Kraft werden wollen, sondern wir müssen auch sagen, wie wir uns das vorstellen. Denn bei allem Optimismus, den ich als Mitglied dieser wunderschönen CDU verbreiten darf und kann, werden wir, so glaube ich, die absolute Mehrheit im nächsten Jahr leider nicht erreichen, so gut das für unser Land auch wäre. Dies wird nicht zu erreichen sein, und deswegen sage ich – nicht nur so dahingeredet, sondern mit ganzer Leidenschaft –: Ich war Generalsekretär der CDU in Baden-Württemberg, als wir hier in einer Großen Koalition waren. Das war nicht einfach. Viele Diskussionen, die ich in Berlin mitgemacht habe – Stichwort: zu wenig Union, zu viel SPD –, habe ich auch in Baden-Württemberg durchstehen müssen. Aber ich sage Ihnen, wir sind aus der Großen Koalition mit einem Arbeitsbegriff herausgekommen, den ich auch für diese Koalition verwende. Da haben wir alle Chancen, und die These muss – wir erleben ja jetzt, wie sich die SPD gerade aufgestellt hat – für 2009 heißen: raus aus der Großen Koalition im Jahre 2009, rein in die Stabilität, rein in eine zweite Regierung Angela Merkel, CDU/CSU mit der FDP, keine Fortsetzung der Großen Koalition, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Damit entwickeln wir auch die Perspektiven, die notwendig sind, um im zweiten Jahrzehnt neue Chancen zu eröffnen. Wir werden mit der FDP eine Politik für Wirtschaft und Wachstum machen, für soziale Gerechtigkeit. Wir können dann das umsetzen, was gestern beschlossen worden ist, nämlich eine strukturelle Steuerreform, die den Menschen mehr von dem lässt, was sie sich erwirtschaften. Voraussetzung dafür ist auch, dass wir eine auf Wirtschaft, auf Wachstum angelegte Politik machen können. Denn alles, was wir über Steuerpolitik reden, ist recht und gut, aber das Erste, was wir tun müssen, ist, zusammen mit der Wirtschaft Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Das ist das ganze Geheimnis zur Bekämpfung von Armut und zur Schaffung von Wohlstand.

(Beifall)

Deshalb bleibt der Satz auch heute, in schwieriger Situation, richtig: Sozial gerecht ist, was Arbeit schafft. Deswegen müssen wir in dieser konkreten Situation jetzt auch alles tun, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Bemühungen darum zu unterstützen.

Liebe Freundinnen und Freunde, es war schon immer der falsche Ansatz von Sozialdemokraten, nur den Status abzusichern: Alles soll so bleiben, wie es ist. – Unsere Position ist eine andere. Es ist mit dem Menschenbild der Union nicht vereinbar, Menschen dauerhaft in Abhängigkeit von Sozialämtern und Hartz-IV-Ämtern zu halten. Das hat mit Würde nichts zu tun. Wir wollen, dass die Leute ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Deswegen: Arbeit schaffen, raus aus Hartz IV, raus aus der Sozialhilfe, Aufstiegsmöglichkeiten schaffen, das ist die Position der Union, die wir auch in einer Koalition mit der FDP stark voranbringen wollen. Nicht bloß den Status absichern, sondern Aufstiegschancen geben, Hoffnung und Perspektiven, das ist das Menschenbild der Union!

(Beifall)

Diese Perspektive wollen wir entwickeln, und ich glaube, dass wir mit diesem Bundesparteitag dafür auch gute Voraussetzungen geschaffen haben.

Wenn ich mir die SPD anschau, erlebe ich eine nicht nur in Hessen total verunsicherte und irritierte Partei. Dort versucht der Spitzenkandidat nun zu sagen, welche Fehler Frau Ypsilanti gemacht hat. Ich kann nur sagen, das ist alles Unsinn, alles Quark. Er hat die Verantwortung übernommen, er kandidiert jetzt, Frau Ypsilanti zieht hinten die Fäden, er hat überhaupt nichts zu bestimmen. Es ist in der SPD überall so: Ungeklärte Führungsfragen führen dazu, dass diese Partei nicht handlungsfähig ist.

Wenn wir nach Berlin schauen, ist es doch genauso. In den letzten Wochen hatte man den Eindruck, dass der Bundesfinanzminister die entscheidende Figur ist. Der neue Parteivorsitzende und der Kanzlerkandidat kamen überhaupt nicht vor. Deswegen hat ja der Kanzlerkandidat, der Außenminister, geglaubt, er müsse im Außenministerium auch mal Betriebsrätepolitik machen. Das kann man alles machen, aber es überzeugt die Menschen nicht. Die Menschen, die Leute, die Bürgerinnen und Bürger werden nur von klaren Perspektiven überzeugt, die wir ihnen anzubieten haben, und das heißt, auch in der nächsten Legislaturperiode sind die Arbeitsplätze das zentrale Thema.

Ich glaube, wir als Union haben allen Grund, zu schauen: Was hat sich in der Wirtschaft, in der Bankenwelt falsch entwickelt? Was müssen wir da ändern? Was kann geändert werden? – Wir dürfen nicht populistisch irgendwelchen Themen nachrennen, sondern müssen sehr genau überlegen: Was macht Sinn, was kann geändert werden?

Ich glaube, ein entscheidendes Thema, auf das wir Wert legen müssen, heißt: Wir müssen diejenigen, die in den Unternehmen als Manager oder als Banker Verantwortung tragen, wieder dazu bringen, dass sie nicht den kurzfristigen Erfolg in Bezug auf ihr eigenes Gehalt, ihr eigenes Bankkonto im Auge haben, sondern den langfristigen Erfolg ihrer Bank bzw. ihrer Firma.

(Beifall)

Deswegen müssen alle provisionsgetriebenen Gehaltsstrukturen überprüft werden. Mir haben junge Banker gesagt, dass ab September in London nichts anderes mehr gemacht wurde, als den eigenen Bonus nach oben zu treiben. Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Das System ist irr. Ein solches System wollen wir nicht. Wir müssen dafür sorgen, dass solche Strukturen, die nicht denen gerecht werden, die Geld bei der Bank anlegen, sondern denen, die eine Provision bekommen, wenn sie einen entsprechenden Rat gegeben haben, geändert werden. Ein gutes Grundgehalt und ein bisschen Antrieb, aber nicht ein kleines Grundgehalt und nur Antrieb – das führt uns in die Irre; denn es führt dazu, seinen eigenen Erfolg zu maximieren, nicht aber den Erfolg des Instituts bzw. Unternehmens.

(Beifall)

Das ist das eine, liebe Freundinnen und liebe Freunde. Wir als Union müssen aber auch das andere nennen: Wir haben in dieser Krise, in der Finanzmarktkrise und angesichts dessen, was sich in der Wirtschaft abzeichnet, unglaubliches Glück. Wir haben unglaubliches Glück nicht nur, weil gewollt war, dass die Union in dieser schwierigen Phase regiert – das ist auch Glück –, sondern auch, weil wir eine besonnen reagierende Bevölkerung haben, die nicht in Panik ausbricht, sondern weiß, dass wir in einem Land mit guten Strukturen leben. Wir haben auch unglaubliches Glück, dass das Rückgrat unserer deutschen Wirtschaft der Mittelstand ist, das Handwerk, die Familienunternehmen. Ich finde, wir können von einem solchen Parteitag aus schon einmal sagen: Wir sind unseren Familienbetrieben, unseren Handwerksbetrieben, unseren mittelständischen Betrieben außerordentlich dankbar, dass sie auch in dieser schwierigen Zeit zu ihren Arbeitskräften stehen, dass sie ihr Unternehmen im Blick haben, dass viele nicht schauen, wie sie ihren eigenen Gewinn maximieren können, sondern dass sie überlegen, wie sie ihre Firma durch diese schwierige Zeit bringen. Denen sagen wir: Für euch, die mittelständischen Familienbetriebe, sind wir da. Euch unterstützen wir, damit ihr diese schwierige Zeit überwinden könnt, weil wir euch auch in Zukunft für die Wirtschaft in unserem Land brauchen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich bin sicher, dass wir mit diesem Parteitag, mit den Personal- und Sachentscheidungen, die wir getroffen haben, gestärkt in das nächste Jahr gehen, dass wir mit diesem Parteitag das Signal gesetzt haben: Jawohl, die Union will es im nächsten Jahr wissen. Sie hat das richtige Personal. Sie hat die richtige Kanzlerin, die richtige Spitzenkandidatin. Sie hat das richtige inhaltliche Konzept. Sie weiß, was in dieser schwierigen Zeit zu tun ist. Auf die Union wird es im nächsten Jahr ankommen. Ich kann den Sozialdemokraten deshalb nur zurufen: Macht eure Sticheleien gegen die CDU, die CSU und die Kanzlerin! Ihr habt kein Vertrauen bei der Bevölkerung in diesem Land. Wir sind gut gerüstet. Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern sagen, wie wir uns dieses Land im zweiten Jahrzehnt vorstellen: Chancen für Aufstieg, soziale Gerechtigkeit, das Land modernisieren. Auf die Union kommt's an,

nicht auf die vorgestrigen, altbackenen Sozialdemokraten, die weder das richtige Personal noch das richtige Programm haben. Die Union ist die Partei, die Kraft, die auch das nächste Jahrzehnt gestalten wird.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir, die wir in Führungsverantwortung sind, setzen alle auf Sie, weil wir wissen: Ohne unsere Kreisverbände, ohne unsere Ortsverbände, ohne die Mitglieder können wir überhaupt nichts. Aber mit Ihnen können wir im nächsten Jahr viel. Wir können so viel, dass wir im nächsten Jahr eine zweite Regierung Merkel in einer neuen Koalition, einer Koalition von neuen Chancen, bilden können – für neue Perspektiven in unserem Vaterland. Auf geht's, liebe Freundinnen und Freunde. Jetzt ist unser Einsatz gefragt. Die Sozis sollen sich warm anziehen. Wir sind gerüstet.

(Anhaltender Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Lieber Volker Kauder, der Applaus hat es gezeigt: Der Parteitag dankt dir. Er dankt dir nicht nur für eine klare Rede, die unsere Position beschrieben und die Trennungslinien zu unseren politischen Mitbewerbern, ob Koalitionspartner oder nicht, eindeutig dargestellt hat. Er dankt dir auch für die souveräne Erfüllung einer schwierigen Aufgabe. Fraktionsvorsitzender zu sein, wenn die Mitglieder der Fraktion einer Partei angehören, ist schwierig. Viel schwieriger ist es, Vorsitzender einer Fraktion zu sein, bei der die Mitglieder aus zwei Parteien kommen, auch wenn sie in geschwisterlicher Zuneigung verbunden sind. Auch diese Aufgabe erfüllst du mit großer Souveränität, mit großem Engagement erfolgreich für unsere Sache. Vielen Dank, Volker Kauder.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir kommen damit zur Fortsetzung der Beratung der Sonstigen Anträge.

Ich rufe den Antrag C 44 des Kreisverbands Vechta auf Seite 377 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission hat ihre Empfehlung geändert. Sie empfiehlt nunmehr, den Antrag an den Generalsekretär zur Prüfung der Berücksichtigung im Bundestagswahlkampfprogramm zu überweisen. Ich frage vor diesem Hintergrund, ob sich damit die angemeldete Wortmeldung erledigt hat oder weiter Bestand hat? – Gerd Meyer.

Gerd Meyer: Ich möchte dazu ganz kurz etwas ausführen. Herr Müller! Liebe Delegierte! Herr Kauder hat eben schon unterstützend etwas zu diesem Thema ausgeführt; unsere Bundesministerin Frau von der Leyen hat viel in dieser Hinsicht erreicht. Wir konnten daher überhaupt nicht verstehen, dass die Empfehlung lautete, diesen Antrag als erledigt zu betrachten, zumal im Bericht über den Vollzug der Beschlüsse des 21. Parteitages noch viele Fragen offen sind. So fehlen konkrete Ausführungen zum Betreuungsgeld, und ich denke, wir brauchen nach wie vor eine ausführliche Diskussion zur mittel- und langfristigen Familienpolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu drei kurze Anmerkungen: Wir stehen klar zur Familie; das heißt: Familie fördern, nicht ersetzen. Zum Betreuungsgeld: Echte Wahlfreiheit heißt, dass die wertvolle und hervorragende Erziehungsleistung der Eltern und der Erzieherinnen auch entsprechend, insbesondere finanziell, honoriert wird. Beim Familiengeld sind wir der Auffassung, dass der Beschluss von Leipzig nach wie vor wegweisend ist. Hier geht es darum, die Eigenverantwortung zu fördern; das heißt: starke Eltern, starke Kinder.

Wir danken der Antragskommission für den Wechsel im Votum. Wir können dies nur begrüßen. Ich bitte, das zu unterstützen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Das heißt, wenn ich das von Müller zu Meyer richtig verstanden habe, dass sich der Antragsteller die Empfehlung der Antragskommission zu Eigen macht.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu C 44 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 45 des Kreisverbandes Vechta, Seite 377 der Antragsbroschüre, auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die Kommission „Solidarisches Bürgergeld“ zu überweisen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer den Empfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

Damit komme ich zum Antrag C 46 des Kreisverbandes Vechta, Seite 377 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer zustimmen möchte, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei einer Gegenstimme angenommen.

Wir kommen damit zum Antrag C 48 des Kreisverbandes Vechta auf Seite 378. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag nach dem Beschluss der Koalition zur Neuregelung der Erbschaftsteuer als erledigt zu betrachten. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dies einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C 49 des Kreisverbandes Vechta auf Seite 378 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag in der Fassung der Antragskommission anzu-

nehmen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen.

Damit kommen wir zum Antrag C 50 des Kreisverbandes Wuppertal auf Seite 378 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag aufgrund des Beschlusses des 21. Bundesparteitagés zum damaligen Antrag D 37 und zu dem dazugehörenden Vollzugsbericht als erledigt zu betrachten. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Wir kommen damit zum Antrag C 52 des Kreisverbandes Neckar-Odenwald. Dieser Antrag befindet sich auf Seite 12 der Sammlung der Initiativanträge und Sachanträge. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 52 an den Bundesfachausschuss „Entwicklungspolitik und Menschenrechte“ zu überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dies einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 53 des Kreisverbandes Neckar-Odenwald auf Seite 12 der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt, auch diesen Antrag an den Bundesfachausschuss „Entwicklungspolitik und Menschenrechte“ zu überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Damit kommen wir zum Antrag C 54 des Kreisverbandes Ravensburg auf Seite 12 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Christian Natterer vor, der vom Podium aus sprechen möchte. – Bitte schön, Herr Natterer.

Christian Natterer: Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollten als CDU Deutschland, die die wirtschaftliche Entwicklung sehr positiv begleiten möchte, das Thema Verkehrspolitik mehr in den Mittelpunkt rücken. Wir haben mittlerweile auf deutschen Straßen durch Staus verursachte volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von über 150 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass wir in vielen Bundesländern – Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Hessen – eine Planungsreserve in Höhe von mehreren Milliarden Euro für planfestgestellte Projekte haben, die aufgrund von Geldmangel nicht finanziert werden können. Wenn wir keine größere Belastung der zukünftigen Generationen durch eine höhere Staatsquote wollen, müssen wir auch beim Thema Verkehrspolitik eine stärker am Nutzer orientierte Finanzierung einführen.

Zu guter Letzt: Es ist unglaublich, wenn wir gestern allenthalben vom Vorziehen wichtiger Verkehrsinvestitionen sprechen, uns heute aber gegen die Einführung einer Pkw-Vignette und die damit verbundenen Mittel entscheiden. Das ist ein sehr wichtiges Thema. Ich bitte Sie, dem Antrag auf Einführung einer Pkw-Vignette, um mehr Geld für den Straßenbau zu bekommen, zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Unter dem Eindruck dieser Ausführungen empfiehlt die Antragskommission, abweichend von der bisherigen Empfehlung, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Ich frage den Antragsteller, ob er damit einverstanden ist. – Der Antragsteller bekundet sein Einvernehmen. Damit heißt die Empfehlung: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Damit kommen wir zum Initiativantrag C 58 auf Seite 14 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Wir kommen damit zum Antrag C 59 auf Seite 14 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag grundsätzlich anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit rufe ich den Initiativantrag C 60 auf Seite 10 der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Damit haben wir die sonstigen Anträge insgesamt beraten und entschieden. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Mitarbeit. Tagesordnungspunkt 23 ist damit erledigt.

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zu TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

GRUßWORT DES STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER

CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IN BAYERN, DR. PETER RAMSAUER MDB

Ich begrüße herzlich unseren Freund, den stellvertretenden Vorsitzenden der CSU in Bayern, Peter Ramsauer.

(Beifall)

Lieber Kollege Ramsauer, wir freuen uns auf Ihr Grußwort.

Dr. Peter Ramsauer, Stellvertretender Vorsitzender der CSU: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende! Liebe Angela Merkel! Lieber Volker Kauder! Liebe Freunde! Liebe Gäste des Parteitags! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich ist es eine große Ehre, zusammen mit unserem Generalsekretär Karl-Theodor zu Guttenberg vor dem Parteitag der großen Partei CDU, unsere Partei, die CSU, mit einem Grußwort zu vertreten. Ich weiß, Sie hatten heute an dieser Stelle unseren Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Horst Seehofer erwartet.

(Vereinzelt Beifall)

Aber Sie alle kennen Horst Seehofer. Deswegen wissen Sie, dass Horst Seehofer, wenn es gilt, irgendwo ohne Rücksichtnahme und mit vollem Durchgriff aufzuräumen, dies nicht anderen überlässt, sondern dies selbst tut. Deshalb ist er in diesen Tagen und diesen Stunden in München gefordert und unabkömmlich.

Er lässt sich durch mich bei Ihnen entschuldigen und hat mich gebeten, die besten Grüße Ihrer Schwesterpartei, meiner Partei, der Christlich-Sozialen Union, zu überbringen.

Vor allen Dingen möchte ich natürlich persönlich und im Namen meiner Partei sowie im Namen von Horst Seehofer Ihnen, liebe Frau Parteivorsitzende, aufs Allerherzlichste zu dem exzellenten Wahlergebnis von ganz knapp 95 Prozent gratulieren, das Sie gestern bei Ihrer Wiederwahl erreicht haben.

Ich möchte auch ganz herzlich all jenen gratulieren, die gestern mit hervorragenden und überzeugenden Ergebnissen – ich habe mir alle Ergebnisse angesehen – in die Führungsämter der CDU Deutschlands gewählt worden sind. Für mich besonders interessant ist: Man findet all jene alten Freundinnen und Freunde wieder, die man aus dem Bundesvorstand und aus dem Deutschlandrat der Jungen Union in den 80er-Jahren kennt. Man macht dort weiter, wo man vor 25 bzw. 30 Jahren begonnen hat und sich aufeinander eingestellt hat. Auch das ist ein hervorragender Kitt für den Zusammenhalt zwischen CDU und CSU, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich glaube, dieser Parteitag mit diesen guten Wahlergebnissen und dem Leitantrag, der gestern beschlossen worden ist, ist eine sehr gute Ausgangsposition für die Wahlen, die wir im nächsten Jahr zu bestehen haben: für die Wahl des Bundespräsidenten, die Europawahl und schließlich die ganz große Auseinandersetzung um unser Vaterland, die Bundestagswahl. Mit unserem Bundespräsidenten Horst Köhler haben wir einen exzellenten Mann an der Spitze unseres Staates. Er wird dort bleiben. Liebe Freunde, man kann schon heute sagen, dass der Angriff, den die SPD mit ihrer Kandidatin auf uns starten wollte, kläglich misslungen und gescheitert ist.

(Beifall)

Ich möchte in meiner Rolle als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe ein ganz herzliches Dankeschön an dich, lieber Volker Kauder, richten; denn es ist – wir haben das beim Bericht des gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden gemerkt – ein großes politisches Kunststück, eine Große Koalition mit einem so schwierigen Koalitionspartner, wie es die SPD ist, zu führen. Es ist auch nicht immer leicht, lieber Volker, eine so große Bundestagsfraktion, bestehend aus zwei Parteien, zu führen. Es macht aber große Freude, diese Fraktion mit dir zusammen zu führen. Bei allen Schwierigkeiten, die die Große Koalition mit sich bringt, bei all diesen Problemen haben wir beide es uns niemals leicht gemacht und immer mit größter Sorgfalt und allergrößter Gewissenhaftigkeit das Maximale und vor allen Dingen das Verantwortbare für unsere Parteien herausgeholt. Sie können sicher sein, meine Damen und Herren: Wir würden niemals zu irgendeiner Gesetzgebung Ja sagen, wenn es nicht gewissenhaft und vor dem Hintergrund dessen, dass wir die bürgerlichen Volksparteien sein wollen, geprüft und dann zur Entscheidung freigegeben wird.

Das letzte Beispiel war die Erbschaftsteuer. Da hatten wir mit dem Hauptproblem gekämpft, dass die SPD zum Erben und zum Eigentum leider nicht nur kein Verhältnis, sondern auch ein gestörtes Verhältnis hat. Man muss manchmal sogar sagen: Sie hat ein regelrecht gehässiges Verhältnis. Denn Eigentum ist etwas, was dem Menschen Freiheit gibt. Es ist die Voraussetzung für Eigenverantwortung. Wir wollen den Menschen nicht in der Wiege und in den Verstrickungen des Staates haben. Wir wollen vielmehr – Volker, du hast von dem Menschenbild gesprochen, das uns leitet – den freien Menschen haben, den eigenverantwortlichen Menschen, den Menschen, der weitestgehend oder vollkommen unabhängig vom Staat ist. Dazu gehört Eigentum; dazu gehört auch Erben.

Wir haben bei der Erbschaftsteuerreform immer wieder deutlich gemacht, dass es uns in unserer Gesellschaftspolitik um wichtige Grundsätze geht. Wir haben unser Familienbild zum Maßstab dessen gemacht, wie man erben kann. Wir haben das Familienwohneigentum erstmals im deutschen Steuerrecht für die Ehepartner und weitestgehend auch für Kinder von der Erbschaftsteuer vollkommen freigestellt; wir wollen damit Leistung gewähren lassen. Erben gibt einer Lebens- und Leistungsbiografie einen Sinn; denn wenn sich Menschen aus versteuertem Einkommen Eigentum schaffen, dann natürlich für sich und zu einem Teil für den Konsum. Aber ein zusätzlicher Lebenssinn entspringt der Tatsache, dass diese Leistung und der Erwerb daraus im Sinne der Nachhaltigkeit der Gesellschaft an die nächste Generation weitergegeben werden können.

(Vereinzelt Beifall)

Leistung heißt für Familienbetriebe auch, von Generation zu Generation Stabilität im Interesse der Arbeitsplätze – das haben wir immer betont – zu gewährleisten. Das gibt der Gesellschaft und der Wirtschaft Stabilität.

Die Frage, inwieweit sich der Staat beim Weitergeben von Generation zu Generation daran die Hände abtrocknen bzw. beteiligen darf, ist höchst sorgfältig zu beantworten. Dies darf nur in dem Maße geschehen, wie es nach Gerechtigkeitsmaßstäben – das haben wir alle sehr sorgfältig erörtert – zu rechtfertigen ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte zu dem Leitantrag gratulieren, der gestern verabschiedet worden ist. Er gibt wichtige Hinweise für die Bundestagswahlen im kommenden Jahr. Im Hinblick auf die Bundestagswahl möchte ich, was die Erbschaftsteuerreform anbelangt, auch hier in aller Deutlichkeit ankündigen, dass wir, wenn es zu einer bürgerlichen Koalition kommt, die bei der Erbschaftsteuer offenen gebliebenen Fragen selbstverständlich wieder zum Gegenstand der Koalitionsverhandlungen machen und unverzüglich damit beginnen diejenigen Dinge, die noch nicht zu unserer vollen Zufriedenheit geregelt sind, so zu regeln, dass wir alle zu den Regelungen ja sagen können.

(Vereinzelt Beifall)

Damit bin ich bei einem wichtigen Passus des Leitantrages – ich glaube, dass dies eine gute gemeinsame Basis für die beiden Schwesterparteien ist – mehr Netto vom Brutto. Meine Damen und Herren, genau das ist es, was wir uns alle gemeinsam auf unsere steuerpolitischen Fahnen schreiben sollten und, was meine Partei betrifft, geschrieben haben. Es geht um die Entlastung der Familien, um die Entlastung der unteren Einkommenschichten, um die weitgehend volle steuerliche Abziehbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge. Das Wiederherausführen der Steuerpflichtigen aus der kalten Progression ist ein Anliegen der kleinen Leute, dessen wir uns annehmen müssen.

(Beifall)

Der Staat, die öffentliche Hand, hat nicht das moralische Recht, von dem, was unsere Leistungsträger zusätzlich verdienen, zum Beispiel durch Lohnerhöhungen, immer mehr abzuschöpfen. Der Staat hat nicht das moralische Recht, sich in immer stärkerem Maße am Fleiß der Menschen zu bereichern.

(Beifall)

Genau das ist die kalte Progression, die wir so schnell es geht angehen müssen. Konsumgutscheine, wie Nahles und Konsorten sie vorschlagen, können nicht der Weg der Christlich Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union sein.

(Vereinzelt Beifall)

Der Vorschlag, Konsumgutscheine zu verteilen, entspricht zutiefst der gesellschaftspolitischen Philosophie der SPD. Konsumgutscheine bedeuten: Der Staat weiß, was für die Menschen gut ist. Man gibt ihnen Gutscheine, damit sie etwas vom Staat abbekommen. Nein, meine Damen

und Herren, Konsumgutscheine sind der falsche Weg; denn sie entfalten keine Kraft. Diese Kraft wollen wir aber. Diese Kraft muss von den Leuten selbst ausgehen. Sie wollen schlicht und einfach mehr Netto vom Brutto.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei allen Teilen der CDU für den Zuspruch, den wir erhalten haben, als wir im Mai dieses Jahres unser Steuerkonzept vorgelegt haben. Ich bedanke mich für den breiten Zuspruch, den wir aus Ihren Reihen erhalten haben.

Ich glaube, dass wir uns von einem Gedanken leiten lassen müssen – ich greife die Rede meines Kollegen Volker Kauder zum Rechenschaftsbericht auf -: Wir sprechen in dieser Zeit viel von Vertrauen. Gerade im Zusammenhang mit der Bankenkrise und der Weltwirtschaftskrise sagen wir, dass es erforderlich ist, dass wieder Vertrauen geschöpft wird. Genau dieses Vertrauen sollten wir auch den Menschen schenken. Sie wissen sehr genau, wie sie, wenn sie mehr Netto vom Brutto haben, mit ihrem Geld umgehen sollten, damit mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen und die Konjunktur- und die Wirtschaftsentwicklung nachhaltig sind. Wir sollten nicht Konsumgutscheine verteilen, sondern den Menschen mehr von dem Geld, was sie mit ihrem Fleiß erarbeitet haben, netto in der Tasche lassen. CDU und CSU, unsere beiden Parteien, ziehen diesbezüglich an einem Strang. Wir müssen uns vornehmen, daraus im kommenden Jahr ganz konkrete Politik zu schmieden.

An CDU und CSU werden ganz besondere Erwartungen gerichtet. Wir können gemeinsam stolz darauf sein, dass wir die letzten Volksparteien in unserem Land sind. Wir sind echte Volksparteien, bürgerliche Volksparteien, unter deren Dach sich alle Schichten der Gesellschaft zu Hause fühlen können: der gewerkschaftsorientierte Arbeitnehmer genauso wie der ordoliberaler Unternehmer, der Landwirt, die Hausfrau und der Rentner. Wir brauchen uns gegenseitig. Ich bedanke mich bei der Bundeskanzlerin dafür, dass sie in ihrem Rechenschaftsbericht gestern ausdrücklich darauf hingewiesen hat. Die CSU hat ein strategisches Interesse an einer starken CDU; denn auf bundespolitischer Ebene können wir unseren bundes- und europapolitischen Anspruch nur in dem Maße realisieren, wie es eine starke CDU gibt. Das Gleiche gilt selbstverständlich auch umgekehrt: Die CDU braucht eine starke CSU, weil die CSU einen unverzichtbaren, einen wichtigen Grundbeitrag für unser gemeinsames Gelingen bei bundesweiten Wahlen und bei Europawahlen erbringen muss.

(Beifall)

Wir sind uns als CSU dieser Verantwortung und dieser Aufgabe voll bewusst. Wir wissen natürlich auch, dass wir als überschaubarere Partei, auf die aufgrund der geringeren Zahl an Parteiflügeln vielleicht weniger Zentrifugalkräfte einwirken, wesentlich leichter ein klares Profil herausmeißeln und nach außen vertreten können. Weil wir das können, sind wir verpflichtet, dies in

aller Klarheit weit über die Grenzen Bayerns hinaus zu tun; denn wir wissen alle, dass nicht wenige in Bayern die CSU wählen, weil sie wissen, dass es in den anderen 15 Bundesländern die CDU gibt. Auch dies gilt umgekehrt: In den 15 anderen Bundesländern wählen viele die CDU, weil sie wissen, dass es in Bayern die CSU gibt, die im Deutschen Bundestag die politischen Interessen ihrer ganz besonderen Wählerklientel herausarbeitet und durchsetzt. Aus all diesen Gründen war es richtig, liebe Angela Merkel, dass Sie gestern gesagt haben – ich zitiere –: „Deshalb heißen wir Union.“ Vielen Dank für diese klare Aussage.

(Beifall)

Im krassen Gegensatz dazu steht die erschöpfte und ausgezehnte SPD. Das ist ein Zustand, der es uns in der gemeinsamen Bundestagsfraktion alles andere als leicht macht. Die SPD hat einen riesigen Kardinalfehler gemacht: Anstatt die knallharte, die kompromisslose Auseinandersetzung mit der linken Partei zu suchen, hat sie den Schmusekurs gewählt und damit – so kann man es, glaube ich, sagen – ihre eigene inhaltliche und personelle Auszehrung eingeleitet. Ich halte es für ein schweres strategisches Versäumnis der SPD, dass sie diesbezüglich seit Jahren orientierungslos vor sich hintreibt. Ich stelle die Frage: Was wäre uns, der CDU oder der CSU vorgeworfen worden, wenn wir vor plus minus 20 Jahren eine ähnliche Zusammenarbeit mit Republikanern oder ähnlichen politischen Kräften, die es damals gegeben hat, gesucht hätten? Es hat sich als richtig erwiesen, dass wir einen knallharten, einen rigorosen Abgrenzungskurs gefahren sind. Diese Kräfte haben sich weitgehend – ich spreche insbesondere für Bayern – erledigt. Dieser Kurs war richtig. Die SPD täte gut daran, wenn sie gleichfalls einen rigorosen Abgrenzungskurs gegenüber den Linken gefahren wäre.

(Beifall)

Am Beginn einer großen Wahlauseinandersetzung ist die Frage berechtigt, was eine Koalition aus Rot und Dunkelrot mit unserem Land machen würde. Wohin würde Deutschland bei einer solchen Koalition treiben? Ich richte meinen Vorwurf ausdrücklich gegen die SPD-Führung, auch gegen diejenigen, die ihren Mund niemals dazu aufmachen, wie zum Beispiel der Kanzlerkandidat Steinmeier: Die SPD macht Bündnisse zwischen der SPD und der linken Partei Land für Land hoffähig. Herr Müntefering hat noch wenige Tage vor dem Zusammenbrechen des Ypsilanti'schen Denkgebäudes ausgerufen: Ich drücke ihr die Daumen. Wer für so etwas die Daumen drückt, dem nimmt man nicht ab, dass er auf Bundesebene nicht eines Tages doch das Gleiche macht. Wehret den Anfängen!

(Beifall)

Wir müssen über diese Gefahren deutlich reden.

Wir – das gilt auch für mich ganz persönlich – nehmen von diesem Parteitag viel Motivation für unsere gemeinsame Arbeit mit, und zwar nicht nur für unsere Arbeit in Berlin, sondern auch für

die Arbeit vor Ort, bei unseren Stammwählern, bei unseren Wählern, bei unserer bürgerlichen Klientel. Ich bin in den gut drei Jahren der Großen Koalition oft gefragt worden: Wo bleibt in der Großen Koalition denn die bürgerliche Politik?

Genau das müssen wir unseren Stammwählern und denjenigen, die uns im bürgerlichen Lager nahe stehen, immer wieder klipp und klar deutlich machen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir als CDU und CSU stehen für bürgerliche Politik. Für uns steht im Mittelpunkt der Politik das Bekenntnis zum Eigentum, zur Eigenverantwortung und zu all dem, was uns unsere christlichen und sozialen Wurzeln geben. Dazu gehört auch das Bekenntnis zum Konservatismus. Ich schäme mich nicht, dieses Wort ausdrücklich zu gebrauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Denn es ist für uns ein unentbehrlicher Kompass, dies immer wieder laut und deutlich zu sagen. Mit alldem hängt auch das Bekenntnis zum eigenen Land und das Bekenntnis zu einem gesunden Patriotismus zusammen. Es hat eigentlich viel zu lange gedauert – es bedurfte erst einer Weltmeisterschaft im Fußball –, bis es wieder normal wurde und zum guten Ton gehörte, dass bei bestimmten großen Anlässen das Deutschlandlied gesungen, die Nationalhymne gespielt und die deutsche Fahne gehisst wird. Das Bekenntnis zum und der Stolz auf das eigene Land sind für alle anderen Länder der Welt selbstverständlich und werden jeden Tag gelebt. Genau das erwarten die Menschen auch von uns:

(Vereinzelt Beifall)

Bekenntnis zum eigenen Land, Bekenntnis zu den eigenen Grundsätzen. Das alles macht bürgerliche Politik aus.

Diese Signale gehen von diesem Parteitag aus. Es geht um die Einsatzfreude für unsere gemeinsamen Ziele. Wir haben als CSU und CDU unserem Land etwas zu bieten. Unsere beiden Parteien haben unserem Land eine hervorragende und zuverlässige Politik zu bieten. Wir haben vor allen Dingen unserem Land eine exzellente Regierungschefin, eine exzellente Bundeskanzlerin Angela Merkel zu bieten.

(Beifall)

Nichts wünschen wir uns mehr, als mit ihr einem überzeugenden Wahlsieg im nächsten Jahr entgegenzugehen. Ich verspreche Ihnen, liebe Freunde von der CDU: Wir werden gemeinsam dafür kämpfen, dass wir einen solchen überzeugenden Wahlsieg im kommenden Jahr einfahren. Die CSU wird mit ganzer Kraft das Ihre dazu tun, dass wir eine bürgerliche Mehrheit erringen und im September des nächsten Jahres auf weitere vier Jahre Bundeskanzlerin Angela Merkel setzen können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und der CDU Deutschlands von Herzen alles Gute. Beste Wünsche und alles Gute für die großen Herausforderungen der kommenden zehn Monate. – Danke schön!

(Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Lieber Peter Ramsauer, der CDU-Bundesparteitag dankt dir für deine engagierte Rede und für die gute Zusammenarbeit. Bitte sage Grüße an Horst Seehofer und die CSU. – Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich gebe an meinen Kollegen Peter Müller ab.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, ich rufe damit Tagesordnungspunkt 21 auf:

ANTAG DES BUNDESVORSTANDES

„SCHÖPFUNG BEWAHREN: KLIMA-, UMWELT-, VERBRAUCHERSCHUTZ.“

Zur Einführung in den Antrag gebe ich das Wort dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, unserem Freund Ole von Beust.

(Beifall)

Ole von Beust: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute in beeindruckenden Reden gehört, wofür diese Union steht. Es ist die Partei der persönlichen Freiheit, der Entscheidungskompetenz jedes Einzelnen und die Partei der ökonomischen Vernunft und des ökonomischen Erfolges. Für mich gehört gleichermaßen dazu, dass diese Union auch die Partei der ökologischen Verantwortung, der heutigen Verantwortung für das Leben der kommenden Generationen in unserem Land ist. Die ökologische Verantwortung gehört zur ökonomischen Vernunft.

(Vereinzelt Beifall)

Dies zieht sich wie ein Faden durch den Antrag des Bundesvorstands. Der Antrag trägt den Titel „Schöpfung bewahren“. Ich gebe zu, auf den ersten Blick ist das ein pathetischer Anspruch. „Bewahrung der Schöpfung“ klingt einen Hauch von klerikal. Auf den zweiten Blick macht er deutlich, dass es hier nicht um Technik, nicht nur um Zahlen, Daten und einzelne Maßnahmen geht, sondern dass es um unser Verhältnis zur Politik geht. Es geht um eine Politik, die wir so betreiben, dass wir das, was wir heute tun, auch mit gutem Gewissen vor den Menschen verantworten können, die in 50 oder in 100 Jahren in Deutschland, in Europa, auf der Erde allgemein leben werden. Es geht darum, dass wird das, was wir heute tun, nicht nur an ökonomischen Maßstäben und Erfolgen messen, sondern auch an der Verantwortung, die wir für diese Erde ha-

ben. Es geht um die Frage, was wir für diese Erde erreichen und was wir gegebenenfalls anrichten, wenn wir das Falsche tun. Das ist christlich-demokratische Politik im eigentlichen Sinne und erst recht kein Monopolanspruch der Grünen. Das ist beste CDU-Politik, die wir hier vertreten.

(Beifall)

Dieser Antrag setzt sich in den Bereichen, die wir bearbeitet haben, ehrgeizige und, wie ich meine, realistische Ziele. Im Mittelpunkt des Antrags „Schöpfung bewahren“ stehen Vorschläge dazu, was wir tun können, um in dem Bereich, für den wir die Verantwortung tragen, die ständig zunehmende Erderwärmung zu bekämpfen bzw. sie zu reduzieren. Dabei stehen die Maßnahmen zur drastischen Reduzierung des CO₂-Ausstosses im Mittelpunkt. Sie finden in diesem Antrag, soweit es den Klimaschutz betrifft, viele einzelne Maßnahmen, die sich damit auseinandersetzen. Es sind Ziele, die bedeuten, dass wir in Deutschland den CO₂-Ausstoss bis zum Jahre 2020 mindestens um 20 Prozent, wenn es aber industriell und wettbewerblich gegenüber anderen Staaten vertretbar ist, um 40 Prozent zu reduzieren.

Wir finden das Ziel, das bis zum Jahr 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch mindestens 20 Prozent, im Bereich der Stromerzeugung sogar 30 Prozent betragen soll. Wir finden die Forderung, dass es Ziel ist, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2050 zum Hauptanteil der Energieversorgung zu machen. All das sind Maßnahmen, die keine Spielerei oder romantische Vorstellungen sind, sie sollen vielmehr dazu dienen, den CO₂-Ausstoss drastisch zu reduzieren, damit die Erderwärmung eingedämmt werden kann.

Für mich gehört dazu – auch das finden Sie in diesem Papier –, dass damit auch die Forderung verbunden ist, die Laufzeiten für Kernkraftwerke in Deutschland, die sicher und gut sind, zu verlängern.

(Beifall)

Wer den CO₂-Ausstoss wirklich reduzieren will, muss das wollen. Wir wollen das. Eine solche Laufzeitverlängerung bringt natürlich auch für die Kraftwerksbetreiber einen ökonomischen Vorteil, weil ein Großteil dieser Kraftwerke bereits abgeschrieben ist. Das gönne ich den Energieunternehmen, aber sie sollen nicht alleine Freude daran haben. Wir sagen daher auch, dass ein Teil dessen, was dadurch an Wertschöpfung gewonnen und an Gewinnen gemacht wird, auch an Forschung, Entwicklung und Anwendung erneuerbarer Energien zurückgegeben werden soll. Beides gehört zusammen. Ich sage zur Laufzeitverlängerung ja, zum Neubau nein. Den ökonomischen Nutzen lassen wir den Betreibern, aber auch der Gesellschaft zukommen, damit unsere ehrgeizigen Ziele erreicht werden können. Das ist ein Programm aus einem Guss, das sich sehen lassen kann.

(Beifall)

Nun haben wir gestern in einigen Diskussionsbeiträgen die leise formulierten Fragen gehört: Können wir uns bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir in Deutschland, in Europa und der Welt unbestreitbar haben, den Klimaschutz überhaupt noch leisten? Hat Klimaschutz noch Konjunktur? Passt Klimaschutz in die Landschaft? Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Verantwortung nicht abgeben können und dürfen, stattdessen müssen wir sagen, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten passen Klimaschutz und Ökologie in die Landschaft. Die Frage von Klimaschutz und Ökologie ist doch nicht allein eine Frage der wirtschaftlichen Konjunktur. Man kann die Debatte über den Klimaschutz nicht nach dem Motto führen „Haben wir einen milden Winter und einen heißen Sommer, dann schreien alle nach Klimaschutz, ist der Winter aber kühl, so wie jetzt, und der Sommer nicht so toll, dann wird das Thema vergessen“. Denn es geht letztlich um eine naturwissenschaftliche Aufgabenstellung, um naturwissenschaftliche Erkenntnisse, die auf die Politik zukommen. Wir dürfen unsere Verantwortung wirklich nicht von konjunkturellen Schwankungen abhängig mache.

(Beifall)

Nebenbei: Alles, was wir jetzt nicht tun und verschieben, wird später teurer. Aus ökonomischen Gründen mag sich die eine oder andere Verschiebung vielleicht aufdrängen. Zugleich ist aber zu sagen, dass es teurer wird, die entsprechenden Maßnahmen später zu ergreifen. Es ist allemal teurer, die Folgen des Klimawandels zu bekämpfen, als den Klimawandel vorbeugend zu bekämpfen. Wenn es erst einmal so weit ist, dass die Folgen der Erwärmung zu dem geführt haben, was alle befürchten, wird es verdammt viel teurer, diese Folgen einzugrenzen, als jetzt Schritt für Schritt, und zwar ökonomisch vernünftig, die Maßnahmen zu ergreifen, die wir fordern. Das ist auch ökonomisch vernünftig.

Die Fragestellung, ob Klimaschutz – der Klimawandel kommt ohnehin, wenn wir nicht etwas tun – Konjunktur hat, erinnert mich ein bisschen an die Fragestellung der Politik der 70er-Jahre, an das etwas künstliche Gegeneinander-Ausspielen von Ökonomie und Ökologie. Ich halte davon nichts. Die Frontstellung der 70er-Jahre – Ökonomie gegen Ökologie – muss überwunden werden. Sie passt nicht mehr in die Zeit.

(Beifall)

Wir wissen jetzt schon, dass eine gute ökologische Politik ökonomisch natürlich enorme Vorzüge hat. Wir wissen z. B., dass durch die Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung, der Wärmedämmung, der vernünftigen Klimatechnik in Gebäuden schon jetzt Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen im Bereich des Handwerks geschaffen worden sind. Solche Arbeitsplätze können und werden auch zukünftig entstehen, wenn wir in diesem Bereich mit Fördermaßnahmen weiterhin etwas tun. Wir wissen, dass im Bereich der Windenergie und der erneuerbaren Energien gerade in Norddeutschland Zehntausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen worden sind, um neue Energiegewinnungsformen zu finden. Aus diesen Bestrebungen

resultieren auch Aufträge für die Wirtschaft und Arbeitsplätze in den Betrieben, die in den erwähnten Bereichen tätig sind.

Wir wissen, dass der faire Handel, das heißt die Zertifizierung von Produkten, die aus der Dritten Welt zu uns kommen, die unter nachhaltig vernünftigen, aber auch sozial und menschlich vernünftigen Bedingungen gefertigt werden und hier gekauft werden, Tausende von neuen, sicheren und sozial vernünftigen Arbeitsplätzen z. B. in Kolumbien und in Mexiko und anderen Ländern Südamerikas, geschaffen hat. Ich sage es noch einmal: Ökologische Ansprüche bringen ökonomische Vorteile. Lasst uns dies nicht gegeneinander ausspielen.

(Beifall)

Dazu gehört aber auch, dass wir nicht träumerisch werden. Wir müssen natürlich auch deutsche Interessen wahrnehmen, wenn es um Standortpolitik geht, z. B. in der Automobilindustrie, der Stahlindustrie und im Falle der Aluminiumhütten. Man kann von unserer Industrie natürlich nicht verlangen, dass sie das allein tut, was europäische Länder nicht tun. Es darf nicht dazu führen, dass europäische Nachbarländer, so sehr wir sie auch schätzen, hohe Ansprüche an die Industrie stellen, welche sie im eigenen Lande nicht erfüllen, um sich auf diesem Wege unter dem moralischen Deckmäntelchen des Klimaschutzes ungerechtfertigte Vorteile innerhalb der europäischen Volkswirtschaften zu verschaffen. Das darf nicht passieren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weiß, dass wir mit der Bundeskanzlerin eine gute und starke Fürsprecherin haben, die sehr darauf aufpasst, dass dies nicht passiert. Die sich abzeichnende Einigung im Bereich der Automobilindustrie zeigt, wie ich glaube, den richtigen Weg auf.

Wir müssen den Klimaschutz und die Verantwortung, die wir haben, ernst nehmen. Einwendungen im europäischen Kontext dürfen wir nicht zu einem Bumerang für unsere Volkswirtschaft werden lassen, der dazu führen würde, dass wir das Geld, das wir z. B. für den Umweltschutz brauchen, nicht mehr haben würden, weil unsere Volkswirtschaften geschwächt werden könnten. Ich sage es noch einmal: Eine starke Ökonomie und Wachstum einerseits und Ökologie, Klimaschutz und Umweltschutz andererseits sind zwei Seiten einer Medaille, die in keiner Weise gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag beinhaltet eine Reihe von Forderungen und Einzelpunkten aus dem Bereich des Klimaschutzes. Gleichzeitig werden natürlich auch Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und des Verbraucherschutzes in den Blick genommen. Dies reicht von vielen unterschiedlichen Maßnahmen zur Förderung des Naturschutzes bis hin zu Maßnahmen gegen die Versiegelung und die endlose Bebauung der Landschaft. Solche Maßnahmen in Bezug auf die Landschaft kann man im Übrigen auch ökonomisch nutzen. Ich nenne hier den touristischen Aspekt und die Naherholung von Menschen, die in Großstädten

wohnen. Das heißt, man kann auch hier versuchen, Ökologie, Naturschutz, Umweltschutz und Ökonomie zusammenzubringen.

Ein weiteres Stichwort ist die Förderung des privaten Engagements in Stiftungen. Dazu gehört die Zertifizierung nachhaltig produzierter und gehandelter Lebensmittel und anderer Produkte aus der ganzen Welt. Dazu gehört die Stärkung der Verbraucherzentralen usw. Es handelt sich um ein ganzes Bündel von Maßnahmen.

Wenn Sie in dem Antrag nachlesen, was dort zu dem Bereich von Umweltschutz und Verbraucherschutz ausgeführt wird, wird Ihnen vielleicht auffallen, dass für uns immer im Vordergrund steht, Anreize für Aufklärung und Eigenverantwortung zu schaffen. Eigenverantwortung geht für uns immer vor staatlicher Bevormundung. Das gilt auch für den Umweltschutz und für den Verbraucherschutz

(Beifall)

In diesem Sinne haben wir ein Programm erarbeitet, das das Profil der Union als einer Partei mit ökonomischer Vernunft und ökologischer Verantwortung schärft. Dieses Programm schließt Lücken, die es in der Programmatik bisher teilweise noch gab. Einige Formulierungen waren zehn oder 20 Jahre alt; insofern ist jetzt eine Modernisierung notwendig. Dieses Programm macht deutlich, dass unsere Christlich Demokratische Union das C im Parteinamen nicht als pittoreskes Beiwerk versteht. Vielmehr liegt es in unserer Verantwortung, die Erde, die uns geliebt ist, pfleglich zu behandeln und sie künftigen Generationen in verantwortungsvoller Weise gut zu hinterlassen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ole von Beust. – Wir kommen damit zur Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes. Diesen Antrag finden Sie in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 1 bis 261. Den Antrag des Bundesvorstandes und die dazugehörigen Anträge finden Sie unter dem Kennbuchstaben A. Wir führen die Beratung in zwei Abschnitten durch. Zunächst gibt es eine allgemeine Aussprache. Dann folgt die Beratung der Einzelanträge. Ich möchte herzlich darum bitten, dass man die Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache, aber auch zu den Einzelanträgen dem Tagungspräsidium bereits jetzt anzeigt, weil die Beratung dadurch erleichtert werden kann.

In der allgemeinen Aussprache haben sich bisher Christian Wulff, Peter Liese und Christa Thoben zu Wort gemeldet. Wir treten jetzt in die allgemeine Aussprache ein. Zunächst hat Christian Wulff das Wort.

Christian Wulff (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte eine klarstellende und eine unterstützende Bemerkung zu dem machen, was heute hier

verabschiedet wird. Weil eben kein Widerspruch zwischen dem Ziel des Klimaschutzes und dem Ziel, Wachstum, auch industrielles Wachstum weiterhin zu ermöglichen, aufkommen darf, möchte ich begründen, warum beispielsweise morgen in Brüssel meine Landesregierung zusammen mit dem Verband der Chemischen Industrie und Hubertus Schmoldt von der Industriegewerkschaft Bergbau, Energie und Chemie Änderungen beim Emissionszertifikatehandel in Europa verlangen. Wir glauben, dass wir eine globale CO₂-Minderungsstrategie für die gesamte Welt brauchen und dass es keinen Sinn macht, dass man bestimmte effiziente Anlagen aus Europa in andere Länder verdrängt, in denen kein CO₂-Minderungsregime herrscht und deshalb höhere Emissionen in die Atmosphäre abgegeben werden, wobei noch hohe Transportkosten hinzukommen, um die dort produzierten Güter nach Europa zu verlagern. Es macht aber sehr viel Sinn, wenn die deutsche und die europäische Industrie in Brasilien, in China oder in Russland eine starke CO₂-Minderung finanziert und dies dann auch in Europa angerechnet bekommt, wie das derzeit üblich ist, wobei dies dann auch über 2012 hinaus möglich sein sollte, weil dies dem weltweiten Klimaschutz am stärksten dient. In Niedersachsen als einem Küstenland wissen wir, wie wichtig der Klimaschutz ist. Klimaschutz ist eine Frage des Überlebens. Wir wissen aber auch, wie wichtig es ist, dass wir die Zinkindustrie, die Aluminiumindustrie, die Papierindustrie, die Stahlindustrie und andere Bereiche unserer Volkswirtschaft in Europa mit einer Zukunft versehen.

Deswegen müssen Kleinanlagen aus dem Emissionshandel herausgenommen werden. Deshalb bedarf es der Berücksichtigung von kostenloser Zertifikatzuteilung bei effizienten Anlagen. Deswegen braucht man Gutschriften aus emissionsmindernden regionalen Engagements in Teilen der Welt. Deshalb brauchen wir auch Planungssicherheit. Wir erwarten, dass Zuteilungsregelungen bereits jetzt beschlossen werden. Man wird der Industrie nicht helfen, wenn man ihr sagt: In einem halben Jahr wird festgelegt, welches eine energieintensive Branche ist und welche Zuteilungen es für sie gibt. Das muss jetzt kurzfristig entschieden werden. Das sind die Forderungen, mit denen wir dem Klimaschutz am stärksten dienen, mit denen wir aber auch dem Bedürfnis nach Sicherung von Arbeitsplätzen gerecht werden.

Die Union war immer die Partei, die beides zueinander gebracht hat: Ökologie und Ökonomie. Das ist intelligenter Klimaschutz und keine Bürokratisierung, die die Emissionen vermehrt und die Arbeitsplätze vermindert. Deswegen kann ich dem Antrag zustimmen, weil er genau diese Fragen der Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnt und in Einklang bringt und damit auch die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie in Hamburg beschlossen hatten, konkrete Realität werden lässt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Danke schön, Christian Wulff. – Das Wort hat Peter Liese.

Dr. Peter Liese: Vielen Dank, lieber Peter Müller. – Ich finde es gut, dass wir gerade heute diesen Antrag diskutieren. Denn ich glaube, dass wir gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschafts-

krise hier Kurs halten müssen. Gut gemachte Umwelt- und Klimapolitik – ich betone: gut gemachte – ist kein Widerspruch zu Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Stabilität.

Ich glaube, das kann man ganz gut an der Entwicklung in Deutschland in den letzten Jahren erkennen. Wir sollten als Union stolz darauf sein, dass Deutschland als eines der wenigen Länder die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll schon heute erfüllt hat. Das liegt nicht daran, dass wir zwischendurch eine rot-grüne Bundesregierung mit einem Umweltminister Trittin hatten. Die meisten Emissionsreduktionen, die wir nach dem Kyoto-Protokoll machen mussten und im Gegensatz zu anderen gemacht haben, sind in der Regierungszeit von Helmut Kohl unter den Umweltministern Töpfer und Merkel erzielt worden und in der Zeit ab 2005, seit wir wieder in Berlin Regierungsverantwortung tragen. In den Zeiten unter Kohl und unter Merkel haben wir keine schlechte Wirtschaftspolitik gemacht, sondern wir haben beides miteinander in Verbindung gebracht. Anders als Rot-Grün haben wir es nicht gegeneinander ausgespielt. Deswegen glaube ich, dass wir auch die Chance haben, in der aktuellen Auseinandersetzung eine intelligente Umwelt- und Klimaschutzpolitik durchzusetzen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Europäischen Union hinweisen. Es ist gut, wenn Deutschland hier etwas macht. Aber das nützt nichts, wenn andere Länder innerhalb und außerhalb Europas nicht mitziehen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir faire, ambitionierte und realistische Zielsetzungen in Europa haben, die dann auch andere Regionen der Welt übernehmen. Es ist kein Zufall, dass Barack Obama – übrigens genauso wie McCain – sich an der Europäischen Union orientiert, wenn es um Klimaschutz geht.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir unter der deutschen Ratspräsidentschaft einen Durchbruch erzielt haben. Wir haben ein Ziel festgelegt. Es hätte niemand – auch nicht die Umweltverbände oder die Vertreter erneuerbarer Energien – jemals geglaubt, dass das auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einstimmig beschlossen wird. Bis 2020 sollen 20 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energiequellen kommen. Ich gebe zu, dass ich es auch nicht geglaubt habe. Deswegen herzlichen Dank an Frau Merkel, dass Sie das durchgesetzt haben. Das wird für diese Technologien einen Durchbruch bringen. Wir werden als deutsche Volkswirtschaft davon profitieren, weil wir in diesem Bereich in Europa führend sind. Es ist gut, dass andere jetzt gezwungen werden nachzuziehen, und wir das nicht mehr alleine machen.

Die Ziele bleiben also richtig. Aber es ist von Christian Wulff und anderen völlig zu Recht darauf hingewiesen worden, dass eine intelligente Klimaschutzpolitik anders aussieht als das, was uns die Europäische Kommission beim Emissionshandel vorgelegt hat. Das ist nicht akzeptabel, und Frau Merkel wird zu Recht nächste Woche mit Unterstützung der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament dafür kämpfen, dass wir beim Emissionshandel eine Änderung bekommen.

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, von dem eine Industrie besonders betroffen ist, die in meinem Wahlkreis sehr wichtig ist, die es aber in ganz Deutschland gibt: die Kalk- und Zement-

industrie. Sie ist am schlimmsten von den Plänen betroffen, weil sie technologiebedingt nirgendwo auf der Welt ohne CO₂-Ausstoß produzieren kann. Das heißt, auch die beste Technologie ermöglicht es nicht, ohne CO₂-Ausstoß zu produzieren. Trotzdem will die Europäische Kommission diese Industrien in eine hundertprozentige Auktionierung hineinbringen. Das ist eine Strafsteuer, und das wird genau dazu führen, was Christian Wulff beschrieben hat, nämlich dass wir diese Unternehmen aus Deutschland und Europa vertreiben. Das nützt nicht dem Klimaschutz. Das schadet unserer Wirtschaft und den Arbeitsplätzen. Deswegen werden wir gemeinsam keiner Lösung zustimmen, die eine volle Auktionierung oder eine nicht verkraftbare Belastung für diese Industrie vorsieht. Das müssen wir gemeinsam verhindern. Ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen können.

(Vereinzelt Beifall)

Dass wir das schaffen können, zeigt die Einigung von gestern Abend. Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Vertreter des Ministerrates, der Bundesregierung und der Kommission haben sich auf einen Kompromiss zu den Autoabgasen geeinigt. Anders, als es zunächst diskutiert worden war, wird die Belastung nicht einseitig bei den deutschen Herstellern großer Fahrzeuge landen. Es wird auch nicht so sein, dass es wie mit dem Fallbeil ab 2012 kommt, sondern die Industrie bekommt Planungssicherheit. Trotzdem werden wir das Ziel nicht aus den Augen verlieren und langfristig sogar noch ambitioniertere Ziele festschreiben.

Ich glaube, das ist der richtige Weg: auf die Bedenken aus der Wirtschaft eingehen, aber eine schnelle und vernünftige Einigung, damit wir Planungssicherheit haben und die negativen Aspekte der Europäischen Kommission so schnell wie möglich verschwinden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Danke schön, Peter Liese. – Das Wort hat nun Frau Ministerin Christa Thoben.

Christa Thoben: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe persönlich überhaupt keinen Nachholbedarf bei der Debatte über Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Zusammen mit Klaus Töpfer haben wir unsere Partei auf dem Hamburger Parteitag auf diesen Kurs eingeschworen. Zwischenzeitlich ist es ein Stück verloren gegangen, weil man plötzlich begrifflich nicht mehr mitmachen wollte.

Aber es bleibt heute so richtig wie damals: Ökonomie und Ökologie sind, intelligent gemacht, nie ein Widerspruch. Das eine befördert das andere. Was wir überlegen müssen, ist, mit welchen Instrumenten man beides voranbringt. Deshalb wollen wir selbstverständlich auch in wirtschaftlich schwieriger Lage an den Klimaschutzziele der Europäischen Union noch sonst wo Abstriche haben. Nein, aber wir müssen darüber reden, ob alle Details der Instrumente sinnvoll sind.

Wir haben von Nordrhein-Westfalen aus eine Allianz der Industrieregionen in Europa geschmiedet – Industrieregionen, die das auch gerne bleiben möchten, starke Industrieregionen. Sie fragen, wie die Bedingungen insbesondere für stromintensive Branchen sind. Machen wir möglicherweise etwas, das diese Branchen ins Ausland vertreibt?

Heute demonstrieren übrigens in Brüssel sowohl die IG Metall mit der Stahlindustrie aus Nordrhein-Westfalen bzw. aus Deutschland als auch die NE-Metalle. Sie haben Sorge, dass das, was bisher debattiert wurde, weder in der Abgrenzung der Branchen noch im Ausmaß der Deckelung ausreichend ist, um unsere Arbeitsplätze wettbewerbsfähig zu halten. Das hat etwas damit zu tun, ob wir die Instrumente so anlegen, dass sie auf jeden Fall kostensteigernd wirken und deshalb zu einem Risiko für unsere Arbeitsplätze werden.

Wir freuen uns, dass diese Gemeinschaft in Brüssel heute noch einmal aufmarschiert ist. Wir selber sind am 26. Juni von Nordrhein-Westfalen nach Brüssel gefahren, mit vielen, die mit uns für konkrete Veränderungen an einzelnen Maßnahmen streiten.

Aber, Herr Liese, die Sorge der Zement- und Kalkindustrie hat auch eine gewisse Dimension, aber – wenn ich das ganz offen sagen darf – dramatisch ist sie bei Nichteisenmetallen und der Stahlerzeugung. Lassen Sie uns deshalb ganz konkret die Branchen definieren, bei denen wir eine andere Regelung brauchen als bisher verabredet.

Ich nehme die Bundeskanzlerin beim Wort. Sie hat in Ihrer Rede hier vorgetragen – ich darf das zitieren –: Damit eines ganz klar ist: Der Schutz des Klimas duldet in diesem Jahr so wenig Aufschub wie im letzten.

Es heißt weiter: Aber ich sage ebenso klar: Bei der Frage der CO₂-Auktionierung dürfen wir nicht über das Ziel hinausschießen. Solange weite Teile der Welt den Zertifikatehandel nicht kennen, müssen wir verhindern, dass Industrien und Arbeitsplätze abwandern. Das wäre ökonomisch wie ökologisch schädlich.

(Vereinzelt Beifall)

Sie hat versprochen: Dafür werde ich auf dem Rat in Brüssel in der nächsten Woche eintreten, und zwar unmissverständlich.

Ich würde gerne nachher noch einmal die Chance nutzen, bei einem konkreten Punkt des Antrags einige Details vorzutragen, die aus nordrhein-westfälischer Sicht unverzichtbar sind. – Danke schön.

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Danke schön, Christa Thoben. – Wir kommen damit zur Beratung des Antrages im Einzelnen. Er umfasst 261 Seiten, und es gibt knapp 1000 Änderungsan-

träge. Deshalb möchte ich einen Vorschlag zum Verfahren machen. Ich schlage vor, dass wir über den Antrag beraten, indem wir die Ziffern des Antrages aufrufen. Soweit zu den einzelnen Ziffern keine Wortmeldungen vorliegen, möchte ich mehrere Ziffern gemeinsam aufrufen. Ziffern, zu denen Wortmeldungen vorliegen, werden einzeln beraten. Die Empfehlungen der Antragskommission und die vorliegenden Änderungsanträge werden nicht noch einmal gesondert verlesen. Das liegt Ihnen alles schriftlich vor.

Für die Beratung der Anträge in den einzelnen Ziffern stehen uns auch die stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission, die diesen Antrag erarbeitet hat – das sind Katherina Reiche, Tanja Gönner und Julia Klöckner –, zur Verfügung. Ich bin gebeten worden, darauf hinzuweisen. Das tue ich deshalb besonders gerne, weil es dokumentiert: Wir haben einfach starke Frauen in der Union.

(Beifall)

Wenn Initiativanträge zu einzelnen Ziffern gestellt werden, werde ich darauf gesondert aufmerksam machen. Gibt es Bedenken oder erhebt sich Widerspruch gegen dieses Verfahren? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Ziffern 1 bis 10 des Antrages. Die Ziffern 1 bis 10 sind auf den Seiten 1 bis 40 zu finden. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zur Ziffer 11. Bei der Ziffer 11 auf den Seiten 41 bis 48 der Antragsunterlagen haben wir eine Wortmeldung. Das Wort hat erneut Christa Thoben.

Christa Thoben: Ich möchte bei der Ziffer 11 eine Formulierung in Erinnerung rufen, die die Antragskommission empfiehlt:

In Verbindung mit der ab 2013 geplanten Versteigerung der Emissionszertifikate ist darauf zu achten, dass diese nicht zu steigenden Energiepreisen für die Endverbraucher führt.

Ich sage Ihnen eines: Wir haben eine ganz andere Sorge. Was bisher debattiert wird, wird ein Investitionsprogramm behindern, das in einer Größenordnung von 30 Milliarden Euro für die Modernisierung des Kraftwerksparks ansteht, und zwar ohne öffentliche Mittel. Diese Formulierung ist so allgemein, dass man konkret sehr viel dahinter verstecken kann. Wir müssen darauf achten, dass wir die Modernisierung des Kraftwerksparks aus Mitteln, die die Energiewirtschaft zur Verfügung stellt, nicht durch Beschlüsse behindern, die am Ende dazu führen, dass alte Kraftwerke mit erheblicher CO₂-Belastung deutlich länger laufen gelassen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Bitte an die Bundesregierung: Hinter dieser Formulierung kann man viel verstecken. Ich hätte es lieber deutlich konkreter gehabt, dass bei der Versteigerung die neuen Kraftwerke eine Begünstigung erfahren, damit die alten Kraftwerke früher abgeschaltet werden und wir dadurch ein Investitionsprogramm begleiten. Ansonsten müssten sich die öffentlichen Haushalte in viel kleinerer Dimension überlegen, woher sie das Geld bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Thoben. Für die Antragskommission nun Katherina Reiche.

Katherina Reiche, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Antragskommission sehr intensiv über den Emissionshandel beraten. Uns waren drei Botschaften wichtig: Dass wir erstens die Klimaschutzziele aufrechterhalten, dass wir zweitens den Emissionshandel als wichtiges Instrument betrachten und dass es drittens richtig ist, die Unternehmen hier in Deutschland nicht über Gebühr zu belasten. Das heißt, wir dürfen den Emissionshandel nicht zu einem Instrument werden lassen, der zur Abwanderung führt. Da sind wir ganz bei Frau Thoben.

Was man machen kann, ist sicherlich, in dem Antrag auszudrücken, dass die Beschlüsse, die gefasst werden sollen, Investitionen auch in den Kraftwerkspark befördern sollen. Das kann ich nach Rücksprache für die Antragskommission anbieten. Vielleicht kommen wir damit Nordrhein-Westfalen und Ihnen, Frau Thoben, entgegen.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich sehe Zustimmung bei Frau Thoben. Ich lasse dann abstimmen über die Ziffer 11 in der Form, wie es eben von der Antragskommission vorgetragen worden ist, sofern nicht weitere Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Antrag in der vorgetragenen Form zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.

Dann kommen wir zu den Ziffern 12 bis 15 des Antrages. Das sind die Seiten 48 bis 66. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen dann so beschlossen.

Damit kommen wir zur Ziffer 16; das sind die Seiten 66 bis 71. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Christian Kirchharz aus Nordrhein-Westfalen vor.

Christian Kirchharz: Ich möchte zu den Anträgen A 259 und A 266 reden; denn sie sind gleichlautend. Peter-Harry Carstensen hat es gestern auf den Punkt gebracht: Getreide, Lebensmittel gehören in den Magen und auf den Esstisch, aber nicht in den Tank. Ich bitte den Parteitag, ei-

nen eindeutigen Beschluss zu fällen, dass es im Biosprit kein Getreide geben soll. Es gehört einfach nicht da hinein. Biosprit kann man aus Reststoffen herstellen. Es ist aber nicht nötig, Getreide dafür zu verwenden.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Danke schön. Frau Reiche, bitte.

Katherina Reiche, Antragskommission: Die Antragskommission sieht zwischen dem, was vorgetragen wurde, und dem Antrag keinen Widerspruch, weil wir ganz deutlich auf die zweite Generation der Biokraftstoffe hinweisen. Ich finde, es wäre ein wichtiges Signal von diesem Parteitag, dass wir sagen: Ja, wir setzen nach wie vor auf Biokraftstoffe. Wir halten sie für ein wichtiges Instrument, nicht nur um Klimaschutzziele zu erfüllen, sondern auch um unserer Automobilindustrie Gelegenheit zu geben, anspruchsvolle Klimaschutzkriterien in Europa zu erfüllen.

Wir halten es aber auch für einen wichtigen innovativen Zweig und heben eben ab auf jene zweite Generation, bei der darauf verzichtet wird, wertvolles Gut wie Nahrungsmittel zu verwenden. Ich finde, der Text der Antragskommission, der noch einmal geändert wurde und in den Änderungsanträge eingeflossen sind, gibt dies hinreichend und gut wider.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Darf ich fragen, ob noch das Wort gewünscht wird? – Bitte schön.

Christian Kirchharz: Dass die Antragskommission den Text geändert hat, haben wir sehr erfreut zur Kenntnis genommen. Es fehlt aber ein kleines Wort in dem Text. Das ist das Wort „ausschließlich“, also ausschließlich aus Reststoffen und eben nicht aus Getreide. Wenn die Antragskommission bereit ist, das Wort „ausschließlich“ aufzunehmen, dann können wir uns weitere Abstimmungen sparen.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich sehe in der Antragskommission Kopfschütteln. Es gibt aber eine weitere Wortmeldung. Bitte, Herr von Boetticher.

Christian von Boetticher: Vielen Dank. – Ich komme aus Schleswig-Holstein und bin dort Umwelt- und Landwirtschaftsminister. Ich möchte ausdrücklich davor warnen, diesen Antrag anzunehmen, weil wir damit alles, was bisher an Investitionen in diesem Bereich geflossen ist, mit einem Mal kaputtmachen würden.

(Teilweise Beifall)

Wir befinden uns in einer Übergangsphase. Völlig richtig ist, dass wir in die zweite Kraftstoffgeneration eintreten wollen. Richtig ist auch, dass das irgendwann dazu führen wird, dass wir dafür kein Getreide brauchen, sondern das allein aus Reststoffen machen können. Aber es wäre grundsätzlich falsch, heute so etwas zu beschließen, die Entwicklung, die da ist, heute abzuwürgen, also wieder auf Null zu fahren und zu sagen: Fangt noch einmal von Null an und macht etwas Neues.

Aus diesen Gründen bitte ich ganz herzlich darum, hier die Antragskommission zu unterstützen.
– Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen sind für mich nicht erkennbar. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Sie finden diese Empfehlungen auf den Seiten 66 und 67 der Antragsbroschüre sowie auf den Seiten 18 und 19 der Sammlung der Sachanträge und Initiativanträge. Wer diesen Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Damit kämen wir zu den Ziffern 17 bis 23 des Antrages, Seiten 71 bis 86. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Damit kommen wir zu Ziffer 24 des Antrages, Seiten 86 bis 93 der Antragsbroschüre. Dazu haben wir eine Wortmeldung von Frau Tanja Gönner.

Tanja Gönner: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werbe ausdrücklich dafür, dass wir bei der Formulierung, was von den Gewinnen in einen Fonds zu zahlen ist, eine klare Positionierung vornehmen, also nicht nur von einem beachtlichen Teil sprechen, sondern ganz bewusst sagen: mindestens die Hälfte.

Warum? Zum einen muss man immer sehen, dass die Erklärung zum Ausstieg aus der Kernenergie von den vier Energieversorgern unterzeichnet wurde, die bereit waren, auf diese Gewinne zu verzichten. Heute setzen sie uns als Union ständig unter Druck, dass wir doch bitte wieder darüber nachdenken, wie das geht. Ich glaube schon, dass wir ein klares Signal geben müssen, dass wir es mit der Brückentechnologie – von der Kernkraft hin zu den erneuerbaren Energien – wirklich ernst meinen.

Zweitens. Wenn wir in Verhandlungen eintreten wollen, müssen wir klare Positionen haben, und dann sollten wir sagen: mindestens die Hälfte.

Drittens. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in diesem Herbst ein Papier verabschiedet, in dem sie konkrete Zahlen genannt hat, nämlich 40 Milliarden Euro, die genutzt werden sollen, auch für Entlastungen. Wenn man diese 40 Milliarden herunterrechnet, kommt man im Übrigen auf einen Anteil von 80 Prozent. Deswegen sollten wir, glaube ich, die Formulierung hineinnehmen: mindestens 50 Prozent bzw. mindestens die Hälfte. Wir sollten nicht nur sagen, einen beachtlichen Teil, damit es eine klare Positionierung gibt.

Außerdem bin ich der Überzeugung, gerade weil wir als Union uns so für die Laufzeitverlängerung einsetzen, weil es uns wichtig ist, dies – bei Sicherheit von Kernkraftwerken – zu erreichen,

weil wir damit auch ein verlässlicher Partner der Energiewirtschaft sind, sollten wir uns hier klar positionieren, und deswegen werde ich dafür, dass Sie dem Antrag 949, „mindestens die Hälfte“ hineinzuschreiben, zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Müller: Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Eine weitere Wortmeldung kommt von Andreas Jung.

Andreas Jung: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich das unterstreichen, was meine Vorrednerin Tanja Gönner gesagt hat, und möchte alles vollinhaltlich unterstützen.

Zum Zweiten möchte ich für die Annahme des Antrages A 336 des CDU-Kreisverbandes Konstanz werben, nicht zuletzt deshalb, weil dieser Antrag genau das umsetzt, was Ole von Beust vorhin in seiner Rede zur Kernenergie gesagt hat: Ja zur Laufzeitverlängerung, aber Nein zu neuen Kernkraftwerken.

Ich denke, wir sind uns in der Frage der Laufzeitverlängerung einig. Ein Ausstieg heute würde mehr CO₂ und damit einen Rückschritt für den Klimaschutz bedeuten. Andererseits haben wir im letzten Jahr in unser Grundsatzprogramm hineingeschrieben, dass wir die Kernenergie als eine Brückentechnologie verstehen. Wir haben ausdrücklich formuliert: Wir brauchen die Kernenergie noch bis neue klimafreundliche Energieträger zur Verfügung stehen.

Damit haben wir klargemacht, dass wir die kritischen Fragen ernst nehmen, die sich beim Umgang mit der Kernenergie und bei der Endlagerung von radioaktivem Material stellen. Wir haben klargemacht, wir wollen woanders hin, und auch das hat Tanja Gönner gesagt: Wir wollen zu alternativen, zu erneuerbaren Energien, wir wollen auch zu CO₂-freien Kohlekraftwerken.

Deshalb halte ich das Ziel des Verzichts auf die Kernenergie heute noch nicht für umsetzbar, aber für richtig und in wenigen Jahren für erreichbar. Daher bitte ich Sie, für diesen Antrag zu stimmen. Ich stelle mir vor, dass wir mit dieser Botschaft gemeinsam in die nächsten Wochen und auch in den Wahlkampf gehen: Ja zur Laufzeitverlängerung, Nein zu neuen Kernkraftwerken. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Peter Müller: Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich frage, ob weiterhin das Wort gewünscht wird. – Für die Antragskommission Frau Reiche.

Katherina Reiche, Antragskommission: Zur Wortmeldung von Tanja Gönner: Wir haben die ursprüngliche Fassung ja in der Tat weiterentwickelt, weil wir die Beschlusslage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aber auch verschiedene Wortmeldungen aus der Partei, die verschiedene Größenordnungen genannt haben, über wie viel mit der Kernkraftindustrie zu verhandeln sei,

aufnehmen. Deshalb haben wir formuliert, einen beachtlichen Teil zu nutzen, um das Signal zu verstärken, dass eine Verlängerung von Laufzeiten in Forschung und Entwicklung sowie in alternative Technologien münden muss.

Die Frage des Neubaus stellt sich nicht. Was wir in unserem Programm, aber auch aktuell zu diskutieren haben, sind Fragen der Endlagerung und ist die Frage, ob es überhaupt möglich ist, in der jetzigen Zeit über eine Verlängerung von Laufzeiten zu sprechen. Ich finde, Fragen muss man dann beantworten, wenn sie gestellt werden. Jetzt geht es zunächst darum, erneuerbare Energien auszubauen und weiter zu entwickeln, die Kernkraft zu erhalten, in Sicherheitstechnologie zu investieren und darüber hinaus in saubere Kohletechnologie. Ich glaube, die Balance, die wir gefunden haben, spiegelt auch die Meinung auf diesem Parteitag – ich erinnere an die Debatten am gestrigen Tag – recht gut wider.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Zum Abstimmungsverfahren: Wir stimmen jetzt ab über die Empfehlungen der Antragskommission insgesamt. Sollten diese keine Mehrheit finden, würde über die beiden genannten Anträge gesondert abgestimmt und dann noch einmal über die Empfehlungen der Antragskommission im Übrigen.

Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. – Bitte, Frau Gönner.

Tanja Gönner: Herr Vorsitzender, nachdem die beiden Anträge, für die geworben wurde, eindeutig weitergehend sind, also über das hinausgehen, was die Antragskommission will, bitte ich, darüber zuerst abzustimmen. Ansonsten würden Sie von uns erwarten, dass wir gegen das ansonsten richtige Votum der Antragskommission stimmen, was wir nicht wollen. Deswegen bitte ich, über die beiden Anträge zuerst und gesondert abstimmen zu lassen und dann über den gesamten Antrag.

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: In der Unkenntnis, ob es dazu zwingende geschäftsordnungsmäßige Vorgaben gibt, bin ich der Auffassung, dass der empfohlenen Vorgehensweise gefolgt werden sollte. Das scheint vernünftig zu sein. Also stimmen wir erst über die beiden Anträge im Einzelnen ab und dann über die Empfehlungen der Antragskommission im Übrigen.

Wir kommen damit zunächst zur Abstimmung über den Antrag A 336. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Wir sind im Tagungspräsidium einstimmig der Meinung, dass das Erstere die Mehrheit war. Der Antrag ist damit so beschlossen.

(Beifall)

Damit kommen wir zu dem Antrag A 949. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch in diesem Fall war das Erste die Mehrheit. Der Antrag ist damit angenommen.

(Beifall)

Ich komme damit zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission im Übrigen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen damit zu den Ziffern 25 bis 36 auf den Seiten 93 bis 123. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Damit komme ich zu Ziffer 37 auf den Seiten 123 bis 124. Dazu liegt eine Wortmeldung von Axel Bernstein vor.

Axel Bernstein: Herr Tagungspräsident! Liebe Teilnehmer des Parteitages! In diesem Papier stehen viele kluge Aussagen dazu, wie wir den CO₂-Ausstoß senken wollen. Wir haben viele wichtige Hinweise darauf gegeben, wie wir Natur- und Kulturlandschaften schützen wollen, und weisen auf ihre Bedeutung für Biodiversität, auf die Erholungsfunktion und den Schutz von Landschaftsbild und Kulturlandschaften hin.

Ich glaube, wir haben einen Punkt nicht angesprochen, nämlich, dass Wälder und insbesondere Moore eine Funktion als natürliche CO₂-Senken haben können, wenn sie nachhaltig bewirtschaftet werden und die Wasserstände in den Mooren auf einem vernünftigen Niveau gehalten werden. Ich beziehe mich dabei auf den Ergänzungsantrag A 458 des Kreisverbandes Segeberg. Ich hänge nicht an der Formulierung, möchte aber darum bitten, dass die Antragskommission diesen Aspekt mit aufnimmt.

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission Tanja Gönner.

Tanja Gönner, Antragskommission: Der Antragskommission war es wichtig, deutlich zu machen, dass wir wissen, was die Aufgabe der Wälder ist, und dass wir wissen, dass die Wälder in Deutschland nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir müssen sehen, dass sich einerseits die Frage nach der Nutzung der Wälder – im Übrigen auch für Energiegewinnung, was für uns wichtig ist, wenn wir die erneuerbaren Energien vorantreiben wollen –, andererseits aber auch die Frage der CO₂-Senken stellt. Das war der Grund, warum wir diesem Antrag in der Formulierung nicht folgen konnten und warum wir im Moment auch nicht in der Lage sind, ein anderes Angebot zu machen. Wir sind der Auffassung, dass wir dies im Antrag, so wie es aufgenommen werden sollte, aufgenommen haben und bitten deswegen, hier der Antragskommission zu folgen. – Herzlichen Dank.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Wird weiter das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Axel Bernstein: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte noch einmal für den Segeberger Antrag sprechen. Liebe Tanja Gönner, wir machen sonst sehr viel zusammen. In diesem Fall bitte ich einfach, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Funktion der Wälder viel weitergehender ist, als eben beschrieben wurde.

Wir erwähnen in einem Leitantrag, in dem es um die Bewahrung der Schöpfung geht, zwei ganz wesentliche Elemente, nämlich den Wald und die Moore, die anerkanntermaßen die eben beschriebene Funktion haben, überhaupt nicht. Ich kann mir ein Programm, das dies negiert, eigentlich gar nicht vorstellen. Ich möchte noch einmal deutlich sagen, dass das, was hier geschrieben steht, gar kein Widerspruch dazu ist. Hier heißt es:

Auch Wälder und Moore gilt es zu schützen, zu pflegen und – wo möglich – auszuweiten.

Das ist kein Widerspruch dazu, dass Wälder auch genutzt werden müssen. Es ist für uns als CDU eine Selbstverständlichkeit, immer beides zu sehen. In diesem Programm, in dem es um die Bewahrung der Schöpfung geht, müssen wir deshalb doch auch zwei, drei Worte zu unseren Mooren und Wäldern und zu ihrer Bedeutung als CO₂-Senken sagen können. Ich sehe darin keinen Widerspruch. Das muss möglich sein. Ich bitte um Unterstützung.

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Die Antragskommission gibt durch Kopfnicken zu erkennen, dass sie überzeugt ist. Ich auch.

(Beifall)

Das heißt: Die Empfehlung der Antragskommission wird durch Aufnahme des Antrags A 458 erweitert. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich lasse dann abstimmen über die Empfehlungen der Antragskommission mit der genannten Ergänzung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zu den Ziffern 38 bis 45 auf den Seiten 124 bis 149. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen damit zur Ziffer 46. Dazu haben wir eine Wortmeldung von Herrn Albert Rathjen aus dem Landesverband Hannover vorliegen. Er spricht zu dem Antrag A 569.

Albert Rathjen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Formulierungen zum Wasserschutz sind im Prinzip gut und akzeptabel, bis auf einen Satz. In den Zeilen 622 bis 624 wird die

Landwirtschaft in einer – vorsichtig ausgedrückt – unerträglichen Weise pauschal als Umweltverschmutzer dargestellt bzw. abgestempelt. Die Kreisverbände Spandau, Heidenheim, Ludwigsburg, Lörrach, Schwäbisch-Hall und zwei weitere haben jeweils gleiche oder ähnliche Anträge dazu gestellt.

Die Formulierung im Leitantrag ist auch sachlich falsch und deshalb nicht zu halten. Das belegen Untersuchungen, zum Beispiel aus Niedersachsen. Man sollte den Grünen in diesem Punkt auch nicht hinterherlaufen.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass wir an die Land- und Forstwirte von diesem Parteitag aus dieses doch etwas verhängnisvolle Signal senden. Die bäuerlichen Familien werden das nicht verstehen. Gerade mit Blick auf die vor uns liegende Bundestagswahl sollten wir nicht neue Proteste und Ablehnungspotenziale in einem Wirtschaftsbereich aktivieren, der uns traditionell sehr nahe steht und uns immer weitgehend unterstützt hat. Ich bitte um Unterstützung unseres Antrages. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission Tanja Gönner.

Tanja Gönner, Antragskommission: Liebe Parteifreunde, wir haben als Antragskommission ganz bewusst versucht, der Intention Ihres Antrages zu entsprechen, indem wir die Formulierung „in einigen Regionen gelangen“ aufgenommen haben. Außerdem haben wir neben der Landwirtschaft ganz bewusst auch die Industrie und die Privathaushalte genannt.

Wir haben dies in der Formulierung aufgenommen. Deswegen werben wir dafür, die Formulierung der Antragskommission anzunehmen. Wir haben Ihre Intention berücksichtigt. Wir nennen ganz bewusst nicht nur die Landwirtschaft. Ich werbe aber dafür, dass wir diesen Punkt drin lassen, und zwar vor dem Hintergrund, dass wir als Umweltpolitiker die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen haben, die uns klare Grenzen setzt, bis wann wir diese Dinge umgesetzt haben müssen. Es ist richtig: Es ist nicht nur die Landwirtschaft, es sind auch andere Bereiche. Das haben wir so aufgenommen. Deswegen werbe ich für die Zustimmung der Formulierung der Antragskommission. Ich wäre sehr dankbar, wenn auch der Antragsteller hierzu bereit wäre.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Seite 20 der Sammlung der Initiativanträge hinweisen. Dort ist das, was Tanja Gönner eben ausgeführt hat, explizit in der Empfehlung der Antragskommission dargelegt. Wird noch einmal das Wort gewünscht? – Herr Rathjen, bitte schön.

Albert Rathjen: Die Formulierung auf der Seite 20 stellt zweifellos eine Annäherung dar. Aber die Landwirtschaft steht an vorderster Stelle. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Für die Veredelungsregion Vechta/Cloppenburg in Niedersachsen trifft das nicht mehr zu. Für uns alle – zu-

mindest aus Niedersachsen – ist wichtig, zu wissen, welche Regionen gemeint sind. Namen sind hier nicht genannt. Dann muss man sich auf Untersuchungen entsprechender Institute verlassen können. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie bestätigt das in Untersuchungen nicht. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich und gebe das Wort noch einmal Frau Gönner, verbunden mit dem Vorschlag, die Landwirtschaft nach den Privathaushalten und der Industrie anzuführen. Vielleicht ist damit Ihrem Anliegen gedient. – Bitte, Frau Gönner.

Tanja Gönner, Antragskommission: Ich weise darauf hin, dass wir Phosphat, Stickstoff und Pflanzenschutzmittel aufführen. Daher kann man eigentlich nicht sagen, dass Phosphate, Stickstoffe und Pflanzenschutzmittel insbesondere aus Privathaushalten kommen. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass wir diese Reihenfolge gewählt haben. Zu der Frage nach den Regionen will ich Folgendes sagen: Wir wollten es dadurch abschwächen, dass wir sagen: Das ist flächendeckend kein Problem. Sie haben gesagt, dass dies in Ihrer Region kein Problem mehr sei. Dann haben Sie genau das erreicht, was wir in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der Landwirtschaft mit viel Mühe in der Bewässerungswirtschaft geschafft haben. Wir wollen damit sagen: Es gibt noch einige Problemgebiete, ohne diese zu benennen, weil diejenigen, die dort arbeiten, das ohnehin wissen. Vor diesem Hintergrund bitte ich noch einmal, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen; denn Phosphate, Stickstoffe und Pflanzenschutzmittel fallen nur zu bestimmten Teilen in Privathaushalten und der Industrie an. Das hat nichts damit zu tun, dass wir in irgendeiner Weise gegen die Landwirtschaft arbeiten wollen. Wir müssen vielmehr benennen, dass das so ist. Es ist uns aber auch wichtig, klarzumachen, dass wir dort Erfolge haben. – Herzlichen Dank.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich erlaube mir als Tagungspräsidium noch einmal zu fragen: Können wir denn nicht zusammenkommen, indem wir die Reihenfolge wie folgt ändern: Privathaushalte, Industrie und Landwirtschaft? Die Aussage ändert sich dadurch nicht. Psychologische Missverständnisse sind vermieden. Wäre das nicht eine Möglichkeit? Herr Antragsteller, wäre das für Sie eine Lösung?

Albert Rathjen: Wir wollen ja weiterkommen. Ich stimme Ihrem Vorschlag im Namen meines Kreisverbandes zu. Aber wir sollten in der Partei und in Fachkommissionen vielleicht in Zukunft noch einmal intensiv darüber diskutieren. – Ich danke Ihnen.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen. – Damit können wir über die Empfehlungen der Antragskommission mit der Maßgabe, dass die Reihenfolge geändert wird, abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen damit zu den Ziffern 47 bis 60 auf den Seiten 154 bis 185. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig beschlossen.

Damit kommen wir zu Ziffer 61 auf den Seiten 185 und 186. – Herr Jung, Sie haben das Wort.

Andreas Jung: Zum Antrag der CDU Baden-Württemberg auf Einführung einer Ticketabgabe im Flugverkehr: Heute kostet eine Zugfahrt von Konstanz nach Stuttgart mehr als ein Flug von Stuttgart nach Berlin. Dafür gibt es viele Gründe. Aber auch die Politik hat eine Mitverantwortung. Wir belasten die umweltfreundlichen Verkehrsmittel wie Bus und Bahn mit ökologischen Abgaben und Steuern, während im Flugverkehr bislang nichts passiert ist.

Nun wird im Jahr 2012 der Flugverkehr in den europäischen Emissionshandel einbezogen. Wir meinen, dass 2012 zu spät ist. Das bedeutete, dass drei Jahre nichts getan wird. Wir glauben, dass dies angesichts der Herausforderungen des Klimawandels und unserer deutschen Rolle falsch ist. Wir empfehlen, Großbritannien als Vorbild zu nehmen. Dort gibt es eine nationale Ticketabgabe – 10 Euro für Inlandsflüge und 30 bis 40 Euro für Interkontinentalflüge –, ohne dass es dem Standort geschadet hätte. Wir wollen eine solche Ticketabgabe auch bei uns einführen. Die Mittel sollen dafür verwendet werden, die Abgaben auf Bus, Bahn und ÖPNV zu senken, damit wir den Pendler, der jeden Tag mit Bus und Bahn zur Arbeit fährt, entlasten können. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht nun Frau Reiche.

Katherina Reiche, Antragskommission: Es gibt in der Antragskommission eine ganz klare Mehrheit gegen eine zusätzliche Abgabe. Wir sind der Meinung, dass die Einbeziehung des deutschen Flugverkehrs in ein europäisches, künftig internationales Emissionshandelssystem der richtige Weg ist. Wir haben auf diesem Parteitag sehr viel über Entlastungen gesprochen. Selbst wenn es sich um Umschichtungen handelt – das ist die Intention des Antrags –, fände ich es ein falsches Signal, wenn wir zusätzliche Abgaben beschließen. Ich finde, dass der aufgezeigte Weg, die Einbeziehung des Flugverkehrs in ein europäisches Emissionshandelssystem, auch mit Blick auf 2012 ein richtiges Signal setzt. Wir sollten die Abgaben nicht erhöhen, sondern es bei den Entlastungen belassen. – Danke.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich und frage, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Frau Grupp, bitte.

Edith Grupp: Nur ein kurzer Hinweis aus Sicht des Landesverbandes Baden-Württemberg: Es geht uns nicht darum, eine langfristige Lösung zu verhindern. Aber wir wollen auf dem Weg dorthin eine vernünftige Zwischenlösung. Das ist für uns die Ticketabgabe. – Vielen Dank.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir über den Antrag A 952 ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das war nicht eindeutig. Dann müssen wir zählen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, aufzustehen und das Kartenzeichen zu geben. – Das sieht jetzt etwas anders aus. Ich bitte nun diejenigen, die dagegen stimmen und den Antrag ablehnen möchten, das Kartenzeichen zu geben und aufzustehen. – Der Meinungsbildungsprozess schreitet voran. Auch das sind nun deutlich mehr. Dann müssen wir zählen. Um es klarzustellen: Wir stimmen über den Antrag A 952, Thema Ticketabgabe, ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, aufzustehen und das Kartenzeichen zu geben.

Wir sind der Meinung, dass dies auf diesem Wege nicht eindeutig feststellbar ist. Wir stimmen deshalb mit dem Stimmzettel ab, um ein eindeutiges Ergebnis zu erhalten. Wenn ich es richtig sehe, ist der Stimmzettel zwei bisher noch nicht benutzt worden. Ich frage einmal, ob die Stimmzählkommission für eine derartige Abstimmung vorbereitet ist. – Das erscheint noch einiges an Vorbereitung zu erfordern. – Nein, es ist okay. Dann bitte ich Sie also, den Stimmzettel zwei zu verwenden. Ich bitte darum, darauf Ja, Nein oder Enthaltung einzutragen.

(Vereinzelt Widerspruch)

Die heftigen Proteste der Delegierten aus Thüringen zur Kenntnis nehmend, bleibt es dabei, Stimmzettel zwei mit Ja, Nein oder Enthaltung zu versehen. Ich bitte dann die Stimmzählkommission, die Stimmzettel einzusammeln. Der Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte, den Wahlgang durchführen zu lassen.

(Zurufe)

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, ich werde darauf hingewiesen, dass der Umstand, dass der Schatzmeister gestern mit Stimmzettel drei gewählt worden ist, dazu geführt hat, dass viele den Stimmzettel zwei vernichtet haben

(Vereinzelt Beifall)

– und deshalb nicht mehr über den Stimmzettel zwei verfügen.

(Vereinzelt Beifall)

Also werden wir, um ein sauberes und anständiges Ergebnis zu erhalten, dann mit diesen Karten hier abstimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich unterstelle, dass diese Karten noch bei jedem Delegierten verfügbar sind. Ich bitte, diese Karten zu benutzen, und zwar diejenigen mit der Ziffer 1. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Wer also dem Antrag A 952 zustimmen möchte, den bitte ich, die Karte mit der Ziffer 1

und dem Aufdruck „Ja“ zu benutzen. Wer mit Nein stimmen möchte, der benutzt die Karte mit der Ziffer 1 und dem Aufdruck „Nein“, und wer sich enthalten möchte, nimmt die gelbe Karte mit der Enthaltung. Ich eröffne den Wahlgang damit neu und bitte, die Karten einzusammeln. – Ich darf fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben worden sind. – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und schlage vor, dass wir in der Beratung des Antrages fortfahren, während die Stimmen ausgezählt werden.

Wir entscheiden dann über die übrigen Empfehlungen der Antragskommission zu Ziffer 61. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu den Ziffern 62 bis 71 auf den Seiten 186 bis 208. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zur Beratung der Ziffern 72 und 73 des Antrages auf den Seiten 209 bis 211. Ich weise darauf hin, dass sich die sprachlich korrekte Fassung der Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 73 auf den Seiten 5 und 6 der Sammlung der Sachanträge und Initiativanträge befindet.

Das Wort zum Antrag A 780 hat Herr Michael Schreiber gewünscht. – Bitte schön.

Michael Schreiber: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. – Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Unser Leitantrag heißt: „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“. Dies geht nicht ohne die Landwirtschaft. Wir haben in der Zeile 1018 des Leitantrags die Formulierung, dass wir wünschen, dass Verbraucher preisbewusst einkaufen können. Dieses Ziel ist richtig. Aber wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass auch die Landwirtschaft bzw. die Nahrungsmittelproduzenten ein Auskommen haben müssen. Das ist derzeit vielfach nicht gegeben.

Deshalb spreche ich mich für den Antrag A 780 des Kreisverbandes Ludwigsburg aus, eine Ergänzung vorzunehmen, die lautet:

Auch die Nahrungsmittelproduzenten müssen jedoch ein Auskommen haben. Wir sind uns bewusst, dass sich höchste Qualität und niedrigste Preise in der Regel gegenseitig ausschließen.

Vor allem der erste Satz ist mir wichtig. Er ließe sich auch in die Neufassung der Antragskommission auf der Seite 209 bestens als dritter Satz einfügen. – Vielen Dank.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich. – Für die Antragskommission Julia Klöckner.

Julia Klöckner, Antragskommission: Die Aussage, dass auch Nahrungsmittelproduzenten leben können müssen, ist natürlich richtig. Aber in diesem speziellen Falle geht es nicht nur um Nahrungsmittel, sondern auch um Produkte und Dienstleistungen für Endkunden. Wir legen hier den Fokus auf die Verbraucher. Es gibt einen Bundesfachausschuss Agrarpolitik. Dieser arbeitet gerade an einem Konzept, bei dem es um die Produzenten geht. Insofern möchten wir den Fokus weiterhin bei den Verbrauchern belassen und würden diesen Hinweis gerne mit in den Bundesfachausschuss Agrarpolitik nehmen.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Ich darf fragen, ob der Antragsteller mit einer entsprechenden Überweisung einverstanden ist? – Ich vernehme ein klares und deutliches Nein.

Michael Schreiber: Lassen Sie uns doch über den Antrag abstimmen.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Dann stimmen wir über den Antrag A 780 – wenn ich es richtig sehe, weniger auf der Basis inhaltlicher Differenzen als auf der Basis ästhetischer Erwägungen – ab.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das Erste war die Mehrheit. Dann ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die übrigen Empfehlungen der Antragskommission. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zu den Ziffern 74 bis 94 des Antrages auf den Seiten 211 bis 235. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Damit kommen wir zu Ziffer 95, Seiten 235 bis 237. Ich weise darauf hin, dass sich die korrekte Fassung der Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 6 und 7 der Sammlung der Sach- und Initiativanträge befindet. Das Wort hat Herr Rudolf Henke zum Antrag A 867 gewünscht. – Bitte schön, Herr Henke.

Rudolf Henke: Vielen Dank, Herr Präsident. – Möglicherweise hat sich meine Wortmeldung erübrigt. Ich stelle fest, dass die Empfehlung ist, die Anträge A 866 bis A 869 anzunehmen. Wenn das der Fall ist, dann muss der Text anders lauten als in dem Antragskompendium vorgelesen. Der wichtigste Punkt aus Sicht des Bezirksverbandes Aachen ist, dass man sich unter der Formulierung „Heilsversprechen zu verbieten“ relativ wenig rechtlich Fassbares vorstellen kann. Man müsste davon sprechen, dass es darum geht, wissenschaftlich nicht belegbare Gesundheitsversprechen zu unterbinden. Das ist das Ziel des Antrages A 867. Deswegen hoffe ich auf die Annahme. – Vielen Dank.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission spricht Julia Klöckner.

Julia Klöckner, Antragskommission: Der Hinweis ist richtig. Wir haben das redaktionell leider nicht übernommen. Der Vorschlag ist angenommen. Das war ein guter Hinweis.

Peter Müller, Tagungspräsidium: Wunderbar. – Wird das Wort dazu gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die verbleibenden Ziffern 96 bis 105 des Antrages auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist dann ebenfalls so beschlossen.

Es fehlt noch das Ergebnis der Abstimmung über den einzeln abgestimmten Antrag. Auf dieser Grundlage müssen wir dann noch einmal über den Antrag insgesamt abstimmen. Insofern unterbreche ich die Beratung des Antrages und schlage vor, dass wir in der Tagesordnung fortfahren. – Ich übergebe das Wort an den Kollegen Tillich.

Ich bedanke mich für die zügige Beratung. Das war, wie der ganze Parteitag, ausgesprochen diszipliniert. Ich bin stolz auf euch!

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Peter Müller für die zügige Beratung des vorhergehenden Antrages.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES

„GETEILT. VEREINT. GEMEINSAM. PERSPEKTIVEN FÜR DEN OSTEN DEUTSCHLANDS.“

Vor Einstieg in die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt wird uns ein kurzer Videofilm zum Thema „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre friedliche Revolution“ gezeigt.

(Repräsentation eines Filmes)

(Beifall)

Peter Müller, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Auch wenn es nach diesen bewegenden Bildern nicht ganz leicht fällt, rufe ich noch einmal Tagesordnungspunkt 21 auf. Das Ergebnis der schriftlichen Abstimmung zum Antrag A 952 liegt nun vor. Wir haben ein eindeutiges Ergebnis erzielt. Ungültig waren 2 Stimmen. Enthalten haben sich 4 Wahlberechtigte. Jastimmen: 167. Neinstimmen: 291.

(Beifall)

Damit ist der Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Ich bitte um Nachsicht, dass das Feststellen dieser Mehrheit die optische Auffassungsgabe des Tagungspräsidiums überfordert hat. Damit ist die Einzelberatung abgeschlossen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Antrag. Wer dem Antrag des Bundesvorstands „Schöpfung bewahren: Klima-, Umwelt-, Verbraucherschutz.“ zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich bedanke mich für die Beratungen und gebe das Wort weiter an den Kollegen Tillich.

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich komme zurück auf Tagesordnungspunkt 22. Zur Einführung in den Antrag gebe ich das Wort Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski.

Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Parteifreunde und Parteifreundinnen! Wir sind auf die Thematik dieses Antrags sehr gut eingestimmt worden. Deshalb ist es für mich eine besonders große Ehre, dass ich in diesen Antrag einführen darf. Wir haben den Antrag in der Kommission „Neue Bundesländer – Stand der Deutschen Einheit“, der CDU-Mitglieder aus allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland und ebenso aus allen Vereinigungen unserer Partei angehören, erarbeitet. Ich bedanke mich bei all diesen Kommissionsmitgliedern. Insbesondere bedanke ich mich bei meinen beiden Stellvertretern, bei Dr. Reiner Haseloff und Steffen Kampeter für die geleistete Arbeit.

Liebe Parteifreunde, wir haben es gerade gesehen: Im nächsten Jahr begehen wir die zwanzigste Wiederkehr des Tages des Mauerfalls am 9. November 1989. Im Jahr darauf können wir uns über 20 Jahre vereinigte Bundesrepublik Deutschland freuen. Das sind zwei Ereignisse, die von ganz entscheidender Bedeutung für die jüngere Geschichte unseres Volkes sind. Deshalb ist es für unsere Partei Anlass, darüber nachzudenken, wo wir heute im Wiedervereinigungsprozess stehen und welche Aufgaben für unsere gemeinsame Zukunftsgestaltung in der globalisierten Welt vor uns liegen.

Ich habe es schon oft gesagt und wiederhole es auch heute: Für mich ist der 9. November 1989 – wir haben die Bilder gerade gesehen – das Wunder meines Lebens, weil ich nicht mehr geglaubt hatte, dass ich den Machtansprüchen der SED entrinnen könnte.

(Beifall)

Warum war der 9. November 1989 ein solches Wunder? Es war ein unerwartetes Ereignis, das schon fast außerhalb unserer Vorstellungswelt lag. Es war auch deshalb ein Wunder, weil das ganze Volk, wir, die Menschen in der ehemaligen DDR, unsere Angst abgelegt hatten und auf die Straße gegangen sind.

Liebe Parteifreunde, wissen Sie, was es bedeutet, ein Leben lang von einer Grenze umgeben zu sein, die man nicht ohne Gefahr für Leib und Leben durchbrechen kann? Wir beklagen 950 Tote an der innerdeutschen Grenze und mehrere hundert an den Außengrenzen des Warschauer Paktes. Hinzu kamen 250 000 politische Gefangene in der DDR, die oftmals nur dafür eingesperrt wurden, dass sie anders gedacht und ihre Meinung frei geäußert haben.

Ich erinnere mich noch sehr deutlich, was es für mich bedeutet hat, nicht die Bücher oder Zeitungen zu lesen, die ich gerne lesen wollte, nicht die Filme und Nachrichten zu sehen, die ich sehen wollte, nicht sagen zu dürfen, was man wollte, nicht reisen zu dürfen, wohin man wollte. 17 Millionen Deutsche waren abgeschnitten von den geistigen Strömungen dieser Welt, abgeschnitten von ihren eigenen kulturellen Wurzeln. Demokratische Freiheiten wurden vorenthalten, die Glaubensausübung bekämpft. Es gab keine freien Wahlen.

250 000 offizielle und inoffizielle Mitarbeiter der Stasi haben uns bespitzelt, ohne unser Wissen Berichte über uns geschrieben, das Privatleben ausspioniert und Telefone abgehört.

Wenn ein ganzes Volk dann in allen Teilen des Landes aus diesem System und der Mauer des Schweigens und Erduldens ausbricht, sich aus der Sprachlosigkeit der Chor „Wir sind das Volk“ bildet, dann ist das ein revolutionäres Ereignis, auf das wir als Deutsche besonders stolz sein können.

(Beifall)

Wir haben mit Kerzen und Demonstrationen auf der Straße die Funktionäre zur Rede gestellt. Wir haben die Stasizentralen gestürmt. Wir haben uns von der Bevormundung befreit. Wir sind in die Freiheit Deutschlands eingetreten. Ich kann mich heute nur noch mit großer Dankbarkeit, Freude und innerer Bewegung an diese Zeit erinnern. Verehrte Parteifreunde, wir sollten uns diese Gefühle für unsere gemeinsame Zukunftsgestaltung bewahren.

(Beifall)

Nicht nur der ideologische Druck des SED-Regimes führte zur Revolution, sondern auch die katastrophalen Mängel der sozialistischen Planwirtschaft.

Ich zitiere hier aus dem Bericht des Chefs der SED-Planungskommission Schürer an den Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz vom Oktober 1989 – dieser Bericht stammt wohlgermerkt noch aus der Zeit vor dem Mauerfall –:

„Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 Prozent hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Missverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis. Die Verschuldung im nicht sozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR infrage stellt.“

Sie merken, welche „wunderbare“ Sprache wir damals hatten. Wir hatten in den 40 Jahren der Teilung auch eine geteilte Sprache.

Liebe Parteifreunde, was nehmen wir daraus mit? Nicht die bösen Kapitalisten haben die DDR-Wirtschaft ruiniert. Die SED-Führung hat in den Zusammenbruch geführt.

(Beifall)

Dieser Bericht ist der Offenbarungseid der SED-Führung, die das eigene Volk belogen hat und ihm die Wahrheit vorenthielt.

Ein Volk lässt sich aber nicht auf Dauer belügen. Die Ausreisewelle und die Herbstdemonstrationen von 1989 waren die Antwort auf die verfehlte SED-Politik, die Antwort auf einen Staat, in dem man sich eingerichtet hatte, in dem man Nischen suchte, in dem man sehr viel arbeiten musste, der aber die Bevölkerung zynisch um die Früchte des eigenen Fleißes gebracht hat.

Die Bundesrepublik Deutschland dagegen – Sie haben es gerade im Film gesehen – hatte von 1949 bis 1989 eine kontinuierliche Entwicklung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht durchlaufen, basierend auf der freiheitlich-demokratischen Ordnung und der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft sowie einer Einbettung in das vereinte Europa und die NATO. Wir Deutsche standen 1989 vor der Aufgabe, die beiden Teile unseres Vaterlandes, die sich vollständig unterschiedlich entwickelt hatten, zu einem Ganzen zu vereinen, das im vereinten Europa, in einer globalisierten Welt einen geachteten Platz einnehmen kann. Mit dem 10-Punkte-Programm im November 1989 übernahm die CDU unter Führung von Helmut Kohl die Initiative zum Wiedervereinigungsprozess. Wir verdanken dem Geschick Helmut Kohls zugleich die Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zur Einigung Deutschlands. Lieber Helmut Kohl, herzlichen Dank von dieser Stelle aus für das von Ihnen Geleistete, verbunden mit herzlichen Genesungswünschen.

(Beifall)

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, auf der Basis des Grundgesetzes sind wir der Bundesrepublik beigetreten. Was bedeutete dann aber die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse? Es begann mit der Neustrukturierung des Staatsaufbaus: Wiedergründung der Länder, Kreis- und Kommunalreform sowie Neuaufbau von Verwaltung, Justiz und Strafvollzug. Es bedeutete die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Loslösung der Betriebe aus den Kommandostrukturen des Staates und die Überführung in neue Rechts- und Eigentumsformen. Es bedeutete die Sanierung der Infrastruktur, eine Neustrukturierung des Bildungs-, Forschungs- und Hochschulsystems sowie des Gesundheitswesens. Das gilt nach wie vor: Ausbildung eines gemeinsamen Kerns von Grundwerten und Aufbau einer Bürgergesellschaft als Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Alles das war zu entwickeln, wenn unsere Nation wieder zusammenwachsen wollte.

Diese Aufzählung zeigt uns, welche gewaltigen Aufgaben wir 1989/90 zu bewältigen begonnen haben, ohne uns des wahren Ausmaßes bewusst zu sein und ohne unsere unterschiedliche Entwicklung wirklich genau zu kennen.

Kann eine solch großartige Leistung ohne Mängel, ohne Fehlschläge verlaufen? Nein, das widerspricht jeglichem Naturgesetz und jeglicher Erfahrung in gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen. Wir haben aber trotz Rückschlägen, die wir erlitten haben, Enormes, teilweise Unvorstellbares in den letzten 18 Jahren geleistet. Die DDR hatte den höchsten CO₂-Ausstoß in Europa. Heute können wir wieder atmen und diskutieren hier auf dem Bundesparteitag über einen Antrag, der auf eine weitere Verringerung des CO₂-Ausstoßes abzielt. Telefone waren seinerzeit ein Privileg. Heute haben wir das modernste Telekommunikationsnetz Europas. Der Mittelstand in der DDR wurde durch Enteignung systematisch vernichtet. Heute liegt unsere Wirtschaftskraft überwiegend beim Mittelstand. Heute haben wir flächendeckend Industrie- und Gewerbegebiete mit Technologie- und Gründerzentren. Unsere Infrastruktur ist erneuert worden.

Liebe Freunde, erinnern Sie sich, wie es aussah, als Sie 1989 aus den alten Ländern zu uns gekommen sind. Sie sahen ein Land, das Grau in Grau war. Heute erstrahlen unsere Städte und Dörfer in neuem Glanz. Sie haben ein farbiges Gesicht. Sie verbinden Historisches mit moderner Architektur in ganz beeindruckender Weise. Unsere Straßen waren mit Schlaglöchern übersät. Heute durchziehen Autobahnen und neue Schienenwege unser Land, wie wir im Film eben auch sehen konnten. Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Forschungsinstitute und Sportstätten wurden neu errichtet. Allein 11 Milliarden Euro sind in den Hochschulbau geflossen.

Wir haben in den letzten Jahren wirklich blühende Landschaften errichtet, worüber ich mich als ehemalige DDR-Bürgerin jeden Tag freue.

(Beifall)

Ich sage Ihnen: Nicht nur wir als ehemalige DDR-Bürger freuen uns darüber. Millionen Menschen in der gesamten Bundesrepublik, Millionen Menschen in Europa freuen sich zusammen mit uns über diese gewaltige Aufbauleistung.

(Beifall)

Ich möchte betonen, dass wir in den neuen Ländern allen für die Transferleistungen dankbar sind. Wir sind für die Hilfe dankbar, die uns diesen beispiellosen Aufschwung in den letzten Jahren ermöglicht hat. Aber auch wir in den neuen Ländern haben diesen Aufbau mit ganzer Kraft vorangetrieben, mit persönlichem Einsatz und mit viel privatem Engagement. Wir haben unser Land ein zweites Mal neu aufgebaut und darüber freuen wir uns.

(Beifall)

Deshalb betone ich hier an dieser Stelle: Wir sind nicht das Milliardengrab von Deutschland; wir sind die Milliardenchance für Deutschland, wenn wir unsere Kräfte in Ost und West bündeln und nicht gegenseitig von Neid zerfressen lassen.

(Beifall)

Liebe CDU-Parteifreunde, ich versichere Ihnen: Mit diesem Antrag zeigen wir Wege auf, wie wir mit geeinter Kraft den Weg für das zukünftige Deutschland gestalten wollen.

In meinem Heimatland Thüringen liegen wir in diesem Jahr mit der Arbeitslosenquote zum ersten Mal unter zehn Prozent. Darauf sind wir stolz. Wir wissen aber auch, dass der Durchschnittswert in den neuen Ländern höher ist. Das ist schlecht. Diese hohe Zahl beunruhigt uns. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat in der CDU oberste Priorität.

Deshalb schlagen wir im vorliegenden Antrag verschiedene Maßnahmen vor. Wir schlagen die zielgerichtete Einsetzung der 156 Milliarden Euro aus dem Solidarpakt II zur Schließung von Infrastrukturlücken für Investitionen und Stärkung der Kommunen vor. Wir schlagen die Fortführung der Investitionszulage bis 2013, die Fortsetzung der GA auf einem hohen Niveau und den späteren Übergang zur Feinsteuern unter Berücksichtigung der Interessen der ostdeutschen Länder und von strukturschwachen Regionen aus den alten Ländern vor. Zu dem letzten Punkt werden wir noch neue Kriterien erarbeiten.

Liebe Freunde, die Probleme der Arbeitslosigkeit hat die Linke skrupellos ausgenutzt und eine nostalgische Verklärung der DDR betrieben. Zu viele erinnern sich nur noch der scheinbaren Sicherheit in den Nischen der Gesellschaft und verdrängen die inneren menschenfeindlichen Wirkmechanismen des untergegangenen Systems. Wir alle wissen: Demenz ist eine schlimme Krankheit für den einzelnen. Noch schlimmer ist sie für ein ganzes Volk.

(Beifall)

Deshalb haben wir in diesem Antrag so viel Wert darauf gelegt, dass der Erinnerungskultur und der Geschichtsdarstellung und Geschichtsaufarbeitung mehr Wert beigemessen wird, als es bisher geschehen ist. Nostalgie beruht auf einer Verharmlosung und Verschleierung grundlegender Wirkmechanismen einer Diktatur – schlimmer noch: auf einer Gleichsetzung innerer Mechanismen von Demokratie und Diktatur, wie wir aus mehreren Meinungsumfragen leider zur Kenntnis nehmen mussten.

Unsere Diktaturerfahrungen der 17 Millionen Menschen, die 40 Jahre in der DDR gelebt haben, müssen in das kollektive Gedächtnis des ganzen deutschen Volkes einfließen und dürfen nicht als Randerscheinung abgetan werden.

(Beifall)

Deshalb erheben wir von unserer Seite aus die Forderung nach einem Lehrstuhl zur Erforschung des DDR-Unrechts und des DDR-Systems und die Aufnahme dieser Geschichte in die Lehrpläne unserer Schulen.

(Beifall)

Deutschland ist eben nicht nur 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft und 60 Jahre Grundgesetz, sondern auch 40 Jahre sozialistische Planwirtschaft und 40 Jahre DDR-Gesetzgebung. Die leidvollen Erfahrungen der 17 Millionen Menschen in der ehemaligen DDR ohne Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand haben auch zu einer anderen Sozialisation von uns geführt, sodass wir vor einem völlig anderen Erfahrungshintergrund auch bestimmte Zeiterscheinungen der Moderne anders beurteilen.

Nur wenn wir uns mit unseren unterschiedlichen Erfahrungen von Gewalt, Sicherheit, Freiheit, Individuum, Familie, Glück und Berufsausübung gegenseitig achten und respektieren, werden wir unsere Zukunft gemeinsam gestalten können. Dazu gehört der Respekt vor den Biografien und Lebensleistungen in Ost- und in Westdeutschland.

(Beifall)

Bei der jetzigen Diskussion über die Rolle unserer Biografien und über die Rolle der Blockparteien spüre ich ganz deutlich, dass man Agieren von Parteien in der Diktatur mit dem in der Demokratie vergleicht. Gleichgeschaltete Parteien sind aber keine Oppositionsparteien. Wer so denkt, hat Diktatur nicht begriffen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Linke will damit ihre eigene Rolle in der SED-Diktatur beschönigen und verschleiern. Sie will ein Geschichtsbild produzieren, in dem sie gereinigt wie Phoenix aus der Asche emporsteht und dann die sozialistische Planwirtschaft als Alternative zu allen unseren derzeitigen Problemen anbietet. Das darf ihr nicht gelingen, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Wir haben daher in diesem Antrag eine neue Ziffer 10 aufgenommen, die nach unserer Auffassung die Rolle der CDU in der DDR angemessen widerspiegelt. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass sich die CDU in den Beschlüssen von Weimar 1991, von Dresden 1991 sowie im Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ 1994 ebenfalls dem notwendigen Prozess der Aufarbeitung und Erneuerung gestellt hat. Ich bitte Sie: Stimmen Sie diesem Vorschlag der Antragskommission zu!

Liebe Parteifreunde, dieser Antrag ist so wichtig, weil wir uns der für Jahrzehnte geteilten Geschichte unseres Vaterlandes mit all ihren Facetten annehmen müssen, um zukunftsfähig zu

sein. Wenn in Zeiten wie dieser, in der wir uns in einer Wirtschafts- und Finanzkrise befinden, die Linke wieder dafür plädiert, dass die sozialistische Planwirtschaft eine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft ist, dann müssen wir eben genau diese Geschichte auseinander nehmen und darauf hinweisen, wohin die sozialistische Planwirtschaft geführt hat. Sie hat ganz Osteuropa in eine Mangelwirtschaft, in ein abgehängtes technisches Niveau und in soziale Sicherheit auf niedrigstem Niveau und letztendlich zum Zusammenbruch des gesamten Systems in ganz Osteuropa geführt.

Ich frage Sie: Wer hat denn die kreativen Ideen in dieser Planwirtschaft? Der Staat ist der Besitzer der Betriebe und Banken. Wer ist der Staat? Das ist dann eine Funktionärsclique, die die Kreativität der anderen zum eigenen Machterhalt ausschaltet. Das ist für uns keine Perspektive, liebe Parteifreunde.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb sollten wir uns im 20. Jahr der Erinnerung an den Mauerfall über die Gunst der Stunde freuen, die wir damals so intensiv genutzt haben. Wir sollten die damals genutzte Chance jetzt wieder ergreifen und unser Land weiterentwickeln. Wir sollten uns auf unsere Kraft und Stärken besinnen, die wir in das geeinte Deutschland eingebracht hatten, auf unsere christlichen Wertvorstellungen und unsere Wurzeln und auf dieser Grundlage unser Land weiterentwickeln.

Diese Perspektiven haben wir in dem vorliegenden Antrag aufgezeigt. Mit diesem Antrag wollen wir den eingeschlagenen Weg weitergehen, liebe Parteifreundinnen und -freunde, und Deutschlands Zukunft gemeinsam in der CDU gestalten.

(Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich darf mich bei Frau Professor Dagmar Schipanski recht herzlich für die Einführung in den Antrag bedanken, ganz im Sinne des Titels „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands.“

Ich bitte zunächst zur allgemeinen Aussprache. Wir kommen dann zu den Einzelanträgen. Bis jetzt hat sich Herr Fritz Niedergesäß zur allgemeinen Aussprache gemeldet. Ich bitte um weitere Wortmeldungen beim Tagungspräsidium und rufe Herrn Fritz Niedergesäß auf. – Bitte schön.

(Vereinzelt Beifall)

Fritz Niedergesäß: Danke, Herr Tagungspräsident. – Frau Bundeskanzlerin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als jemand, der am 17. Juni 1953 ein paar Stunden im Knast gesessen hat und verhört worden ist, komme ich nicht umhin, klarzustellen, was heute und vor allen Dingen in den letzten Wochen in den Zeitungen alles durch die Gegend spukt, wie die DDR glorifiziert wird und wie versucht wird, von der eigentlichen Verantwortung der Stalinisten, die letztendlich bis 1989 regiert haben, abzulenken.

Vielen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ist nicht mehr klar, wie diese Machtstrukturen funktioniert haben. In Westdeutschland kann man das von kaum jemandem erwarten, weil keiner denkt, dass die Diktatur des Proletariats ein so brutales System war und dass die Parteien, die sich dahinter versteckten, eigentlich nur Klitterei waren. Die Macht ging einzig und allein von der SED aus: vom Politbüro, vom Zentralkomitee, von den Bezirksleitungen der SED und von den Kreisleitungen der SED.

Wenn wieder einmal behauptet wird, die CDU habe sogar einen Postminister und irgendwo ein paar Stadträte und Verantwortliche in den Bezirks- und Kreisverwaltungen gehabt, dann muss man wissen, dass über jedem im Kreis und im Bezirk – und oben sowieso – jeweils einer von der SED-Kreis- oder Bezirksleitung gesessen hat. Diese Leute hatten einen Job zu machen. Sie hatten sich mit den Leuten herumzuzögern, weil ständig Versorgungsmängel auftraten. Die eigentliche Macht hatte bis auf die Kreisebene herunter eindeutig die SED.

Wenn heute Typen wie Nolle in Sachsen – er ist aus meiner Sicht der übelste Schmierfink, der aus dem Westen in die Neuen Bundesländer herübergekommen ist –

(Vereinzelt Beifall)

uns hier für eine Sache verantwortlich machen wollen, für die wirklich keiner verantwortlich ist, dann können wir uns nur ganz energisch dagegen aussprechen.

Meine Damen und Herren, die Volkskammer, die immer als demokratische Institution dargestellt wird und in der über Vieles entschieden wurde, war natürlich besetzt von der SED, von den vier Blockparteien, und außerdem waren in der Volkskammer noch der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die FDJ, der Demokratische Frauenbund, der Kulturbund und noch andere vertreten. Geredet wird heute nur noch davon, dass es außer der SED nur noch die CDU in der DDR gegeben hat. Wir können eigentlich stolz darauf sein. Ich habe in meinem Kreisverband Treptow-Köpenick, dem ich vorstehe, Leute, die im Sommer 1945 in die CDU eingetreten sind, die heute noch Mitglieder sind und die diese Diaspora durchgestanden haben. Sie sind heute noch froh, dass das alles so gekommen ist, wie sie sich das einstmals gewünscht haben.

(Beifall)

Wir dürfen diese Mitglieder und diese Bürger, die das alles ausgehalten haben, nicht enttäuschen, indem wir uns beschmuddeln lassen und indem wir für die Verbrechen der SED und für den ganzen Schleuderladen vielleicht noch mitverantwortlich gemacht werden.

Ich bin Bauingenieur und bin 1963 in meinen Beruf eingetreten. Da muss ich mir im Abgeordnetenhaus von Berlin, in dem ich 16 Jahre gesessen habe, doch von den Kommunisten noch vorwerfen lassen, dass ich als Bauingenieur für diese Schleuderwirtschaft mitverantwortlich bin. Wir haben da wirklich eine Knochenarbeit geleistet und haben uns bemüht, das Beste dar-

aus zu machen. Aber am Ende werden wir von denen, die den ganzen Schaden angerichtet haben, heute noch vorgeführt. Das können wir uns nicht gefallen lassen. Wir müssen dagegenhalten mit aller Kraft, die wir haben.

(Beifall)

Meine Familie war zehn Jahre getrennt. Mein Vater lebte im Westen und wir im Osten. Wir haben natürlich unsere Erfahrungen gemacht. Von uns kam keiner auf die Oberschule. Meine Schwester hat noch nicht einmal eine Lehrstelle bekommen. Wir waren eine Unternehmerfamilie. Man hat zu meiner Schwester gesagt, sie soll sich erst einmal unter der werktätigen Bevölkerung rehabilitieren, damit sie überhaupt eine Lehrstelle kriegt. Das muss man sich heute einmal vorstellen!

Wir kamen auf keine Oberschule. Aber was ich wirklich fürchterlich fand: Ich bin 1983 in die CDU im Osten eingetreten, weil sie mir ganz sympathisch vorkam. Ich habe dem Arbeitskreis Bauwesen angehört. Da hauten sie alle auf die DDR ein. Als ich das erste Mal da war, habe ich gedacht: Das sind alles Spione. Ich konnte mir gar nicht vorstellen, dass sie das alles ernst meinen. Von den 30 bis 40 Leuten, die in dem Arbeitskreis waren, waren vielleicht zwei oder drei dabei, die linientreu waren. Die anderen haben sich, wie man so schön auf Deutsch sagt, richtig ausgekotzt. Da flogen richtig die Fetzen. Da habe ich gedacht: Hier wirst du mal eintreten; hier kannst du richtig mitmischen.

Das haben wir natürlich gemacht mit dem Erfolg, dass mein Generaldirektor zu mir 1986 gesagt hat: Aus dir könnte ich einen Fachdirektor machen – ich war im Brückenbau tätig –; denn du bist wirklich gut. Aber, so sagte er weiter, aufgrund deiner CDU kann ich mit dir überhaupt nichts anfangen. Wenn du wenigstens parteilos wärst!

Auch das ist die Wahrheit: Es gab Bereiche, in denen solche Leute wie wir überhaupt nicht zum Zuge kamen. Es ging den anderen Parteien wahrscheinlich ähnlich. Ich habe zu ihm dann gesagt: Siehst du, ich bin deshalb in die CDU eingetreten, damit ihr mit mir nicht Karriere macht. Ich habe kein Interesse daran. Ich bleibe Bauleiter, bis ich 65 bin. Das ist mir erspart geblieben, weil ich 1990 in die Geschäftsleitung eingetreten bin. Meine Firma ist heute eines der größten Straßenbauunternehmen in Deutschland. Das ist doch auch schon etwas.

(Beifall)

Wir dürfen uns von diesen Halunken nicht vorführen lassen. Natürlich hat es in der CDU-Ost genauso wie beim FDGB oder wo auch sonst immer solche Leute gegeben, auch bei den sogenannten parteilosen Kommunisten, von denen überhaupt keiner redet und die irgendwo untergekröchen sind.

Ich will ein Beispiel erwähnen. Als ich 1990 erstmals in die Stadtverordnetenversammlung Berlin-Ost eingezogen bin, da war alles noch durcheinander. Aber 1991 waren wir im Abgeordnetenhaus

von Berlin vereinigt. Wir haben natürlich treu und brav angegeben, dass wir von der CDU kommen. Aber die vom Bündnis 90/Die Grünen nannten sich plötzlich Revolutionäre und Bürgerrechtler. Nach einem halben Jahr flog der Schwindel auf. Da waren von den zwölf, die aus dem Osten kamen, vier aus der SED und weitere drei aus den Blockparteien. Diese nannten sie dann plötzlich Revolutionäre. Schönen Gruß an Frau Künast. Eine solche Schweinerei lassen wir uns hier nicht bieten. Da halten wir gegen. Da machen wir nicht mit.

(Beifall)

Dazu wäre auch noch zu sagen, um für die Westdeutschen die Relation ein bisschen klarer zu machen: Im Politbüro saß der oberste Boss vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund. Der oberste FDJler, Egon Krenz – viele kennen ihn noch –, saß auch dort. Von der CDU hat keiner im Politbüro gegessen. Darüber muss man einmal nachdenken. Wenn ich die Zeitungen in den letzten Tage lese, denke ich: Was ist denn da los gewesen? Du warst anscheinend nicht dabei. Es war alles ganz anders, wie die das heute darstellen. So können wir miteinander nicht umgehen.

Frau Schipanski, vielen Dank für Ihren hervorragenden Vortrag. Sie haben gesagt, dass die blühenden Landschaften in Ostdeutschland zu sehen sind. Ich sage zu den Kommunisten immer: Ihr könnt diese blühenden Landschaften gar nicht sehen, denn eure Parteischulen hießen damals schon Blindenschulen. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Herrn Fritz Niedergesäß für seinen Beitrag zur allgemeinen Aussprache. Es liegen gegenwärtig keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Beratung des Antrages.

Ich darf die einzelnen Ziffern bzw. Zifferngruppen aufrufen, wenn keine Änderungsanträge oder Wortmeldungen zu Ziffern vorliegen, und jeweils über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Die zu den Ziffern des Antrags gehörigen Änderungsanträge und die entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission werde ich nicht noch einmal verlesen. Sie haben alle Angaben in Ihren Unterlagen. Wenn Initiativanträge zu den einzelnen Ziffern gestellt wurden, werde ich gesondert darauf aufmerksam machen. Ich gehe davon aus, dass es gegen dieses Verfahren keinen Widerspruch gibt. Wenn Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind, dann bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe, das ist der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

Mir liegen bislang zwei Wortmeldungen vor zu den einzelnen Ziffern. Ich hatte eingangs der Antragsberatung gebeten, falls es noch Wortmeldungen gibt, diese dem Tagungspräsidium gegenüber kenntlich zu machen.

Wir kommen jetzt zur Beratung der Ziffern eins bis 17. Sie finden diese ausgedruckt in Ihren Unterlagen auf den Seiten 262 bis 293. Die Empfehlungen der Antragskommission liegen Ihnen

vor. Ich möchte diese Empfehlungen zur Abstimmung stellen. Wer diesen Empfehlungen der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zur Beratung der Ziffer 18. Hierzu gibt eine Wortmeldung von Herrn Stephan Eisel.

Dr. Stephan Eisel: Liebe Delegierte! Ich spreche zum Antrag 108 des Bezirks Mittelrhein. Es geht um das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Deutschland. Es ist hervorragend, dass wir im Deutschen Bundestag auf Initiative der Union beschlossen haben, dass in Berlin mit einem zentralen Einheits- und Freiheitsdenkmal der Deutschen Einheit gedacht wird und dass sie würdig begangen wird.

Es ist ebenso gut, dass in Leipzig mit einem Freiheits- und Einheitsdenkmal derer gedacht wird und an die erinnert wird, die unter hohem persönlichen Einsatz bei den Demonstrationen – das ist Leipzig mit den Montagsdemonstrationen das Symbol – die friedliche Revolution herbeigeführt haben, die die Voraussetzung für die deutsche Einheit gewesen ist. Ich halte es für hervorragend, dass wir das machen.

Hier oben steht das Motto „Geteilt. Vereint. Gemeinsam“. Ich möchte Sie bitten, diesen Gedanken im Leitantrag auszudehnen, denn die Frage der deutschen Einheit und der entsprechenden Würdigung durch ein Denkmal ist nicht nur eine Frage der neuen Bundesländer. Es ist auch eine Frage der alten Bundesländer. Gemeinsam ist die deutsche Einheit unser Erfolg, und deshalb haben wir vom Bezirk Mittelrhein beantragt, zusätzlich zu Berlin und Leipzig – nicht in der gleichen Kategorie, aber auch – in Bonn, wo die deutsche Einheit vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat beschlossen worden ist, das mit einem angemessenen Denkmal entsprechend zu begehen. Ich freue mich sehr, dass Bundeskanzler Helmut Kohl diese Idee ausdrücklich unterstützt, und würde mich freuen, wenn die Antragskommission sich dem anschließen könnte. Ich möchte Sie herzlich bitten, den Antrag B 108 des Bezirks Mittelrhein zu unterstützen.

(Teilweise Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich gebe das Wort dem Vertreter der Antragskommission, Michael Kretschmer.

Michael Kretschmer, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Freiheits- und Einheitsdenkmal gehört in die Hauptstadt, weil es unsere Hauptstadt ist und weil dort die Mauer eingerissen wurde.

(Vereinzelt Beifall)

In Leipzig wollen wir etwas tun, weil Leipzig stellvertretend für alle anderen Städte in den neuen Bundesländern steht, wo Leute 1989 mit großer Angst auf die Straße gegangen sind und wo Oppositionelle über viele Jahre unter großen Gefahren gegen dieses System gearbeitet haben.

Was zu dieser Zeit, im Herbst 1989, in Bonn genau gewesen ist, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich nicht dort, sondern in Görlitz gelebt habe. Ich weiß nur, dass dieses Thema ein Thema ist, das 1989 in den neuen Ländern, in der ehemaligen DDR stattgefunden hat. Deswegen haben wir uns entschieden, auch im Deutschen Bundestag: Wir wollen es in Berlin tun und wir wollen es in Leipzig tun, stellvertretend für die anderen Städte. Deswegen geht der Vorschlag der Antragskommission dahin, diesen Antrag abzulehnen und bei der Beschlussfassung zu bleiben, die wir auch im Deutschen Bundestag haben: Berlin und Leipzig.

(Teilweise Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass wir zuerst über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Erhält diese die Mehrheit, entfallen die restlichen Anträge. Deswegen rufe ich jetzt den Antrag der Antragskommission zu Ziffer 18 auf. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und keiner Stimmenthaltung ist dem Antrag der Antragskommission zugestimmt.

Jetzt rufe ich die Ziffern 19 bis 46 auf. Zu diesen liegen keine Wortmeldungen bzw. keine weiteren Änderungsanträge vor. Es sind in Ihren Unterlagen die Seiten 297 bis 320. Ich möchte darüber gern abstimmen lassen und bitte diejenigen, die den Vorschlägen der Antragskommission zustimmen können, um ihr Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich kann eine Stimmenthaltung sehen. Damit ist dem zugestimmt.

Ich rufe jetzt die Ziffer 47 auf. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Thaddäus Kunzmann.

Thaddäus Kunzmann: Meine lieben Parteifreunde! Ich spreche jetzt zu den Ziffern 47 und 48. Wir schreiben das Jahr 2008, und in beiden Ziffern werden wir darauf festgelegt, im Jahr 2019 und den folgenden Jahren den Solidarpakt in veränderter Form weiterzuführen. Auf gut Deutsch: Der Osten oder weite Teile des Ostens und auch Teile des Westens sollen solidarisch weiter unterstützt werden. Dagegen habe ich grundsätzlich nichts einzuwenden. Was ich allerdings vermisst, ist eine Ausführung dazu, wie das alles funktionieren soll, insbesondere wer das dann alles bezahlen soll. Ich glaube, auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Wenn wir dazu keine Aussage treffen wollen, bin ich auch nicht dafür, dass wir uns auf einen Zeitraum über das Jahr 2019 hinaus festlegen, diesen Solidarpakt heute schon festzuschreiben. Deshalb bitte ich darum, diese beiden Ziffern 47 und 48 heute abzulehnen, nicht deshalb, weil ich nicht solidarisch sein will – ich sehe das als unsere patriotische Aufgabe an, und dazu stehe ich –, aber weil wir eben nicht nur sagen können, die und die und die bekommen Hilfe, sondern auch einmal sagen müssen, wer denn derjenige sein soll, der das finanzieren soll, und vor allem wie wir es uns vorstellen, wie diese Leistung erbracht werden soll. Darum bitte ich. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle nur erwähnt, dass es keinen Antrag im Sinne des Wortbeitrages zur Streichung der Ziffern 47 und 48 gibt.

Zur Begründung der Auffassung der Antragskommission gebe ich noch einmal Michael Kretschmer das Wort.

Michael Kretschmer, Antragskommission: Meine Damen und Herren, ich glaube, man muss es noch einmal klarstellen. In dem Antrag steht etwas anderes. In dem Antrag steht, dass es nach 2019 keinen dritten Solidarpakt geben wird, sondern dass wir uns bis zum Jahr 2019 vereinbaren. Das ist eine gewaltige patriotische Leistung, die die Deutschen in Ost wie West füreinander erbringen, um nach 40 Jahren dieses Land wieder aufzubauen. Darauf sollten wir erst einmal stolz sein. Es ist eine ganz große Sache, die wir da tun.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, nach 2019 wird Schluss sein, und deswegen steht in diesem Antrag etwas anderes, nämlich dass wir bis 2019 die Weichen so stellen müssen, dass dann die neuen Bundesländer auf eigenen Beinen stehen können und auch müssen, weil es eben keinen Solidarpakt III geben wird.

Das Großartige an diesem Papier ist – und das spricht auch für die CDU –, dass wir uns hier, obwohl der geringste Teil der Mitglieder aus den neuen Bundesländern kommt, gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir das schaffen. Wir haben sehr, sehr viele gute Dinge aufgeschrieben.

Deswegen möchte ich bitten, dass wir diesem Antrag nicht folgen, einmal weil ich glaube, dass die Aussage dieses Papiers richtig ist, dass wir es bis 2019 schaffen. Wir haben auch einen konkreten Weg, den wir in den neuen Ländern gehen können, und danach muss es so sein, dass die Kriterien für Gesamtdeutschland gelten. Das ist die Verpflichtung, die die Ostdeutschen dafür haben, dass sie über die Jahre so viel Solidarität bekommen, für die ich mich auch stellvertretend noch einmal bedanken möchte. – Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

Stanislaw Tillich, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Michael Kretschmer für das Votum der Antragskommission und stelle jetzt die Ziffern 47 und 48 zur Abstimmung. Wer diesen beiden Ziffern im Sinne der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen, bitte! – Es gibt einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch Stimmenthaltungen. Also ist bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen den Vorschlägen der Antragskommission zu den Ziffern 47 und 48 gefolgt worden.

Ich darf jetzt fortfahren und rufe die Ziffern 49 bis 82 auf. Sie finden sie in Ihren Unterlagen auf den Seiten 321 bis 353. Hierzu gibt es keine weiteren Wortmeldungen und auch keine Ände-

rungsanträge zu den Vorschlägen der Antragskommission. Deswegen darf ich die Vorschläge der Antragskommission zur Abstimmung stellen. Ich frage Sie, wer den Ziffern 49 bis 82 im Sinne der Antragskommission seine Zustimmung geben kann. Ich bitte um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht der Fall; vielen Dank.

Damit ist die Einzelberatung über den Antrag „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands“ abgeschlossen.

Ich komme nunmehr zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstands in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Wenn ich das so überblicke, ist diesem Antrag einstimmig zugestimmt worden. Damit ist der Antrag „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands“ beschlossen.

(Beifall)

Ich bedanke mich und darf für die Weiterführung in der Tagesordnung an meinen Kollegen Günther Oettinger übergeben.

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Liebe Freunde, vor dem Schlusswort unserer Vorsitzenden sehen wir eine weitere Videoeinspielung.

(Videoeinspielung – Beifall)

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 24:

SCHLUSSWORT

Die Bundesvorsitzende Angela Merkel hat das Wort.

(Beifall)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Wir blicken auf einen, wie ich glaube, erfolgreichen Parteitag zurück. Wir haben uns hier in Stuttgart sehr, sehr wohl gefühlt. Wir danken noch einmal Oberbürgermeister Wolfgang Schuster für seine Gastfreundschaft. Wir danken auch Ministerpräsident Günther Oettinger für seine Gastfreundschaft und natürlich den Freunden der CDU Baden-Württemberg, die viel zum Gelingen dieses Parteitages beigetragen haben. Herzlichen Dank von uns allen.

(Beifall)

Die Messestadt Stuttgart hat mit ihrer neuen Messe die Bewährungsprobe für einen Parteitag bestanden. Für uns ist dies ein hervorragender Tagungsort gewesen. Ein herzliches Dankeschön auch an die Sponsoren, an die Polizei, die Sicherheitskräfte, die Feuerwehr, die Sanitäter und die Ärzte, die Medien und die vielen anderen, die zum Gelingen dieses Parteitags beigetragen haben.

Liebe Freunde, es sind noch 300 Tage bis zur Bundestagswahl. Es sind 188 Tage bis zur Europawahl und den acht Kommunalwahlen. Es sind 48 Tage bis zur Wahl in Hessen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir gehen entschlossen und geschlossen in den Kampf darum, wer als stärkste Kraft aus diesen Wahlen hervorgeht und das wird die Christlich Demokratische Union sein.

(Beifall)

Lieber Roland Koch, wir werden dich und die hessische CDU aus voller Kraft unterstützen, wenn es darum geht, wie es weitergeht mit diesem Land. Die SPD in Hessen hat einen neuen Spitzenkandidaten. Der hat zuerst erklärt, dass er mit der CDU nach der Wahl auf gar keinen Fall zusammengeht. Dann hat er erklärt, dass Frau Ypsilanti einen Fehler gemacht habe, indem sie nicht gesagt hat, was sie vorhat. Aber man kann aus allem, was er tut, nur schließen, dass er natürlich auch mit der Linken zusammengehen will, es aber auch nicht ganz so deutlich sagen will. Ich kann nur sagen: Für Hessen gibt es nur eine Alternative, und die heißt: In Zeiten wie diesen muss die Christlich-Demokratische Union mit Roland Koch das Land in eine sichere Zukunft führen, liebe Freunde. Das wünschen wir den Bürgerinnen und Bürgern Hessens.

(Beifall)

Das ist auch eine nationale Angelegenheit; denn in Hessen liegt zum Beispiel der bedeutendste Flughafen Deutschlands. Ich muss ehrlich sagen, dass ich deshalb auch froh bin, dass bezüglich der Flugticketabgabe heute so entschieden wurde, wie entschieden worden ist.

(Beifall)

Wir können nicht auf der einen Seite für Steuersenkungen sein, auf der anderen Seite aber für zusätzliche Belastungen unserer zentralen strategischen Standorte.

Der Frankfurter Flughafen, der Bankenplatz Frankfurt, die Region Frankfurt mit ihrer Industrie sind von nationaler, von bundesweiter Bedeutung. Deshalb ist es so wichtig, dass Hessen in guten Händen bleibt, und in guten Händen heißt: in den Händen der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Die Europawahl findet im Juni zusammen mit den Kommunalwahlen statt. Das wird eine sehr spannende Diskussion für die Union, weil wir natürlich auf der einen Seite darüber sprechen werden, welche Bedeutung Europa hat, ein Europa in einer Welt, die bald 9 Milliarden Einwohner haben wird. Da ist es wichtig, dass wir, 500 Millionen Menschen in der EU, mit einer Stimme sprechen und unsere Werte, unsere Überzeugungen gemeinsam in die Ordnung der Welt einbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Auf der anderen Seite werden uns die Kommunalwahlen auch darauf hinweisen, dass unsere Vorstellung von Europa eine subsidiäre Vorstellung ist. Europa ist nicht dann gut, wenn Europa möglichst viel entscheidet. Europa muss nur das entscheiden, was in Europa besser entschieden werden kann als in Berlin, in den Landeshauptstädten oder vor Ort in den Kommunen.

(Beifall)

Unsere Politik heißt: nahe am Menschen, wo immer möglich, und deshalb nicht möglichst viel Entscheidungen nach Brüssel.

(Beifall)

Wir bekennen uns nachdrücklich zur Europäischen Union, die uns den Frieden, offene Grenzen und eine gemeinsame Währung gebracht hat und uns in Zeiten der Globalisierung eine gemeinsame Stimme gibt. Aber wir werden an einigen Stellen auch sagen: So nicht! Wir sagen zum Beispiel: Für die Frage, wie Sozialpolitik funktioniert, ist nicht die Europäische Union zuständig. Das machen wir zu Hause.

(Beifall)

Ende August gibt es drei wichtige Landtagswahlen: im Saarland, in Thüringen und in Sachsen. Ich sage unseren Ministerpräsidenten Peter Müller, Dieter Althaus und Stanislaw Tillich die Unterstützung der Bundes-CDU zu. Wir wollen unsere Gestaltungskraft in diesen Bundesländern behalten. Dafür werden wir kämpfen. In allen drei Ländern wird es um die Frage gehen, ob dort die Linken mitregieren sollen. Ich kann nur sagen: Die CDU muss in diesen Bundesländern erfolgreich sein, damit unser Land insgesamt erfolgreich bleibt!

(Beifall)

Dann wird es die Bundestagswahl geben. Wir haben unsere programmatischen Arbeiten mit unserem Leitantrag sehr deutlich vorangebracht. Natürlich müssen wir bis zum Frühjahr ein Steuerkonzept erarbeiten. Natürlich müssen wir es schaffen, die drei Dinge, die uns wichtig sind – nicht auf Pump leben; die Menschen, wo immer es geht, durch eine Steuerreform entlasten und Aufgaben des Staates wie Bildung, Infrastruktur und Integration nicht vernachlässigen –, in ein glaubwürdiges Konzept einzubeziehen. Bei der nächsten Bundestagswahl werden die Weichen für das zweite Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gestellt. Dieses zweite Jahrzehnt wird durch einen noch stärkeren demografischen Wandel, den Wettbewerb mit anderen Ländern auf der Welt und die Notwendigkeit gekennzeichnet sein, den Aufschwung nach der Krise zu gestalten. Dafür brauchen wir die volle Kraft. Ich bin der tiefen Überzeugung: Deutschland kann das schaffen. Deutschland kann erfolgreich sein, aber nicht, indem man alle neuen Technologien verneint, nicht, indem man Kernkraftwerke abschaltet, obwohl sie noch prima laufen, nicht, indem

man sich nicht schlüssig ist, ob man nun in die Mitte will oder ob man mit den Linken paktieren will. So wird das nichts. Wir brauchen unsere gebündelte Kraft, um für die Zukunft der Menschen in diesem Land zu sorgen. Das kann nur die CDU gemeinsam mit der CSU, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb bitte ich Sie, auf dem Fundament erfolgreicher Weichenstellungen der Christlich Demokratischen Union in die Wahlauseinandersetzungen des nächsten Jahres zu gehen. Kritisieren wir die anderen, wo immer es notwendig ist! Aber verschwenden wir nicht die ganze Energie darauf, sondern machen wir uns auch konstruktive Gedanken über die Zukunft. Die Menschen wollen ein Angebot für die Zukunft. Das können nur wir, die Christlich Demokratische Union, zusammen mit unserer Schwester in Bayern.

(Beifall)

Lassen Sie uns im nächsten Jahr auch über unsere erfolgreiche Geschichte sprechen und uns vergegenwärtigen, wo wir heute stehen und dann den Blick in die Zukunft richten und die Soziale Marktwirtschaft, die uns stark gemacht hat und die nicht nur ein Modell des Wirtschaftens, sondern auch eine gesellschaftliche Vision ist, in das 21. Jahrhundert tragen.

Wenn wir das mit der Kraft, die von diesem Parteitag ausgeht, tun, wenn Sie nach Hause fahren und sagen: „Wir ringen um die richtigen Lösungen; nächstes Jahr wird vieles schwierig; aber wir sind uns in unseren Grundwerten einig und darin, dass dieses Land die Christlich Demokratische Union braucht“, dann werden wir nächstes Jahr erfolgreich sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, in diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen guten Nachhauseweg, viel Kraft für die nächsten Monate und, dass Sie angesichts der Erlebnisse und der Gemeinsamkeit auf diesem Parteitag Viele mit Ihrem Elan anstecken können, die uns zu Hause an den Bildschirmen gefolgt sind.

Wie es seit nunmehr fast 60 Jahren unsere Tradition ist, singen wir jetzt gemeinsam das Lied der Deutschen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne –

Anhaltender Beifall)

Günther H. Oettinger, Tagungspräsidium: Damit ist der Parteitag geschlossen. Wir wünschen Ihnen einen guten Heimweg.

(Schluss: 13.48 Uhr)

ANHANG

Beschlussprotokoll des 22. Parteitags der CDU Deutschlands am 1./2. Dezember 2008 in Stuttgart

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
- 8 a) Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8 b) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
- 9 a) Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Die Mitte. Deutschlands Stärke.“
- 9 b) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
12. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands;
Vorlage des Rechenschaftsberichts 2006 gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Rechnungsprüfer
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission
15. Entlastung des Bundesvorstandes
16. Wahl des Bundesvorstandes
- 16.1 Wahl des Vorsitzenden

- 16.2 Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden
- 16.3 Wahl des Bundesschatzmeisters
- 16.4 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums
- 16.5 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes
17. Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
18. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die EVP-Kongresse
19. Wahl des Bundesparteigerichts
- 20 a) Antrag des Bundesvorstandes „Die Mitte. Deutschlands Stärke.“
- 20 b) Beratung und Beschlussfassung
- 21 a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Schöpfung bewahren: Klima-, Umwelt-, Verbraucherschutz.“
- 21 b) Beratung und Beschlussfassung
- 22 a) Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands.“
- 22 b) Beratung und Beschlussfassung
23. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
24. Schlusswort

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 22. Parteitags der CDU Deutschlands am 1. Dezember 2008 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident: Günther H. Oettinger MdL

Beisitzer: Dieter Althaus MdL

Prof. Dr. Maria Böhmer MdB

Peter Hintze MdB

Dr. Martina Krogmann MdB

Peter Müller MdL

Stanislaw Tillich MdL

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 22. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Ronald Pofalla MdB

Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Klaus Schüler

Weitere Mitglieder:

Baden-Württemberg: Tanja Gönner

Thomas Strobl MdB

Berlin: Stefanie Vogelsang

Brandenburg: Katherina Reiche MdB

Braunschweig:	Jochen-Konrad Fromme MdB
Bremen:	Dr. Catrin Hannken
Hamburg:	Marcus Weinberg MdB
Hessen:	Jürgen Banzer MdL Michael Boddenberg MdL
Mecklenburg-Vorpommern:	Lorenz Caffier MdL
Niedersachsen:	Dr. Maria Flachsbarth MdB
Nordrhein-Westfalen:	Elmar Brok MdEP Regina van Dinker MdB Steffen Kampeter MdB Hendrik Wüst MdL
Rheinland-Pfalz:	Julia Klöckner MdB
Saar:	Jürgen Presser Stefan Rabel
Sachsen:	Michael Kretschmer MdB
Sachsen-Anhalt:	Dr. Reiner Haseloff
Schleswig-Holstein:	Dr. Ole Schröder MdB
Thüringen:	Dr. Klaus Zeh MdL
JU:	Philipp Mißfelder MdB Gero v. Daniels
OMV:	Klaus Schuck
CDA:	Dr. Ralf Brauksiepe MdB
KPV:	Peter Götz MdB
SU:	Prof. Dr. Otto Wulff
EAK:	Thomas Rachel MdB
Wirtschaftsrat:	Prof. Dr. Kurt J. Lauk
RCDS:	Gottfried Ludewig
EVP:	Dr. Werner Langen MdEP

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 22. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

- Vorsitzender:** Ulf Leisner
Stellvertretender Bundesgeschäftsführer
Bereichsleiter Eventmanagement & Logistik
der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Weitere Mitglieder:** Stephan Lechner
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen
- Bernd Reisener
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt
- Florian Weller
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes
Baden-Württemberg

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

- Vorsitzender:** Jürgen Zander
CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Stellv. Vorsitzende:** Bernhard Albrecht
Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Bonn
- Dr. Vera Anna Touché
CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Weitere Mitglieder:**
- | | | |
|------------------|-----|-------------------|
| Anton Auer | KGf | Konstanz |
| Waldemar Bartels | KGf | Gifhorn |
| Yvonne Bauder | KGf | Esslingen |
| Johannes Becker | KGf | Koblenz-Stadt |
| Hubert Brill | KGf | Olpe/Südsauerland |
| Dieter Burfeind | KV | Braunschweig |

Jürgen Dönninghaus	KGf	Ostalb
Josef Elsemann	KGf	Wesel
Richard Fischer	KGf	Rems-Murr
Wilma Gatzka	KGf	Wetterau
Walter Goda	KGf	Vechta
Heike Göttlicher	KGf	Ludwigsburg
Henrik Grotjahn	KGf	Braunschweig
Brigitte Hanser	KGf	Breisgau- Hochschwarzwald
Dietmar Haßler	KGf	Dresden
Johann Gottfried Hecker	KGf	Gießen
Anne Höhne-Weigl	KGf	Main-Kinzig
Christoph Holsträter	KGf	Bottrop
Christian Janßen	KGf	Herford
Imke Jeske-Werner	KGf	Peine
Hans-Josef Kampe	KGf	Viersen
Heinz Kirchfeld	KGf	Soltau-Fallingbostel
Walter Klemme	KGf	Weserbergland
Gerlinde Kramer	KGf	Bentheim
Corinna Kühner	KGf	Reutlingen
Klaus Kuß	KGf	Main-Tauber-Kreis
Ursula Landau	KGf	Lahn-Dill
Sabrina Langenwalter	Bez.-GF	Nordwürttemberg
Jürgen Lehe	KGf	Rhein-Lahn
Andy Lübke	KGf	Börde
Johannes Machill	KGf	Steinfurt

Carsten Mannheims	KGF	Aachen
Reinhold Meisel	KGF	Neckar-Odenwald
Doris Memmler	KGF	Magdeburg
Antje Meyer	KGF	Eimsbüttel
Arne Mielken	GF	CDU Brüssel-Belgien
Harro Mies	KGF	Aachen-Stadt
Peter Möller	KGF	Friesland
Claudia Mosblech	KGF	Duisburg
Werner Müller	KGF	Siegen-Wittgenstein
Friedrich Nies	KGF	Hochsauerland
Harald Orthey	Bez.-GF	Koblenz-Montabaur
Gerd Ozimek	KGF	Düsseldorf
Hans-Georg Pelzer	KGF	Rhein-Kreis Neuss
Ursula Pfrommer	KGF	Calw
Christi Pick-Gobs	KGF	Ravensburg
Peter Pirron	KV	Kaiserslautern
Bernd Ramakers	KGF	Düren
Josef Reichl	KGF	Heilbronn
Waltraud Reiss	KGF	Karlsruhe-Land
Ute Robanus	KGF	Offenbach-Stadt
Karola Rodestock	KGF	Böblingen
Thomas Roth	KGF	Freudenstadt
Roger Schenk	KGF	Stuttgart
Iris Schmidt	KGF	Vogelsbergkreis
Michael Schneider	KGF	Ahrweiler
Siegbert Schrader	KGF	Vogtland

Thomas Schweizer	KGf	Alb-Donau/Ulm
Svenja Siemers		Bezirksverband Nordbaden
Norbert Solberg	KGf	Essen
Mechthild Soiberg	KV	Essen
Martin Spittler	KGf	Mülheim an der Ruhr
Martin Stein	KGf	Schwäbisch Hall
Michael Stöter	KV	Kassel-Land
Werner Thies	KGf	Hamm
Elke von Ziegner	KGf	Harburg-Land
Uwe Voss	KGf	Segeberg
Christian Wernet	KGf	Frankfurt am Main
Paul Westeppe	KGf	Wuppertal
Bernd Wießel	KGf	Altmarkkreis Salzwedel

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8a/8b): Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9a/b): Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla MdB**, und die Einführung in den Antrag „Die Mitte. Deutschlands Stärke.“ zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlich vorgelegten **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands, Eckart von Klaeden MdB**, und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsbericht 2006** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Die **Mandatsprüfungskommission** des 22. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 22. Parteitag 1001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1001 Delegierten waren um 14:45 Uhr 978 Delegierte anwesend.

„Der 22. Parteitag ist beschlussfähig.“

gez. Ulf Leisner
- Vorsitzender -

gez. Florian Weller

gez. Bernd Reisener

Zu TOP 15: Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands erteilt dem Bundesvorstand für die Kalenderjahre 2006 und 2007 Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 16: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 16.1: Wahl des Vorsitzenden

Es wurde gewählt:

Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	911
Ungültig:	5
Enthaltungen:	16
Gültige Stimmen:	890
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	446
Ja:	844
Nein:	46

Zu TOP 16.2: Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	926
Ungültig:	1
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	925
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	463

Es wurde gewählt:

Roland Koch MdL 821

Dr. Jürgen Rüttgers MdL	717
Christian Wulff MdL	730
Dr. Annette Schavan MdB	684

Danach wurden im ersten Wahlgang vier Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter eine Frau. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Zu TOP 16.3: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Eckart von Klaeden MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	893
Ungültig:	1
Enthaltungen:	6
Gültige Stimmen:	886
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	444
Ja:	863
Nein:	23

Zu TOP 16.4: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	943
Ungültig:	0
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	943
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	472

Es wurden gewählt:

Dieter Althaus MdL	805
Dr. Wolfgang Schäuble MdB	805
Peter Müller MdL	785
Dr. Ursula von der Leyen	778
Karl-Josef Laumann MdL	733
Philipp Mißfelder MdB	627
Prof. Dr. Maria Böhmer MdB	620

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt 7 weitere Mitglieder des Präsidiums, darunter 2 Frauen gewählt. Damit ist das Frauenquorum erfüllt.

Zu TOP 16.5: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	949
Ungültig:	10
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	939
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	470

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

Dr. Franz Josef Jung MdB	898
Angelika Volquartz	835
Arnold Vaatz MdB	829
Prof. Dagmar Schipanski MdL	815
Volker Bouffier MdL	803
Christian Baldauf MdL	800

Prof. Dr. Otto Wulff	793
Elmar Brok MdEP	775
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	751
Hendrik Wüst MdL	750
Tanja Gönner	747
Erika Steinbach MdB	731
Jürgen Seidel MdL	716
Friedbert Pflüger MdA	711
Emine Demirbükten-Wegner MdA	708
Peter Jacoby MdL	669
Ursula Heinen MdB	666
Armin Laschet	653
Dr. Michael Fuchs MdB	650
Axel E. Fischer MdB	644
Maria Michalk MdB	639
Ingrid Sehrbrock	636
Dr. Regina Görner	616
Regina van Dinkerhoff MdL	587
Katherina Reiche MdB	573
Dr. Reiner Haseloff	566

Danach wurden im 1. Wahlgang **26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes** gewählt, darunter 12 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Es wurden nicht gewählt:

Gerald Weiß MdB	536
-----------------	-----

Dr. Joachim Pfeiffer MdB	522
Eva-Maria Wybrands	514

Zu TOP 17: Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** für die Zeit vom 1.1.2009 bis 31.12.2010:

Ordentliche Mitglieder:

Dr. Christian von Bötticher
 ElmarBrok MdEP
 Daniel Caspary MdEP
 Claudia Crawford
 Michael Gahler MdEP
 Ursula Heinen MdB
 Werner Jostmeier MdL
 Dr. Gunther Krichbaum MdB
 Dr. Werner Langen MdEP
 Armin Laschet
 Bettina Machaczek MdHB
 Hartmut Nassauer MdEP
 Henning Otte MdB
 Doris Pack MdEP
 Dr. Friedbert Pflüger Mda
 Katherina Reiche MdB
 Herbert Reul MdEP
 Prof. Dr. Günter Rinsche

Stellvertretende Mitglieder:

Tanja Gönner
 Karen von Kibedi-Varga
 Dr. Egon A. Klepsch
 Julia Klöckner MdB
 Dr. Martina Krogmann MdB
 Horst Langes
 Klaus Heiner Lehne MdEP
 Maria Michalk MdB
 Philipp Missfelder MdB
 Dr. Eva Möllring MdB
 Klemens Mömkes
 Günter Nooke
 Sibylle Pfeiffer MdB
 Dr. Horst Schnellhardt MdEP
 Dr. Andreas Schockenhoff MdB
 Michael Stübgen MdB
 Dr. Peter Weilemann
 Karl von Wogau MdEP

Zu TOP 18: Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen **für die Zeit vom 1.1.2009 bis 31.12.2010 zu Delegierten und stellvertretenden Delegierten von EVP-Kongressen:**

Delegierte:

Peter Altmaier MdB
 Christian Baldauf MdL
 Gustav Bergemann MdL
 Dr. Stefan Berger MdL
 Thomas Blenke MdL
 Ilika von Boeselager
 Dr. Christian von Bötticher
 Dr. Ralf Brauksiepe MdB
 Christian Carius MdL
 Claudia Crawford
 Edith Grupp
 Ursula Heinen MdB
 Lothar Hegemann MdL
 Niclas Herbst
 Bernd Heynemann MdB
 Andreas Jung MdB
 Armin Laschet
 Steffen Kampeter MdB
 Eckart von Klaeden MdB
 Andreas Krautscheid
 Dr. Gunther Krichbaum MdB

Ersatzdelegierte:

Thomas Bareiß MdB
 Holger Bellino MdL
 Veronika Bellmann MdB
 Marion Berning
 Siegfried Borgwandt MdL
 Hans-Josef Bracht MdL
 Karin Brückert
 Christophe Darley
 Emine Demirbüken-Wegner
 Christoph Eggers
 Dr. Saskia Funck MdL
 Hans-Georg Gerling MdBB
 Dr. Adelheid Gliedner-Simon
 Olav Göhs
 Tanja Gönner
 Hartmut Hamerich MdL
 Roland Heintze MdHB
 Martin Herkommer
 Elke Holzapfei
 Dr. Peter Jahr MdB
 Karen von Kibedi-Varga

Werner Kuhn MdL	Dr. Egon A.Klepsch
Aloys Lenz MdL	Julia Klöckner MdB
Bettina Machaczek MdHB	Dr. Annette Koewius
Prof. Dr. Georg Milbradt MdL	Dr. Martina Krogmann MdB
Philipp Missfelder MdB	Annegret Kramp-Karrenbauer MdL
Dr. Eva Möllring MdB	Prof. Dr. Michael Krapp MdL
Gudrun Osterburg MdL	Horst Langes
Henning Otte MdB	Marlene Lenz
Ronald Pofalla MdB	Ulrich Lusche
Ruprecht Polenz MdB	Dr. Beatrice Marnetté-Kühl
Dr. Friedbert Pflüger MdB	David McAllister MdL
Karl Rauber MdL	Maria Michalk MdB
Katherina Reiche MdB	Klemens Mömkes
Barbara Richstein MdL	Dr. Alice Neuhäuser
Prof. Dr. Günter Rinsche	Günter Nooke
Manfred Ritzek MdL	Josef Offele
Dr. Josef Rosenbauer MdL	Christian Pfeifer
Thomas Röwekamp MdBB	Sibylle Pfeiffer MdB
Helmut Sauer	Jochen Richter
Uwe Schäfer	Christian Rosenkranz
Günther Schartz	Sonja Rothe
Ingo Schmitt MdB	Martina Schrage
Birgit Schnieber-Jastram MdHB	Fritz Schröter MdL
Dr. Andreas Schockenhoff MdB	Wiltrud Schumann
Oliver Scholz	Dr. Bärbel Steinkemper
Dr. Klaus Schüler	Hanno Thewes

Claudia Stuckmann	Stephan Toscani MdL
Michael Stübgen MdB	Tobias Utter MdL
Stanislaw Tillich MdL	Renate Völpel
Karin Wolff MdL	Dr. Peter Weilemann
Barbara Woltmann	Bertil Wenger
Prof. Dr. Otto Wulff	Hermann Winkler MdL
Andreas Zwickl	Eva-Maria Wybrands

Zu TOP 19: **Wahl des Bundesparteigerichts der CDU Deutschlands**

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Vorsitzender:

Präsident des Landgerichts a. D.
Dr. Friedrich August **Bonde**

Staatssekretärin
Gabriele **Hauser**

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht
Dr. Wolfgang **Knippel**

Richterin am Bundesgerichtshof a. D.
Dr. Heidi **Lambert-Lang**

Richter am Bundesgerichtshof a. D.
Karl-Friedrich **Tropf**

Stellvertretende Mitglieder:

Rechtsanwalt
Dr. Peter **Dany**

Regierungsdirektor
Bernhard **Hellner**

Rechtsanwältin

Petra **Kansy**

Vizepräsident des Oberlandesgerichts a. D.

Ernst Jürgen **Kratz**

Rechtsanwältin und Notarin

Barbara **Saß-Viehweger**

Richterin am Bundesarbeitsgericht

Dr. Anja **Schlewing**

Richter am Bundesgerichtshof

Heinz **Wöstmann**

Zu TOP

20 a/20 b): Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Die Mitte. Deutschlands Stärke.**“ in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen folgenden Beschluss:

(Der Wortlaut des Antrags D 1 liegt als gesonderter Einzeldruck vor. Der Wortlaut des Antrags D 2 findet sich in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ wieder.)

D	1	Annahme
---	---	---------

D	2	Ablehnung
---	---	-----------

Zu TOP

21 a/b): Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Schöpfung bewahren: Klima-, Umwelt-, Verbraucherschutz.**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 944 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge A 945 bis A 953 finden sich in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ wieder.)

A	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	2	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	3	Ablehnung
A	4	Annahme
A	5	Ablehnung
A	6	Ablehnung
A	7	Ablehnung
A	8	Ablehnung
A	9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	10	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	11	Ablehnung
A	12	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	13	Ablehnung
A	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	15	Ablehnung
A	16	Ablehnung
A	17	Ablehnung
A	18	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	19	Ablehnung
A	20	Ablehnung
A	21	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	22	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	23	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	24	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	25	Ablehnung
A	26	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	27	Ablehnung
A	28	Ablehnung
A	29	Ablehnung
A	30	Ablehnung
A	31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	33	Ablehnung
A	34	Ablehnung
A	35	Ablehnung
A	36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	37	Ablehnung
A	38	Ablehnung
A	39	Ablehnung
A	40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	41	Ablehnung
A	42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	43	Ablehnung
A	44	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	46	Ablehnung
A	47	Ablehnung
A	48	Ablehnung
A	49	Ablehnung
A	50	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	51	Ablehnung
A	52	Ablehnung

A	53	Ablehnung
A	54	Ablehnung
A	55	Ablehnung
A	56	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	57	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	58	Ablehnung
A	59	Ablehnung
A	60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	61	Ablehnung
A	62	Ablehnung
A	63	Ablehnung
A	64	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	65	Ablehnung
A	66	Ablehnung
A	67	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	68	Ablehnung
A	69	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	71	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	72	Ablehnung
A	73	Ablehnung
A	74	Ablehnung
A	75	Ablehnung
A	76	Ablehnung
A	77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	78	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	79	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	81	Ablehnung
A	82	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	83	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	84	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	85	Ablehnung
A	86	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	87	Ablehnung
A	88	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	89	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	90	Ablehnung
A	91	Ablehnung
A	92	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	93	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	94	Ablehnung
A	95	Ablehnung
A	96	Ablehnung
A	97	Ablehnung
A	98	Ablehnung
A	99	Ablehnung
A	100	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	101	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	102	Ablehnung
A	103	Ablehnung
A	104	Ablehnung

A	105	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	107	Ablehnung
A	108	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	109	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	110	Ablehnung
A	111	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	112	Ablehnung
A	113	Ablehnung
A	114	Ablehnung
A	115	Ablehnung
A	116	Ablehnung
A	117	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	118	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	119	Ablehnung
A	120	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	121	Ablehnung
A	122	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	123	Ablehnung
A	124	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	125	Ablehnung
A	126	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	127	Ablehnung
A	128	Ablehnung
A	129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	130	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	131	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	132	Ablehnung
A	133	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	134	Ablehnung
A	135	Ablehnung
A	136	Ablehnung
A	137	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	138	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	139	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	140	Ablehnung
A	141	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	142	Ablehnung
A	143	Ablehnung
A	144	Ablehnung
A	145	Ablehnung
A	146	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	147	Annahme
A	148	Ablehnung
A	149	Ablehnung
A	150	Ablehnung
A	151	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	152	Ablehnung
A	153	Ablehnung
A	154	Ablehnung
A	155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	156	Ablehnung

A	157	Ablehnung
A	158	Ablehnung
A	159	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	160	Ablehnung
A	161	Ablehnung
A	162	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	164	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	165	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	166	Ablehnung
A	167	Ablehnung
A	168	Ablehnung
A	169	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	170	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	171	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	172	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	173	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	174	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	175	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	176	Ablehnung
A	177	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	178	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	179	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	180	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	181	Ablehnung
A	182	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	183	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	184	Ablehnung
A	185	Ablehnung
A	186	Ablehnung
A	187	Ablehnung
A	188	Ablehnung
A	189	Ablehnung
A	190	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	191	Annahme
A	192	Ablehnung
A	193	Ablehnung
A	194	Ablehnung
A	195	Ablehnung
A	196	Ablehnung
A	197	Ablehnung
A	198	Ablehnung
A	199	Ablehnung
A	200	Ablehnung
A	201	Ablehnung
A	202	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	203	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	205	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	206	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	207	Ablehnung
A	208	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	209	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	210	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	211	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	212	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	213	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	214	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	215	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	216	Ablehnung
A	217	Ablehnung
A	218	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	219	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	220	Ablehnung
A	221	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	222	Ablehnung
A	223	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	224	Ablehnung
A	225	Ablehnung
A	226	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	227	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	228	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	229	Ablehnung
A	230	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	231	Ablehnung
A	232	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	233	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	234	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	235	Ablehnung
A	236	Ablehnung
A	237	Ablehnung
A	238	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	239	Ablehnung
A	240	Ablehnung
A	241	Ablehnung
A	242	Ablehnung
A	243	Ablehnung
A	244	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	245	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	246	Ablehnung
A	247	Ablehnung
A	248	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	249	Ablehnung
A	250	Ablehnung
A	251	Ablehnung
A	252	Ablehnung
A	253	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	254	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	255	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	256	Ablehnung
A	257	Ablehnung
A	258	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	259	Ablehnung
A	260	Ablehnung

A	261	Ablehnung
A	262	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	263	Ablehnung
A	264	Ablehnung
A	265	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	266	Ablehnung
A	267	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	268	Ablehnung
A	269	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	270	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	271	Erledigung
A	272	Ablehnung
A	273	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	274	Ablehnung
A	275	Ablehnung
A	276	Ablehnung
A	277	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	278	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	279	Ablehnung
A	280	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	281	Ablehnung
A	282	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	283	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	284	Annahme
A	285	Ablehnung
A	286	Ablehnung

A	287	Ablehnung
A	288	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	289	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	290	Erledigung
A	291	Erledigung
A	292	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	293	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	294	Ablehnung
A	295	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	296	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	297	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	298	Ablehnung
A	299	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	300	Ablehnung
A	301	Ablehnung
A	302	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	303	Ablehnung
A	304	Ablehnung
A	305	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	306	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	307	Ablehnung
A	308	Ablehnung
A	309	Ablehnung
A	310	Ablehnung
A	311	Ablehnung
A	312	Ablehnung

A	313	Ablehnung
A	314	Ablehnung
A	315	Ablehnung
A	316	Ablehnung
A	317	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	318	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	319	Ablehnung
A	320	Ablehnung
A	321	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	322	Ablehnung
A	323	Ablehnung
A	324	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	325	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	326	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	327	Ablehnung
A	328	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	329	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	330	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	331	Ablehnung
A	332	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	333	Ablehnung
A	334	Ablehnung
A	335	Ablehnung
A	336	Annahme
A	337	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	338	Ablehnung

A	339	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	340	Ablehnung
A	341	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	342	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	343	Ablehnung
A	344	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	345	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	346	Ablehnung
A	347	Ablehnung
A	348	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	349	Ablehnung
A	350	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	351	Ablehnung
A	352	Ablehnung
A	353	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	354	Ablehnung
A	355	Ablehnung
A	356	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	357	Ablehnung
A	358	Erledigung
A	359	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	360	Ablehnung
A	361	Erledigung
A	362	Erledigung
A	363	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	364	Ablehnung

A	365	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	366	Ablehnung
A	367	Ablehnung
A	368	Ablehnung
A	369	Ablehnung
A	370	Ablehnung
A	371	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	372	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	373	Ablehnung
A	374	Ablehnung
A	375	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	376	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	377	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	378	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	379	Ablehnung
A	380	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	381	Ablehnung
A	382	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	383	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	384	Ablehnung
A	385	Ablehnung
A	386	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	387	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	388	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	389	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	390	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	391	Ablehnung
A	392	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	393	Ablehnung
A	394	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	395	Ablehnung
A	396	Ablehnung
A	397	Ablehnung
A	398	Ablehnung
A	399	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	400	Ablehnung
A	401	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	402	Ablehnung
A	403	Ablehnung
A	404	Ablehnung
A	405	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	406	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	407	Ablehnung
A	408	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	409	Ablehnung
A	410	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	411	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	412	Ablehnung
A	413	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	414	Ablehnung
A	415	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A	416	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	417	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	418	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	419	Ablehnung
A	420	Ablehnung
A	421	Ablehnung
A	422	Ablehnung
A	423	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	424	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	425	Ablehnung
A	426	Ablehnung
A	427	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	428	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	429	Ablehnung
A	430	Ablehnung
A	431	Ablehnung
A	432	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	433	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	434	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	435	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	436	Annahme
A	437	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	438	Ablehnung
A	439	Ablehnung
A	440	Ablehnung
A	441	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	442	Ablehnung
A	443	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	444	Ablehnung
A	445	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	446	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	447	Ablehnung
A	448	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	449	Ablehnung
A	450	Ablehnung
A	451	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	452	Ablehnung
A	453	Ablehnung
A	454	Ablehnung
A	455	Annahme
A	456	Ablehnung
A	457	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	458	Annahme
A	459	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	460	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	461	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	462	Ablehnung
A	463	Ablehnung
A	464	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	465	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	466	Ablehnung

A	467	Ablehnung
A	468	Ablehnung
A	469	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	470	Ablehnung
A	471	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	472	Ablehnung
A	473	Ablehnung
A	474	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	475	Ablehnung
A	476	Ablehnung
A	477	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	478	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	479	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	480	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	481	Ablehnung
A	482	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	483	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	484	Ablehnung
A	485	Ablehnung
A	486	Ablehnung
A	487	Ablehnung
A	488	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	489	Ablehnung
A	490	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	491	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	492	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	493	Ablehnung
A	494	Ablehnung
A	495	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	496	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	497	Ablehnung
A	498	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	499	Ablehnung
A	500	Ablehnung
A	501	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	502	Ablehnung
A	503	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	504	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	505	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	506	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	507	Ablehnung
A	508	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	509	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	510	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	511	Ablehnung
A	512	Ablehnung
A	513	Ablehnung
A	514	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	515	Ablehnung
A	516	Ablehnung
A	517	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	518	Ablehnung

A	519	Ablehnung
A	520	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	521	Ablehnung
A	522	Ablehnung
A	523	Ablehnung
A	524	Annahme
A	525	Ablehnung
A	526	Ablehnung
A	527	Ablehnung
A	528	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	529	Ablehnung
A	530	Ablehnung
A	531	Ablehnung
A	532	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	533	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	534	Ablehnung
A	535	Ablehnung
A	536	Ablehnung
A	537	Ablehnung
A	538	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	539	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	540	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	541	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	542	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	543	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	544	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	545	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	546	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	547	Ablehnung
A	548	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	549	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	550	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	551	Ablehnung
A	552	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	553	Ablehnung
A	554	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	555	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	556	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	557	Ablehnung
A	558	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	559	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	560	Ablehnung
A	561	Ablehnung
A	562	Ablehnung
A	563	Ablehnung
A	564	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	565	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	566	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	567	Ablehnung
A	568	Ablehnung
A	569	Ablehnung
A	570	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	571	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	572	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	573	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	574	Ablehnung
A	575	Ablehnung
A	576	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	577	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	578	Ablehnung
A	579	Ablehnung
A	580	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	581	Ablehnung
A	582	Ablehnung
A	583	Ablehnung
A	584	Ablehnung
A	585	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	586	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	587	Ablehnung
A	588	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	589	Ablehnung
A	590	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	591	Ablehnung
A	592	Ablehnung
A	593	Ablehnung
A	594	Ablehnung
A	595	Ablehnung
A	596	Ablehnung

A	597	Ablehnung
A	598	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	599	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	600	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	601	Ablehnung
A	602	Ablehnung
A	603	Ablehnung
A	604	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	605	Ablehnung
A	606	Ablehnung
A	607	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	608	Ablehnung
A	609	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	610	Ablehnung
A	611	Ablehnung
A	612	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	613	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	614	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	615	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	616	Ablehnung
A	617	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	618	Ablehnung
A	619	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	620	Ablehnung
A	621	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	622	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	623	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	624	Ablehnung
A	625	Ablehnung
A	626	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	627	Ablehnung
A	628	Ablehnung
A	629	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	630	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	631	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	632	Ablehnung
A	633	Ablehnung
A	634	Ablehnung
A	635	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	636	Ablehnung
A	637	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	638	Ablehnung
A	639	Ablehnung
A	640	Ablehnung
A	641	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	642	Ablehnung
A	643	Ablehnung
A	644	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	645	Ablehnung
A	646	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	647	Ablehnung
A	648	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	649	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	650	Ablehnung
A	651	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	652	Ablehnung
A	653	Ablehnung
A	654	Ablehnung
A	655	Ablehnung
A	656	Ablehnung
A	657	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	658	Ablehnung
A	659	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	660	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	661	Ablehnung
A	662	Ablehnung
A	663	Annahme
A	664	Ablehnung
A	665	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	666	Ablehnung
A	667	Ablehnung
A	668	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	669	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	670	Annahme
A	671	Ablehnung
A	672	Ablehnung
A	673	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	674	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	675	Ablehnung
A	676	Ablehnung
A	677	Ablehnung
A	678	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	679	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	680	Ablehnung
A	681	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	682	Ablehnung
A	683	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	684	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	685	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	686	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	687	Ablehnung
A	688	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	689	Ablehnung
A	690	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	691	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	692	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	693	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	694	Ablehnung
A	695	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	696	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	697	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	698	Ablehnung
A	699	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	700	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	701	Ablehnung
A	702	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	703	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	704	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	705	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	706	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	707	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	708	Ablehnung
A	709	Ablehnung
A	710	Ablehnung
A	711	Ablehnung
A	712	Ablehnung
A	713	Ablehnung
A	714	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	715	Ablehnung
A	716	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	717	Ablehnung
A	718	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	719	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	720	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	721	Ablehnung
A	722	Ablehnung
A	723	Ablehnung
A	724	Annahme
A	725	Ablehnung
A	726	Ablehnung

A	727	Ablehnung
A	728	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	729	Ablehnung
A	730	Ablehnung
A	731	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	732	Ablehnung
A	733	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	734	Ablehnung
A	735	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	736	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	737	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	738	Ablehnung
A	739	Ablehnung
A	740	Ablehnung
A	741	Ablehnung
A	742	Ablehnung
A	743	Ablehnung
A	744	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	745	Ablehnung
A	746	Ablehnung
A	747	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	748	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	749	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	750	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	751	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	752	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	753	Ablehnung
A	754	Ablehnung
A	755	Ablehnung
A	756	Ablehnung
A	757	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	758	Ablehnung
A	759	Ablehnung
A	760	Ablehnung
A	761	Ablehnung
A	762	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	763	Annahme
A	764	Ablehnung
A	765	Ablehnung
A	766	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	767	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	768	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	769	Ablehnung
A	770	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	771	Ablehnung
A	772	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	773	Ablehnung
A	774	Annahme
A	775	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	776	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	777	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	778	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	779	Ablehnung
A	780	Annahme
A	781	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	782	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	783	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	784	Ablehnung
A	785	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	786	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	787	Ablehnung
A	788	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	789	Ablehnung
A	790	Ablehnung
A	791	Ablehnung
A	792	Ablehnung
A	793	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	794	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	795	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	796	Annahme
A	797	Ablehnung
A	798	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	799	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	800	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	801	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	802	Ablehnung
A	803	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	804	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	805	Ablehnung
A	806	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	807	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	808	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	809	Ablehnung
A	810	Ablehnung
A	811	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	812	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	813	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	814	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	815	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	816	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	817	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	818	Annahme
A	819	Ablehnung
A	820	Ablehnung
A	821	Ablehnung
A	822	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	823	Ablehnung
A	824	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	825	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	826	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	827	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	828	Erledigung
A	829	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	830	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	831	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	832	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	833	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	834	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	835	Ablehnung
A	836	Annahme
A	837	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	838	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	839	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	840	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	841	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	842	Ablehnung
A	843	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	844	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	845	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	846	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	847	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	848	Ablehnung
A	849	Ablehnung
A	850	Ablehnung
A	851	Ablehnung
A	852	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	853	Ablehnung
A	854	Ablehnung
A	855	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	856	Annahme i.d.F. der Antragskommission

A	857	Ablehnung
A	858	Ablehnung
A	859	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	860	Ablehnung
A	861	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	862	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	863	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	864	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	865	Ablehnung
A	866	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	867	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	868	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	869	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	870	Erledigung
A	871	Ablehnung
A	872	Ablehnung
A	873	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	874	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	875	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	876	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	877	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	878	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	879	Ablehnung
A	880	Ablehnung
A	881	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	882	Ablehnung

A	883	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	884	Ablehnung
A	885	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	886	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	887	Ablehnung
A	888	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	889	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	890	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	891	Ablehnung
A	892	Ablehnung
A	893	Ablehnung
A	894	Ablehnung
A	895	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	896	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	897	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	898	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	899	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	900	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	901	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	902	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A	903	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	904	Ablehnung
A	905	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	906	Ablehnung
A	907	Annahme

A	908	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	909	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	910	Ablehnung
A	911	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	912	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	913	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	914	Ablehnung
A	915	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	916	Ablehnung
A	917	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	918	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	919	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	920	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	921	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	922	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	923	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	924	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	925	Ablehnung
A	926	Ablehnung
A	927	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	928	Ablehnung
A	929	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	930	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	931	Ablehnung
A	932	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	933	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

A	934	Erledigung
A	935	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	936	Ablehnung
A	937	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	938	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	939	Ablehnung
A	940	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A	941	Ablehnung
A	942	Ablehnung
A	943	Ablehnung
A	944	Ablehnung
A	945	Erledigung
A	946	Erledigung
A	947	Erledigung
A	948	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	949	Annahme
A	950	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	951	Annahme i.d.F. der Antragskommission
A	952	Ablehnung
A	953	Erledigung

Zu TOP**22 a/b):**

Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Aussprache und Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „**Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands.**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 299 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt, der Wortlaut der Anträge B 301 bis B 303 finden sich in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ wieder.)

B	1	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	2	Ablehnung
B	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	5	Ablehnung
B	6	Ablehnung
B	7	Ablehnung
B	8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	9	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	10	Ablehnung
B	11	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	12	Ablehnung
B	13	Ablehnung
B	14	Ablehnung
B	15	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	16	Ablehnung
B	17	Ablehnung
B	18	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	20	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	21	Ablehnung
B	22	Ablehnung

B	23	Ablehnung
B	24	Ablehnung
B	25	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	26	Ablehnung
B	27	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	28	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	29	Ablehnung
B	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	33	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	34	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	35	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	36	Ablehnung
B	37	Ablehnung
B	38	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	39	Ablehnung
B	40	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	41	Ablehnung
B	42	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	43	Ablehnung
B	44	Ablehnung
B	45	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	46	Ablehnung
B	47	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	48	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	50	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	51	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	52	Ablehnung
B	53	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	54	Annahme
B	55	Ablehnung
B	56	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	57	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	58	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	59	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	60	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	61	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	62	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	63	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	64	Ablehnung
B	65	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	66	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	67	Ablehnung
B	68	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	69	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	70	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	71	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	72	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	73	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	74	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	75	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	76	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	77	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	78	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	79	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	80	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	81	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	82	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	83	Ablehnung
B	84	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	85	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	86	Annahme
B	87	Ablehnung
B	88	Ablehnung
B	89	Ablehnung
B	90	Ablehnung
B	91	Annahme
B	92	Ablehnung
B	93	Erledigung
B	94	Ablehnung
B	95	Ablehnung
B	96	Ablehnung
B	97	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	98	Ablehnung
B	99	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	100	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	101	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	102	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	103	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	104	Überweisung an die CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen
B	105	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	106	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	107	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	108	Ablehnung
B	109	Ablehnung
B	110	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	111	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	112	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	113	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	114	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	115	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	116	Annahme
B	117	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	118	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	119	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	120	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	121	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	122	Annahme
B	123	Ablehnung
B	124	Annahme
B	125	Ablehnung
B	126	Ablehnung
B	127	Ablehnung
B	128	Ablehnung
B	129	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	130	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	131	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	132	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	133	Annahme
B	134	Annahme
B	135	Ablehnung
B	136	Ablehnung
B	137	Annahme
B	138	Überweisung an die CDU-Landtags- fraktionen der alten Bundesländer
B	139	Ablehnung
B	140	Ablehnung
B	141	Ablehnung
B	142	Ablehnung
B	143	Annahme
B	144	Ablehnung
B	145	Annahme

B	146	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	147	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	148	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	149	Annahme
B	150	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	151	Ablehnung
B	152	Ablehnung
B	153	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	154	Ablehnung
B	155	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	156	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	157	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	158	Ablehnung
B	159	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	160	Ablehnung
B	161	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	162	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	163	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	164	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	165	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	166	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	167	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	168	Annahme
B	169	Ablehnung
B	170	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt

B	171	Annahme
B	172	Ablehnung
B	173	Annahme
B	174	Annahme
B	175	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	176	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	177	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	178	Annahme
B	179	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	180	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	181	Annahme
B	182	Annahme
B	183	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	184	Annahme
B	185	Annahme
B	186	Annahme
B	187	Annahme
B	188	Ablehnung
B	189	Ablehnung
B	190	Annahme
B	191	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	192	Annahme
B	193	Ablehnung
B	194	Ablehnung
B	195	Ablehnung

B	196	Annahme
B	197	Annahme
B	198	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	199	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	200	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	201	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	202	Ablehnung
B	203	Ablehnung
B	204	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	205	Ablehnung
B	206	Ablehnung
B	207	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	208	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	209	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	210	Ablehnung
B	211	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	212	Ablehnung
B	213	Annahme
B	214	Ablehnung
B	215	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	216	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	217	Annahme
B	218	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	219	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	220	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	221	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	222	Annahme
B	223	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	224	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	225	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	226	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	227	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	228	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	229	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	230	Ablehnung
B	231	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	232	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	233	Ablehnung
B	234	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	235	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	236	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	237	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	238	Annahme
B	239	Ablehnung
B	240	Ablehnung
B	241	Ablehnung
B	242	Ablehnung
B	243	Annahme
B	244	Annahme
B	245	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	246	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	247	Ablehnung
B	248	Ablehnung
B	249	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	250	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	251	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	252	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	253	Ablehnung
B	254	Annahme
B	255	Annahme
B	256	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	257	Ablehnung
B	258	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	259	Ablehnung
B	260	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	261	Ablehnung
B	262	Ablehnung
B	263	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	264	Ablehnung
B	265	Annahme
B	266	Ablehnung
B	267	Annahme
B	268	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	269	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	270	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	271	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	272	Ablehnung
B	273	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	274	Annahme
B	275	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	276	Ablehnung
B	277	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	278	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	279	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	280	Ablehnung
B	281	Ablehnung
B	282	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	283	Ablehnung
B	284	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	285	Ablehnung
B	286	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	287	Annahme
B	288	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	289	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	290	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	291	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	292	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	293	Ablehnung
B	294	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	295	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	296	Annahme i.d.F. der Antragskommission

B	297	Annahme i.d.F. der Antragskommission
B	298	Ablehnung
B	299	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
B	301	Ablehnung
B	302	Ablehnung
B	303	Erledigung

Zu TOP 23: Der 22. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung in offener Abstimmung zu **sonstigen Anträgen** folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 50 ist in der Broschüre „Sonstige Anträge“ abgedruckt. Der Wortlaut der Anträge C 52 bis C 60 ist in der „Sammlung der Initiativanträge und weiterer Sachanträge sowie Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

C	1	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	2	Überweisung an den Bundesfachausschuss Entwicklung und Menschenrechte
C	3	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	4	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	5	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	6	Annahme
C	7	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	8	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	9	Erledigung
C	10	Ablehnung
C	11	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C	12	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CDU-Landtagsfraktionen
C	13	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	14	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	15	Überweisung an den Generalsekretär
C	16	Annahme
C	17	Annahme
C	18	Überweisung an den Generalsekretär und an die Kommission „Solidarisches Bürgergeld“
C	19	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	20	Ablehnung
C	21	Ablehnung
C	22	Erledigung
C	23	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Generalsekretär
C	24	Überweisung an den Generalsekretär und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	25	Überweisung an den Generalsekretär
C	26	Überweisung an den Generalsekretär und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	27	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	28	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	29	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C	30	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	31	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	32	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	33	Überweisung an den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales
C	34	Ablehnung
C	35	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	36	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	37	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	38	Ablehnung
C	39	Ablehnung
C	40	Ablehnung
C	41	Überweisung an die CDU-Landtagsfraktionen
C	42	Annahme
C	43	Annahme
C	44	Überweisung an den Generalsekretär
C	45	Überweisung an die Kommission „Solidarisches Bürgergeld“
C	46	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	47	Überweisung an den Generalsekretär und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	48	Erledigung
C	49	Annahme i.d.F. der Antragskommission
C	50	Erledigung
C	52	Überweisung an den Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik und Menschenrechte

C	53	Überweisung an den Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik und Menschenrechte
C	54	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	55	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	56	Überweisung an das Präsidium der CDU Deutschlands
C	57	Überweisung an den Generalsekretär und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	58	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	59	Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
C	60	Annahme

Zu TOP 24: **Schlusswort** der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel MdB

Berlin, 3. April 2009

(Dr. Hans-Jörg Dietsche)

(Peter Brörmann)

Rednerverzeichnis

	Seite
Abler, Eugen	66 ff.
Althaus, Dieter	91 ff., 101 f.
Austermann, Dietrich	86 ff.
Baldauf, Christian	57 f., 105
Bernstein, Axel	181 f.
Böhmer, Maria	47 ff., 102, 105 ff., 132 ff.
Brok, Elmar	105 f.
Bouffier, Volker	105
Carstensen, Peter-Harry	54 ff.
Demirbüken-Wegner, Emine	106
Eisel, Stephan	200
Eiselt, Brigitte	141
Fischer, Axel	107
Fuchs, Michael	107 f.
Gönner, Tanja	108, 178 ff.
Görner, Regina	108 f.
Grupp, Edith	185
Haseloff, Reiner	109
Heinen, Ursula	109 f.
Henke, Rudolf	188
Hintze, Peter	71 ff., 123 ff.
Hüppe, Hubert	137 f., 143
Jacoby, Peter	110
Jung, Andreas	179, 185

Jung, Franz-Josef	110 f.
Kauder, Volker	145 ff.
Kirchharz, Christian	176 f.
Klößner, Julia	188 ff.
Koch, Roland	58 ff., 100,
Kretschmer, Michael	200 ff.
Krogmann, Martina	13 ff., 112 ff.
Kunzmann, Thaddäus	201
Laschet, Armin	111
Lauk, Kurt J.	84 ff.
Laumann, Karl-Josef	82 ff., 102
Liese, Peter	144, 171 ff.
Ludewig, Gottfried	68 f.
Martens, Wilfried	124 ff.
Merkel, Angela	7 ff., 20 ff., 95, 97, 99, 203 ff.
Merz, Friedrich	50 ff.
Meyer, Gerd	156 f.
Michalk, Maria	112
Mißfelder, Philipp	103
Müller, Peter	79 ff., 103, 136 f., 145 ff., 166 ff., 189
Natterer, Christian	142, 158 f.
Neisse-Hommelsheim, Carla	139 f.
Niedergesäß, Fritz	196 ff.
Oettinger, Günther H.	11 ff., 14 ff., 20 ff., 96 ff., 159 ff., 203 ff.
Pfeiffer, Joachim	114
Pflüger, Friedbert	115

Pofalla, Ronald	71 ff., 136
Pöttering, Hans-Gert	39 ff.
Quisthoudt-Rowohl, Godelieve	115 f.
Rabel, Stefan	135 f.
Ramsauer, Peter	160 ff.
Rathjen, Albert	182 ff.
Reiche, Katherina	116, 176 f., 179
Reul, Herbert	69 ff.
Robanus, Gerd	133
Rüttgers, Jürgen	43 ff., 101
Schäuble, Wolfgang	103
Schavan, Annette	89 f., 101
Schipanski, Dagmar	116 f., 190 ff.
Schreiber, Michael	187 f.
Schuster, Wolfgang	17 ff.
Schramma, Fritz	46 f.
Sehrbrock, Ingrid	117 f.
Seidel, Jürgen	118
Steinbach, Erika	119
Störr-Ritter, Dorothea	93 f.
Thoben, Christa	173 ff.
Tillich, Stanislaw	41 f., 98 ff., 189 ff.
Vaatz, Arnold	119 f.
van Dinther, Regina	106 f.
Volquartz, Angelika	120
von Beust, Ole	166 ff.

von Boetticher, Christian	177 f.
von der Leyen, Ursula	104
von Klaeden, Eckhardt	91 f., 104
Weiß, Gerald	120
Weller, Florian	94 f.
Wulff, Christian	100, 170 f.
Wulff, Otto	121 f.
Wüst, Hendrik	122
Wybrands, Eva	122 f.

Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Eventmanagement und Logistik | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | info@cdu.de | www.cdu.de

